G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

US-Admiral Gene La Rocque
Atomkrieg in Europa

Karl D. Bredthauer
Zu spät für ein Umdenken in Bonn?

Walter Kreck
Was heißt Verantwortungsethik?
Kritische Anmerkungen zu einem Kanzler-Interview über die Verantwortung der Christen und Kirchen

Maurice Zeitlin
Die amerikanische Misere

Roger Peltzer und Josef Buddenkotte
Zur Entwicklung in Nicaragua

Helmut Wolfgang Kahn
Ketzerisches zum Preußenjahr

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik
Memorandum '81

5'81

Mai 1981 Einzelheft 6,00 DM Im Abonnement 4,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Mai 1981

CHRONIK DES MONATS APRIL 1981 513

Atomkrieg in Europa ..... *US-Admiral a.D. Gene R. La Rocque* 516

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zu spät für ein Umdenken in Bonn? ..... *Karl D. Bredthauer* 521

Freie Hand für die CIA ..... *Barbara Jentzsch* 524

HAUPTAUFSÄTZE

Was heißt Verantwortungsethik?
Kritische Anmerkungen zu einem Kanzler-Interview über die politische Verantwortung der Christen und Kirchen ..... *Walter Kreck* 526

Die amerikanische Misere
Über die Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs im „Land der unbegrenzten Möglichkeiten" ..... *Maurice Zeitlin* 535

Konkurrenz und „Arbeitsteilung"
Griechenlands EG-Betritt und die amerikanisch-westeuropäische Mittelmeer-, Nahost- und Mittelostpolitik ..... *Heinz-Jürgen Axt* 542

Zur Entwicklung in Nicaragua
Revolutionäre Umgestaltung und Politik der Nationalen Einheit ..... *Roger Peltzer und Josef Buddenkotte* 196

Ketzerisches zum Preußenjahr
Eine Tradition, aus der manches zu lernen ist ..... *Helmut Wolfgang Kahn* 576

Das UNO-Konzept der „Finanziellen Abrüstung" ..... *Lutz Köllner* 593

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Direktinvestitionen in Entwicklungsländern ..... *Jörg Goldberg* 607

MEDIENKRITIK

Exil ..... *Günter Giesenfeld* 610

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Memorandum '81: Demokratische Wirtschaftspolitik gegen Marktmacht und Sparmaßnahmen (Wortlaut der Kurzfassung und Auszüge aus der Langfassung) 611

Aufruf des „Hamburger Forums" vom 24./25. April 1981 (Wortlaut) 635

Dringender Appell der Weltversammlung von Kirchen- und Religionsvertretern für nukleare und allgemeine Abrüstung in Tokio an die Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz vom 24. April 1981 (Wortlaut) 636

Schreiben von Generalmajor a. D. Gert Bastian an SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz vom 11. April 1981 (Wortlaut) 637

Offener Brief von Ingeborg Drewitz, Bernt Engelmann, Helmut Gollwitzer, Walter Jens, Dieter Lattmann und den Initiatoren des „Bielefelder Appells" an den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt vom 30. April 1981 (Wortlaut) 638

Neun Thesen des Westberliner Wissenschaftssenators und früheren Ständigen Vertreters der Bundesrepublik in der DDR, Günter Gaus, zu „deutschen Fragen" (Wortlaut) 639

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Sechsundzwanzigster Jahrgang · Heft 5/1981

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
RUDOLF HICKEL
JÖRG HUFFSCHMID
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

REINHOLD BILLSTEIN
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats April 1981

1. 4. – BRD/UdSSR. In einer „Aktuellen Stunde" des Bundestages erklärt Bundeskanzler Schmidt im Hinblick auf die bevorstehende Reise von Bundesaußenminister Genscher nach Moskau, die Bundesregierung sei „zum direkten Dialog mit der Sowjetunion und ihrer Führung bereit". Dieser Dialog sei jedoch kein Ersatz für die „notwendigen Gespräche . . ., die zwischen den beiden Weltmächten geführt werden müssen". Er habe keinen Zweifel, daß die im Oktober v.J. aufgenommenen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen (vgl. „Blätter", 11/1980, S. 1283) „in relativ naher Zukunft fortgesetzt werden". – Vom 2. – 4. 4. hält sich Genscher auf Einladung von Außenminister Gromyko in Moskau auf. Genscher überreicht am 4. 4. Generalsekretär Breschnew eine Botschaft von Bundeskanzler Schmidt (vgl. „Blätter", 4/1981, S. 386). Breschnew äußert bei dieser Gelegenheit seine Absicht, die Bundesrepublik zu besuchen.

– Thailand. Militäreinheiten unter Führung von General Sant Chitpatima, der sich an die Spitze eines „Revolutionskomitees" stellt, versuchen einen Militärputsch und erklären die Regierung unter Ministerpräsident General

Prem Tinsulanonda (vgl. „Blätter", 4/1980, S. 386) für abgesetzt. Der Putsch wird jedoch schon nach kurzer Zeit von regierungs- und königstreuen Truppen niedergeschlagen.

– USA/Nicaragua. Ein Sprecher des State Department in Washington kündigt an, die USA wollten die im Januar d. J. gesperrte Wirtschaftshilfe für Nicaragua in Höhe von 15 Mio. Dollar endgültig streichen. Der Betrag war für den Ankauf von Weizen bestimmt.

2. 4. – Belgien. König Baudoin nimmt den Rücktritt der Regierung unter Ministerpräsident Wilfried Martens (vgl. „Blätter", 5/1979, S. 514) an, der auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts über Wirtschaftsprobleme, insbesondere die Sanierung des Budgets, zurückgeht. Mit der Neubildung wird Mark Eyskens (ebenfalls Mitglied der flämischen Christdemokraten/CVP) beauftragt, der am 7. 4. seine Regierungserklärung vor dem Parlament abgibt.

– Jugoslawien. Die Regierung verhängt vorübergehend den Ausnahmezustand über die Provinz Kosovo (Hauptstadt Pristina) und reagiert damit auf die im Vormonat ausgebrochenen Unruhen, bei denen mehrere Menschen ums Leben gekommen waren. In der Provinz leben überwiegend Bürger albanischer Nationalität.

6.–10. 4. – CSSR. In Prag wird der 16. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPC) abgehalten, an dem als Gast auch KPdSU-Generalsekretär Breschnew teilnimmt. Generalsekretär Husak, der in seinem Amt bestätigt wird, erklärt in seinem Rechenschaftsbericht, der Westen versuche, „ein Land aus der sozialistischen Familie zu lösen" und fügt hinzu: „Die Tatsache, daß die politische Krise in Polen andauert und sich verstärkt, erfüllt uns zusätzlich mit Besorgnis." Breschnew erneuert in einer Rede vor den Delegierten seine Vorschläge eines Moratoriums für nukleare Mittelstreckenwaffen (vgl. „Blätter", 3/1981, S. 259 und S. 373 ff.).

– Österreich/UdSSR. Der sowjetische Ministerpräsident Tichonow stattet Österreich einen offiziellen Besuch ab, wo er vor allem mit Bundeskanzler Kreisky Gespräche führt und auch von Bundespräsident Kirchschläger empfangen wird. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es: „Beide Seiten stimmten darin überein, daß der Beendigung des Wettrüstens, insbesondere auf dem Gebiet der Erzeugung von Massenvernichtungswaffen, und der Beseitigung der bestehenden Krisenherde in der Welt vorrangige Bedeutung zukommt . . . Die Republik Österreich und die UdSSR sprechen sich dafür aus, daß in Madrid (vgl. „Blätter", 4/1981, S. 386) ein Beschluß zur Einberufung einer Konferenz gefaßt wird, welche die militärischen Aspekte der Sicherheit in Europa zum Gegenstand hat."

7.–8. 4. – NATO. Die Nukleare Planungsgruppe (NPG) erörtert in Bonn die militärische Strategie und Rüstungspolitik der Organisation. Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger erläutert vor den Teilnehmern, zu denen auch NATO-Generalsekretär Luns gehört, die Auffassung der amerikanischen Regierung.

9. 4. – BRD/DDR. Vor dem Bundestag gibt Bundeskanzler Schmidt seinen jährlichen „Bericht zur Lage der Nation". Schmidt erklärt u. a., die Bundesregierung halte „unverändert und klar an der deutschen Staatsbürgerschaft fest". Ein Gespräch mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker „über den Gesamtkomplex der Beziehungen" solle „zu einem für beide Teile besser geeigneten Zeitpunkt nachgeholt" werden.

– Abrüstung. Die 23. Runde der Verhandlungen über die Begrenzung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa (vgl. „Blätter", 2/1981, S. 131) wird in Wien beendet. Auf getrennten Pressekonferenzen weisen die Botschafter Vos Van Steenwijk (Niederlande) und Keblusek (CSSR) auf die unverändert kontroversen Standpunkte beider Seiten hin. – Am 11. 4. wird am Sitz der Vereinten Nationen in New York eine „Konvention über das Verbot oder die Einschränkung bestimmter konventioneller Waffen, bei denen man davon ausgehen kann, daß sie unnötige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken" zur Unterzeichnung aufgelegt. Drei Zusatzprotokolle behandeln das Verbot bestimmter Splitterwaffen, das Verbot des Einsatzes von Minen und Minenfallen sowie das Verbot von Brandwaffen. Zu den Erstunterzeichnern gehören die BRD und die DDR. – Am 24. 4. vertagt der Abrüstungsausschuß in Genf seine Frühjahrsession.

10. 4. – Berlin (West). Der seit Januar d. J. amtierende Regierende Bürgermeister Vogel (vgl. „Blätter", 2/1981, S. 130) trifft zu einem ersten Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in der DDR, Pjotr Abrassimow, zusammen. Über die Unterredung, die in West-

berlin stattfindet, heißt es lediglich, es seien „beiderseitig interessierende Fragen" besprochen worden.

11.–16. 4. – DDR. Im „Palast der Republik" in Berlin findet der X. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) statt. Generalsekretär Honecker gibt in einem Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees einen Überblick über die politische und wirtschaftliche Entwicklung der DDR seit dem IX. Parteitag (vgl. „Blätter", 6/1976, S. 603 und S. 700ff.). Im politischen Teil seines Berichts erklärt Honecker u. a., es sei durchaus möglich, „zu neuen, positiven Ergebnissen in der Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD zu kommen". Dabei müsse man vorbehaltlos von der Existenz zweier voneinander unabhängiger souveräner Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ausgehen. Der Parteitag wählt ein neues Zentralkomitee, das anschließend die Zusammensetzung des Politbüros (17 Mitglieder) bestimmt. SED-Generalsekretär Honecker wird in seinem Amt bestätigt.

12. 4. – UNO. Einer der Stellvertreter von Generalsekretär Waldheim, der peruanische Diplomat Perez de Cuellar, nimmt in Islamabad Verhandlungen mit dem pakistanischen Außenminister Agha Shahi auf und konferiert am 14. 4. in Rawalpindi mit Staatspräsident Zia ul-Haq. Perez, der später nach Kabul reist und anschließend nach Islamabad zurückkehrt, hat den Auftrag des UN-Generalsekretärs, mit den beteiligten Seiten Möglichkeiten für politischen Verhandlungen zur Lösung des Konflikts um Afghanistan zu sondieren. – Am 21. 4. äußert Waldheim seine ernste Besorgnis über die anhaltenden und eskalierenden militärischen Auseinandersetzungen im Libanon. Der Kommandant der Interimstruppe der Vereinten Nationen (UNIFIL) sei beauftragt worden, sich um eine unverzügliche Feuereinstellung in den Kampfgebieten zu bemühen. – Am 30. 4. verhindern die USA, Großbritannien und Frankreich mit einem Veto im Sicherheitsrat die Annahme von Resolutionen, die die UN-Mitglieder auffordern sollten ein Waffen- und Ölembargo gegen Südafrika zu verhängen und die diplomatischen Beziehungen zur Regierung in Pretoria abzubrechen.

17. 4. – USA. Nach einer Zusammenkunft zwischen NATO-Generalsekretär Luns und Präsident Reagan im Weißen Haus in Washington am 16. 4. erklärt Außenminister Haig in einem Interview mit der Fernsehgesellschaft ABC, die amerikanische Regierung werde an dem „Doppelbeschluß" der NATO vom Dezember 1979 (Text in „Blätter", 1/1980, S. 108 ff.) festhalten. Einen Termin für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Sowjetunion über die nukleare Mittelstreckensysteme in Europa nennt Haig nicht.

26. 4. – Frankreich. Im ersten Wahlgang für die Präsidentschaft erreicht keiner der Kandidaten die vom Gesetz vorgeschriebene Mehrheit. Von den 29 529 345 abgegebenen Stimmen (= 81,1%) entfallen auf Präsident Valery Giscard d'Estaing 8 222 969 = 28,3 %, auf den Kandidaten der Sozialisten, François Mitterrand, 7 505 295 = 25,8 %, auf den Kandidaten der Gaullisten, Jacques Chirac, 5 225 720 = 18,0 %, auf den Kandidaten der Kommunisten, Georges Marchais, 4 456 979 = 15,3 %. Die übrigen sechs Kandidaten, darunter Brice Lalonde als Vertreter der „Grünen" (3,9 %), bleiben unter vier Prozent. Während die Gaullisten für den zweiten Wahlgang am 10. 5., in dem sich Giscard und Mitterrand gegenüberstehen, keine offizielle Wahlempfehlung geben, ruft das Zentralkomitee der KP am 28. 4. seine Wähler auf, für Mitterrand zu stimmen (zu den Wahlen vom Mai 1974 vgl. „Blätter", 6/1974, S. 521 f.).

26.–29. 4. – Saudiarabien/BRD. Bundeskanzler Schmidt und Wirtschaftsminister Lambsdorff verhandeln in Riad mit König Khaled, Kronprinz Fahd, Finanzminister al-Khail und Ölminister Yahmani. Thema der Verhandlungen ist u. a. die von Saudiarabien gewünschte Lieferung von Waffen und militärischen Ausrüstungen aus der Bundesrepublik.

29.–30. 4. – Polen. Das 10. Plenum des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) faßt in Warschau nach einem Referat von Parteisekretär Kania den Beschluß, den 9. außerordentlichen Parteikongreß für die Zeit vom 14. bis 18. Juli 1981 einzuberufen. Das Plenum verabschiedet Entwürfe für ein neues Programm und Statut der Partei. Zu den personellen Veränderungen gehören das Ausscheiden des zeitweiligen Ministerpräsidenten Josef Pinkowski sowie des früheren Außenministers Emil Wojtaszek aus dem Politbüro (vgl. „Blätter", 9/1980, S. 1027 und 3/1981, S. 258); Wojtaszek wird auch als ZK-Sekretär abgelöst. Aufgenommen in das Politbüro werden u. a. die Parteivertreter von zwei Großbetrieben des Berg- und Maschinenbaus.

Zur Entwicklung in Nicaragua

Revolutionäre Umgestaltung und Politik der Nationalen Einheit

Von Roger Peltzer und Josef Buddenkotte

Die Wirtschaftswissenschaftler Roger Peltzer und Josef Buddenkotte, seit Jahren engagierte Beobachter der politischen Entwicklung im Mittelamerika und der Karibik, hielten sich 1980/81 für mehrere Monate in Nicaragua auf, über dessen innere Entwicklung sie für die „Blätter" den nachfolgenden Beitrag verfaßten. D. Red.

1. Herausbildung des neuen Nicaragua

Mit dem Sturz Somozas am 19. Juli 1979 ist es nach der kubanischen Revolution von 1959 erstmals wieder einem Volk auf dem amerikanischen Kontinent gelungen, die grundlegenden Voraussetzungen für seine endgültige politische, ökonomische und kulturelle Befreiung zu schaffen.

Entscheidende Voraussetzung für den Sieg der nicaraguanischen Revolution war die Bündnispolitik der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) auf nationaler und internationaler Ebene. Die FSLN konzentrierte sich bewußt auf den Kampf gegen Somoza als den Repräsentanten einer durch die USA eingesetzten Diktatur, die zur wichtigsten regionalen Stütze nordamerikanischer Interessen geworden war. Sie stellte sich dabei in die Tradition des Volksbefreiungsheeres unter General Sandino, das Ende der 20er Jahre einen mehrjährigen Guerillakrieg gegen die in Nicaragua stationierten US-Marineinfanteristen geführt hatte, der mit dem Abzug dieser Soldaten und der Einsetzung des alten Somoza als Kommandanten der Nationalgarde endete[1]). Diese strategische Orientierung ermöglichte der FSLN das Bündnis mit den Teilen der nicaraguanischen Bourgeoisie, die nicht direkt mit dem Somoza-Clan verbunden waren, vielmehr durch dessen Willkürherrschaft erhebliche Nachteile in Kauf zu nehmen hatten[2]). Sie gab dem Befreiungskampf des nicaraguanischen Volkes darüber hinaus, neben der sozialen und antidiktatorischen, die Dimension eines Kampfes um die Wiedergewinnung der nationalen Souveränität. Die völlige Isolierung der Somoza-Diktatur auf der nationalen Ebene verschaffte der nicaraguanischen Revolution auch international Ebene Sympa-

1) Vgl. die Rede des Kommandanten Marcos Somarriba, Vertreter der FSLN auf der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz „Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegungen", Berlin 1980, S. 5, sowie zum Befreiungskampf des General Sandino: Harald Jung, Nicaragua. Bereicherungsdiktatur und Volksaufstand, Frankfurt/M. 1980.

2) Vgl. Demetrio Polo Cheva/Erich Süßdorf, Nicaragua. Die historischen Bedingungen einer demokratischen Revolution in Lateinamerika. Analysen und Berichte, hrsg. v. Veronika Bennholdt-Thomsen u. a., Berlin 1980, S. 27.

thien und oft direkte Unterstützung von der Sozialistischen Internationale über die demokratischen Länder Lateinamerikas und die sozialistischen Länder bis hin zur internationalen Christdemokratie. Die antiimperialistische Stoßrichtung gegen die kontinentale Hegemonialmacht USA sicherte der nicaraguanischen Revolution darüber hinaus zumindest die passive Neutralität solcher Länder wie z. B. Argentinien, so daß den USA – zumal vor dem Hintergrund der Menschenrechtspolitik Carters – schließlich eine Unterstützung des Somoza-Regimes nicht mehr möglich war[3]).

Die nach dem 19. Juli 1979 eingeschlagene Politik der FSLN ist in der Kontinuität der im Befreiungskampf herausgebildeten Allianzen zu sehen. So nimmt die FSLN als diejenige politische Kraft, die dem nicaraguanischen Volk den Weg zum Sturz Somozas gewiesen hat und die strategisch darauf orientiert, „durch einen entscheidenden Schritt zu einer neuen Gesellschaft die Ausbeutung und die ökonomische Abhängigkeit völlig zu beseitigen"[4]), zwar die führende Stellung in Staat und Gesellschaft ein, aber den bürgerlichen Kräften verbleibt ein erheblicher politischer und vor allem ökonomischer Spielraum. Die FSLN kontrolliert die bewaffneten Organe, das Heer, die Polizei, die Volksmilizen und den Sicherheitsdienst. Sie verfügt außerdem mit den ihr angeschlossenen Massenorganisationen (Industrie- und Landarbeitergewerkschaft, Jugendverband, Frauenorganisation, Sandinistische Verteidigungskomitees) über einen majoritären Einfluß in der Revolutionsjunta und im Staatsrat. Beide Institutionen zusammengenommen bilden die Legislative im neuen Nicaragua. Die Regierungsjunta besteht nach der letzten Umbildung heute aus 3 Mitgliedern, den beiden Sandinisten Daniel Ortega und Sergio Ramirez, sowie Cordova Rivas, Mitglied der Konservativen Partei[5]).

Im Staatsrat, der 47 Sitze umfaßt, sind alle wichtigen politischen und gesellschaftlichen Kräfte Nicaraguas vertreten[6]). Das bürgerliche Lager, das sich politisch vor allem in der Konservativen Partei, der National-Demokratischen Bewegung (MDN) und der Christlich-Sozialen Partei organisiert, verfügt über eine weitgehende Bewegungsfreiheit und mit der Tageszeitung „La Prensa" und mehreren Radiostationen vor allem im Medienbereich über einen beachtlichen Einfluß. Auch wenn sich vor allem die Mehrheit der genannten Parteien mittlerweile aus der Revolutionsjunta, der Regierung und dem Staatsrat zurückgezogen hat, tragen nach wie vor zahlreiche Repräsentanten des Bürgertums Verantwortung in Regierung und Staatsapparat. Bedeutender ist die Stellung des Privatsektors im ökonomischen Bereich.

Zwar wurden direkt nach der Revolution alle Besitztümer Somozas und seiner Günstlinge, alle Bodenschätze, Wald- und Wasserressourcen, sowie das ge-

3) Julio Godio, America Latina. Experiencia Sandinista y Revolucion Continental, in: „Nueva Sociedad", Nr. 45, Nov./Dic. 1979, S. 129. Argentinien, ansonsten kontinental mit die wichtigste Stütze für reaktionäre Regime wie Bolivien, Guatemala, El Salvador, unterstützt das revolutionäre Nicaragua noch heute mit Weizenlieferungen zu extrem günstigen Preisen.

4) Thomas Borge, Ha llegado la hora de organizar el Partido de la Revolucion, in: „Barricada" v. 16.9. 1980.

5) Vgl. „Nicaragua-Nachrichten" (Wuppertal), Nr. 3/1981.

6) Dekret über die Zusammensetzung des Staatsrates, Radio Sandino v. 21.4. 1980.

samte Bank- und Finanzwesen nationalisiert, der Anteil des Privateigentums an der Produktion des Bruttoinlandsproduktes ist jedoch nach wie vor hoch[7]).

	öffentlicher Sektor in %	*Privatsektor in %*
Agrarwirtschaft	*20*	*80*
Industrie	*25*	*75*
Bauwesen	*70*	*30*
Bergbau	*95*	*5*
Dienstleistungen	*55*	*45*
Bruttoinlandsprodukt	*41*	*59*

Der 20%ige Anteil des öffentlichen Sektors in der Landwirtschaft bezieht sich auf Staatsgüter. Ein Teil des enteigneten Landes wurde an Bauern verteilt, die ihre Produktion genossenschaftlich organisieren. Dieser Teil umfaßt ca. 10% der landwirtschaftlichen Betriebsfläche[8]).

Zur Durchsetzung der nationalen Entwicklungsprioritäten, auch bei Existenz eines starken Privatsektors, verfügt der revolutionäre Staat über die folgenden Instrumente:
- Die bewußte Steuerung der Aktivitäten des volkseigenen Sektors, z. B. in den Bereichen Investitions- und Beschäftigungspolitik.
- Die Kontrolle des gesamten Außenhandels über das Außenhandelsmonopol des Staates und die Devisenbewirtschaftung.
- Die Kontrolle der gesamten Kreditvergabe über das nationalisierte Bankwesen.
- Die Kontrolle von Preisen und Löhnen über staatliche Dekrete.
- Die traditionellen Instrumente der Haushaltspolitik auf der Einnahmen- und Ausgabenseite, Variation der Steuersätze, Subventionsgewährung usw.
- Der Ausbau der Volkskontrolle im privaten und staatlichen Bereich über die sandinistischen Massenorganisationen als Unterstützung der staatlichen Autorität[9]).

Die FSLN bemüht sich auf der Basis dieser gemischten Wirtschaft und der Anerkennung des politischen Pluralismus, alle sozialen Schichten der nicaraguanischen Gesellschaft im Bemühen um eine *Reaktivierung der Wirtschaft,* die Stärkung der *nationalen Unabhängigkeit,* und eine *Umverteilung zugunsten der ärmsten Bevölkerungsschichten* zu einer Nationalen Einheitsfront zusammenzufassen[10]).

---

7) Vgl. Donald Castillo, Situacion y perspectivas de la economia nicaraguense, in: „Patria" (Honduras), Nr. 18 v. 19. 7. 1980, S. 4.
8) Vgl. Jürgen Queitsch, Zur Agrarreform im Prozeß der revolutionären Umgestaltung in Nicaragua, in: „Asien, Afrika, Lateinamerika" (Berlin), 1/1981, S. 135 ff.
9) Vgl. Nina Boschmann/Klaus Weiss, Es ist stillgeworden um Nicaragua, in: „Blätter des iz3W", Nr. 85, Mai 1980, S. 51 ff.
10) Programa Economico de Austeridad y Eficiencia 81, Planungsministerium Managua, Januar 1981, S. 10.

Wir wollen mit diesem Artikel die objektiven Bedingungen der *Politik der Nationalen Einheit,* die eng mit der internationalen Allianzpolitik der FSLN verbunden ist, herausarbeiten sowie die Tragfähigkeit dieser Politik analysieren. Wesentlicher Ausgangspunkt ist dabei die Auseinandersetzung mit dem für 1981 vorgelegten Wirtschaftsplan 81, der auch eine äußerst selbstkritische Analyse der bisher erreichten Wiederaufbauerfolge enthält.

2. *Zwei Jahre nationaler Wiederaufbau – eine Bilanz*

Das neue Nicaragua übernahm von Somoza ein doppeltes Erbe: eine völlig desolate und zerstörte Wirtschaft sowie die strukturelle Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt.

Im Befreiungskampf und als Folge der Taktik der „verbrannten Erde" von seiten der somozistischen Nationalgarde starben 40 000 Menschen, 80 000–100 000 wurden verletzt, 150 000 mußten aus ihren Wohnorten fliehen. Das neue Nicaragua muß 40 000 Kriegswaisen versorgen. Ein Drittel aller Industriebetriebe war zerstört worden, die Aussaat in vielen Bereichen unterblieben. Die Materialschäden betrugen mindestens 480,7 Mio. Dollar, die Arbeitslosigkeit lag im Juli 1979 bei 33–40%, das Pro-Kopf-Einkommen war auf das Niveau von 1962 gefallen[11]). Hinzu kommt, daß in den Jahren unmittelbar vor dem Sturz Somozas ca. 2 Mrd. US-Dollar ins Ausland abgeflossen waren und die Auslandsschuld zum Zeitpunkt der Machtübernahme 1,6 Mrd. US-Dollar betrug, wovon allein 600 Mio. 1979 fällig waren[12]).

Ebenso wie die objektiven waren auch die subjektiven Bedingungen des Neuanfangs nicht gerade einfach. Der Organisationsgrad der Bevölkerung war noch wenige Jahre vor der Revolution ausgesprochen niedrig. So soll es 1974 erst 10 400 Gewerkschaftsmitglieder in ganz Nicaragua gegeben haben: 600 in der Landwirtschaft, 1800 in der Industrie und 6000 im Baugewerbe[13]). Insgesamt kann man festhalten, daß es zum Zeitpunkt der Machtübernahme in der FSLN und in den Massenorganisationen nur wenige hundert Mitglieder gab, die neben militärischen Kenntnissen auch über Erfahrungen in der politischen Massenarbeit verfügten[14]). Wenn wir im folgenden kritisch die in den ersten zwei Jahren nach der Revolution erzielten Ergebnisse analysieren, muß man sich immer wieder diese Ausgangsvoraussetzungen vergegenwärtigen.

Der Wirtschaftsplan für 1980 sah ein deutliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (11%), die Schaffung von 90 000 Arbeitsplätzen, eine Senkung der Inflationsrate von 60 auf 19%, eine drastische Steigerung der Sozialausgaben und eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmit-

11) Vgl. Studie der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika, CEPAL, Nicaragua: Antecedentes economicos del proceso revolucionario, in: „Comercio Exterior", Vol. 29, Nr. 9, Mexiko 1979, S. 1020 ff.
12) Vgl. O. V., Perspectivas de la revolución sandinista, in: „Comercio Exterior", ebd., S. 1103 ff.
13) Vgl. W. Cline und E. Delegado, Economic Integration in Central America, New York 1978, S. 68.
14) Die Situation Nicaraguas unterscheidet sich hier deutlich von der in El Salvador, wo die revolutionären Massenorganisationen schon vor 2 Jahren über 150 000 organisierte Mitglieder zählten, und viele Kader der revolutionären Bewegung über eine teilweise jahrzehntelange Erfahrung verfügen.

teln vor[15]). Diese grobmaschigen Ziele wurden, wie Planungsminister Henry Ruiz am 14. Januar 1981 vor der Presse feststellen konnte, zu 99% erfüllt[16]).

Eine kritische Analyse der globalen Zahlen der Planerfüllung, wie sie vom Planungsministerium selbst vorgenommen wird, deckt allerdings die Schwachstellen auf[17]). So wurden zwar die Produktionsziele in der Landwirtschaft weitgehend erreicht (zu 97%), aber die Industrieproduktion blieb hinter den gesteckten Zielen zurück (90%). Während die Getränke- und Tabakindustrie hohe Zuwachsraten erzielten, erreichten insbesondere die vom Plan als prioritär angesehenen Industriezweige, die Nahrungsmittel-, Textil- und Medikamentenindustrie, ihre Planziele bei weitem nicht. Die höchsten Zuwachsraten erzielte der Handel, so daß sich das 11%ige Wachstum des Bruttoinlandsproduktes aus einem 3,5%igen Wachstum der materiellen Produktion und einem 18,5%igen Wachstum im Dienstleistungsbereich ergab, eine Entwicklung, die die traditionelle Kopflastigkeit eines Entwicklungslandes wie Nicaragua in Richtung des tertiären Sektors eher verstärkt hat.

Der größte Anteil der Investitionen wurde vom Staat getragen, 3 Mrd. Cordoba. Die Investitionen des Privatsektors, 400 Mio. Cordoba, bleiben gering. (Offizieller Umtauschkurs: 10 Cordoba = 1 US-Dollar.) Der Privatsektor hat insbesondere im Bereich der Landwirtschaft die Reaktivierung voll mitgetragen, wobei allerdings eine 10%ige Vorfinanzierung von seiten des nationalisierten Finanzsystems für Saatgut, Insektizide, Düngemittel usw. erfolgte.

Empfindlich negativer als geplant entwickelten sich die außenwirtschaftlichen Beziehungen. Während bei den Exporten nur 90% der gesetzten Ziele erreicht wurden, 470 Mio. US-Dollar, wurde für 100 Mio. US-Dollar mehr als geplant und damit für insgesamt 870 Mio. US-Dollar importiert. Gründe für diese Überschreitung des Importplanansatzes waren im wesentlichen der erhöhte Konsumgüterimport aufgrund der rascher als die Produktion wachsenden Nachfrage in Nicaragua, die steigenden Erdölpreise und der Kapitalgüterimport, der größer als geplant war, weil der Zerstörungsgrad vieler Anlagen sich als höher als erwartet herausstellte. Schloß so schon die Handelsbilanz mit einem Defizit ab, mußte Nicaragua 1980 darüber hinaus noch 163 Mio. US-Dollar für Zinszahlungen und Schuldentilgung aufbringen. Dieser Devisenabfluß konnte durch ausländische Kredite nicht aufgefangen werden, so daß die Zahlungsbilanz im letzten Jahr mit einem Defizit von 169 Mio. US-Dollar abgeschlossen hat.

Der Staatshaushalt hatte bei einem Gesamtvolumen von 6229,6 Mio. Cordoba ein Defizit von 1885,8 Mio. Cordoba. Während 1110 Mio. Cordobas dieses Defizites durch externe Finanzierung gedeckt werden konnten (Auslandskredite), mußten 775 Mio. Cordobas durch interne Verschuldung des Staates

15) Vgl. die Rede des Planungsministers Henry Ruiz im Sandinistischen Fernsehen zur Vorstellung des „Plan 80", abgedruckt in einer Dokumentensammlung der Nicaragua-Initiative Frankfurt, Sommer 1980, S. 26ff.

16) „Uno Mas Uno" (mexikanische Tageszeitung) v. 15. 1. 1981.

17) Alle folgenden Angaben sind, soweit dies nicht anders vermerkt ist, dem schon zitierten „Programa Economico de Austeridad y Eficiencia 81" entnommen.

bei der Notenbank finanziert werden, was inflationäre Tendenzen verstärkt haben könnte.

Da ein wesentliches Ziel der Revolution die Verbesserung der Lage der verelendeten und ausgebeuteten Volkmassen ist, ist eine Einschätzung der 1980 erreichten Umverteilungserfolge besonders wichtig.

In Nicaragua zählen nur 31% der Bevölkerung zum Arbeitskräftepotential, davon finden zur Zeit 82,5% eine Beschäftigung, d. h. 25,5% der nicaraguanischen Bevölkerung ernähren den Rest. Ein Drittel der Arbeitenden sind darüber hinaus unterbeschäftigt und nur 60% sind Lohnempfänger. Unmittelbaren Einfluß auf die Lebenslage der Bevölkerung haben somit nicht so sehr Lohnerhöhungen, sondern vor allem die Programme im Erziehungs- und Sozialbereich, die Preise für Grundnahrungsmittel, Mieten und Pachten, die Inflationsrate und teilweise die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Der Anteil der *Sozialausgaben* (Gesundheit und Bildung) am BIP stieg von 2,1% 1978 auf 7,2% 1980. Dahinter verbergen sich eine Vielzahl von Maßnahmen, wie die Alphabetisierungskampagne, Schaffung von Gesundheitsstationen im ländlichen Bereich, spezielle Programme für Waisenkinder, usw. Das *Beschäftigungsziel* wurde mit der Schaffung von 112 300 neuen Arbeitsplätzen zwar bei weitem übererfüllt (Senkung der Arbeitslosenrate auf 17,5%), aber von diesen neugeschaffenen Arbeitsplätzen befinden sich – entgegen der Planung, die eine Relation von 77 : 23 vorsah – nur 53% im produktiven, 47% dagegen im nichtproduktiven Bereich. Allein der Staatsapparat hat seine Beschäftigtenzahl um 40% ausgedehnt[18]). Zur Vermeidung eines weiteren Anheizens der Inflation hat man sich bemüht, die *Lohnsteigerungen* möglichst niedrig zu halten und als Kompensation dafür den sogenannten Soziallohn durch Investitionen im Bildungs- und Gesundheitsbereich, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Senkung der Mieten usw. zu erhöhen[19]). Durch eine Politik der Preiskontrolle und des Verkaufs von 40% der Grundnahrungsmittel über die staatliche Organisation ENABAS zu subventionierten Preisen sowie durch einen teilweisen Lohnstopp konnte die *Inflationsrate* auf 27% gesenkt werden und deren negative Auswirkungen gerade auf die Lebenslage der ärmsten Bevölkerungsschichten teilweise abgemildert werden.

Versucht man eine zusammenfassende Beurteilung der im letzten Jahr erreichten Umverteilungserfolge, so kann man festhalten, daß die Beschäftigungs-, Sozial- und Preiskontrollpolitik sicher erheblich dazu beigetragen haben, daß der Konsum von Basisgütern im letzten Jahr um 24% gestiegen ist. Es ist aber auch festzustellen, daß der Nichtbasiskonsum um über 34% angestiegen ist, die mittleren und höheren Einkommenschichten im Konsumbereich also in gewisser Hinsicht von der Revolution bisher mehr profitiert haben. Die Ursachen hierfür dürften vor allem im gestiegenen Einkommen der Mittelschichten liegen, die in erster Linie von den enormen Gewinnspannen im Handel und von den im Bereich der staatlichen Administration geschaffe-

18) Vgl. „Inforpress" (Informationsdienst aus Guatemala) v. 22. 1. 1981.
19) Vgl. Peter Wingert in „Publik-Forum" v. 20. 3. 1981.

nen Arbeitsplätzen profitiert haben. Darüber hinaus hat die immer noch hohe Inflationsrate teilweise die Umverteilungsmaßnahmen konterkariert. 1980 ist es also zwar gelungen, die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, aber die Struktur des Wachstums hat die äußere Abhängigkeit eher vergrößert, der Staat hat teilweise „über seine Verhältnisse" gelebt, und die Politik der sozialen und regionalen Umverteilung war nicht immer in sich konsistent.

Vor diesem Hintergrund lassen sich die Grundlinien der Wirtschaftsplanung für das Jahr 1981 leicht erschließen.

– Wichtigstes Ziel ist die *Erhöhung des Bruttoinlandsproduktes* um real 18%, wobei sich die Struktur des Wachstum deutlich zugunsten des produktiven Sektors – plus 22,3% bei einem Zuwachs den Dienstleistungssektors um 14,6% – verschieben soll. Entscheidend ist dabei die Steigerung der *Effizienz.* Mittel hierzu sind eine bessere Kontrolle und Koordinierung des staatlichen Sektors, eine Zentralisierung der staatlichen Investitionsentscheidungen bei gleichzeitiger Entlastung des Planungsministeriums von regional zu treffenden Entscheidungen, die Kreditvergabe nur noch bei einer Eigenbeteiligung an den Produktionskosten.
– *Austeritätspolitik:* Einschränkung des Nichtbasiskonsums, Einstellungsstopp im Bereich der staatlichen Administration mit Ausnahme der Bereiche Erziehung und Soziales, keine Lohnerhöhungen im staatlichen Bereich, reale Stagnation der Sozialausgaben, größeres Gewicht im Gesundheits- und Erziehungsbereich für Maßnahmen, die durch Eigenanstrengung der betroffenen Bevölkerungsgruppen bei geringen Zuschüssen des Staates zu bewältigen sind, teilweiser Abbau der gegenwärtigen Subventionen für Grundnahrungsmittel.
– *Außenhandel:* Verringerung des Außenhandelsdefizites durch eine deutliche Steigerung der Exporte bei in realen Größen stagnierenden Importen. Diese Importeinschränkung soll durch die Substitution von Importen durch inländische Produktion, einen praktischen Importstopp für alle Güter aus dem Bereich des Nichtbasiskonsums und Energieeinsparung erreicht werden.

– *Umverteilungspolitik:* Es sind begrenzte Lohnerhöhungen vorgesehen, die aber vor allem den untersten Lohngruppen zugute kommen sollen. Die Beschäftigung soll vor allem im produktiven Bereich steigen, so daß die Arbeitslosenrate auf 13,3% gesenkt wird. Auch die Sozialpolitik soll in erster Linie den im produktiven Bereich Beschäftigten zugute kommen. Die Politik der Preiskontrolle für Grundnahrungsmittel wird auf einer der inflationären Entwicklung angepaßten Basis beibehalten. Das Steuersystem wird in Richtung einer Steigerung des Progressionsgrades der direkten Steuern ausgebaut. Die Investitionen und Staatsausgaben konzentrieren sich im ländlichen Bereich, um so dazu beizutragen, regionale Entwicklungsunterschiede abzubauen.

3. *Die Bedingungen und die Risiken der Allianzpolitik der FSLN*

a) Außenbeziehungen Nicaraguas

Das revolutionäre Nicaragua sucht bei der Gestaltung seiner Außenbeziehungen auf politischer und ökonomischer Ebene weitgehend die breite internationale Unterstützungsfront, die sich unmittelbar nach dem Sieg der Revolution bildete, zu festigen. Dafür dürften zwei Grundüberlegungen maßgeblich sein. Einmal kann sich Nicaragua nicht in kürzester Frist aus der in Jahrzehnten gewachsenen internationalen Arbeitsteilung herauslösen. Es wird vielmehr noch jahrelang auf die Exporterlöse aus landwirtschaftlicher Produktion angewiesen sein, um die für die eigene Industrialisierung benötigten Kapitalgüter zu importieren. Zum anderen muß Nicaragua daran gelegen sein, den revolutionären Umgestaltungsprozeß soweit wie möglich gegenüber der zunehmenden Bedrohung durch die USA abzusichern. Nicaragua hatte somit direkt nach dem Sturz von Somoza praktisch keine andere Wahl, als die Integration in den kapitalistischen Weltmarkt zunächst beizubehalten, trotz der damit verbundenen Nachteile, wie der Anerkennung der Schulden des Somoza-Regimes, die Beibehaltung gewachsener Abhängigkeiten, der strukturellen Benachteiligung als Entwicklungsland[20]).

Aber analysieren wir den Komplex der Außenbeziehungen auf zwei Ebenen, der politisch-militärischen und der ökonomischen, ausführlicher.

Von einer Politik des Abwartens, kombiniert mit relativ sanftem ökonomischem Druck, ist die US-Administration unter Reagan zu einer Politik der offenen und massiven politischen, militärischen und ökonomischen Bedrohung Nicaraguas übergegangen. Mit der Schaffung einer speziellen Eingreiftruppe und dem Abhalten großer Flottenmanöver im karibischen Raum versuchen die USA ganz offen, Nicaragua, Kuba und Grenada sowie die Befreiungsbewegungen in Mittelamerika unter Druck zu setzen. Ergänzt wird diese Kanonenbootpolitik durch die Ausbildung von Ex-Nationalgardisten zu konterrevolutionären Guerilleros auf US-amerikanischem Territorium in Miami. Honduras, von dessen Territorium aus permanent Überfälle von somozistischen Banden auf Nicaragua verübt werden, die schon hunderte Tote gefordert haben[21]), wird von den USA politisch, wirtschaftlich und militärisch massiv unterstützt. Insgesamt verfügen die USA über ein breit gefächertes Instrumentarium, um den Druck auf das revolutionäre Nicaragua weiter zu verstärken. Dies reicht vom Anheizen der wirtschaftlich schwierigen Situation – Kreditsperre, Wirtschaftsboykott – über die Unterstützung lokaler bewaffneter Aktionen, der Provozierung eines regionalen Krieges, der Invasion von Söldnertruppen bis zum Einsatz von Marineinfanteristen unter zu schaffenden Vor-

20) Die Orientierung auf die sozialistischen Länder war und ist zumindest mittelfristig keine Alternative. Abgesehen von der Frage, inwieweit die sozialistischen Länder überhaupt in der Lage gewesen wären, in ausreichendem Maße als Kreditgeber und Abnehmer der nicaraguanischen Produkte in die Bresche zu springen, wäre eine solche Umstellung mit erheblichen Friktionen verbunden, würde von der Bevölkerungsmehrheit zur Zeit nicht nachvollzogen und hätte Nicaragua angesichts der Bedrohung durch den US-Imperialismus um viele bündnispolitische Möglichkeiten gebracht.

21) Vgl. „El Pais" v. 31. 1. 1981.

wänden. Auf der anderen Seite sind die Möglichkeiten der USA durch das veränderte nationale und internationale Kräfteverhältnis begrenzt. So dürften das sandinistische Volksheer, das mittlerweile mehrere zehntausend Mann umfaßt, und die Volksmilizen, in denen schon jetzt mehr als 150 000 Nicaraguaner organisiert sind, es einem potentiellen Angreifer nicht leicht machen[22]). International sind die USA in ihrer Politik gegenüber Nicaragua außerdem weitgehend isoliert. Bezüglich der gegenüber Nicaragua einzuschlagenden Politik gibt es unter den NATO-Ländern tiefgreifende Differenzen und insbesondere Länder wie die Bundesrepublik und Kanada scheinen gewillt, ihre Politik der Unterstützung Nicaraguas fortzusetzen[23]). Selbst Länder wie Chile verurteilen die neueste US-Pression gegen Nicaragua, den Stopp der Kredite für Weizenlieferungen[24]).

Insgesamt kann man festhalten, daß die sich auf nationaler und internationaler Ebene wechselseitig bedingende Allianzpolitik der FSLN sich gerade angesichts der jüngsten Bedrohung durch die USA bewährt.

Auf dem Feld der Außenwirtschaftsbeziehungen fällt es schwerer, eine eindeutig positive Bilanz zu ziehen. Auch wenn eine revolutionäre Regierung in der Lage ist, bestimmte negative Aspekte der Integration eines Entwicklungslandes in den kapitalistischen Weltmarkt nicht zum Tragen kommen zu lassen – z. B. durch die Unterbindung des Importes von Luxusgütern oder die sinnvolle Verwendung von Exporterlösen –, bleiben die grundlegenden Strukturdefekte der ungleichen weltweiten Arbeitsteilung doch bestehen. Während der Handel mit Nicaragua für die USA von vernachlässigbarer Bedeutung ist, sind die USA für Nicaragua nach wie vor der wichtigste Wirtschaftspartner. 60% der Importe kommen aus den USA, 17% der Exporte gehen dorthin. Die Wirtschaftsblockade bleibt so eine reale Möglichkeit für die USA, um Nicaragua zu erpressen[25]).

Voraussetzung für die Erlangung neuer Kredite bei den westlichen Industrieländern und internationalen Institutionen war für Nicaragua die Anerkennung der Schulden des Somoza-Regimes. Die Neuverschuldung birgt darüber hinaus folgende weitere Risiken:

– von seiten vieler Kreditgeber wird die Kreditvergabe mehr oder weniger mit einer Einflußnahme auf die Innenpolitik Nicaraguas verknüpft[26]). Wenn die nicaraguanische Regierung auch keine dieser Bedingungen akzeptiert hat, so ist doch unverkennbar, daß das Fortbestehen eines starken Privatsektors die Erlangung eines relativ großen Kreditvolumens aus dem Ausland, 668 Mio. US-Dollar 1980, mit ermöglicht hat[27]).

22) „El Pais" v. 31. 1. 1981.
23) Vgl. „Barricada" v. 21. 8. 1981.
24) Das Aktionskomitee für die Rekonstruktion Nicaraguas CARN-SELA, in dem u. a. Länder wie Argentinien, Brasilien, Kuba, Chile, Ekuador, Mexiko und Venezuela zusammengeschlossen sind, hat den Stopp der Weizenfinanzierung einmütig als wirtschaftliche Aggression verurteilt; siehe „Barricada" v. 2.3. 1981.
25) Vgl. Peter Wingert in „Publik-Forum" v. 20.3. 1981.
26) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 28.12. 1979.
27) Vgl. „El Dia" v. 26. 1. 1981.

– Gewährte oder versprochene Kredite können dazu benutzt werden, unmittelbar wirtschaftlichen Druck auszuüben. Beispiel ist die jüngste Politik der USA, die die Auszahlung eines vertraglich schon vereinbarten Kredites von 15 Mio. US-Dollar verweigern, die baldige Rückzahlung eines 60-Mio.-Dollar-Kredites unter politischen Vorwänden verlangen und darüber hinaus – obwohl schon zugesagt – 15 Mio. Dollar für den Ankauf von Weizen und 60 Mio. Dollar Kredit für den nationalen Wiederaufbau nicht bereitstellen werden[28]).
– Ein Großteil der Exporterlöse, 1981 waren es 28%, muß allein für den Schuldendienst oder Zinszahlungen verwandt werden. Gelingt es Nicaragua nicht, seine Zahlungsbilanz in den nächsten Jahren deutlich zu verbessern, gerät es zunehmend in Gefahr, bei Verhandlungen um Kredite zum Zahlungsbilanzausgleich von internationalen Finanzinstitutionen Bedingungen gestellt zu bekommen, die z. B. auf eine totale Revidierung der angestrebten Umverteilungspolitik hinauslaufen und so dazu beitragen können, das revolutionäre Projekt zu Fall zu bringen. Es sei in diesem Zusammenhang an die Erfahrungen Jamaikas und Perus erinnert.

Die gegenwärtige weltwirtschaftliche Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern – die einen exportieren Industriegüter, die anderen Primärprodukte – hat für die Entwicklungsländer die bekannten strukturellen Nachteile:

– Die Exporterlöse der meisten Primärprodukte sind starken Schwankungen ausgesetzt, was eine stabile Haushalts- und Investitionsplanung unmöglich macht. So verliert Nicaragua allein durch das Sinken des Kaffeepreises von 180 Dollar pro Quintal auf 115–120 Dollar pro Quintal im Zeitraum von 1980–81 ca. 80 Mio. US-Dollar an Exporteinnahmen, dies macht fast ein Sechstel der gesamten erwarteten Exporteinnahmen des Jahres 1981 aus[29]).
– Nimmt man die erdölexportierenden Länder aus, verschlechterten sich die realen Austauschrelationen für die Entwicklungsländer, über einen mittleren Zeitraum gesehen, ständig. Für Nicaragua bedeutet dies, daß sich 1981 die durchschnittlichen Importpreise um ca. 15% erhöhen, während die durchschnittlichen Exportpreise praktisch nicht steigen[30]).
– Hinzu kommt, daß die außerordentlich gestiegenen Erdölpreise die Zahlungsbilanz der nichterdölexportierenden Entwicklungsländer stark belasten. Schon 1981 wird Nicaragua 37,6% seiner Exporterlöse ausschließlich für die Ausfuhr von Erdöl ausgeben müssen, und dieser Anteil wird aller Voraussicht nach steigen[31]).

Zieht man ein Fazit, so kann man sagen, daß die wirtschaftliche Außenpolitik des neuen Nicaragua durchaus eine Reihe von Anfangserfolgen vorzuweisen hat. So sind bei den Umschuldungsverhandlungen günstige Konditionen – z. B. bei 582 Mio. US-Dollar 5 Jahre völliger Rückzahlungsaufschub, Rück-

28) Vgl. „Die Neue" v. 11. 4. 1981 u. „Inforpress" v. 19. 2. 1981.
29) Vgl. Interview mit Sergio Ramirez in „El Dia" v. 15. 2. 1981.
30) Vgl. Programa Economico, a.a.O., S. 9.
31) Ebenda.

zahlung in 40 Jahren zu niedrigen Zinssätzen[32]) – erreicht worden. Nicaragua hat außerdem in den letzten Jahren bedeutende Kreditzusagen und 180 Mio. Dollar Schenkungen erhalten[33]). Nichtsdestotrotz wird Nicaragua in der Zukunft nicht mehr in dem Maße auf äußere Ressourcen zur Finanzierung des Haushaltes zurückgreifen können, will es sich nicht in eine neue Abhängigkeit begeben, die die Realisierung einer eigenständigen Innenpolitik praktisch unmöglich macht. Verschärfend auf die Zahlungsbilanzsituation werden sich darüber hinaus die steigenden Erdölpreise, der Kaffeepreisverfall, der weitgehende Ausfall des mittelamerikanischen Exportmarktes durch die Krisen in El Salvador und Guatemala sowie die Kreditsperre durch die USA auswirken[34]).

Die künftige Entwicklung der außenwirtschaftlichen Situation wird insbesondere von folgenden Faktoren abhängen:

– Inwieweit es gelingt, die aggressive ökonomische Politik der USA zu stoppen oder zumindestens zu neutralisieren und einen Wirtschaftsboykott zu verhindern.
– Inwieweit es gelingt, die außenwirtschaftlichen Beziehungen, vor allem auch die Handelsbeziehungen zu diversifizieren, neue Märkte zu erschließen und neue Kreditgeber zu finden.
– Inwieweit es gelingt, einen Anstieg des äußeren Verschuldungsgrades zu vermeiden. Dies wird nicht zuletzt von der Stabilität der innenpolitischen Entwicklung und auch der Spar- und Opferbereitschaft der Bevölkerung abhängen.
– Inwieweit es im Rahmen der Diskussion um eine Neue Weltwirtschaftsordnung gelingt, eine dauerhafte Erlösstabilisierung für die Primärgüterexporte von Entwicklungsländern und ebenso eine Lieferung von Erdöl zu Vorzugspreisen für die ärmsten Entwicklungsländer durchzusetzen.
– Inwieweit die Bereitschaft von Institutionen und Gruppen anhält, bestimmte Projekte des neuen Nicaragua weiterhin mit Zuschüssen oder praktisch unverzinslichen Krediten zu unterstützen.

b) Die Bündnispolitik der FSLN auf nationaler Ebene

Neben den historischen Traditionen des Befreiungskampfes, den genannten Notwendigkeiten internationaler Bündnispolitik gegen die amerikanische Bedrohung und der programmatischen Festlegung der sandinistischen Revolution auf den politischen Pluralismus[35]) dürften für die *Politik der Nationalen Einheit* der FSLN die folgenden zwei Überlegungen maßgebend sein. Angesichts der weitgehenden Zerstörung Nicaraguas nach dem Befreiungskrieg, der minimalen Anzahl sandinistisch eingestellter Fachleute und des Fehlens jeglicher Planungsinfrastruktur war und ist der Rückgriff auf das „Know how" der Bourgeoisie und auf die „freien Kräfte des Marktes" – bei entsprechender

32) „Inforpress" v. 5. 2. 1981.
33) Vgl. „El Día" v. 26. 1. 1981.
34) Vgl. Programa Economico, a.a.O., S. 161.
35) Vgl. Sergio Ramirez, Interview in „El Día" v. 15. 2. 1981.

Kontrolle – die einzige Möglichkeit, eine einigermaßen reibungslose Versorgung der Bevölkerung wiederherzustellen.[36]). Zum anderen erfordert die ökonomische und politische Stabilisierung des nicaraguanischen Projektes die Herstellung einer dauerhaften Allianz zwischen Arbeitern, Bauern und marginalisierten Bevölkerungsschichten auf der einen und den Mittelschichten – mittlere und kleine Produzenten, Fachleute – auf der anderen Seite, d. h. eine Politik, die diese Schichten behutsam aus dem Einflußbereich der Großbourgeoisie loslöst und sie dieser nicht in die Arme treibt.

Die Grundidee des Konzeptes der Nationalen Einheit, daß die Bourgeoisie zu einem Wiederaufbau des Landes beitragen soll, der die bisher ausgebeuteten und verelendeten Schichten materiell begünstigt und politisch stärkt, ist in sich widersprüchlich. Dies wird auch von führenden Sandinisten so gesehen[37]). Wir wollen im Folgenden analysieren, wie diese Widersprüchlichkeit im Bereich der materiellen Produktion und in den ideologischen und politischen Auseinandersetzungen zum Tragen kommt.

Der erreichte Grad der Reaktivierung der Wirtschaft, der trotz aller Strukturmängel (s. o.) und von einer katastrophalen Ausgangslage aus immerhin die Versorgung der Bevölkerung gesichert und stabilisiert hat, wurde nur durch die breite Beteiligung des Privatsektors am Wiederaufbau möglich[38]). Dies ist zu beachten, wenn man sich die negativen Folgen der Tatsache ansieht, daß die Bourgeoisie die Verfügungsgewalt über einen Großteil der Produktionsmittel und der Vermarktungskanäle behalten hat. Der Privatsektor hat praktisch kaum investiert, die Produktion wurde (wie oben ausgeführt) weitgehend vom Staat vorfinanziert[39]). Die relativ hohen Gewinne flossen, da auch die Spartätigkeit zurückging, in den Konsum von legal oder über den Schwarzmarkt importierten Luxuskonsumgütern. Die Kapitalflucht über den Schwarzmarkt und durch die Überfakturierung von Importen und Unterfakturierung von Exporten usw. hat nach Schätzungen ca. 250 Mio. Dollar betragen[40]). Die extrem hohen Gewinnspannen im sowohl durch den Staat als auch durch die Massenorganisationen schwer kontrollierbaren Handelssektor, sie betrugen teilweise über 100%, haben dazu beigetragen, daß die Inflationsrate nicht wie geplant auf 19% gesenkt werden konnte[41]). Um diese negativen Effekte in Zukunft besser eingrenzen zu können, sieht der Plan 81 u. a. den totalen Stopp des Imports von Konsumgütern, die über die Deckung des Grundbedarfs hinausgehen, die Knüpfung der Kreditfinanzierung an eine spürbare Eigenbeteiligung des Privatsektors, eine weitere Entwicklung des Systems der Preiskontrollen, die Steigerung des Progressionsgrades der direkten Einkommenssteuer und eine Erhöhung der Effektivität der Steuererhebung vor.

36) Vgl. Thomas Borge, Die sandinistische Revolution – eine wahre Volksrevolution, in: AIB, 10/1980, S. 35.
37) Vgl. Sergio Ramirez, Interview in „El Día" v. 15. 2. 1981.
38) Vgl. Programa Economico, a.a.O., S. 32.
39) Die folgenden Angaben sind – soweit nicht anders nachgewiesen – dem „Programa Economico" entnommen.
40) Vgl. „Inforpress" v. 15. 1. 1981 u. „Lateinamerika-Nachrichten", 85/1980, S. 68.
41) Diese Angaben erhielten die Autoren in einem Gespräch mit Mitarbeitern des Planungsministeriums in Managua im November 1980.

Der Privatsektor wird zudem aufgefordert, seine Investitionstätigkeit deutlich zu steigern (um 45%) und mehr Geld für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten auszugeben. Der Schwarzmarkt bleibt als Ventil erhalten, „soweit er mit Moderation und nur zum Zwecke des Importes von Luxuskonsumgütern ausgenutzt wird".

Insgesamt bedeuten diese Maßnahmen eine weitere Einschränkung des ohnehin engen wirtschaftlichen Gestaltungsspielraumes der Bourgeoisie. Auf der anderen Seite garantiert der Staat weitgehend das Privateigentum z. B. gegenüber den Ansprüchen von landlosen Bauern, wirkt mäßigend auf die Lohnforderungen der Gewerkschaften ein und ist bereit, den Unternehmen über Produktionsabkommen, die eine Festlegung von Preisen, Steuern, Investitionen, Löhnen usw. beinhalten, eine langfristig stabile und normale Durchschnittsrendite zu garantieren.

Wenn es der FSLN gelingt, die Politik der Zusammenarbeit mit einem bedeutenden Teil der Bourgeoisie unter diesen Rahmenbedingungen durchzusetzen, dann können die anspruchsvollen Produktionsziele für 1981 als realistisch bezeichnet werden. Und nur bei einer solchen Produktionssteigerung ist eine schrittweise Erreichung der von der FSLN gesetzten Ziele – Befriedigung der Grundbedürfnisse des Volkes bei gleichzeitiger Stärkung der nationalen Unabhängigkeit – möglich.

Auf der ideologischen Ebene stellt die Politik der Nationalen Einheit die FSLN vor komplizierte Probleme in der Bildungs- und Propagandaarbeit. So ist den Arbeitern zu vermitteln, daß man sich gegenüber der „patriotischen Bourgeoisie" mit Lohn- und Enteignungsforderungen zurückhalten soll. So sind viele Landarbeiter und landlose Bauern, die zuverlässigste Basis der FSLN in dem langandauernden Befreiungskampf, davon zu überzeugen, daß sie trotz der nach wie vor existierenden ungerechten Landverteilung von Landbesetzungen absehen sollen[42]). So muß die Regierung bei der Bevölkerung um Verständnis für ihre Austeritätspolitik werben, die viele mit der Revolution verbundene Erwartungen enttäuscht, während extrem große Unterschiede bei der Einkommensverteilung bestehen bleiben.

Allerdings hängt die Unterstützung eines nicht geringen Teils der Bevölkerung für die Politik der Regierung auch entscheidend von der Entwicklung der Versorgungslage mit ab, die sich nach dem Sturz Somozas nicht so günstig entwickelt hätte, wenn das nicaraguanische Modell nicht von einer relativen politischen Stabilität gekennzeichnet gewesen wäre. Ebenso hat die bisherige Politik eine weitgehende Anbindung der kleinen und mittleren Produzenten sowie der Akademiker an die Revolution ermöglicht[43]). Den negativen ideologischen Effekten der Allianzpolitik muß die FSLN durch eine Qualifi-

42) Noch heute bewirtschaftet die Hälfte aller Bauern Nicaraguas etwa 3,5% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, während 0,6% der Produzenten ein Drittel davon besitzt (vgl. Peter Wingert in „Publik-Forum" v. 20. 3. 1981).

43) Vgl. „Inforpress" v. 30. 12. 1980.

zierung der Schulungs- und Bildungsarbeit vor allem in den Massenorganisationen entgegenwirken[44]).

Konnten wir weiter oben feststellen, daß sich der Privatsektor weitgehend an der Reaktivierung der Produktion beteiligt hat, so gehen auf der politischen Ebene bedeutende Teile der Bourgeoisie, die anfangs die revolutionäre Regierung noch mitgetragen haben, zu einem immer eindeutigeren Konfrontationskurs über. Sie stellen die sandinistische Staatsmacht z. B. mit der Forderung nach Aufhebung des sandinistischen Charakters der bewaffneten Organe offen in Frage und verlangen eine Aufhebung zahlreicher Regulierungsmechanismen, die sich der Staatsapparat geschaffen hat. Manifest wurde dieser Konfrontationskurs mit dem Rücktritt von Alfonso Robelo, Vorsitzender der MDN, aus der Revolutionsjunta im Mai 1980, dem Rückzug des Unternehmerverbandes COSEP aus dem Staatsrat im November 1980[45]) und der von Mitgliedern der Christlichen Sozialen Partei und dem Vorsitzenden der nicaraguensischen „Menschenrechtskommission" Conzales gestarteten internationalen Kampagne gegen die angeblichen Verletzungen der Menschenrechte in Nicaragua[46]). Auch die von bürgerlichen Kräften kontrollierten Medien greifen die sandinistische Revolution zunehmend schärfer an. So nutzt die „Prensa" nicht ungeschickt jeden Anlaß aus, um in der Bevölkerung Unzufriedenheit mit der Grundlinie der Regierung zu wecken, sei es, indem sie streikende Arbeiter unterstützt, die die Politik der Lohnzurückhaltung nicht akzeptieren wollen, sei es, indem sie die Spekulation über tatsächliche oder angebliche Knappheit von einzelnen Lebensmitteln mit anheizt und dadurch oft erst Knappheitssituationen erzeugt, sei es, indem sie gegen häufige Verkehrskontrollen der Polizei polemisiert[47]). Sie kann sich dabei auf eine Auflage stützen, die mit 66 000 Exemplaren wesentlich größer ist als die Auflage der „Barricada", des offiziellen Organs der FSLN, die von 18 000 beträgt[48]). Die Ursachen für diese Auflagenunterschiede dürften nicht nur in historisch herausgebildeten Lesegewohnheiten zu suchen sein, sondern auch in der Tatsache, daß es der „Barricada" noch nicht genügend gelungen ist, auch Mißstände und die Unzufriedenheit einzelner Bevölkerungsteile mit der einen oder anderen Maßnahme der Revolution in ihrer Berichterstattung zu berücksichtigen.

Die FSLN zeigt sich gegenüber dem verschärften Kurs des Privatsektors flexibel. Bei einem entschiedenen Vorgehen gegen offen konterrevolutionäre Tätigkeit, wie der Unterstützung bewaffneter Banden und der bewußten Verbreitung von Falschinformationen über die Versorgungslage oder die Situa-

44) Thomas Borge, Ha llegeda . . ., a.a.O., S. 2.
45) Die Funktionäre des COSEP sind oft personell nicht identisch mit den Unternehmern, denen die großen Latifundien und die großen Industrieunternehmen gehören.
46) Conzales, dessen Menschenrechtskommission international nicht anerkannt wird und dessen Angaben auch von Amnesty International bestritten werden, mußte seine verleumderischen Aussagen zum Teil selbst widerrufen; vgl. „Nicaragua-Nachrichten", 3/1981.
47) Berichte dieser Art erschienen nach den Erfahrungen der Autoren im November/Dezember 1980 täglich.
48) Vgl. „Lateinamerika-Nachrichten", 90/1981.

tion der Menschenrechte in Nicaragua, und einer offensiven Verteidigung und Konsolidierung der sandinistischen Staatsmacht, schließt sie in anderen Fragen immer wieder Kompromisse mit den Unternehmerverbänden.

Dabei scheint der verstärkte ökonomische Druck der USA auf Nicaragua innenpolitisch nicht unbedingt konterrevolutionäre Strömungen zu stärken, sondern vielmehr der FSLN die Chance zu bieten, ihr Regierungsprojekt in Anknüpfung an die Traditionen des antiimperialistischen Befreiungskampfes wieder auf eine politisch breitere Basis zu stellen[49]).

Fazit

Beurteilt man zusammenfassend, unter Berücksichtigung der außen- und der innenpolitischen Aspekte, die Resultate der Politik der Nationalen Einheit, so kann man sagen, daß diese Politik trotz der ihr inhärenten Widersprüche eine Konsolidierung der nicaraguensischen Revolution ermöglicht hat. Dies läßt es als plausibel erscheinen, daß die FSLN versuchen wird, diese Politik mittelfristig fortzusetzen.

Inwieweit die Bourgeoisie die Konsolidierung des neuen Nicaragua weiter mittragen wird, hängt nicht zuletzt davon ab, ob sich die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen der weiteren Entwicklung der Revolution in Zukunft so gestalten, daß es wesentlichen Teilen der Bourgeoisie vorteilhafter erscheint, den verbleibenden ökonomischen Spielraum für die Realisierung von Gewinnen zu nutzen als sich in das Abenteuer der Konterrevolution und des Verlustes des eigenen Besitzes einzulassen. Eine weitere Verschärfung der US-Politik gegenüber Nicaragua muß dabei nicht unbedingt eine Radikalisierung der Politik der FSLN gegenüber der Bourgeoisie zur Folge haben, sondern kann auch zu einer innenpolitischen Konsolidierung des jetzigen Projektes beitragen.

49) So hat sich z. B. auch Alfonso Robelo kritisch über die Streichung der US-Weizenkredite geäußert („Inforpress" v. 19. 2. 1981). Darüber hinaus führt die FSLN auf der Basis einer breiten Massenkampagne („Brief der Würde" von 1 Million Nicaraguanern an den US-Präsidenten) erneut Gespräche mit dem Unternehmerverband, um gemeinsam zu klären, wie der ökonomischen Aggression begegnet werden kann; (vgl. Romero Rey in der „Frankfurter Rundschau" v. 13.4. 1981.)

Atomkrieg in Europa

Von US-Admiral a.D. Gene R. La Rocque

Eine internationale „Konferenz über Atomkrieg in Europa" fand vom 22. bis 24. April 1981 in der Universität Groningen, Niederlande, statt – international angesichts der Kompetenz der referierenden militärischen und wissenschaftlichen Sachverständigen wie US-Admiral La Rocque, General Georges Buis aus Frankreich oder General Bastian aus der Bundesrepublik stark beachtet, in unseren Medien jedoch bezeichnenderweise weitgehend ignoriert. Admiral a.D. Gene R. La Rocque, Mitorganisator der Groninger Konferenz, war Kommandeur zweier Raketenkreuzer-Flottillen und wurde wegen seiner strategischen Planung im US-Generalstab hoch dekoriert. Heute ist er Präsident des Zentrums für Verteidigungsinformationen in Washington.
In Groningen gab General La Rocque die nachstehende Einschätzung, „wie ein Atomkrieg in Europa aussehen würde". Dieses Dokument bedarf keines Kommentars. Wir meinen, daß es gerade in unserem Land größte Beachtung finden sollte. D. Red.

Der amerikanische Verteidigungsminister hat Anfang dieses Jahres das Stichwort für diese Konferenz gegeben, als er vor dem US-Kongreß erklärte: „Das Schlachtfeld des nächsten konventionellen Krieges wird Europa sein und nicht die Vereinigten Staaten."

Die Amerikaner gehen davon aus, daß der Dritte Weltkrieg ebenso wie der Erste und Zweite in Europa ausgefochten wird.

Die militärischen Planer der USA sind überzeugt, daß es früher oder später zum Krieg zwischen den USA und der UdSSR kommen wird – und dieser Krieg wird ein nuklearer sein.

Unsere Pläne sind simpel:
1) Solange wie möglich mit konventionellen Waffen zu kämpfen;
2) falls nötig zu atomaren Kurz- und Mittelstreckenwaffen überzugehen;
3) Langstreckenwaffen interkontinentaler Reichweite einzusetzen, wenn die atomaren Kurz- und Mittelstreckenraketen nicht ausreichen.

Niemand weiß, wie ein Atomkrieg in Europa im Ernstfall aussehen würde; das Pentagon weiß es nicht und das NATO-Hauptquartier weiß es auch nicht.

Aber es sind verschiedene Szenarios vom Pentagon und dem Alliierten Oberkommando in Europa entwickelt worden, um in der Art von Kriegsspielen zu beschreiben, wie ein Atomkrieg in Europa ausgefochten werden soll.

Unglücklicherweise werden sie schon nach wenigen Sekunden nutzlos sein, weil die gesamte Kriegsplanung so spekulativ ist.

Niemand weiß, wieviele Atomwaffen zur Explosion gebracht würden, auf welche Ziele und mit welchen Wirkungen.

Deshalb stellen wir Schätzungen über die Anzahl der Atomwaffen an, die die Sowjets nach unserer Auffassung zur Explosion bringen werden, und über die möglichen Ziele, und dann antworten wir, indem wir einige mehr in Ostdeutschland oder Polen zur Explosion bringen.

Wenn wir ein kurzes Kriegsspiel wünschen, zünden wir viele Atomwaffen zu einem sehr frühen Zeitpunkt des Krieges.

Wenn wir ein langes Kriegsspiel wünschen, zünden wir nur sehr wenige Atomwaffen gleichzeitig.

Zu viele Atomwaffen verderben die besten Kriegsspiele.

Die Atomkriegsspiele der NATO und des Pentagon sind üblicherweise simpel und einigermaßen stereotyp.

Manche Spiele werden unter der Annahme eines Überraschungsangriffs gespielt. Entweder die Sowjets starten einen atomaren Überraschungsangriff auf NATO-Staaten, oder die NATO startet einen atomaren Überraschungsangriff auf Warschauer-Pakt-Staaten.

Die meisten Atomkriegsspiele gehen jedoch von der Annahme aus, daß sowohl Streitkräfte der NATO als auch des Warschauer Paktes einige Tage oder Wochen lang mit konventionellen Waffen gekämpft haben, bevor die eine oder andere Seite Atomwaffen einsetzt.

Atomwaffen geraten gewöhnlich dann in das Kriegsspiel, wenn eine Seite zu verlieren beginnt; es wird davon ausgegangen, daß in dieser Situation wir oder sie mit der Zündung von Atomwaffen beginnen werden.

Bevor irgendwelche Atomwaffen der NATO gezündet werden können, muß der Präsident der Vereinigten Staaten die Erlaubnis zum Einsatz der amerikanischen Waffen erteilen. In Großbritannien wird der Premierminister entscheiden, ob die britischen Atomwaffen eingesetzt werden sollen oder nicht, aber die amerikanischen Atomwaffen in Großbritannien werden nur auf Weisung des Präsidenten der Vereinigten Staaten abgeschossen.

Der französische Präsident wird in der Zwischenzeit entscheiden, ob er Frankreich in einen Atomkrieg verwickeln will oder nicht.

Die französischen Atomwaffen werden nur dann eingesetzt werden, wenn die Franzosen glauben, daß dies in ihrem Interesse läge.

Die drei unabhängigen Atommächte schrecken begreiflicherweise davor zurück, ihren eigenen Militärführern die Verantwortung für den Beginn eines Atomkriegs zu übertragen, und es ist zweifelhaft, daß sie einem ausländischen Staat Kontrollrechte über ihre Atomwaffen einräumen würden.

Diese drei unabhängigen Atommächte innerhalb der NATO erschweren die Atomkriegsplanung erheblich – die Sowjets haben kein vergleichbares Problem innerhalb ihres Bündnisses, aber sie sehen sich dieser dreifachen nuklearen Bedrohung (zuzüglich der chinesischen) gegenüber.

Aus der militärpolitischen Sicht der USA kann, solange die Franzosen und die Engländer über den Einsatz ihrer Atomwaffen entscheiden können, jede dieser Mächte einen Atomkrieg in Europa beginnen und die Vereinigten Staaten automatisch mit hineinziehen, gleichgültig ob wir einen solchen Krieg wünschen oder nicht.

Eine andere Komplikation für die Kriegsplaner der USA und der NATO besteht darin, daß die Sowjets alle oder fast alle ihrer Atomwaffen in der Sowjetunion selbst und auf See stationiert haben.

Die NATO hat im Gegensatz dazu ihre Atomwaffen über ganz Westeuropa auf mehr als hundert verwundbare Lagerstätten verstreut. Diese Atomwaffenlager der NATO in Deutschland, Belgien, Großbritannien, Griechenland, der Türkei und den Niederlanden werden in einem konventionellen oder atomaren Krieg von Anfang an an der Spitze der Zielliste des Warschauer Pakts stehen.

Wenn alle Atomwaffenlager der NATO durch die Sowjets zerstört werden könnten, und sie sind ziemlich leicht zu zerstören, dann würde die Gefahr für die Warschauer-Pakt-Staaten verringert. Andere erstrangige Ziele für sowjetische Waffen sind, wie angenommen wird, NATO-Kommandostellen, die der Front Einsatzbefehle für die Anwendung von Atomwaffen erteilen würden.

Die Befehlszentralen in Großbritannien und Frankreich sind ebenfalls erstrangige Ziele für sowjetische Waffen, wenn die Erteilung von nuklearen Einsatzbefehlen verhindert werden soll.

Falls Befehle vom amerikanischen Präsidenten ergehen, die über 7000 Atomwaffen in Europa einzusetzen, und falls diese Befehle zu den Frontkommandeuren durchdringen, dann wird die systematische Zerstörung Europas beginnen.

Allein von Seiten der NATO
– werden Tausende von atomaren Artilleriegeschossen gegen sowjetische Soldaten abgeschossen werden;
– Hunderte von Atomminen werden auf NATO-Gebiet gezündet werden, um Brücken zu zerstören und Kommunikationslinien zu unterbrechen;
– Hunderte von Pershings und Cruise Missiles mit Atomsprengköpfen werden gegen vorbestimmte Ziele in der Sowjetunion und Osteuropa gestartet werden (in der Mitte der 80er Jahre);
– über tausend NATO-Flugzeuge werden Atomwaffen tragen, die auf dem Kriegsschauplatz gezündet werden sollen;
– zwölfhundert weitere Flugzeuge werden in der ersten Kampfwoche von den USA aus nach Europa überführt werden;
– Hunderte von Flugzeugen der amerikanischen Flugzeugträger werden Hunderte von Atomwaffen gegen Seeziele an den Flanken des Kriegsschauplatzes einsetzen;
– US-Raketenunterseeboote, die der NATO unterstellt sind, werden nahezu fünfhundert Atomwaffen auf dem Kriegsschauplatz explodieren lassen;
– und weitere Schiffe der US-Marine werden für den Einsatz von Cruise Missiles und die Auslösung weiterer Atomexplosionen auf dem Kriegsschauplatz vorbereitet.

Insgesamt wird es etwa 8000 bis 10 000 Atomexplosionen im Kriegsgebiet geben, die allein von der NATO verursacht sind.

Die Kriegspläne verlangen die Zerstörung einer jeden Division der Sowjetunion und des Warschauer Paktes, die NATO-Streitkräfte bedrohen könnte.
– Jeder Flugplatz in Osteuropa wird unbrauchbar gemacht werden.
– Jede offensive oder defensive Raketenstellung wird zerstört werden.
– Jeder Hafen in Osteuropa wird unbrauchbar gemacht werden.
– Industriebetriebe und Industriestädte sollen dem Erdboden gleichgemacht werden.
– Alles, was in irgendeiner Weise zum militärischen und industriellen Potential der Sowjetunion und das Warschauer Paktes beiträgt, wird systematisch durch Atombomben, atomare Artilleriegeschosse und Atomraketen zerstört werden.

Angenommen, daß die Sowjets in der gleichen Weise antworten, würden sie weitere fünf- bis sechstausend Atomexplosionen im Kriegsgebiet auslösen.

Die Gesamtwirkung der Explosion von über 15 000 Atomwaffen in so kurzer Zeit ist unmöglich zu messen und entzieht sich der Vorstellungskraft.

Soweit unsere gesamte Erfahrung mit Atomwaffen reicht, haben wir nie mehrere Atomwaffen gleichzeitig zur Explosion gebracht.

Das Ausmaß der Wirksamkeit läßt sich ansatzweise erahnen, wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß die Feuerkraft eines einzigen Atomraketen-U-Boots der NATO die gesamte Feuerkraft aller im Zweiten Weltkrieg eingesetzten Bomben und Geschosse überschreitet.

Wir wissen auch, daß eine kleine 13-Kilotonnenbombe, die über Hiroshima gezündet wurde, 100000 Menschen tötete.

Amerikanische Schätzungen, die in Kongreß-Hearings vorgelegt wurden, machen deutlich, daß über 100 Millionen Europäer bei einem Atomkrieg in Europa sterben könnten.

Einige wenige Militärs glauben, daß ein Atomkrieg unter Kontrolle gehalten werden kann, wenn er einmal begonnen hat, obwohl ich noch nie einen vernünftigen Plan dafür gesehen habe, wie ein Atomkrieg unter Kontrolle gebracht werden soll, sobald die ersten Waffen explodiert sind.

Ich habe die größten Zweifel daran, daß ein Atomkrieg in Europa begrenzt werden könnte, weil es keine Möglichkeit gibt, die Aktionen der vier unabhängigen Atommächte unter Kontrolle zu halten.

Die Sowjets, die USA, die Engländer oder die Franzosen können einen Atomkrieg in Europa beginnen, wann immer sie dies wünschen. Aber wenn er einmal begonnen ist, wird eine Verständigung zwischen den vier Atommächten nötig sein, um ihn zu beenden.

In den USA breitet sich die Auffassung aus, daß ein Atomkrieg auf Europa begrenzt werden könnte. Manche in den USA glauben, daß sogar nach dem Beginn eines Atomkriegs in Europa die Präsidenten der USA und der Sowjetunion sich über den Heißen Draht darüber verständigen könnten, das nationale Territorium des jeweils anderen nicht anzugreifen.

Vieles wird von den Umständen und dem Charakter der beiden zu dieser Zeit amtierenden Präsidenten abhängen.

Die beschriebene Annahme könnte als eine logische Folge des bestehenden Abkommens zwischen den USA und der UdSSR „zur Verhütung des Ausbruchs eines Atomkriegs" betrachtet werden.

Aus dem Interesse heraus, ihre eigenen Territorien zu schützen, könnten auch die Franzosen und Engländer geneigt sein, einen Heißen Draht für die direkte Kommunikation mit Moskau einzurichten.

Unabhängig von irgendwelchen Vereinbarungen, die vielleicht zwischen den USA und der UdSSR oder seitens der Briten und Franzosen mit den Sowjets erreicht werden könnten, wären die Bewohner des Atomkriegsschauplatzes zu diesem Zeitpunkt alle tot und das Kriegsgebiet wäre zerstört.

Ironischerweise ist festzustellen, daß der atomare „Schauplatz", wie ihn die Nukleare Planungsgruppe der NATO lässig definiert, all die Nationen einschließt, die selbst *keine* Atomwaffen besitzen.

Es erscheint als ungerecht, daß der Atomkrieg um die Staaten und auf ihrem Gebiet ausgefochten wird, die nichts zu sagen haben, wenn es darum geht, ob Atomwaffen eingesetzt werden sollen.

Es war einmal eine Binsenwahrheit zu sagen, daß es nicht einzelne sind, die Kriege machen, sondern Staaten. Heute sind es sogar nicht einmal Staaten, die Kriege machen, sondern Nukleare Planungsgruppen.

Niemand wünscht Krieg – und ganz gewiß keinen Atomkrieg.

Aber das Gefühl breitet sich aus, daß wir uns unerbittlich auf einen Atomkrieg in Europa zubewegen.

Die Nukleare Planungsgruppe der NATO, die die Verantwortlichkeit für die Festlegung des Kurses der NATO-Staaten in Atomkriegsfragen übernommen hat, drängt darauf, daß die europäischen Staaten schleunigst Atomwaffen mit höherer Präzision und Zerstörungskraft erhalten, die der Kriegsführung dienen.

Aber die Nukleare Planungsgruppe bietet keine stichhaltigen Beweise oder überzeugenden Argumente dafür, daß diese neuen Waffen uns sicherer machen oder daß die neuen Waffen es wahrscheinlicher machen, einen Atomkrieg gewinnen zu können.

Die NATO und der Warschauer Pakt sind auf Kollisionskurs hin zu einem Atomkrieg.

Aber wir müssen diesen Kurs nicht fortsetzen. Viele Optionen stehen uns in der NATO und im Warschauer Pakt offen, um das Kriegsrisiko zu verringern.

Aber die Initiativen für eine Kursänderung müssen von jenen Staaten ausgehen, die im Kriegsfall das nukleare Schlachtfeld darstellen würden.

Die Frage eines Atomkriegs in Europa ist zu wichtig, um sie auswärtigen Entscheidungen zu überlassen.

Zu spät für ein Umdenken in Bonn?

Das Dilemma, in dem die sozialliberale Koalition und die sie tragenden Parteien heute stecken, ist nicht über Nacht entstanden. Schmidt und Genscher selbst haben gehörigen Anteil an seinem Zustandekommen. Eine Schlüsselrolle spielt dabei ihre Haltung zum NATO-„Nachrüstungsbeschluß". Nur wenn SPD und FDP die Kraft aufbringen, diesen Beschluß, der sich als folgenschwere Fehlentscheidung erwiesen hat, zu überprüfen, werden sie einen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise finden können. Die rasch anwachsende, von den Kirchen bis zu den Gewerkschaften alle Bevölkerungskreise erfassende Opposition gegen den NATO-Beschluß und gegen die Stationierung neuer Atomraketen in Mitteleuropa könnte der sozialliberalen Koalition, wenn sie den Impuls aufzunehmen versteht, den nötigen Schub für eine Rückkehr zur Entspannungspolitik geben, ohne die diese Koalition ihrem Legitimationsgrundlage verliert. In der SPD, aber zunehmend auch in der FDP wird das von immer mehr Mitgliedern und Gremien so gesehen. Nur in Bonn suchen die Koalitionsspitzen ihr Heil immer noch in sturem Festhalten an einmal Beschlossenem, obwohl doch alle wesentlichen Voraussetzungen sich seit 1979 verändert haben.

Keines der für diese Haltung nacheinander oder auch gleichzeitig, ohne Rücksicht auf die immer tiefere Verstrickung in Widersprüche und Schlimmeres, ins Feld geführten Argumente hält der Nachprüfung stand.

– In Bonn heißt es – und dies unabhängig von den für oder gegen eine Revision des NATO-Beschlusses sprechenden sachlichen Gründen –, wenn dieser Beschluß zu Fall komme, dann werde die NATO zerbrechen.

Aber was soll man von der Daseinsberechtigung eines Bündnisses halten, dessen weiterer Zusammenhalt – angeblich – nur noch dadurch zu retten ist, daß alle an einem einmal gefaßten Beschluß sturheil festhalten, auch wenn dieser sich als Irrtum oder Fehlentscheidung erweist? Oder seine Entstehungsgründe hinfällig geworden sind?

– In Bonn heißt es, wenn die Bundesregierung sich in Gegensatz zum Aufrüstungskurs Reagan-Amerikas bringe, werde uns das die Gunst und schließlich den Schutz Amerikas kosten.

Aber was ist das für ein „Schutz", der um den Preis erhöhter Kriegsgefahr für uns, die „Schützlinge", erkauft wird? Was ist das für eine „Schutzmacht", für deren Außenminister es wichtigeres gibt, als in Frieden zu leben, während für unser Land Krieg den sicheren Untergang bedeuten würde? Was für eine „Schutzmacht", die mit dem Gedanken an einen „begrenzten Atomkrieg" spielt – aber auf *unserem* Gebiet und auf *unsere* Kosten, während sie ihr eigenes Risiko – bei immer riskanter kalkulierter weltweiter Konfrontationspolitik – durch die „atomare Geiselnahme" Westeuropas zu reduzieren versucht?

– In Bonn heißt es, wenn die Nachrüstung scheitere, werde die sozialliberale Koalition platzen.

Aber ist es denn nicht gerade das starre Beharren auf diesem Beschluß und auf einer Reihe weiterer „Sündenfälle", das die Glaubwürdigkeit der im Zeichen sozialer

Reformerwartungen und der Abkehr vom Kalten Krieg angetretenen Koalition untergräbt und sie notwendigerweise in schwere Grundsatzkonflikte stürzen muß?

Und worin bestünde denn zuschlechterletzt noch die Legitimationsbasis einer sozialliberalen Koalition, die sich nur noch durch die Abwendung von ihren entspannungs- und reformpolitischen Grundlagen, ja durch deren fortschreitende Liquidation an der Macht halten zu können glaubt? Öffnet nicht gerade diese Haltung der CDU/CSU Tür und Tor, die eine Liquidation der Entspannung und die völlige Gleichschaltung mit Reagan-Amerika sicherlich glaubwürdiger abwickeln könnte?!

– Es heißt in Bonn aber auch neuerdings wieder, besonders nach den Lippenbekenntnissen zu Rüstungskontrollgesprächen, die US-Außenminister Haig Genscher auf der NATO-Tagung in Rom mit nachhause gegeben hat, daß die Bundesregierung sich durch eine Infragestellung der „Nachrüstung" alle Möglichkeiten verscherzen werde, mäßigend auf die Formulierung der Reagan-Politik einzuwirken.

Aber hat nicht gerade die Entwicklung seit dem – z.T. schon mit Blick auf die seinerzeitige Politik Präsident Carters ähnlich begründeten – „Doppelbeschluß" der SPD vom Dezember 1979 und seit dem anschließenden Brüsseler „Doppelbeschluß" gerade bewiesen, daß das Gegenteil richtig ist? Mäßigende Einwirkung?! Just seitdem die NATO-Verbündeten dem US-Raketenplan grünes Licht gaben, hat die Politik der USA doch zunehmend jedes Maß verloren! Just seitdem ist von Verhandlungen keine Rede mehr, ist SALT vom Tisch und wurden in den USA alle Schleusen für eine beispiellose Welle von Aufrüstung und Vormachtstreben geöffnet, die schließlich Reagan ins Weiße Haus spülte.

Und daß die USA nicht daran denken, sich durch Verhandlungen von der Stationierung der 572 neuen amerikanischen Atomraketen in Westeuropa abhalten zu lassen, pfeifen in den USA, aber auch bei uns, die Spatzen von den Dächern! Wenn Haig Genscher nach monatelangem Drängeln großmütig eine unverbindliche Absichtserklärung zu Gesprächen – noch lange nicht zu Verhandlungen! – zukommen läßt, mit der dieser vor seinem Parteitag bestehen zu können und womöglich einen Teil der Kritiker in Westeuropa einlullen zu können glaubt, dann sieht das weniger nach „mäßigender Einwirkung" Bonns auf die Konfrontationspolitik Washingtons als nach augenzwinkernder Kumpanei aus.

Verhandlungen oder Gespräche – jetzt nur noch als Beruhigungsdroge, als Ablenkung von der ungebremst vorangetriebenen Politik des Wettrüstens: diese Entwicklung spricht ganz bestimmt nicht für die Seriosität des „rüstungskontrollpolitischen Teils" des sog. Doppelbeschlusses und schon gar nicht dafür, die Korrektur des offenkundig gewordenen Irrtums (oder der Täuschung? Oder der Selbsttäuschung?) von 1979 auch nur einen einzigen weiteren Tag hinauszuzögern! Es ist schon viel zuviel Zeit verloren gegangen seit 1979. (Selbst wenn „noch in diesem Jahr" amerikanisch-sowjetische „Gespräche" tatsächlich zustandekommen sollten und selbst wenn diese Gespräche sich zu substantiellen Verhandlungen konkretisieren sollten und selbst wenn es zu einer Verständigung darüber kommen sollte, welche Wafffensysteme denn nun überhaupt Gegenstand von Verhandlungen sein können – von den drei Verhandlungsjahren, mit deren Beschwörung der „Doppelbeschluß" 1979 schmackhaft gemacht wurde, sind dann zwei Drittel verstrichen. Und die Vorbereitungen der Stationierung werden dann so weitgehend abgeschlossen sein, daß eine Revision des „Nachrüstungs"-Teiles aufgrund günstiger Resultate des Verhandlungs-„Teiles" immer schwieriger würde.

Die Argumente der Bundesregierung in Sachen NATO-Beschluß sind, wie sich zeigt, fadenscheinig.

Für ein Umdenken, für eine Überprüfung der Bonner Haltung gibt es dagegen, auch im wohlverstandenen Eigeninteresse der Koalitionsparteien, eine ganze Reihe guter Gründe:

– Weil die Sozialdemokratie und die Liberalen nicht etwa dann „ihr Gesicht verlieren", wenn sie den Mut aufbringen, einen Irrtum als solchen zu begreifen, einzugestehen und zu korrigieren, bevor es zu spät ist, sondern wenn sie zu schwach, zu feige oder zu inkonsequent dafür sind;

– weil es nicht nur um die Existenz einer Koalition, sondern letztenendes um das Überleben unseres Volkes geht;

– weil keine Regierung, die „auch nur einen Funken von Patriotismus verspürt" (Mechtersheimer), ihr Land widerstandslos oder sogar billigend zum Schauplatz eines „begrenzten" Atomkrieges erklären lassen und ihr Volk damit zur Geisel auswärtiger Atomstrategen herabwürdigen lassen kann;

– weil von Deutschen und Europäern ebensowenig wie von irgendjemand sonst erwartet werden kann, daß sie ihre nationale Existenz, ihr Überleben aufs Spiel setzen, damit die USA ihr eigenes Risiko – vermeintlich – reduzieren können;

– weil die Reagan-Administration noch am ehesten zur Vernunft gebracht werden kann, wenn die Europäer ein unmißverständliches Zeichen dafür setzen, daß sie den Kurs forcierter Aufrüstung und der neuen Atomkriegsstrategie der USA nicht mehr mitmachen und auf der Rückkehr zum Primat von Kriegsverhütung und Verhandlungen bestehen;

– weil durch das neue Wettrüsten alle Beteiligten nur verlieren können – und insbesondere die Bundesrepublik, die am meisten Nutzen aus der Entspannung gezogen hat und die im Falle eines neuen Kalten, erst recht heißen Krieges am schwersten betroffen wäre;

– weil nur durch eine Abkehr vom Vorrang des Militärischen in der Außen- und Sicherheits- wie in der Innenpolitik wirkliche Sicherheit – d.h. Kriegsverhütung und soziale Existenzsicherung – herbeigeführt werden können;

– weil nur durch eine solche Abkehr die finanziellen Mittel erhalten bzw. festgesetzt werden können, um die wachsenden Wirtschafts- und Haushaltsprobleme wirksamer angehen und auch international, etwa gegenüber der hungernden Dritten Welt, einen wirklich hilfreichen Beitrag leisten zu können,

– weil der Prozeß des Umdenkens, dessen Ausdruck eine Korrektur der NATO-Fehlentscheidung und der in ihr besonders sichtbar gewordenen Irrtümer wäre, auch politische und moralische Energien mobilisieren könnte, ohne die eine produktive Auseinandersetzung mit den Fragen und Ängsten wachsender Bevölkerungsteile, besonders spürbar in der Jugend, kaum denkbar erscheint.

Eine CDU/CSU-Regierung böte, so wie diese Parteien sich nach wie vor darstellen, mit Sicherheit keinen Ausweg aus der verfahrenen Lage. Aber ebensowenig irgendeine andere Spielart der Aufrüstungs- und Sozialabbau-Politik, die uns in diese Lage gebracht hat – weder unter der Federführung der gegenwärtigen Regierung, noch unter der einer Regierung Kohl-Genscher oder Kohl-Schmidt oder Kohl-Schmidt-Genscher-Strauß, also durch die auch formale Institutionalisierung der in der Nachrüstungsfrage faktisch bereits bestehenden Allparteien-Koalition.

Aus der inneren Krise, in die die sozialliberale Koalition sich, am sichtbarsten durch ihr Verhalten zum NATO-Beschluß, hineinmanövriert hat, kann, wenn es dazu nicht bereits zu spät ist, nur die ernsthafte Bemühung um Wiedergewinnung ihrer Glaubwürdigkeit herausfüh-

ren, d.h. die Rückbesinnung auf die Grundeinsichten von 1969 – auf Friedenspolitik, Ost-West-Verständigung und -zusammenarbeit und, damit einhergehend, auf soziale Reformfähigkeit und „mehr Demokratie".

Ohne eine enorme Kraftanstrengung aller, die Bedrohung und Chance der gegenwärtigen großen Auseinandersetzung erkennen, innerhalb der Regierungsparteien SPD und FDP wie außerhalb, wird der Ausweg nicht freizulegen sein. Erst der Druck einer wachsenden demokratischen Bewegung macht auf die Regierenden Eindruck. Diese Bewegung beginnt Wirkung zu zeigen.

Wenn die entstehende Volksbewegung gegen die Atomgefahr sich nicht auseinandermanövrieren oder einlullen läßt, dann wird – wie in den Niederlanden bereits manifest und jetzt auch in der Bundesrepublik von der SPD über die FDP bis in die CSU hinein („Fall" Mechtersheimer!) sich abzeichnend – keine Partei und auch kein Bündnispartner auch nicht die USA, ungestört weiter „Nachrüstung" und Konfrontationspolitik betreiben können.

Karl D. Bredthauer

Freie Hand für die CIA

Als die amerikanische Öffentlichkeit im Winter 1977/78 aus Senatshearings und Artikelserien der „New York Times" erfuhr, in welchem Ausmaß die CIA in den letzten 25 Jahren in- und ausländische Journalisten manipuliert hat, ging ein Schaudern durch die Nation. Heute ist nur noch ein Schulterzucken übrig geblieben. „Who cares", was hilft's, heißt das. Eine Abwehrgeste gegen die im Übermaß, fast wie auf Bestellung erschienenen Horrorstories aus Langley, dem CIA-Hauptquartier in der Nähe von Washington.

Gegen den fortgesetzten Mißbrauch von Journalisten durch die CIA wehren sich hier am heftigsten die beiden Magazine „Counterspy" und „Covert Action", zwei Publikationen, die dem US-Geheimdienst gern sein Grab schaufeln würden und die mit großer Regelmäßigkeit die Namen von CIA-Agenten in aller Welt veröffentlichen. Eine Aktion, die nicht nur der CIA Ärger macht, sondern auch vielen Kongreßabgeordneten ein solcher Dorn im Auge ist, daß Senat und Repräsentantenhaus zwei Gesetzesanträge vorgelegt haben, die es strafbar machen, den Namen eines Agenten zu nennen, bzw. Informationen zu geben, die zu seiner Identifizierung führen könnten.

„Counterspy" war bei seinen Recherchen jüngst wieder einmal fündig geworden. Auf einer Pressekonferenz in Washington identifizierte das Magazin den Ex-„New York Times" Reporter Kennett Love als einen CIA-Helfer, der 1953 im Iran in dem vom US-Geheimdienst initiierten Sturz der Mossadegh-Regierung selbst mit Hand anlegt hatte. Kennett Love, sagt „Counterspy", verteilte in Teheran CIA-Material und half dem Kaiserhaus, während er zur gleichen Zeit die Titelseiten der „New York Times" vollschrieb.

Als Beweis für diese Anschuldigungen legte „Counterspy" ein 41 Seiten langes Papier vor, das von Love selbst 1960 für ein Seminar an der Princeton-Universität geschrieben wurde, die er damals als Stipendiat der Carnegie-Stiftung besuchte. Diese Seminar-Arbeit trägt den Titel „Die Rolle Amerikas bei der Wiedereinsetzung der Pahlevis am 19. August 1953".

Schon in den ersten Sätzen wird klar, daß Kennett Love genau wußte, was in Teheran gespielt wurde. „Es ist wahrscheinlich", so beginnt die Love-Story, „daß die am Kaiser-Coup beteiligten Iraner ohne amerikanische Hilfe erfolglos geblieben wären, und es ist zweifelhaft, ob dieser Coup ohne US-Kooperation überhaupt

stattgefunden hätte. Es war ein von Washington bewußt geplantes Unternehmen".

Ein paar Absätze weiter spezifiziert Love die Rolle der CIA. „Zur gleichen Zeit", schreibt er, „sorgten die für den Umsturz Mossadeghs verantwortlichen CIA-Agenten weiter für „technische Hilfe", um die Dissidenten zu unterdrücken, die die Stabilität des Schah-Regimes gefährdeten".

Über seine eigene Rolle in der CIA-Aktion schreibt Reporter Love auf Seite 31 seiner Princeton-Arbeit: „Zum ersten Mal wurde mir klar, daß Amerika mit den Royalisten gemeinsame Sache macht, als ich im Park-Hotel einen Anruf von Joe Goodwin bekam, einem CIA-Agenten, der an unserer Botschaft als politischer Offizier stationiert war. Goodwin fragte mich, ob ich General Zahedi, dem iranischen Führer des Coups und zukünftigen Premierminister treffen wollte, um die wahren Sachverhalte kennenzulernen."

Kennett Love traf sich nach diesem Anruf mit dem Sohn des Generals, der ihm zwei Erlasse des Schahs zeigte. In einem wurde General Zahedi zum neuen Premierminister ernannt, mit dem anderen wurde Mossadegh entlassen. Zahedi ließ dann Kopien dieser kaiserlichen Erlasse machen, Reporter Love griff sich eine Handvoll davon, eilte zurück ins Park-Hotel und verteilte dort seine Botschaft.

Auf Seite 39 seiner Seminararbeit greift Love noch massiver ein. Als er am 19. September nachmittags im besetzten Rundfunksender von Teheran auf eine Möglichkeit wartet, seine Berichte nach New York abzusetzen, sieht er auf der Straße jubelnde Soldaten vor geparkten Panzern sitzen. „Ich erzählte dem Panzerkommandanten", schreibt Love ganz stolz, „daß viele Menschen versuchten, das Haus von Mossadegh zu stürmen und es dabei auch Tote gäbe. Dorthin sollten sie ziehen, statt hier faul vor dem Sender zu sitzen. Das hielten sie für eine vortreffliche Idee und machten sich sofort auf den Weg".

In einer ersten Reaktion auf die „Counterspy"-Enthüllungen hat Love den Herausgebern des Magazins, John Kelly und Konrad Ege, mit einem Verleumdungsprozeß gedroht. Er nennt die Beschuldigungen „unverantwortlich" und unbegründet und behauptet sogar, daß er 1953 noch gar nicht gewußt habe, wer und was die CIA überhaupt sei. Niemals habe er wissentlich für den Geheimdienst gearbeitet. Daß er auch später nichts über seine Rolle, bzw. die US-Rolle verlauten ließ, begründet er mit „irregeleitetem Patriotismus".

Der „New York Times" ist der Fall Love außerordentlich peinlich. Noch am Tag der „Counterspy"-Pressekonferenz gibt Arthur Rosenthal aus dem Verlagsmanagement das folgende Statement ab: „Niemand hier im Verlag hat irgendeine Kenntnis von dem, was Kennett Love vor 27 Jahren gemacht hat. Aber jeder im Verlag weiß heute, daß die ‚New York Times' Reporter absolutes Verbot haben, für Regierungsbehörden zu arbeiten. Unsere Zeitung hat Präsident Carter wiederholt gedrängt, die gegenwärtige CIA-Politik zu revidieren, die es erlaubt, Journalisten in den Dienst zu nehmen, wenn der Geheimdienst-Chef seine Zustimmung gibt."

John Kelly von „Counterspy" sieht in dieser Erklärung schon den größten Erfolg seiner Love-Story und hofft darauf, daß auch andere Blätter und Nachrichtenorganisationen solche Hauspolitik zur Regel werden lassen.

Die beiden neuen Gesetze, die schon abstimmungsreif sind, stellen die Freiheit der CIA ganz klar vor die Freiheit der Presse. Würden diese Gesetze heute gelten, wäre es eine kriminelle Tat, über Kennett Love zu schreiben oder zu sprechen. Strafbar mit bis zu drei Jahren Gefängnis. Daß die Gesetze von einem Reagan-Kongreß schnell verabschiedet werden, daran zweifelt hier niemand.

Barbara Jentzsch

Was heißt Verantwortungsethik?

Kritische Anmerkungen zu einem Kanzler-Interview über die politische Verantwortung der Christen und Kirchen*)

Von Walter Kreck

Das in den „Evangelischen Kommentaren" (4/1981) jüngst veröffentlichte Interview mit dem Bundeskanzler hat viele Christen und darunter nicht zuletzt solche, die der SPD ihre Stimme gaben, aufgeschreckt – nicht so sehr wegen der herablassenden Art, mit der ihre Sorgen und Fragen behandelt werden, sondern vor allem wegen der offenbar in Regierungskreisen herrschenden Ahnungslosigkeit über die jedenfalls seit dem Kirchenkampf in einem Teil der Theologie und Kirche im Gang befindlichen sozialethischen Diskussionen. Es scheint so, als ob die Grunderkenntnisse über politische Verantwortung der Christen und Kirchen, wie sie in der Theologischen Erklärung von Barmen[1]) 1934 ausgesprochen und von den meisten evangelischen Kirchen wohl auch in ihren Präambeln bejaht wurden, wie sie auch in den letzten Jahrzehnten vielfach diskutiert und interpretiert wurden, noch wenig ins Bewußtsein der verantwortlichen Politiker eingedrungen seien. Sonst wäre es

*) Nach Helmut Schmidt hat sich auch der Bundespräsident ähnlich wie der Kanzler geäußert. Am 19. April 1981 erklärte Karl Carstens in einer Ansprache anläßlich der Wiedereröffnung des St. Petri-Doms in Bremen u. a.: „Ich bin auf die Geschichte von St. Petri aber auch eingegangen, weil ich die Sorge vieler heutiger Mitchristen über das teile, was sie als Mißbrauch des seelsorgerischen Amtes für politische Zwecke empfinden. Ich weiß, daß diese Erscheinungen für das Gesamtbild der Kirche nicht typisch sind, daß sich die große Mehrheit unserer Pfarrer in der Erfüllung ihrer Berufung als Seelsorger bis über das Maß ihrer Kräfte hinaus einsetzen. Aber die anderen, uns beunruhigenden Erscheinungen treten in der Publizistik oft in den Vordergrund, merkwürdigerweise unter kräftiger Mitwirkung kirchlicher Informationsdienste. So lesen wir mit Sorge Äußerungen einzelner Amtsträger, die bestimmte subjektive politische Auffassungen widerspiegeln, aber mit dem Anspruch auf christliche Wahrheit verkündet werden. Gewiß respektieren wir das Recht der Kirche, sich zu Fragen des gesellschaftlichen und politischen Lebens zu äußern und, wo ihr dies nötig erscheint, Stellung zu nehmen, auch wenn dadurch Kontroversen entfacht werden. Wir lesen und hören mit großer Aufmerksamkeit die Verlautbarungen der Organe unserer Kirche. Ich respektiere solche Verlautbarungen auch da, wo ich anderer Meinung bin als sie und auch da, wo ich sie für bedenklich halte. So zum Beispiel, wenn von kirchlicher Seite Vorleistungen auf dem Gebiet der Abrüstung verlangt werden, oder wenn das Prinzip des politischen und militärischen Gleichgewichts verworfen wird, das nach meiner Überzeugung und nach historischer Erfahrung eine Garantie für Sicherheit und Frieden darstellt. Ich halte diese Thesen für falsch, und ich halte es für besonders bedenklich, wenn zu ihrer Begründung auf die Bergpredigt verwiesen wird. Die Bergpredigt ist eine uns tiefbewegende Mahnung zur Gewaltlosigkeit, und der Christ, der sich für seine Person entscheidet, Gewalt hinzunehmen und Unrecht widerstandslos zu dulden, kann sich gewiß auf die Bergpredigt berufen. Aber eine ganz andere Frage ist es doch, ob derjenige, der für andere Verantwortung trägt, diese schutzlos der Gewalt überantworten darf oder ob es nicht vielmehr gerade seine christliche Pflicht ist, die ihm Anvertrauten vor Gefahr, vor Unrecht, vor Gewalt oder vor Aggression zu schützen. Oder sollte etwa ein Vater seine Familienangehörigen, ohne Widerstand zu leisten, Gewalttätern ausliefern? . . ." (Anmerkung d. Red.)

1) Die »Theologische Erklärung zur gegenwärtigen Lage der Deutschen Evangelischen Kirche«, beschlossen auf der sog. Bekenntnissynode in Barmen im Mai 1934 (meist als »Barmer Erklärung« zitiert), ist die Magna Charta des protestantischen Kirchenkampfes, die in 6 Thesen und Antithesen zu den »Deutschen Christen« und der amtlichen Kirchenpolitik auf Grund biblischer Erkenntnis kritisch Stellung bezog und u.a. den Totalitätsanspruch des Staates ablehnte. (Text z. B. in »Bekenntnisschriften und Kirchenordnungen . . .", hrsg. v. W. Niesel, Kaiser-Verlag, 1938, S. 333 ff.)

wohl nicht möglich, die heutige Diskrepanz in Fragen der Sicherheitspolitik mit Max Webers Unterscheidung von Gesinnungsethik und Verantwortungsethik wie mit einem Schwertstreich erledigen zu wollen.

1. Gesinnungs- und Verantwortungsethik

Max Weber versteht in seinem Aufsatz „Politik als Beruf" (1919)[2]) unter Gesinnungsethik eine nur um das eigene Heil und die Salvierung des Gewissens kreisende Ethik, die allenfalls für Heilige und – Schwärmer in Frage komme, während sich für den Politiker nur eine Verantwortungsethik gezieme, welche die Folgen des Handelns bedenkt und zur Erreichung der gesteckten politischen Ziele sich auch problematischer oder gar verwerflicher Mittel bedient. Es würde hier zu weit führen, diese Unterscheidung Webers und deren Voraussetzungen im einzelnen zu analysieren und das Wahrheitsmoment darin (die an Luthers Zwei-Reiche-Lehre erinnernde Unterscheidung) wie auch das Kurzschlüssige darin (die den Reformatoren fremde Trennung der beiden Reiche) aufzuzeigen. Daß man nicht mit der Bergpredigt, d.h. mit der Verwendung ihrer Weisungen als direkter politischer Anweisungen, regieren kann, wie Luther, M. Weber und H. Schmidt mit Recht sagen, heißt noch lange nicht, daß das in der Bergpredigt leitende Liebesgebot nicht – wenn auch wie bei Luther in „fremder" Gestalt – das politische Handeln angehe, sondern im schroffem Gegensatz dazu stehe wie bei Weber.

Aber in unserem Fall bedarf es nicht des näheren Eingehens auf diese grundsätzlichen Fragen, da die pauschale Anwendung der Weberschen Unterscheidung auf den auch in den Kirchen sich verstärkenden Protest gegen den Rüstungswettlauf und speziell den sog. Nachrüstungsbeschluß zu kurz schießt. Denn dieser Protest beschränkt sich keineswegs auf prinzipielle Pazifisten und Vertreter absoluter Gewaltlosigkeit, die es gewiß gibt, geschweige denn auf heilsegoistisch fixierte Individualisten, sondern hier wird auf breiter Front mit dem Hinweis auf die Folgen dieser Politik argumentiert, d.h. in diesem Punkt gerade mit einem Charakteristikum der sog. Verantwortungsethik. Und gerade diese Folgen – die Gefahr einer unvorstellbaren Katastrophe im Fall eines nuklearen Kriegs, die Unmöglichkeit, unser Land durch Vermehrung atomarer Sprengköpfe zu verteidigen, die Minderung sozialer Leistungen usw. – werden als unzumutbare Belastungen aus Verantwortung abgelehnt, nicht um die eigene Gesinnung zu kultuvieren und das eigene Gewissen zu salvieren, sondern um Gottes Schöpfung, um Menschen und Erde vor dem Chaos zu bewahren.

Zu einem verantwortungsvollen politischen Handeln gehört für den Bundeskanzler ohne Zweifel die Sicherung des Friedens. Daß der praktische Politiker im Unterschied zu rhetorischen Weltverbesserern den Akzent auf die kleinen notwendigen Schritte der Reform und die Suche nach erträglichen Kompromissen bei widerstreitenden Interessen legt, ist verständlich, auch daß er die Zustimmung des Publikums für seine Mittel und Wege finden muß. Und es ist

2) Vgl. Max Weber, Gesammelte politische Schriften, ^{3}1971, S. 505 ff.

gewiß nicht zu übersehen, daß er bei allem Pragmatismus bemüht ist, die sittlichen Vorstellungen zu beachten, die für ihn der Grundrechtskatalog unserer Verfassung und das Godesberger Programm der SPD implizieren, verbunden mit dem Pflichtbegriff Kants, wie er bemerkt. Aber eben die Interpretation des Grundgesetzes, speziell auch seines Artikels 26, der uns die Friedenspflicht einschärft, ist in der Diskussion über die Sicherheitspolitik umstritten. Kants kategorischer Imperativ in seiner Formalität hilft uns in der konkreten Entscheidung nicht weiter, sondern eher schon Kants eigene Präzisierung im Sinne des Humanitätsgedankens.

Aber was heißt Humanität und wo wird sie verletzt? An dieser Frage scheiden sich heute die Geister. Sind die atomaren Vernichtungswaffen, an deren raffinierter Entwicklung und immer zielsicherer Verwendung ständig gearbeitet wird, noch sittlich zu rechtfertigen oder wird hier nicht die Rede der Väter vom sog. gerechten Krieg zur Farce, weil dies Mittel durch keinen Zweck mehr geheiligt werden kann? Nicht nur die UdSSR, die ja seit dem Zweiten Weltkrieg in der atomaren Rüstung regelmäßig hinter den voranschreitenden USA herzog und immer wieder die Beseitigung dieser Waffen forderte, auch jüngst erst durch den Mund Breschnews eine internationale Kommission zur Untersuchung dieser furchtbaren Gefahren vorschlug, sondern auch westliche Wissenschaftler und Politiker haben oft genug auf diese apokalyptische Bedrohung hingewiesen.

Was an den Äußerungen des Kanzlers zunächst auffällt, ist das offenbar mangelnde Sensorium für die tiefgehende Unruhe angesichts dieser Menschheitsgefährdung, die ja nicht nur einige naive Gemüter, sondern höchste Vertreter des Geistes wie Albert Einstein, wie Albert Schweitzer, wie Linus Pauling umtrieb. Max Weber rühmt zwar den charismatischen Führer, der – jedenfalls wenn er einem „Herrenvolk" angehört, das eine geschichtliche Mission hat – in das grimmige und gewaltige Angesicht der Weltgeschichte schaut, um die Nation zu hehren Zielen zu führen (vgl. Politische Schriften, S. 176 f., 442), aber das dürfte wohl kaum der im Grundgesetz gelehrten Humanität entsprechen, geschweige denn christlichem Ethos. Sollte man also nicht, anstatt es bei der Mahnung, keine Angst zu verbreiten, und bei dem gewiß immer angebrachten Aufruf zu Gebet und Gottvertrauen zu belassen, sehr wohl auf die doch nicht grundlosen Besorgnisse, Fragen und Einwände beunruhigter Bürger eingehen?

Es geht bei alledem ja nicht um bloße Gefühle und Ängste weltfremder Spinner, die ein „infantiles" Verständnis von Weltgeschichte haben, wie der Kanzler meint, sondern um Argumente, die man, falls man sie für unzutreffend hält, widerlegen müßte. Ich nenne einige:

Der einst von der SPD lebhaft unterstützte Protest gegen Atomwaffen führte bekanntlich in den 50er Jahren zu heftigen Kämpfen auch in der evangelischen Kirche, und man gelangte nicht zu einer Einigung, wohl aber zu einem gewissen Waffenstillstand, bei dem man das Nein und das (bedingte und vorläufige) Ja zu den Atomwaffen im Sinne einer Komplementarität zu vereinen

suchte – in der Hoffnung, daß sich im Zuge fortschreitender Abrüstung der Zwiespalt lösen werde. Aber stattdessen kam es in den folgenden Jahren trotz mancher einschränkender Vereinbarungen zwischen den Blöcken keineswegs zu einer Abrüstung, ja, nicht einmal zu einem wirklichen Rüstungsstopp, sondern die Militärausgaben erreichten unter einer von der SPD geführten Regierung ungeahnte Höhen, und die lange Zeit hingenommene Parole „Friedensdienst mit und ohne Waffen" wurde vielen in der Kirche fragwürdig. Ist es da verwunderlich, daß zumal eine wache Jugend die Selbstverständlichkeit, in der man das bereits bestehende riesige Arsenal an Waffen vermehrt und selbst diejenigen, die wie H. Schmidt einst warnten, sich den vermeintlichen Zwängen beugen oder bisweilen sogar den Vorreiter machen, nicht begreifen kann? Sowohl das Ethos wie die Vernunft sträuben sich dagegen.

Wenn es zutrifft, was uns namhafte Politiker und Militärs versichern, daß unser Land ohnehin in einem nuklearen Krieg nicht verteidigt werden kann und die Abschreckungstheorie angesichts der sich unaufhörlich höher schraubenden Rüstungspirale zu versagen droht, wenn umgekehrt die möglichen Verhandlungschancen keineswegs ausgeschöpft und gerade von westlicher Seite ständig neue Vorbehalte und Bedingungen selbst für den Beginn oder die Weiterführung von Gesprächen gestellt werden, dann überzeugt der Appell an Vernunft und Erfahrung die Kritiker wenig.

Hinzu kommt, daß die ständig steigenden Verteidigungslasten in einer Zeit der Rezession, der Inflation und Arbeitslosigkeit großen Ausmaßes notwendig zu einer verhängnisvollen Einschränkung der sozialen Aufgaben und der Bildungsförderung führen, ganz zu schweigen von den immer unüberhörbarer werdenden Hilferufen der Dritten Welt, deren Hunger und Elend mit einem Bruchteil der für Waffen ausgegebenen Milliarden gelindert werden könnten. Daß diese vordringlichen Weltprobleme nicht durch atomare Rüstung gelöst, sondern nur verschärft werden können und ein tiefgehendes Umdenken in unseren „christlichen" Industrienationen nötig ist, wenn unhaltbare wirtschaftliche und soziale Zustände beseitigt werden sollen, das ist eine auch in den Kirchen langsam, aber unaufhaltsam sich verbreitende Erkenntnis. Und man beginnt zu fragen, welche Mächte und Kräfte wohl ein Interesse an steter Forcierung der Rüstung haben und wo die Parole der Freiheit zur Rechtfertigung von Imperialismus und Ausbeutung mißbraucht wird.

2. Zur Gleichgewichtsthese

Sich mit solchen und ähnlichen Fragen und Einwänden kritischer Bürger eingehend auseinanderzusetzen, scheint den Verantwortlichen in Bonn vielleicht deshalb überflüssig zu sein, weil sie die permanent wiederholte Rede von dem gestörten Gleichgewicht zwischen Ost und West anscheinend für ausreichend halten. Die von den Sowjets installierten SS-20-Raketen scheinen eine Art Wunderwaffe in der offiziellen Argumentation zu sein, mit der die Bedrohung aus dem Osten angeblich schlagend belegt ist. Aber statt der

sattsam vernommenen Behauptungen bedarf es des Eingehens auf die inzwischen reichlich explizierten Gegenargumente. Ich nenne nur einige Punkte:

Den sog. Nachrüstungsbeschluß als eine notwendige Reaktion auf die Einführung neuer sowjetischer Mittelstreckenraketen zu bezeichnen, erscheint als eine „ex-post-Legitimation", wenn sich die Nukleare Planungsgruppe der NATO bereits seit 1974 mit der Modernisierung des europäischen Potentials an taktischen Atomwaffen inklusive eurostrategischer Mittelstreckensysteme befaßte und der amerikanische Verteidigungsminister bereits damals entsprechende Mittel forderte. Die Behauptung einer mehrfachen Überlegenheit der Sowjetunion im Bereich der nuklearen Mittelstreckenraketen wird fragwürdig, so heißt es, wenn man im Verteidigungsweißbuch der Bundesregierung sowohl nuklearfähige taktische Flugzeuge der NATO wie auch Raketen auf amerikanischen U-Booten nicht mitgezählt findet, und bedenkt, daß ein Teil der sowjetischen Mittelstreckenraketen zur nuklearen Abschreckung der VR China dient. Die These, daß die Nachrüstung nötig sei, weil der strategische Schutzschirm der USA gegen euronukleare Angriffe nicht mehr gesichert sei, erwecke den falschen Eindruck, als habe sich erst durch die sowjetische Nachrüstung eine radikale Veränderung der eurostrategischen Abschreckungsmöglichkeit ergeben. Was den umstrittenen Vergleich der Rüstungsausgaben insgesamt angeht, so sagte der amerikanische Außenminister Muskie noch am 19. 9. 1980: „Zusammengerechnet verwenden wir für unsere Verteidigung mehr als der Warschauer Pakt einschließlich der Sowjetunion". (Vgl. im übrigen die differenzierten Stellungnahmen von Militärs wie Nino Pasti, G. Bastian, A. Mechtersheimer und anderen z.B. in den „Blättern für deutsche und internationale Politik").

Solche leicht zu vermehrenden Streitpunkte erwähne ich nicht, um mir ein militärisches Fachurteil anzumaßen, sondern um die Notwendigkeit einer eingehenden sachlichen Auseinandersetzung zu unterstreichen, in der sich Befürworter und Gegner der „Nachrüstung" einander stellen. Wer sich dem – unter welchen Vorwänden auch immer – entzieht, darf sich nicht wundern, wenn er die Glaubwürdigkeit seiner Thesen in Frage stellt.

Ich vermute, daß man sich die pauschale und mitunter patriarchalische Art der offiziellen Argumentation in einer solchen Lebensfrage unseres Volkes nur deshalb glaubt leisten zu können, weil man noch immer mit einem beachtlichen Potential an bewußtem oder unbewußtem Antikommunismus und Antisowjetismus in der Bevölkerung rechnen kann, der, durch langjährige Propaganda genährt und leider auch durch eine vordergründige kirchliche und christliche Perhorreszierung einer atheistischen marxistischen Ideologie bestärkt, sich die Sowjetunion nur als zu allem fähig und speziell auch militärisch aggressiv vorstellen kann. Es ist doch gewiß keine „infantile" Vorstellung von Weltgeschichte, wenn de Gaulle, aber auch der späte Adenauer und Herbert Wehner vom defensiven Charakter der Sowjetunion bzw. der sowjetischen Rüstungspolitik sprechen konnten und der amerikanische Politiker Kennan von der z.Z. wieder herrschenden antikommunistischen Hysterie in

den USA redete. Und man hat doch wohl Grund zur Beunruhigung, wenn der amerikanische Präsident die Sowjets, weil sie nicht an Gott glauben und nicht unsere Moralvorstellungen teilten, jeden Verbrechens für fähig hält. Wer zu solcher Vermischung von Religion und Politik als Theologe schweigen würde, dem mag man mit der Erinnerung an Luthers Zwei-Reiche-Lehre oder auch mit dem Wahrheitsmoment bei Max Weber kommen, nicht aber denen, die im Sinne des Darmstädter Worts[3]) der Bekennenden Kirche von 1947 („Zum politischen Weg unseres Volkes") gerade vor einem Mißbrauch des Christentums für politische Zwecke warnen.

Hier geht es nicht um die Unterscheidung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik, sondern um den Gegensatz zwischen einer an die Wertvorstellungen der bürgerlich-kapitalistischen Welt gefesselten Ethik, die auch die Weisungen des Evangeliums nur in den dadurch abgesteckten Grenzen gelten läßt, und einer Ethik, die sich nicht scheut, auch Erkenntnisse sozialistischer Gesellschaftsanalyse zur Kenntnis zu nehmen und ihnen da zu entsprechen, wo sie uns zur Humanisierung menschlichen Zusammenlebens und zur Förderung des Friedens unter den Völkern mehr dienen. Denn nicht nach den christlichen oder atheistischen Lippenbekenntnissen der Politiker haben wir zu fragen, sondern an ihren „Früchten" sollen wir sie erkennen, d.h. an der von ihnen praktizierten Humanität oder Inhumanität.

Dazu gehört auch, wie der Bundeskanzler mit Recht betont, daß man zur Erreichung eines stabilisierten Gleichgewichts die Interessen der Gegenseite mitbedenkt. Aber die offiziellen Stellungnahmen in der deutschen Öffentlichkeit blieben hier sehr allgemein und lassen unser Volk uninformiert über die Sicht der Dinge vom anderen Ufer her. Warum sollte man nicht darüber aufklären, daß die geplanten neuen Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik von Moskau mit guten Gründen als eine gefährliche Veränderung der gesamtstrategischen Situation empfunden werden? Ist die Furcht vor der Einkreisung in der UdSSR – zumal nach der neuerlichen Annäherung zwischen den USA und China – angesichts der weltweiten Stützpunkte der USA aus der Luft gegriffen? Ist es so unbegreiflich, daß der frühere sowjetische Botschafter in Bonn Falin klagt: „Unser Eindruck ist, daß, was immer wir anregen, welche Vorschläge wir auch machen, die NATO-Staaten ihren Weg fortsetzen werden"?

Ist es wirklich politisch klug, so zu tun, als hätten wir immer recht und als sei Unnachgiebigkeit in dem „Nachrüstungsbeschluß" erfolgversprechend, weil man Moskau so an den Verhandlungstisch nötige? Hat sich nicht auch herausgestellt, daß Moskau keineswegs erpreßbar ist, und haben sich nicht die Fronten zunehmend verhärtet? Es muß nicht blauäugige Naivität sein, wenn man prinzipielles Mißtrauen nicht für eine staatsmännische Tugend hält und zu sofortigen Verhandlungen, die angeboten werden, rät.

3) Vgl. den Text dieses Wortes nebst einem Kommentar in »Stimme der Gemeinde«, 15–16/1972, S. 257 ff.

Ein stets wiederholtes Argument für die derzeitige Verschleppung von Verhandlungen ist der Hinweis auf die Einbindung in das westliche Bündnis und die gebotene Rücksicht auf die amerikanische Schutzmacht. In der Tat ist die Bundesrepublik keine Weltmacht, und es geht in einem Bündnis nicht ohne Interessenausgleich und Kompromisse ab. Aber es gibt vitale Lebensinteressen eines Volkes, an denen die Kompromisse ihre Grenze finden. Wo unser mit Waffen gespicktes Land durch weitere atomare Rüstung nicht sicherer, sondern im Ernstfall sein Untergang erst recht heraufbeschworen wird, wo dringende soziale Ausgaben zugunsten des Rüstungsetats eingeschränkt werden sollen, wo SALT II schroff gestoppt wurde, wo beunruhigende Spekulationen über begrenzte Atomkriege und Erstschlagskapazität angestellt werden und von Washington uns zum wievielten Mal bedeutet wird, daß Entspannungspolitik erst dann wieder erwünscht sei, wenn die Stellung der USA als der Nr. 1 allseits in der Welt respektiert werde, da scheint mir diese Grenze erreicht. Es genügt nicht, nur verklausulierte Bedenken anzumelden und verbal die Entspannungspolitik als einzige Möglichkeit zu beteuern, aber gleichzeitig sich dem Konfrontationskurs so weit anzupassen, daß selbst der zweite Teil des NATO-Doppelbeschlusses vom November 1979, mit dem dieser Beschluß dem SPD-Parteitag gerade noch erträglich gemacht wurde, ad calendas Graecas verschoben zu werden scheint.

Eine Sicherheitspolitik, die sich damit abfindet, eine Bündnispartnerschaft, die der Entspannung im Wege steht, statt ihr zu dienen, würde sich selbst in Frage stellen, und ich wüßte nicht, wie man das unserem Volk als Verantwortungsethik plausibel machen könnte.

3. *Zum Demokratieverständnis*

Der Bundeskanzler glaubt, in kirchlichen und christlichen Kreisen ein mangelhaftes Demokratieverständnis feststellen zu können, da man dort auf absolute Lösungen aus sei und sich ungern Mehrheitsentscheidungen füge.

Ich denke nicht daran, das bisher erreichte Maß an demokratischem Bewußtsein auch in der Kirche zu überschätzen, wenn ich auch den Hinweis auf mögliche Ayatollas zumal in der evangelischen Kirche nur für einen Scherz halten kann. Die Versuchung, den Schulmeister der Nation zu spielen, scheint mir jedenfalls in den offiziellen Gremien der Kirche weniger ausgeprägt als die Neigung, durch möglichst willfähriges Verhalten Staatstreue zu bezeugen (ich erinnere etwa an die Stellungnahme des Rates der EKD zum Terrorismusproblem). So sehr man sich hierzulande über kritische Äußerungen der DDR-Kirchen gegenüber ihren staatlichen Organen freut, so große Sympathie man der katholischen Kirche in Polen entgegenbringt, wenn sie die Gewerkschaft Solidarität unterstützt, so wenig scheint man bei uns kritische kirchliche Äußerungen (statt der meist wohlwollenden) zu schätzen.

Das ist, geschichtlich gesehen, verständlich, und ich wunderte mich nicht, als man mich bei einem der Verhöre durch die Gestapo auf die gewohnte Staatstreue der evangelischen Kirche hin ansprach. Aber wir begannen eben in die-

sem Kirchenkampf hinzuzulernen, als man uns auf das Feld der Innerlichkeit und das Jenseits verweisen wollte, und es hatte weittragende Bedeutung, daß die Theologische Erklärung von Barmen zwar deutlich zwischen den Aufgaben der Kirche und des Staates unterschied, wohl aber darauf bestand, daß Jesus Christus Gottes Zuspruch und Anspruch auf unser ganzes Leben in all seinen Bereichen ist und die Kirche Regierende und Regierte an Gottes Reich, Gebot und Gerechtigkeit zu erinnern habe. Das wird uns dort explizit hinsichtlich der Aufgabe des Staates, für Recht und Frieden zu sorgen, zur Pflicht gemacht. Daß kirchliche Stellungnahmen nicht nur ohne Zwang erfolgen (wozu der Kirche zum Glück auch heute die Macht fehlt), sondern auch nicht zu dekretieren haben; daß es um ein „Erinnern", ein Fragen, Warnen und notfalls auch Protestieren und Nein-Sagen dabei geht und daß Sachverstand nicht durch Bibelzitate ersetzt werden kann, das alles heißt nicht, es gebe nicht diesen legitimen Auftrag der Kirche, den ein wahrhaft demokratischer Staat sich nicht als Einmischung verbitten sollte.

Anderenfalls müßte man fragen, wie es mit dem Demokratieverständnis der Regierenden bestellt ist, speziell im Blick auf die Beteiligung der Bürger an lebenswichtigen Entscheidungen unseres Volkes. Gewiß bestimmt nach unserer Verfassung der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik und wirken die Parteien an der politischen Urteilsbildung mit. Aber auch in einer repräsentativen Demokratie kann das doch nicht besagen, daß vor allem die Mitverantwortung für den Frieden den einzelnen Staatsbürger nichts angehe, sondern er mit dem Gang zur Wahlurne seine Schuldigkeit erfüllt habe.

Es ist auffallend, daß in H. Schmidts Ausführungen zur Demokratie die Einbeziehung des „demokratischen Publikums" nicht im Zusammenhang der Urteilsbildung erwähnt wird, sondern bei der Frage, wie man gefallene Entscheidungen dem Volk akzeptabel mache. Das mag wieder dem entsprechen, wie sich Max Weber politisches Führertum vorstellt, das erinnert auch sehr an die Art und Weise, wie der „Nachrüstungsbeschluß" gefaßt und dem Volk bzw. auch der eigenen Partei zur Akklamation vorgelegt wurde, aber das paßt kaum zu dem hohen Anspruch, mehr Demokratie zu wagen, mit dem man einmal antrat.

Man kann gewiß darauf hinweisen, daß bei uns Pressefreiheit verfassungsmäßig garantiert ist, daß Proteste möglich sind und neuerlich sogar Bürgerinitiativen wie Pilze aus dem Boden schießen – ein Zeichen für wachsendes demokratisches Bewußtsein. Aber gleichzeitig kann man feststellen, daß einerseits noch immer die Neigung zur Diskriminierung der Protestierenden und Demonstrierenden im traditionsgebundenen Bürgertum besteht und Anpassung an die Mehrheitsmeinung die Regel ist und daß andererseits Proteste und Demonstrationen in Gewalt ausarten, wobei man darüber nachdenken sollte, ob sich nicht beides gegenseitig bedingt – ein Zeichen dafür, daß trotz ständiger verbaler Beschwörung der freiheitlich-demokratischen Ordnung Demokratie bei uns noch nicht selbstverständlich geworden ist. Der Kanzler erwähnt selbst die Gefahr einer unzureichenden Berichterstattung, die frei-

lich für die Regierenden dadurch gemindert werde, daß sie in den elektronischen Medien in persona auftreten können. Wie schwer aber haben es Initiativen wie die Friedensbewegung z.B., über deren vielfache gewaltlose Aktivitäten die Medien, falls überhaupt, meist bagatellisierend oder gar verketzernd berichten. (Ein Musterbeispiel dafür war jüngst die Berichterstattung des ZDF-Magazins über die Bonner Friedensdemonstration am 4. April 1981, aber als empörend empfanden die Initiatoren des Krefelder Appells auch die Warnung des SPD-Geschäftsführers Glotz vor dieser angeblich „kommunistisch gesteuerten" Aktion!). Wer an mancherlei Friedenswochen in der Bundesrepublik, die von den unterschiedlichsten Gruppen und Organisationen gestaltet wurden, teilnahm und den Einsatz an Zeit und Kraft, das Engagement und die Disziplin unzähliger junger Menschen dabei beobachtete, kann nur den Kopf schütteln über eine Abgrenzungs- und Verleumdungsstrategie, die das, was man zu schützen vorgibt, nämlich unsere Demokratie, gerade ins Zwielicht rückt und Staatsverdrossenheit züchtet. Durch solche Diskriminierungen und Reglementierungen, durch Taktieren und Disziplinieren wird man m.E. der begreiflichen Unruhe nicht gerecht und auch nicht Herr werden.

Bonn ist nicht Weimar – so konnte man oft hören –, und wir hoffen, daß es zutrifft. Aber für den, der hier Vergleiche zieht, drängen sich doch einige bedrückende Parallelen auf, nicht zuletzt auch im Blick auf das damalige Verhalten der SPD, sei es in der Rüstungsfrage, in halbherzigen sozialpolitischen Entscheidungen oder im mangelnden Widerstand gegen die Ewiggestrigen auf der Rechten, womit sie ihre besten Traditionen in Frage stellte und zu der unheilvollen Entwicklung zu Hitler und zum Zweiten Weltkrieg hin beitrug. Und die Kirche hat zu diesen Trends meist wie selbstverständlich geschwiegen oder sie gar unterstützt. Daß diese Selbstverständlichkeit heute nicht mehr besteht, das scheint mir nicht Grund zur Klage zu sein, sondern ein hoffnungsvolles Zeichen.

Die amerikanische Misere

Über die Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs im „Land der unbegrenzten Möglichkeiten"

Von Maurice Zeitlin

Wir befinden uns in den USA zur Zeit mitten in einer Wirtschaftskrise, für die es fast kein Beispiel in unserer Geschichte gibt. Seit der großen Depression sind nicht mehr so viele Arbeiter gleichzeitig von Arbeitslosigkeit und sinkendem Lebensstandard betroffen worden, von sinkenden Realeinkommen und zunehmender sozialer Unsicherheit. Kürzlich habe ich aus Anlaß eines Senatsausschuß-Hearings in einer Industriestadt namens Southgate gesprochen, wo sich die sauberen Reihen der Arbeiterhäuser an den stillgelegten und leeren Fabriken entlangziehen. Die Fenster der Fabrikgebäude sind verbrettert, die Maschinen stehen still, die Türen sind verschlossen. So sieht es in Southgate aus. Und wie andere Städte im ganzen Land ist dieser Ort geradezu von einer Epidemie der Fabrikstillegungen erfaßt worden. Schwer arbeitende Menschen in der Stahl-, Auto- und Gummi-Industrie haben plötzlich keine Arbeit, keinen Arbeitsplatz und keine Zukunft mehr.

Warum gibt es in Amerika, von Kalifornien bis Maine, hunderte solcher Southgates? Warum stehen die Fabriken still? Was ist mit diesem Amerika passiert, in dem harte Arbeit immer anerkannt und der Wohlstand immer gewährleistet war? Wo liegen die Gründe dafür, daß wirtschaftlicher Stillstand und Inflation gemeinsam die arbeitenden Männer und Frauen dieses Landes heimsuchen? Wenn wir sie herausfinden und die Krise im Sinne langfristiger Lösungen bewältigen wollen, anstatt immer nur lindernde Maßnahmen für den Augenblick zu treffen, dann müssen wir die Antworten auf diese Fragen kennen.

Die Wurzeln der gegenwärtigen Krise reichen tief in die veränderte wirtschaftliche Basis unseres gesellschaftlichen Lebens hinein. Drei Worte charakterisieren unsere heutige Wirtschaft: Monopol, Militarismus, multinationale Konzerne. Alle drei sind jeweils für sich, vor allem aber durch ihr Zusammenwirken, die Wurzel der Inflation und des wirtschaftlichen Stillstandes, über die ständig geklagt wird, die aber immer wieder mißverstanden und in Washington, in den Wirtschafts-Magazinen und auf den Wirtschaftsseiten der Tageszeitungen immer wieder falsch dargestellt werden. Nicht die sogenannte Überreglementierung der Unternehmen oder „die sinkende Moral des amerikanischen Arbeiters" sind die Ursache des Problems, wie das auf dem Southgate-Hearing ein Vertreter der Firma Norris Industries meinte, sondern die schlaffe Wettbewerbsmoral und die immer dicker werdenden Fettpolster der amerikanischen Unternehmen selbst.

Es gibt keine auf dem Wettbewerb basierende kapitalistische Wirtschaft mehr. Es gibt sie bereits seit einiger Zeit nicht mehr, vor allem aber nicht mehr seit dem Zweiten Weltkrieg. Im Gegenteil, ein paar hundert riesige Konzerne kontrollieren den Großteil, der Vermögenswerte, tätigen die meisten Verkäufe, machen den Hauptteil der Profite im gesamten amerikanischen Wirtschaftsleben und beschäftigen die meisten Arbeiter. Die 200 größten Konzerne außerhalb des Bankwesens kontrollieren mindestens 60% des Nettokapitals aller amerikanischen Firmen. In der Industrie hat es seit 1950 eine rasche Zunahme der Konzentration gegeben: die 20 größten Unternehmen allein kontrollieren bereits ungefähr ein Drittel der gesamten Nettokapitalbestände, und von jedem Dollar Profit, den alle Industrieunternehmen des Landes erwirtschaften, erhalten sie rund 40 Cents. Betrachtet man einzelne Industriegruppen, so zeigt sich hier das gleiche Muster. Von 28 ausgewählten Industriezweigen, die während der 60er Jahre sorgfältig untersucht wurden, erhielten allein die vier größten Firmen schon die Hälfte oder mehr vom gesamten Profit, nach Abzug der Steuern, der in zehn Industriezweigen erwirtschaftet wurde. In weiteren 13 dieser 28 Industriezweige nahmen die vier Spitzenfirmen jeweils zwischen 20 und 49% der Profite ein.

Bei den Banken kontrollieren die 100 größten Handelsbanken ungefähr die Hälfte aller bei den rund 14 000 Banken des Landes vorhandenen Einlagen. Die 14 größten verfügen allein bereits über ein Viertel aller Einlagen.

Die große Welle der Fusionierungen allein in den 60er Jahren führte dazu, daß bei den eintausend größten Industriefirmen ein Fünftel der Unternehmen verschwunden ist. Danach folgte sehr schnell eine Phase der Konglomeration, deren Ergebnis eine kleine Anzahl von riesigen Unternehmen ist, die sich auf eine Unzahl sehr verschiedenartiger Industriezweige erstrecken – vom Fußball bis zur Herstellung von Seidenstrümpfen, vom Gemüseanbau bis zum Verlagswesen – und ihre Geschäfte in den Großstädten ebenso wie in den kleinsten Orten abwickeln und dort gleichzeitig das wirtschaftliche Leben kontrollieren. Für sie wurde es möglich, die hohen Profite in einer Branche zum Kampf gegen Konkurrenten in einer anderen einzusetzen, Subventionen aus dem zum Wachstum benötigten Kapital zu ziehen und dann sogenannte unrentable Unternehmen abzustoßen oder zu schließen. Genau das taten sie dann auch – und hinterließen ruinierte Gemeinden und zerstörte Existenzen.

Da sie im eigenen Lande vom Wettbewerb isoliert waren und bis vor kurzem auch im Ausland den wirtschaftlichen Gang der Dinge bestimmten, waren die größten amerikanischen Konzerne in der Lage, sich wachsende Profite auf Kosten der Nation zu sichern. Sie praktizierten eine „Anpassung" ihrer Preise, wie Wirtschaftswissenschaftler das höflich nennen; mit kaum einem Konkurrenten in Sicht schraubten sie ihre Preise unverschämt in die Höhe und sicherten sich auf diese Weise mühelos einen ständigen Fluß der Gewinne.

Das Entstehen von Monopolen (oder, um genauer zu sein, Oligopolen) hat den Zusammenhang zwischen Rentabilität, technischer Weiterentwicklung und Produktivität bis zur äußersten Grenze strapaziert. Da es im eigenen Lande

keinen Wettbewerb mehr gab, konnten unsere selbstzufriedenen und bequemen Monopolisten bewirken, daß die technologische Weiterentwicklung als scharfe Waffe im Konkurrenzkampf der amerikanischen Industrie allmählich stumpf wurde. Wir wissen alle, daß die Giganten der Automobilindustrie versagt haben, als es darum ging, kraftstoffsparende Autos herzustellen und außer dem Design auch die dazu erforderlichen Maschinen zu entwickeln. Auch nach den ersten Auswirkungen der Energiekrise bauten sie immer noch ihre dicken Benzinfresser, weil das kurzfristig höhere Gewinne brachte. Erst allgemeine Besorgnis, die Intervention der Bundesregierung und der kalte Wind ausländischer Konkurrenz haben es bewirkt, daß sie nun endlich begonnen haben, über sparsame Autos wenigstens nachzudenken. Und als der Dollar im Ausland fiel und die Importpreise für Autos stiegen, da erhöhten die Autogiganten lediglich ihre eigenen Preise, um Schritt zu halten.

Weniger bekannt ist der amerikanischen Öffentlichkeit der Fall der Stahlindustrie, die Tag für Tag verlangt, vor angeblichen Dumpingpreisen geschützt zu werden und damit in Wirklichkeit höchst konkurrenzintensive Stahlimporte meint. Die Bosse der Stahlunternehmen zahlten ihren Aktionären auch weiterhin hohe Dividende und einmalige Vergütungen an sich selbst, während sie es zuließen, daß die amerikanischen Stahlwerke veralteten. Im ersten Viertel des Jahres 1980 hat U.S. Steel, der größte Stahlkonzern, allein Profite in Höhe von 126 Mio. Dollar angegeben. Und die Profitrate liegt im Stahlbereich in den USA wesentlich höher als in Japan oder Westdeutschland. Sie ist in den USA dreimal so hoch wie in diesen Ländern, die die Konkurrenz anführen. Während ihre Monopolposition im eigenen Lande ihnen ständige Profite garantierte, haben es die führenden Stahlkonzerne weitgehend versäumt, ihre Technologie bei der Stahlherstellung zu verbessern, die sich fast noch auf dem Stand der Jahrhundertwende befindet. Die Stahlindustrie, eine der am höchsten konzentrierten Industrien des Landes, gibt weniger als 1% ihrer Einnahmen für Forschungszwecke und technische Weiterentwicklung aus. Eine winzige österreichische Firma (jedes amerikanische Stahlwerk ist mehr als dreimal so groß) hat im Jahre 1950 den basischen Sauerstoff-Aufblaskonverter entwickelt, die einzige umwälzende Neuerung im Bereich des entkohlten Stahls seit dem 19. Jahrhundert. Das Verfahren wurde in den USA im Jahre 1954 von einer kleinen Firma (McLouth Steel) eingeführt, deren Anteil an der einheimischen Stahlproduktion nur 1% betrug. Erst in den 60er Jahren, also ein Jahrzehnt später, begannen die großen Stahlunternehmen, dieses Verfahren zu übernehmen, und das auch nur, weil der zunehmende Druck der ausländischen Konkurrenz drohte. Die Japaner haben heute keine Siemens-Martin-Öfen mehr, 15% unserer Stahlerzeugung kommen hingegen noch aus derartigen veralteten Öfen. Über die Hälfte des japanischen Stahls wird durch Strangguß in Halbzeug umgewandelt, wodurch das Blockstadium entfällt, in der amerikanischen Stahlerzeugung ist dies jedoch nur bei weniger als 20% der Fall.

Statt Gewinne wieder in leistungsstarke Fabriken zu investieren, erzielen die Stahlunternehmen lieber Millionengewinne durch steuerliche Abschreibung

bei der Stillegung von Fabriken und errichten neue Betriebe im Ausland, wo die Löhne unter autoritären Regimen niedriger sind, wie in Brasilien, Südkorea, Argentinien oder Taiwan.

Die Stahlunternehmen haben ihre Fabriken immer kräftig gemolken, statt sie angesichts der Importe aus dem Ausland zu modernisieren. Man ließ es zu, daß die Fabriken herunterkamen, während man die mit ihnen erzielten Gewinne dazu verwendete, sich aus dem Stahlgeschäft zurückzuziehen und sich anderswo einzukaufen. Die von U.S. Steel getätigten Verkäufe stammen fast zu einem Dirttel (27%) nicht mehr aus dem Stahlbereich; bei Armco sind es sogar 40%. National Steel hat für 241 Mio. Dollar gerade die siebtgrößte Spar- und Darlehensbank der USA übernommen. Schließlich gibt es, wie Paul Harmon, Forschungs-Manager bei Armco, erklärt hat, „kein göttliches Gebot, aus dem hervorgeht, daß wir auf dieser Erde sind, um Stahl zu machen".

Das Zurückziehen von Anlagekapital aus den Unternehmen im eigenen Lande wird von den Bankriesen Amerikas unterstützt und mitgetragen, wenn nicht sogar vorangetrieben. Morgan Guarantee Trust, im Besitz großer Aktienanteile bei U.S.Steel, hat den japanischen Stahlerzeugern einen Kredit in Höhe von 137 Mio. Dollar für Expansionszwecke zur Verfügung gestellt. Die Chase Manhattan Bank, die gerade durch ihre Zwangsvollstreckungsklage gegen Wisconsin Steel 4 000 Arbeitern ihren Arbeitsplatz weggenommen hat, steht in den USA an zweiter Stelle, wenn es um Kredite für japanische Stahlfirmen geht. Zehn der größten amerikanischen Banken – Citibank, Chemical Bank, Continental Illinois, Mellon, Western Bankcorporation, First Chicago, Wells Fargo, Security Pacific, Rainier Bancorp. und Morgan – haben japanischen Stahlunternehmen Kredite in Höhe von insgesamt 593 Mio. Dollar gewährt.

Das alles sind lediglich Symptome für den multinationalen Kapitalfluß von den USA ins Ausland, der für die führenden Konzerne und größten Banken Amerikas charakteristisch ist. Die ganze Welt, nicht unser eigenes Land, ist jetzt ihr „natürlicher" Operationsbereich. „Wir betrachten uns nicht als ein grundsätzlich amerikanisches Unternehmen. Wir haben viele Fahnen", erklärte der Leitende Vizepräsident bei Ford, Robert Stevenson. Was mit diesem Land geschieht und seinen Einrichtungen, kann bei den Investitionsentscheidungen und privaten Rechnungsabschlüssen der multinationalen Konzerne nicht berücksichtigt werden. Die multinationalen Konzerne stellen ihre Kapitalbudgets auf und investieren, ohne einen nennenswerten Unterschied zwischen alternativen Investitionsmöglichkeiten im Inland und im Ausland zu machen und ohne sich um die Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft zu kümmern. Sie sorgen nur dafür, daß ihre Möglichkeiten ausgeweitet werden, billig zu kaufen und teuer zu verkaufen – also billige Arbeitskräfte, günstige Finanzierungen und billige Rohstoffe im Ausland zu besorgen, von Hongkong und Singapur bis Südafrika und Chile, um ihre Profite im Weltmaßstab zu maximieren.

Ford zum Beispiel ist mittlerweile der größte Automobilhersteller außerhalb

der USA; von allen verkauften Ford-Autos des Jahres 1979 wurden 44% im Ausland abgesetzt. Im Jahre 1978 stammte ein Großteil der Gewinne aus Grundstücksverkäufen in Japan. Und während der Konzern seine amerikanischen Autofabriken schließt, wird jetzt mit der Herstellung von Ford-Kühlschränken in Brasilien und Plastikteilen in Westberlin begonnen.

Verläßliche Informationen über die Profite der Auslandsunternehmungen zu erhalten ist nicht einfach, einige solcher Daten sind jedoch zugänglich. Sie zeigen, daß bei den wenigen großen US-Teilnehmern an diesem weltweiten Spiel, die in Dutzenden von Ländern über Produktionsstätten verfügen, die Gewinne aus Übersee-Investitionen einen steigenden und vielleicht sogar überwiegenden Anteil bei den erwirtschafteten Profiten ausmachen. Von den 25 größten Unternehmen, über die solche Daten vorliegen, beziehen 8 die Hälfte ihrer Nettoeinnahmen oder mehr aus ihren Unternehmungen in Übersee. Bei weiteren 11 kommt ein Viertel des Profits aus den Auslandsinvestitionen. Von 300 der größten Unternehmen, die mehr als zwei Drittel aller Auslandsgeschäfte abwickeln, hat das Handelsministerium bekanntgegeben, daß im Jahre 1966 insgesamt 25% ihrer Gewinne aus dem Ausland stammten, und dieser Betrag ist für 1970 auf 44% angestiegen. Zwischen 1950 und 1970 stiegen die direkten amerikanischen Auslandsinvestitionen insgesamt von 11,8 Mrd. Dollar auf 78,1 Mrd. Dollar. Die höchste Zuwachsrate bei den direkten Investitionen im Ausland lag im Bereich der Industrieproduktion, wo sie in diesem Zeitraum von nur 3,8 Mrd. Dollar auf 32,2 Mrd. Dollar anstieg, das heißt, im Jahre 1970 waren im Bereich der industriellen Fertigung die Auslandsinvestitionen der USA 8,4mal so hoch wie im Jahre 1950. Und der Zustrom amerikanischer Investitionen in die europäische Industrie ging sogar noch schneller vonstatten. Er vervierfachte sich von 1950 bis 1960, verdoppelte sich erneut in nur fünf Jahren und stieg in den nächsten fünf Jahren fast noch einmal um das Doppelte, so daß alles in allem der Buchwert der amerikanischen Produktionsanlagen in Europa sich im Jahre 1970 auf fast das Fünfzehnfache des Betrages belief, der 20 Jahre zuvor erreicht worden war. Der Abfluß amerikanischen Kapitals ins Ausland steigt ständig weiter. Von jedem neuen Dollar, der von amerikanischen Konzernen investiert wurde, gingen 1960 21 Cents ins Ausland; 1970 war dieser Wert jedoch bereits auf 40 Cents gestiegen.

Der durch die Suche nach höheren Profiten verursachte Kapitalabfluß ins Ausland verschlechtert die Zahlungsbilanz der USA und treibt die Importpreise in die Höhe. Gleichzeitig wird dadurch der einheimischen Industrie das Investitionskapital vorenthalten, das sie zur Entwicklung und zur Aufrechterhaltung ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit benötigt. Die Frage ist, wird diese Tendenz des einheimischen Investitionsschwundes unsere Industrie genauso zerrütten, wie Abriß und Investitionsrückgang die Arbeiterwohngebiete ruiniert und unsere Innenstädte abgewürgt haben?

Mit dem Wiederaufstieg Westdeutschlands und Japans und anderer wirtschaftlich zerstörter Länder aus den Ruinen des Zweiten Weltkrieges sowie

dem Rückgang der wirtschaftlichen Überlegenheit Amerikas fielen die Auswirkungen der Monopolisierung, des Trends zu multinationalen Konzernen und des Militarismus schließlich auf das eigene Land zurück.

Das unmittelbar auslösende Moment für die galoppierende Inflation und die plötzlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten im gegenwärtigen Amerika war der Krieg gegen Vietnam. Die Kosten eines endlosen und zunehmend unpopulären Krieges machten massives Deficit spending, also hohe Staatsverschuldung notwendig, und gegen Ende der 60er Jahre führte die Kostenexplosion des Vietnamkrieges zu einem Höhenflug der Preise und Zinssätze. 1969 lag die durchschnittliche Inflationsrate bei 6,1% und lag damit um das Dreifache über dem Durchschnittswert während der ersten Hälfte des Jahrzehnts; Ende 1969 hatte sie bereits 7,2% erreicht. Als nun plötzlich in massiver Weise Dollars in die heimische Industrie gepumpt wurden, ohne daß neue Waren produziert oder Dienstleistungen bereitgestellt wurden, für die die Amerikaner ihr Geld hätten ausgeben können, wurde eine Inflationsspirale weiter in Bewegung gesetzt, die bereits durch frühere und weiter gestiegene Ausgaben des Pentagon begonnen hatte.

Der Anstieg der Dollarvorräte im Ausland, Folge sowohl der Militärausgaben für den Unterhalt unserer ausgedehnten Militärstützpunkte und Truppen, als auch der ausländischen Investitionen, schwächt den Dollar und verschlimmert die Inflation im eigenen Land. Wenn der Dollar fällt, steigen in den USA die Preise. Besitzt der Dollar weniger Kaufkraft als eine ausländische Währung, dann braucht man mehr Dollars für den Kauf ausländischer Waren, und die Importpreise steigen. Und mehr noch, die amerikanischen Verbraucher zahlen nicht nur mehr für importierte Waren, sondern unsere großen Konzerne können auf Grund ihrer Monopolstellung ihre eigenen Preise anheben, um mit den gestiegenen Importpreisen mitzuhalten.

Der Krieg in Vietnam war nur der extremste Ausdruck für die Militarisierung Amerikas. 1979 wurden bereits 53 Cents von jedem auf Bundesebene eingenommenen Steuerdollar für vergangene, gegenwärtige oder zukünftige Militäraktionen ausgegeben. Seit 1951 übersteigt die Höhe des Militärhaushalts die Gesamtsumme der Nettogewinne sämtlicher US-Unternehmen. Die Militärausgaben sind nicht nur die inflationärste Form der Bundesausgaben, sie ziehen auch große Bestände an Kapital und Technik an sich, die folglich der zivilen Wirtschaft nicht mehr zur Verfügung stehen. Seit dreißig Jahren werden von 10 Cents, die die Bundesregierung für Forschungs- und Entwicklungszwecke (auf diesem Gebiet hat sie die beherrschende Stellung) ausgibt, 7 Cents an das Militär gezahlt. Gleichzeitig wurden die wichtigsten 20 000 Rüstungs- und Zulieferungsbetriebe ermuntert (und unsere größten Konzerne stehen dabei an erster Stelle), durch Unternehmergewinne und Kostenüberziehung die Effektivität zu verringern und die Profite zu steigern. Der Trick besteht für die Zulieferungsbetriebe der Rüstung darin, daß Kosteneinsparung nicht honoriert wird. Tatsächlich können sie sogar bestraft werden, denn Zulieferungsbetriebe handeln die Profite unter Zugrundelegung der ge-

schätzten Kosten aus. Niedrigere Kosten bedeuten also geringere Profite. Maßnahmen zur Einsparung von Arbeitskräften durch Kapitalinvestition können sich unter Umständen auf die Rentabilität negativ auswirken, da durch die Kostenersparnis die Ausgabenbasis für die Kalkulation der Profite geschmälert wird. Das läuft dann schließlich alles darauf hinaus, daß die entstehenden Kosten an uns alle weitergegeben werden, nicht nur als Preissteigerung bei Industrieartikeln, sondern auch durch die verzögerte Kapitalbildung und den Rückgang des Industriewachstums – und das wiederum macht die amerikanische Industrie verwundbarer gegenüber der ausländischen Konkurrenz.

Um die Mitte der 70er Jahre, als unsere Wirtschaft aus diesen Gründen bereits in Schwierigkeiten geraten war und die Preise an der Börse im Vergleich zur Inflation bestenfalls stagnierten, begannen wohlhabende Investoren ebenso wie die größten Banken und Konzerne in großem Umfange mit spekulativen Investitionen. Sie legten ihr Geld in „esoterischen Investitionen" an, wie der Leiter des Bundesschatzamtes, Paul Volker, das genannt hat – in Grundstükken, Handelsartikeln und sogar ausländischer Währung. Da ihre Geldschränke überquollen – „Business Week" berichtete 1978, daß die 400 größten US-Konzerne zusammen überflüssige Mittel in Höhe von über 60 Mrd. Dollar verfügen, fast dreimal so viel wie zu Beginn der 70er Jahre –, tummelten sie sich auf den ausländischen Geldmärkten und setzten gegen den amerikanischen Dollar. Ergebnis davon war, daß nicht nur die Inflation weiter angeheizt wurde, sondern noch mehr Kapital einer produktiven und Arbeitsplätze schaffenden Investition in den USA entzogen wurde.

Monopol, Militarismus – unangenehme und häßliche Worte – und multinationale Konzerne. Jeder dieser drei Komplexe verstärkte die Tendenz zu Stillstand und Inflation jeweils in den beiden anderen. Gemeinsam verlangsamten sie den technischen Fortschritt, trieben die Preise in die Höhe und verringerten die Wiederanlage von Kapital im eigenen Land, um es trotz der Konkurrenz durch die neuaufgebauten Industrien Europas und Japans anderen Zwecken zuzuführen. Gemeinsam bilden sie die Wurzel der Wirtschaftskrise, der wir uns jetzt gegenübersehen. Gemeinsam sind sie der wirkliche Grund für die Epidemie der Fabrikstillegungen und Entlassungen, die sich in unserem Lande ausgebreitet hat.

Konkurrenz und „Arbeitsteilung"

Griechenlands EG-Beitritt und die amerikanisch-westeuropäische Mittelmeer-, Nahost- und Mittelostpolitik

Von Heinz-Jürgen Axt

Vorbemerkung

Mit Wirkung vom 1. Januar 1981 ist Griechenland Mitglied der Europäischen Gemeinschaft geworden. Portugal und Spanien sollen folgen. Die EG hat nun zehn Mitgliedsländer. Ihre Kommission ist um ein griechisches Mitglied erweitert worden. An den Sitzungen der EG-Räte nehmen Vertreter Griechenlands teil, dem Europäischen Parlament gehören 24 griechische Abgeordnete an, und die übrigen EG-Organe wurden ebenfalls entsprechend vergrößert. Griechenland übernimmt die Bestimmungen des EWG-Vertrags und weiterer von der EG abgeschlossener Vereinbarungen entweder zum gegenwärtigen Zeitpunkt oder nach einer genau festgelegten Übergangsfrist. Folgt man den Worten griechischer Regierungsvertreter, dann müßten mit dem Beitritt zur EG rosige Zeiten für Griechenland beginnen[1]). Nach Ansicht des griechischen Ministerpräsidenten Georgios Rallis erwartet Griechenland von der EG-Mitgliedschaft „eine Stärkung seiner internationalen Position . . . sowie eine Stabilisierung seiner demokratischen Institutionen. Auf dem Wirtschaftssektor erwarten wir Vorteile für die griechische Landwirtschaft aus der Gemeinsamen Agrarpolitik . . . Vom EG-Markt wird auch die Industrie profitieren, die nach dem Beitritt Kapital und Technologie aus dem europäischen

1) Aufgabenstellung dieses Aufsatzes war es anfänglich, zu gleichen Teilen die ökonomischen, politischen und militärischen Aspekte des griechischen Beitritts zur EG und der EG-Mittelmeerpolitik zu beleuchten. Während der Zeit, als der Aufsatz dann geschrieben wurde, drängten sich die militärisch-strategischen Aspekte vor allem aufgrund der Vorstellung des außenpolitischen Programms der Reagan-Regierung, der Erklärung der Golfregion zur „NATO-Sicherheitszone" und der Diskussionen in der Bundesrepublik um „Nachrüstung" und Rüstungsexporte derart stark in den Vordergrund, daß entgegen der ursprünglichen Absicht die bereits fertiggestellten Ausführungen zur *ökonomischen* Problematik des EG-Beitritts Griechenlands aufgrund der zugestandenen Seitenzahl nicht aufgenommen werden konnten. Dieser Mangel ist der Dynamik einer Entwicklung der internationalen Beziehungen zuzuschreiben, die nicht nur ständig neue wichtige Ereignisse bereithält, sondern auch vielfache Befürchtungen zu wecken vermag.
Die fundiertesten Analysen zur ökonomischen Problematik der gesamten Süderweiterung der EG hat in den letzten Jahren das *Deutsche Institut für Entwicklungspolitik* vorgelegt. Zu Griechenland vgl. besonders: W. *Hummen*, Greek Industry in the European Community. Prospects and Problems, Berlin 1977. *B. Claus u. a.*, Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft in Südeuropa, Berlin 1977. K. Eßer u. a., Europäische Gemeinschaft und südeuropäische Beitrittsländer, Berlin 1978. Und gleichsam als Zusammenfassung der vom o. a. Institut vorgelegten Studien: S. A. Musto, Die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Einige Folgerungen aus Studien des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (erscheint demnächst in „Kyklos"). Vgl. auch K. H. Buck, Griechenland und die Europäische Gemeinschaft, Bonn 1978. A.E. Ott/N. Wenturis (Hrsg.), Griechenland vor dem Beitritt in die Europäische Gemeinschaft, Frankfurt/M. 1980. K. Nikolaou, The new members and the EEC: The effects of EEC membership on the industrialization process in Greece. Beitrag zum „International Workshop on Southern Europe and the enlargemnt of the EEC" (Lissabon, 26.–28. Juni 1980). A. J. Kondonassis, Greece, in: E. N. Bahlanoff (Hrsg.), Mediterranean Europe and the Common Market, Alabama 1976, S. 49–87. Zur griechischen Landwirtschaft vgl. jetzt K. Lamtoos, Abhängigkeit und Entwicklung der Unterentwicklung. Dargestellt am Beispiel der griechischen Landwirtschaft, Diss. (FU Berlin), Berlin 1980.

Raum beziehen kann."[2]) Regierungsvertreter aus den Ländern der Neuner-EG gestehen zwar im allgemeinen durchaus ein, daß mit der Erweiterung der EG um Griechenland und später um Portugal und Spanien ökonomische Probleme – für die Beitrittsländer wie für die Finanzierung der EG-Ausgaben vor allem im Bereich der Landwirtschaft – verbunden sind. Aus politischen Erwägungen wird die EG-Erweiterung jedoch für unverzichtbar gehalten. Hier biete sich die Möglichkeit, die politische Lage in den Mittelmeerländern zu stabilisieren und jeden „Extremismus von links und rechts" abzuwehren. Daß die erweiterte EG ihre internationale Position verstärkt und ihren Einfluß erhöht, wird als willkommene Folge der EG-Erweiterung gesehen.

Sowohl die Erwartungen und Verheißungen einer mit der EG-Mitgliedschaft verbundenen allgemeinen Wohlstandssteigerung seitens griechischer Regierungsvertreter wie auch die Versprechungen von Vertretern der EG-Organe und der alten EG-Staaten, die EG-Mitgliedschaft Griechenlands fördere den Prozeß der Demokratisierung und lindere wirtschaftliche Probleme, halten einer ernsthaften Prüfung so nicht stand. Daß Rallis u. a. Griechenland in der EG eine aussichtsreiche Entwicklung versprechen, liegt nicht nur daran, daß spätestens im Herbst 1981 in Griechenland gewählt werden wird, weshalb den griechischen Wählern jetzt die EG-Mitgliedschaft schmackhaft gemacht werden soll. Hinter dem von Rallis vollzogenen und von seinem Vorgänger und jetzigen Staatspräsidenten Konstantin Karamanlis vorbereiteten Beitritt Griechenlands zur EG stehen längerfristige – und nicht nur wahltaktische – Ambitionen und Strategien, die vor allem politisch begründet sind. Ebenso verbergen sich hinter den offiziellen Begründungen westeuropäischer Politiker zur Aufnahme Griechenlands in die EG Intentionen, die ökonomische, politische und militärisch-strategische Eigeninteressen zum Inhalt haben. Diese werden gegenwärtig in ihrer ganzen Tragweite erst dann erkennbar, wenn man den Zusammenhang mit den Bemühungen zur Ausweitung der sogenannten „Sicherheitszonen" der NATO im Nahen und Mittleren Osten berücksichtigt.

Diese Entwicklung ist geeignet, die Erweiterung der EG um die Mittelmeerländer in neue Dimensionen zu rücken. Zwar galten die bisherigen Mittelmeeraktivitäten der EG auch dem Bemühen, zugunsten der EG Brücken zum Nahen und Mittleren Osten, also den erdölfördernden arabischen Ländern zu schlagen. Zwar sollten dabei militärische Ambitionen im Sinne westlicher Arbeitsteilung von der EG vor allem in der Weise verfolgt werden, daß sie die Länder des Mittelmeerraumes ökonomisch enger an die Gemeinschaft bindet und die Abhängigkeiten von der EG erhöht. Zwar sollten die Bemühungen der EG in den Mittelmeerländern auch innenpolitisch in dem Sinne wirksam werden, daß sie prowestliche Kräfte stützen. Dies gerade deshalb, weil die NATO diese Aufgabe im Mittelmeerraum weniger als früher mit Aussicht auf Erfolg wahrnehmen kann. Wenn sich jedoch im Westen Strategien durchsetzen, wie sie gegenwärtig von der neuen amerikanischen Regierung pro-

2) In einem Interview im Südwestfunk am 23. 11. 1980.

grammatisch formuliert werden, dann werden die Erweiterung der EG um Griechenland (und später um Spanien und Portugal) und die gesamten Beziehungen Westeuropas zu den Mittelmeerländern einer Doktrin untergeordnet, die ausschließlich nach dem militärisch-strategischen Vorteil für den Westen, in erster Linie für die USA, fragt, und die die Länder Westeuropas in eine Reihe äußerst folgenreicher Konflikte hineinzieht. So wie die USA gegenwärtig offensichtlich Latein- und Mittelamerika zum Demonstrationsobjekt ihrer mit Reagan vermeintlich wiedererlangten Stärke machen wollen, so könnte – wenn dem nicht von den westeuropäischen Ländern aus entgegengewirkt wird – das Mittelmeergebiet und der Nahe und Mittlere Osten zum Objekt werden, an dem die USA – gefolgt von den westeuropäischen Verbündeten, die von der Reagan-Administration wohl eher als Vasallen betrachtet werden – ihre Stärke weit entfernt vom eigenen Territorium, außerhalb des NATO-Gebiets, aber in unmittelbarer Nähe zur Sowjetunion demonstrieren. Die Risiken dieser Demonstration sind – politisch, militärisch und ökonomisch – für Westeuropa weit folgenreicher als für die USA.

Es muß schon verwundern, wenn Vertreter der Bundesregierung die Ankündigungen aus Washington beschwichtigend kommentieren und sich bemühen, aus ihnen Maßvolles herauszulesen. Dies umso mehr, wenn man bedenkt, daß führende Vertreter der Reagan-Administration Politiker wie Willy Brandt doch immerhin mit revolutionären Bewegungen in Verbindung bringen, die in den Augen Reagans, Haigs u. a. nichts anderes als Terrorismus betreiben[3]).

Die Ausweitung der „NATO-Sicherheitszonen" und die Reaktionen in der Bundesrepublik

Aus der Perspektive militärisch-strategischer Ambitionen der NATO spielt die Frage, ob die Mitgliedschaft Griechenlands und später Portugals und Spaniens in der EG für diese Länder vorteilhafte Entwicklungsmöglichkeiten bietet, keine Rolle. Diese Logik, die in aller Offenheit entwicklungspolitische Überlegungen allenfalls noch als Maßnahmen zur gröbsten Sanierung der Folgewirkungen militärischer Intentionen gelten läßt, wird in einem Aufsatz von Lothar Ruehl, ehemals Sonderkorrespondent des Zweiten Deutschen Fernsehens für „Sicherheitsfragen" und heute stellvertretender Regierungssprecher, deutlich[4]).

3) Es heißt z. B. bei der jetzigen US-Botschafterin bei der UNO Jeane Kirkpatrick („U.S. Security and Latin America", in: „Commentary", Januar 1981, S. 29–41. Den Hinweis auf diesen Aufsatz verdanke ich meinem Kollegen Rodrigo Jokisch): „Eine Reihe von Führern der Sozialdemokratie (Willy Brandt, Olof Palme, François Mitterand, Michael Manley), die nicht in der Lage sind, öffentliche Unterstützung für eine friedliche Revolution in ihren eigenen Ländern zu gewinnen, begeistern sich zunehmend über Revolutionen anderswo und werden immer weniger wählerisch in der Auswahl der Leute und Methoden, mit denen sie sich sich umgeben und die sie anwenden." (S. 34)

4) Die Argumentation von L. Ruehl erhält besondere Bedeutung dadurch, daß sein Aufsatz im Rahmen der „Studiengruppe für internationale Sicherheit" der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik" entstanden ist. Diese Gesellschaft betreibt wissenschaftliche Untersuchungen zu Fragen der internationalen Politik. Vorsitzende der Studiengruppe waren bzw. sind Fritz Erler, Helmut Schmidt und Dr. Karl Mommer. Dem Präsidium der Gesellschaft gehören der Bundeskanzler, der Verteidigungsminister u. a. bedeutende Politiker an.

Ruehl sieht zwar, daß mit der Erweiterung der EG wirtschaftliche Probleme für die Beitrittsländer entstehen, doch werden diese verdrängt, weil allein die (vermeintlichen) NATO-Interessen zählen sollen: „Die EG muß mit dieser sicherheitspolitischen Zielsetzung der Stabilisierung des nichtkommunistischen Europa das Risiko eingehen, Länder aufzunehmen, die zum Beitritt weder wirklich fähig, noch ohne Vorbehalt bereit sind. Es handelt sich dabei um Länder, in denen die Grundübereinstimmung zwischen Staat und Gesellschaft ebenso fehlt wie die Übereinstimmung zwischen den politischen Parteien über eine nationale Ausrichtung. Auch ihre volkswirtschaftliche Fähigkeit, die Gesetze des Gemeinsamen Marktes auf sich wirken zu lassen und sich in der westeuropäischen EG-Konkurrenz zu behaupten, dabei auch zur gemeinsamen wirtschaftlichen Expansion beizutragen, steht noch in Frage."[5]) Ruehl plädiert dafür, daß die Europäische Gemeinschaft jene Aufgaben wahrnehmen soll, die von der NATO und den USA nicht mehr oder nur bedingt zu erfüllen sind: „Die EG ist die einzige Alternative zur NATO wie zur Desorganisation der westlichen Allianz in Europa, um die weitere politische Bündnisgrundlage mitsamt der wirtschaftlichen Stabilität zu erhalten. Auf ihr wird in Zukunft auch die organisierte militärische Verteidigung in der NATO aufbauen müssen. Sie wird einer gemeinsamen Sicherheitspolitik der westeuropäischen Staaten im Bündnis mit Nordamerika als materielles Fundament zu dienen haben. In ihr allein wird es möglich sein, eine *westeuropäische Rüstungsgemeinschaft* als Voraussetzung für eine *künftige Verteidigungsgemeinschaft* in *Verbindung mit dem nordatlantischen Bündnis* zu organisieren. Sie ist die einzige Basis für den Aufbau einer westeuropäischen Union mit einer Finalität zu gemeinsamer Aktion nach außen und innen."[6]) Dabei wird auch die Entwicklung der *innenpolitischen* Verhältnisse in den Beitrittsländern in den Zusammenhang von „NATO-Sicherheitsinteressen" gestellt. Da eine politische Linksentwicklung diesen Interessen widerspreche, ist sie mit allen als geeignet erscheinenden Mitteln zu verhindern. „Für die westliche Allianz wird also die innenpolitische und soziale Evolution in den südeuropäischen Ländern zu einer kritischen Größe für den Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit des Bündnisses . . ."[7])

Die auf das Mittelmeergebiet bezogenen Aktivitäten der EG erhalten unter militärisch-strategischen Aspekten eine doppelte Aufgabenstellung: Zum einen verbinden sie sich mit aktuellen Bemühungen zur Ausweitung der sogenannten „NATO-Sicherheitszonen" im Nahen und Mittleren Osten. Zum andern fügt sich die Erweiterung der EG um Griechenland, Protugal und Spanien in die Bestrebungen ein, die NATO-Südflanke zu konsolidieren und zu diesem Zweck die entsprechenden Länder militärisch und politisch eng an die westeuropäischen Staaten zu binden. Zwar seit dem Präsidentenwechsel in den USA forciert, jedoch unter Carter und früher bereits grundsätzlich angelegt, haben die Anstrengungen der USA zugenommen, in Verbindung mit

5) L. Ruehl, Die Atlantische Allianz und die politische Stabilität in Südeuropa, in: K. Kaiser/K. M. Kreis (Hrsg.), Sicherheitspolitik vor neuen Aufgaben, Bonn 1979, S. 3–49, hier S. 45.
6) Ebd., S. 46 (Hervorh. v. Verf.).
7) Ebd., S. 47.

dem Mittelmeergebiet den Nahen und Mittleren Osten zu einer Region zu erklären, in der amerikanische und westliche „Sicherheitsinteressen" zu verteidigen seien. Jede Aktion, die diese Interessen verletzt, sei sie unmittelbar militärischer oder auch politischer und ökonomischer Art, habe mit militärischen Sanktionen der USA und – soweit dies momentan realisierbar ist – der NATO zu rechnen. Was sich unter dem neuen Präsidenten Reagan, seinem Außenminister Haig und deren Administration geändert hat, sind nicht die strategischen Ambitionen, wohl aber die Begründungen dazu. Nicht länger wird versucht, die eigenen Ziele mit Bemühungen um die Menschenrechte zu legitimieren. Man bedient sich nunmehr einer offeneren Sprache.

Während westeuropäische Regierungen aufgrund ihrer Energie- und Rohstoffabhängigkeit die unmittelbare Konfrontation mit den Ländern des Nahen und Mittleren Osten zu vermeiden und Befreiungsbewegungen soweit wie möglich zu integrieren suchen, hat der neue amerikanische Außenminister Alexander Haig vor dem Außenpolitischen Senatausschuß verdeutlicht, daß die von Reagan geführte Regierung das Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt ausschließlich dem Systemantagonismus zwischen „Ost und West" unterordnen will. Maxime amerikanischer Außenpolitik ist danach: Erlaubt ist alles, was die Gegenseite schwächt. Nationale Befreiungsbewegungen seien nur als ferngelenkte Stellvertreter der UdSSR denkbar. Haig erklärte ganz unverblümt, daß nicht immer um jeden Preis und unter allen Umständen die Bewahrung des Friedens das wichtigste Ziel der US-Politik sein könne. Diktaturen in Lateinamerika würden unterstützt, wenn dies die Position der Sowjetunion schwäche. Wenn die Sowjetunion nationale Befreiungskräfte wie die Palästinensische Befreiungsfront fördere, sich der Länder Kuba oder Libyen dazu bediene, oder den bewaffneten Konflikt als Mittel zur Lösung politischer Fragen in El Salvador oder Namibia betrachte, dann sei sie dem „internationalen Terrorismus" zuzurechnen und entsprechend zu bekämpfen. Angesichts des schon eklatanten Auseinanderklaffens von Anspruch und Realität hat Haig nun auch die Konsequenz gezogen und erklärt, der Kampf gegen den im o.a. Sinne definierten Terrorismus habe Vorrang vor dem Kampf um die Menschenrechte[8]).

Vor diesem Hintergrund hat die neue amerikanische Regierung das ölreiche Gebiet um den Persischen Golf als „Interessenzone der USA" deklariert, was bedeutet, daß die USA dort keine Entwicklung zulassen wollen, die nicht mit ihren Interessen konform geht. Die Anmaßung dieser amerikanischen Erklärung wird deutlich, wenn man sich einmal vorstellt, die Sowjetunion erklärte Mexiko oder ein anderes den USA naheliegendes Land aufgrund des dortigen Ölreichtums zu ihrer „Sicherheitszone". Bezogen auf die Mittelmeerpolitik der EG-Länder hat die amerikanische Ankündigung zwei bedeutsame Implikationen, die dann voll wirksam werden, wenn sich die westeuropäischen Regierungen kritiklos den amerikanischen Forderungen unterordnen. Aus der Erklärung des Golfgebietes zur amerikanischen Sicherheitszone folgt zum ei-

8) Vgl. Abdruck von Auszügen der Haig-Anhörung, in: „Frankfurter Rundschau" v. 7. 2. 1981.

nen, daß die EG-Mittelmeeraktivitäten und die Erweiterung der EG um Griechenland, Portugal und Spanien in eine äußerst riskante und konfliktträchtige US-Strategie einbezogen werden, die schon in der Verweigerung von Öllieferungen durch arabische Länder ihre Sicherheit gefährdet und militärische Aktionen legitimiert sieht. Zum andern sind die westeuropäischen Staaten auch militärisch direkt betroffen, denn sie sollen sich einer US-Strategie unterordnen, die NATO-Sicherheitsinteressen nicht länger auf Europa und Amerika, also die Region der NATO-Mitgliedstaaten beschränken will. Die NATO-Staaten sollen vielmehr darüber hinaus aktiv werden. Nach Haigs Ansicht soll das Gebiet um den Persischen Golf nicht nur „amerikanischer Verantwortungsbereich" bleiben, sondern soll zu einem „wichtigen westlichen Interessengebiet" erklärt werden, was bedeutet, daß auch andere NATO-Staaten, also auch die Bundesrepublik, sich auf militärische Aktivitäten, zumindest auf Unterstützungsmaßnahmen einzurichten haben. Das einzige, was Haig dabei berücksichtigt sehen will, ist ein behutsames Vorgehen, wenn die geeigneten Standorte für eine verstärkte NATO-Präsenz gesucht und ausgebaut werden. „Wenn wir kein Fingerspitzengefühl beweisen, werden wir die Beziehungen zu Ländern wie Saudi-Arabien womöglich gefährden und die prowestlichen Strömungen in einem Land wie dem Irak gar ins Gegenteil verkehren." Dabei soll die Ausweitung der militärischen Aktivitäten der NATO zwar zunächst auf die Golfregion konzentriert werden, doch nicht auf sie begrenzt bleiben. Haig: „Die ganze Welt ist in der Tat Sache der NATO."[9]) Während die Bundesregierung zu den Äußerungen Haigs bislang vor allem in der Weise Stellung nahm, daß sie dessen Lob für die westeuropäischen Rüstungsanstrengungen hervorhob, haben Vertreter der CDU die „amerikanische Wende" begrüßt, und hat der NATO-Generalsekretär Luns Haigs Auffassung bereits zugestimmt, daß die NATO Interessen auch außerhalb ihres eigentlichen Gebietes wahrnehmen müsse[10]).

Auf dreifache Weise ist schon jetzt die Bundesrepbulik in die Bemühungen zur Ausweitung der NATO-Sicherheitszonen auf den Persischen Golf einbezogen:

Erstens hat sich der Bundeskanzler auf die amerikanische Definition von Sicherheitsinteresse eingelassen, indem er die regionale Begrenzung von NATO-Aktivitäten als lediglich historisch begründet erklärte. Veränderten Bedingungen müßte sich auch die geographische Definition der Sicherheitsinteressen anpassen: „Aber eines ist doch klar geworden: daß, wenn wir wissen, daß unser Öl aus dem Persischen Golf kommt, weit jenseits der NATO-Gebiete, damit unsere Sicherheitsinteressen insgesamt nicht abschließend geographisch definiert sind . . . Zu unserer Sicherheit gehört eben auch die sichere Versorgung mit Energie oder mit anderen Rohstoffen . . ."[11])

9) Interview mit A. Haig, in: „Der Spiegel" v. 2. 2. 1981, S. 105.
10) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 17. 1. 1981.
11) Bundeskanzler Schmidt während der Haushaltsdebatte, zit. nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 2. 2. 1981.

Zweitens soll der Bundesverteidigungsminister seitens der Bundesregierung im Rahmen der NATO die Verpflichtung eingegangen sein, daß die Bundesrepublik bei Kriegseinsätzen der US-Truppen aus Westeuropa z. B. im Gebiet des Persischen Golfs zum Transit- und Zulieferland wird und damit in der Gefahr steht, Kriegspartei zu werden[12]).

Hat *drittens* der Bundeskanzler angekündigt, in den Sicherheitszonen außerhalb des NATO-Gebiets „Gleichgewicht" fördern zu wollen, so konkretisiert sich dieses Vorhaben als mittelbare Form militärischen Engagements mittlerweile u. a. in der zur Diskussion stehenden Lieferung von Leopard-Panzern und/oder anderen Waffen an Saudi-Arabien. Nach Auffassung von Bundeskanzler Schmidt ist ein Verzicht auf Waffenlieferungen in „Spannungsgebiete" nicht länger aufrechtzuerhalten, denn die Bundesrepublik sei in eine „neue Rolle" hineingewachsen. Sie habe nicht nur zum politischen Gleichgewicht in Europa, sondern auch anderswo in der Welt beizutragen. Zwar habe man es abgelehnt, deutsche Soldaten zum Persischen Golf zu entsenden – eine Frage, die überhaupt nicht zu diskutieren ist, weil entsprechende gesetzliche Bestimmungen einen solchen Einsatz eindeutig untersagen –, doch könnten deutsche Waffen den wichtigen Partner Saudi-Arabien wirksam unterstützen. Es geht aber um mehr als „bloß" um Waffenlieferungen. Wie auch die „Wirtschaftswoche" erkannt hat, könnte die verhängnisvolle Entwicklung wie folgt aussehen: zunächst Lieferungen von Waffen und Ausrüstungen und dann Entsendung von „Militärberatern", die dafür sorgen, daß die technisch komplizierten Waffen auch einsatzfähig sind. „Ob deutsche Militärberater allerdings auch in die weite Welt geschickt werden, ist noch davon abhängig, inwiefern unser Rüstungsexport liberalisiert wird."[13]) Mannigfache Beispiele belegen, daß dies nicht das Ende, sondern der Anfang eines noch direkteren militärischen Engagements sein könnte.

Die Initiativen der Bundesregierung lassen einerseits *„Elemente einer Arbeitsteilung"* sichtbar werden und sind andererseits in vermehrte westeuropäische Ambitionen eingebunden, in bestimmten Regionen mit einem *höheren Maß an Eigenständigkeit* – ohne allerdings die USA und die NATO ersetzen zu wollen – aktiv zu werden. Karl Kaiser, Direktor des Forschungsinstituts der bereits erwähnten „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik", hat die aufeinander abgestimmten und als Elemente der Arbeitsteilung zwischen Westeuropa und den USA zu verstehenden Intentionen der EG-Staaten in diesem Kontext wie folgt beschrieben: „Die Europäer haben ihre Anstrengungen zur Verbesserung des militärischen Gleichgewichts in Europa verstärkt und können dadurch potentiell einige Reserven der Vereinigten Staaten freisetzen, die in anderen Weltregionen gebraucht werden. Die Europäische Gemeinschaft gewinnt als Instrument zur Koordinierung der Diplomatie gegenüber dem Nahen Osten zunehmend an Gewicht. Die EG versucht, ein breites Spektrum wirtschaftlicher und politischer Ansätze zu nutzen, um die Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit von Staaten in der Nahost-Region zu un-

12) Vgl. „Die Neue" v. 13. 12. 1980.
13) Vgl. „Wirtschaftswoche" v. 6. 2. 1981, S. 32–43, hier S. 39.

terstützen. Der euro-arabische Dialog, besonders Kontakte mit den Golfstaaten, Hilfe für die Türkei, Ägypten und Pakistan sowie abgestimmtes Handeln der Neun im arabisch-israelischen Konflikt dienen der Absicht, zu einer Strategie des Westens im Nahen Osten beizutragen."[14]) In welche Richtung der gegenwärtige amerikanische Kurs treibt, welche Reaktionen in den Ländern Westeuropas zu erwarten sind, macht der Bericht *„Die Sicherheit des Westens – Neue Dimensionen und neue Aufgaben"* deutlich, der von vier außenpolitischen Instituten („Council of Foreign Relations" in New York, „Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik" in Bonn, „Institut Français des Rélations Internationales" in Paris und „Royal Institute of International Affairs" in London) erstellt wurde[15]). Der Bericht, dessen Ergebnisse der politischen Analyse und Strategie der Reagan-Administration entgegenkommen erhält dadurch besonderes Gewicht, daß er von Instituten erarbeitet wurde, die zwar keine regierungsamtlichen Stellungnahmen abgeben, aber deren Ergebnisse dennoch wichtige Strömungen im regierungsinternen Diskussionsprozeß widerspiegeln. Daß der sozialliberalen Positionen nahestehende Karl Kaiser als Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik diese Studie mitträgt, wiegt insofern schwer, als sich hierin künftige außenpolitische Akzente der Bundesregierung vorweg erkennen lassen können.

Die gegenwärtige Diskussion, inwieweit die Bundesregierung „mäßigend" auf die Regierung Reagan entwirken kann, dürfte dabei von falschen Prämissen ausgehen: Selbst wenn die Bundesregierung den amerikanischen Ambitionen auch nur hinhaltenden und partiellen Widerstand entgegensetzen wollte – wogegen jedoch wichtige Indizien sprechen –, so hat das Verhalten der englischen und französischen Regierung, die beide Reagans außenpolitischem Kurs schon Unterstützung zugesichert haben, die Möglichkeiten verbaut, durch ein auf einander abgestimmtes außenpolitisches Verhalten der westeuropäischen Regierungen stärker auf die US-Politik einwirken zu können. Eine geschlossene Position der westeuropäischen Staaten könnte auch Reagan nicht so ohne weiteres ignorieren. Daß dieses nicht in Sicht ist, daß die amerikanische Regierung auf der Ebene bilateraler Verhandlungen allemal ihre Stärke besser ins Spiel bringen kann, liegt aber auch am Verhalten der Bundesregierung selbst: Sie war es, die sich bei den Bemühungen um die „Nachrüstung" besonders hervorgetan hat, die die Gemeinsamkeiten mit den US-Wünschen besonders betont, die in vielen Fällen überhaupt erst initiativ geworden ist. Die anderen westeuropäischen Regierungen befürchten nun, bei der Herstellung von „Sonderbeziehungen", speziellen Arrangements, arbeitsteiligen Absprachen mit den USA zu kurz zu kommen. Bei dem nun einsetzenden „Wettlauf nach Washington" bleiben alle jene Momente außenpolitischer Orientierung auf der Strecke, die in Westeuropa im letzten Jahrzehnt positive Folgen zeitigten: allem voran die Überzeugung, daß sich die Länder

14) K. Kaiser, Eine Strategie der Halbherzigkeit, in: „Die Zeit", 17. 10. 1980, S. 9f.
15) Die Studie ist teilweise abgedruckt in: „Frankfurter Rundschau" v. 14. 2. 1981. Alle Zitate nach dieser Quelle.

Gesamteuropas stärker um eine ihnen gemäße Friedensordnung sorgen müssen, daß trotz des globalen Systemgegensatzes in regionalem Maßstab Entspannungsbemühungen erfolgreich sind.

Die in jüngster Zeit favorisierte „transatlantische Arbeitsteilung", die u.a. darin zum Ausdruck kommt, daß die EG-Länder im gesamten Mittelmeerraum stärker aktiv werden, wird in der o.a. Studie über die „Sicherheit des Westens" in ihren zwei Seiten sichtbar: Zum einen muß den westeuropäischen Staaten aufgrund ihres gestiegenen wirtschaftlichen und z.T. auch politischen Gewichts ein größeres Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht von den USA in militärisch-strategischen und politischen Fragen eingeräumt werden. Zum anderen aber sollen die westeuropäischen Regierungen diese Rechte nur dann erhalten, wenn sie bereit sind, einen größeren Teil der militärischen Belastungen – und Risiken – zu tragen. Es geht eben nicht nur darum, daß die westeuropäischen Länder ihre Rüstungsausgaben erhöhen und die Aufrüstungs-, Umrüstungs- und Nachrüstungsprogramme mittragen und mitfinanzieren. Sie sollen auch bereit sein, sich *direkt militärisch* zu engagieren. „Die NATO muß zum ersten Mal zu einem Bündnis werden, das nicht länger durch amerikanische Dominanz und europäische Passivität geprägt ist." Dabei seien Europa, Naher und Mittlerer Osten, was die Ost-West-Beziehungen betrifft, nicht mehr zu trennen, so daß die Mittelmeeraktivitäten der EG-Länder per se als Teil einer global angelegten Strategie definiert sind. Militärische Konflikte sollen zwar unter Einbeziehung westeuropäischer Militärkräfte ausgetragen, unter Umständen jedoch auf Regionen wie das Gebiet um den Golf begrenzt werden. „Es liegt in der Logik einer Politik geographischer Begrenzung militärischer Konflikte im Nahen und Mittleren Osten, daß Europäer und Amerikaner entweder im Nahen und Mittleren Osten oder aber in Regionen außerhalb des europäischen Schauplatzes eine militärische Schlagkraft verfügbar halten, um ohne automatischen Einsatz der in Europa stationierten Kräfte handeln zu können." Die Verfasser der Studie halten eine verstärkte Konfrontation der Öffentlichkeit mit den „neuen Fakten" für notwendig – eine Entwicklung, die in der Bundesrepublik mit den Diskussionen um Rüstungsexporte, Finanzierung der Rüstungslasten u.a.m. bereits eingeleitet wurde. Für die Golfregion wird eine amerikanische Streitmacht mit europäischer und japanischer Unterstützung vorgeschlagen. „Selbst eine marginale Beteiligung von Europäern könnte von entscheidender symbolischer Bedeutung sein." Arbeitsteilung bedeutet dann, daß die Hauptlast für die Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe von den USA getragen wird, und daß die Westeuropäer einen gewissen Beitrag an personellem und materiellem Einsatz leisten. Westliche Stützpunkte in der Region sollen gemeinsam ausgebaut, und durch Beibehaltung der westeuropäischen Verteidigungsausgaben amerikanische Ressourcen für den Mittleren Osten freigesetzt werden. Spätestens hier wird deutlich, daß die gegenwärtigen Rüstungsmaßnahmen in Westeuropa in ihren Konsequenzen nicht auf Europa beschränkt bleiben, sie legen bereits jetzt die außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik auf einen äußerst konfliktreichen Kurs, auf ein Engagement in einer konfliktträchtigen Zone fest.

Erweiterte westeuropäische Rüstungsbemühungen setzen amerikanische Kräfte frei, die jetzt noch in Europa gebunden sind, und binden die Länder Westeuropas in eine riskante globale Offensiv-Strategie ein. Dabei sollen die Militärkräfte am Persischen Golf nicht nur für unmittelbare *militärische* Konflikte oder zur Verhinderung arabischer Öl-Liefersperren eingesetzt werden. Sie sollen auch *innenpolitisch* genehme Verhältnisse in den arabischen Ländern schaffen helfen: „Im Falle nationaler Rivalitäten (wie z.B. gegenwärtig zwischen Iran und Irak; d. Verf.), die in der Golf-Region zum Krieg führen könnten, dürfte eine westliche Einsatzflotte, die in der Lage ist, die Straße von Hormuz offenzuhalten, durchaus erforderlich sein. Im Falle innerer Unruhen (!), die westliche Interessen gefährden, sollten wir die Fähigkeit haben, auf seiten jeder (!) befreundeten Macht einzugreifen, die uns um Hilfe bittet." Die „Eingreiftruppe" würde damit zur Bürgerkriegsarmee, die angesichts vielfältiger Konflikte und politischer sowie sozialer Spannungen in den arabischen Ländern permanent gefordert wäre – und dies mit Beteiligung der Länder Westeuropas. Wenn die Autoren der Studie unter diesen Voraussetzungen vorschlagen, die EG-Länder sollten ihre wirtschaftlichen Beziehungen – im Sinne ökonomischer Anbindung – zu den arabischen Ländern verstärken, dann übersehen sie allerdings, daß, wenn es erst einmal zu einer „Einsatztruppe" mit westeuropäischer Beteiligung kommt, die arabischen Länder weniger Interesse am Ausbau der ökonomischen Bindungen zur EG haben werden. Denn bislang haben nicht wenige Länder der Dritten Welt und der europäischen Entwicklungsgebiete ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu den EG-Ländern in der Hoffnung ausgebaut, mit einer Staatengruppierung zusammenzuarbeiten, deren Interessen vornehmlich auf wirtschaftliche und politische Ziele gerichtet und die weniger als die USA an Konflikten wie in Vietnam oder Lateinamerika und am Kampf gegen nationale Befreiungsbewegungen beteiligt sind.

Verstärkte Bemühungen zur Stabilisierung der NATO-Südostflanke

Unter dem Aspekt der erweiterten Definition von transatlantischer Arbeitsteilung, wie sie von Reagan propagiert und von westeuropäischen Regierungen aufgegriffen, zumindest aber nicht zurückgewiesen wurde, sind gerade auch die verstärkten Bemühungen der EG-Länder im Mittelmeerraum zu sehen. Ist mit der Einbeziehung Spaniens und Portugals in die EG und mit der verstärkten Bemühung um Beeinflussung der innenpolitischen Entwicklung in Italien das Streben nach Festigung der NATO-Südflanke verbunden, so soll die Mitgliedschaft Griechenlands in der EG, und sollen Militärhilfe und Kredite für die Türkei die NATO-Südostflanke stabilisieren. Diese Bestrebungen sind als Versuch der EG-Länder und der USA zu werten, in arbeitsteiligem Vorgehen Positionsverluste im gesamten Mittelmeergebiet wieder wett zu machen und allmählich die frühere Stellung zurückzugewinnen. Deshalb drängte man darauf, daß Griechenland nicht nur der EG, sondern auch der militärischen Integration der NATO (wieder) beitritt und daß Spanien im Zusammenhang mit der bevorstehenden EG-Mitgliedschaft auch die innenpolitischen Voraussetzungen zur NATO-Mitgliedschaft schafft.

Mit dem Beitritt Griechenlands und der Türkei zur NATO im Jahre 1952 hatte das westliche Bündnis mit der strategischen Zielsetzung einer „Eindämmung" der Sowjetunion die direkte militärische Kontrolle über die Bosporus-Dardanellen-Meerengen und über Anatolien gewonnen. Zusammen mit der 6. US-Flotte und verbliebenen britischen Positionen gelang der NATO die „Umklammerung" der UdSSR, aus der sich diese erst partiell lösen konnte, als sich nationalistische und revolutionäre Bewegungen im arabischen Raum und in Nordafrika gegen die Positionen Frankreichs, Großbritanniens und der USA stellten. Bis auf Saudi-Arabien verlor der Westen alle aus der Kolonialzeit überkommenen Positionen in der arabischen Region. Die Briten wurden aus dem Nahen Osten und die Franzosen aus Nordafrika verdrängt. Seit Beginn der 60er Jahre schwächte der permanente Zypern-Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei die NATO-Positionen im östlichen Mittelmeer. Als 1974 die griechische Militärdiktatur weichen mußte, sah sich der erste Regierungschef Karamanlis aufgrund der Stimmung in der Bevölkerung gezwungen, die militärische Integration der NATO zu verlassen.[16]) Die Verluste westlicher Positionen in arabischen und afrikanischen Ländern sowie die zeitweilige Einschränkung der Bündnisverpflichtungen seitens der Türkei und Griechenlands machten die amerikanischen Erfolge bei der Einkreisung der Sowjetunion zumindest teilweise rückgängig. Als es daher gelang, die Entwicklung in Ägypten unter stärkere amerikanische Kontrolle zu bringen, wurde dies als großer Erfolg bei dem Streben zur Rückgewinnung von Positionen gewertet. „Der Einbruch der mühsam aufgebauten sowjetischen Position in Ägypten war zweifellos eine der bedeutsamsten Veränderungen von Konfliktstruktur und strategischen Grundbedingungen in diesem Raum. Zum erstenmal seit Ende der fünfziger Jahre hatte die amerikanische Politik damit eine neue Chance gewonnen, auch in arabischen Ländern wieder einen wirksamen Einfluß auszüben und den Verlauf des Nahost-Konflikts zum Vorteil westlicher Sicherheitsinteressen mitzugestalten, wenn auch nicht zu bestimmen."[17]) Als Mitte der 70er Jahre entscheidende politische Veränderungen in Griechenland, Portugal und Spanien stattfanden, konzentrierte sich das militärische Interesse der USA und der EG-Länder in besonderer Weise auf diese nördlichen Mittelmeeranrainer. In diesen Ländern hatte aber die lange Unterstützung bzw. Duldung der Diktaturen durch die USA und die NATO deren Einwirkungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Die Bevölkerungen der drei Länder forderten eine Abkehr von den USA und der NATO[18]). Hier sahen die EG-Länder ihre Chance. Recht bald stellte sich allerdings heraus, daß die Regierungen der führenden EG-Länder ihre Aufgabe vor allem darin sahen, militärisch stellvertretend für die USA und die NATO tätig zu werden, nicht aber den Versuch zu unternehmen, eine eigenständigere westeuropäische Strategie zu verfolgen.

16) Vgl. L. Ruehl, Die Atlantische Allianz . . ., a.a.O., S. 37.
17) Ebd., S. 48.
18) Vgl. M. Nikolinakos, Widerstand und Opposition in Griechenland, Darmstadt/Neuwied 1974.

In Südeuropa unterhält die NATO die zahlenmäßig stärkste strategische Gruppierung ihres Obersten Kommandobereichs Europa. Das 16. US-Raketen-U-Boot-Geschwader und die 6. US-Flotte bilden das Rückgrat der westlichen Militärpräsenz. Diese Kräfte unterstehen allerdings ausschließlich amerikanischem Befehl und werden erst im Spannungs- oder Kriegsfall SACEUR unterstellt. Dies bedeutet, daß die USA in dieser Region die dominierende militärische Position halten. Die Integration im Rahmen der NATO ist hier niedriger, bilaterale Bündnisbeziehungen zwischen den USA einerseits und Italien, Griechenland und der Türkei haben besonderes Gewicht. Das Engagement der EG im Mittelmeerraum kann daher unter gegenwärtigen Bedingungen zwar auch ökonomische Eigeninteressen unter Einschluß entsprechender politischer Mittel verfolgen, leistet damit jedoch immer zugleich „Zuarbeit" für die bestimmende amerikanische Militärpräsenz im Mittelmeerraum. Während die USA ihre militärische Vormachtrolle auch nutzen, um den westeuropäischen Verbündeten eine Unterordnung unter wirtschaftliche und politische Interessen der USA in der Mittelmeerregion abzuverlangen, streben die westeuropäischen Länder danach, ihren ökonomischen Vorteil auch gegenüber den USA zu suchen. Zwei Entwicklungen sind hier charakteristisch: Erstens der Ausbau und die Verdichtung ökonomischer Beziehungen der EG-Länder mit den Mittelmeerländern über Handelsabkommen, Assoziationsverträge, Kooperationsabkommen und den EG-Beitritt, und zweitens die unterschiedlichen Reaktionen der USA und der EG-Länder auf das Ölembargo von 1973. Während die USA aufgrund ihrer geringeren Ölabhängigkeit die Konfrontation mit den arabischen Ländern nicht scheuten, bemühten sich die EG-Länder um Vermittlung, weil sie einen hohen Anteil ihres Öls aus dem Nahen Osten beziehen. Dabei ist allerdings differenzierend festzuhalten, daß die Bundesregierung mehr als andere westeuropäische Regierungen wie z.B. die französische auf eine enge Anlehnung an die USA bedacht war. Die ökonomische Verletzbarkeit der EG-Länder und die unterschiedlichen Prioritäten der USA als einer (eingeschränkten) *globalen* Macht und der EG als einer Staatengruppierung mit vor allem *regionalen* Ansprüchen führen dazu, daß die Interessen zwischen EG-Ländern und den USA im Mittelmeerraum nicht vollständig deckungsgleich sein können. Einflußreiche politische Kräfte in Westeuropa kritisierten in der Vergangenheit die Politik der USA gegenüber den Mittelmeerländern. Danach haben die einseitig auf die Unterstützung Israels orientierte Nahostpolitik der USA und ihre Stützung der diktatorischen Regime in Südeuropa bis zu deren Ende den westlichen Einfluß insgesamt geschwächt, weshalb die EG-Länder seit Anfang der siebziger Jahre ein eigenständigeres und flexibleres Vorgehen im Mittelmeerraum für notwendig erachten.

Vor dem Hintergrund einer Diskussion über den Einsatz einer rein westeuropäischen Flotte oder eines entsprechenden Luft-Eingreifverbands im Mittelmeerraum sind die westeuropäischen Ambitionen z.B. von Baer-Kaupert als „Verflechtungsstrategie mit geteilter Verantwortung" zwischen den USA und den EG-Ländern charakterisiert worden: Bei Aufrechterhaltung der „atlanti-

schen Partnerschaft für den europäischen Raum" soll die EG im Mittelmeergebiet und im Nahen Osten als politisch unabhängiger Faktor auftreten[19]). Dreierlei wird aus derartigen Überlegungen, denen sich die USA gegenwärtig allerdings zum Zwecke der Wiedererlangung einer uneingeschränkten Hegemonialposition im westlichen Bündnis eher widersetzen, deutlich:

Erstens stehen die aktuellen Bemühungen um Ausweitung der „NATO-Sicherheitszonen" (derzeit) auf den Persischen Golf in engem Zusammenhang mit der gesamten Politik der EG gegenüber dem Nahen Osten und den Mittelmeerländern. Mithin ist die Erweiterung der EG um Griechenland auch in diesem Kontext zu sehen.

Zweitens implizieren die ökonomischen und politischen Aktivitäten der EG-Länder bezüglich der Mittelmeerregion insofern militärische Komponenten, als immer wieder eine gewisse militärisch-strategische Eigenständigkeit der EG im allgemeinen und im Mittelmeergebiet im besonderen gefordert wurde. Die Verstärkung des eigenständigen westeuropäischen militärischen Elements, das sich gegenwärtig in der „Europa-Gruppe" und der „Europäischen Programmgruppe" der NATO sowie in vermehrten westeuropäischen Rüstungskooperationen abzeichnet[20]), würde die Region um das Mittelmeer immer stärker zu jenem Gebiet werden lassen, das die westeuropäischen Länder *außerhalb* der EG nicht nur ökonomisch und politisch durchdringen, sondern auch militärisch unter ihren Einfluß zu bringen versuchen. Die Rolle der USA könnte zwar nicht ersetzt, aber eingeschränkt werden. Die EG-Länder könnten für sich Zonen primärer Anbindung an die EG reklamieren. Die jetzt der EG beitretenden Länder gehören dazu.

Drittens ergibt sich zusammenfassend folgendes Bild des Verhältnisses von amerikanischen und westeuropäischen Strategien im Mittelmeerraum: Die EG-Länder bemühen sich, stärker als früher ihre Eigeninteressen in dieser Region zur Geltung zu bringen. Sie verfolgen dabei vor allem eine Strategie der *ökonomischen Anbindung,* d.h. sie verdichten die wirtschaftliche Verflechtung zwischen der EG und den Mittelmeerländern. Wie am Beispiel Griechenland sichtbar wird, bedeutet dies, daß die der EG beitretenden Länder ihre wirtschaftliche Abhängigkeit gegenüber den EG-Ländern erhöhen, ohne daß die EG-Mitgliedschaft wesentliche Kompensationen wirtschaftlicher Art verspricht. Mittel- und langfristig hält man den Aufbau einer stärkeren militärischen Position der westeuropäischen Länder im Mittelmeergebiet für unabdingbar. Aus der Sicht der Mittelmeerländer bedeutet dies keine allzu große Veränderung, weil die EG-Länder weder die vollständige Lösung von den USA noch eine weitreichende militärische Autonomie, sondern nur eine regional begrenzte und westeuropäische Interessen stärker reflektierende *Arbeitsteilung* mit den USA anstreben. Aus der Sicht der westeuropäischen Länder können aus diesen Entwicklungen äußerst bedeutsame Verän-

19) Vgl. F.-W. Baer-Kaupert, Sicherheitspolitische und strategische Aspekte des Mittelmeerraumes und des Nahen Ostens, in: Europa und die arabische Welt, Bonn 1975, S. 179–231, hier S. 222ff.
20) Vgl. z. B. A. Charisius u. a., Westeuropa. Politische und militärische Integration, Frankfurt/M. 1980, bes. S. 238ff.

derungen resultieren. Was für die westeuropäischen Völker entscheidend ist, ist die Tatsache, daß ihre Länder militärisch in eine äußerst konfliktbeladene Zone einbezogen werden. Es ginge nicht mehr „bloß" um die Lieferung von Waffen und militärischen Ausrüstungen, wenn erst einmal westeuropäische „Eingreifverbände" in Mittelmeer-Konflikte einbezogen würden.

Es ist nicht zuletzt den Aktivitäten der EG-Länder zuzuschreiben, daß Griechenland seit dem Herbst 1980 wieder der NATO-Militärintegration angehört. Die verstärkte Orientierung auf die EG-Länder hat der griechischen Regierung die Möglichkeit geschaffen, die eigene Politik als eine Lösung von den Bindungen an die USA auszugeben. Die griechische Regierung hatte 1974 allerdings keinen vollständigen Bruch mit der NATO vollzogen. NATO-Anlagen auf griechischem Boden konnten von Fall zu Fall genutzt werden, die griechische Mitarbeit in NATO-Führungsstäben blieb weitgehend erhalten. 1976 einigte man sich über den weiteren Verbleib der US-Basen im Lande. Seit Herbst 1977 nahmen griechische Verbände wieder an NATO-Manövern im Mittelmeer teil. Bezeichnenderweise verblieb Griechenland in der Europa-Gruppe der NATO und hatte damit Anteil and der militärischen Zusammenarbeit in Westeuropa. Parallel dazu wurden die bilateralen Abkommen mit den USA über militärische Zusammenarbeit ebenfalls nicht gekündigt. Griechenland blieb so in einer – wenn auch eingeschränkten – Nähe zur NATO, wobei diese Situation allerdings ambivalent war. Eine alternative politische Entwicklung in Griechenland hätte gestützt auf eine breite Stimmung in der Bevölkerung das Land auch weitergehend aus der NATO und den übrigen militärischen Bindungen lösen können. Hatte die griechische Regierung früher eine Rückkehr in die NATO von einer befriedigenden Regelung des Konflikts um Zypern abhängig gemacht, so hat sich mittlerweile – in dem Maße, wie sich Griechenland der EG ökonomisch und politisch angenähert hatte – das innenpolitische Kräfteverhältnis so weit zugunsten der regierenden Kräfte verschoben, daß im Herbst 1980 die vollständige Rückkehr zur NATO vollzogen werden konnte, ohne daß eine entsprechende Zypern-Regelung auch nur in Aussicht steht. Das angespannte Verhältnis zwischen Griechenland und der Türkei hat dabei vor allem eines zur Folge: die ständige Expansion von Rüstungslieferungen durch NATO-Staaten in dieses Gebiet. Als die Bundesregierung im Sommer 1980 quasi als Ersatz für die Tatsache, daß Griechenland der EG beitritt, der Türkei eine Rüstungssonderhilfe in Höhe von 600 Millionen DM zur Verfügung stellte und Griechenland nur ein Zehntel dieser Summe zubilligte, waren die Proteste in Athen entsprechend lautstark. Soweit zur Beruhigung derartiger Kritik neue Rüstungshilfen bereitgestellt werden, verquickt sich immer augenscheinlicher die EG-Süderweiterung mit der Verstärkung von NATO-Positionen im östlichen Mittelmeer. Daß dies den Ländern des Warschauer Pakts als zunehmende Bedrohung erscheinen muß, hat kürzlich auch der „Internationale Lenkungsausschuß des Ökumenischen Forschungsaustauschs" in Rotterdam in einem Brief an die europäischen Kirchen festgestellt [21]).

21) In dieser Stellungnahme werden sowohl die ökonomischen Versprechungen – der EG-Beitritt bringt wirtschaftliche Vorteile – wie die politischen Verheißungen – der Beitritt festigt die Demokratie – einer scharfen

Strategien der politischen „Stabilisierung" und deren Grenzen

Die Erweiterung der EG um Griechenland (und später um Portugal und Spanien) wird – wie eingangs festgestellt – häufig mit dem Argument befürwortet, die Mitgliedschaft in der EG festige in diesen Ländern die Demokratie, weil antidemokratische Kärfte es dann nicht so leicht wagen können, die früheren undemokratischen und autoritären Herrschaftsverhältnisse wieder zu errichten. Die EG-Mitgliedschaft also gleichsam als Schutz gegen eine neue Athener Militärjunta, eine Neuauflage des spanischen Franquismus oder der portugiesischen Diktatur. Was an diesem Argument zutreffend ist, ist die Einschätzung, daß die EG-Länder es sicher nicht ohne Not zulassen würden, daß neue Diktaturen der obigen Art entstünden, weil dies das Bild der EG ähnlich belasten müßte, wie es das Bild der USA in Griechenland und anderswo aufgrund amerikanischer Interventionen bereits ist. Was aber würde geschehen, wenn in den Mittelmeerländern sozialistische oder kommunistische Kräfte stärker werden? Was, wenn etwa in Griechenland bei den bevorstehenden Wahlen die Sozialisten gewinnen und gemeinsam mit den Kommunisten oder – was wahrscheinlicher wäre – mit deren Unterstützung die Regierung bilden sollten? Wie die Ausführungen zu den militärischen Strategien der USA und der EG-Länder im Mittelmeerraum gezeigt haben, sähen diese nicht nur militärisch-strategische Ambitionen gefährdet. Vielmehr hat gerade die Diskussion um eine eventuelle Regierungsbeteiligung der Kommunisten in Italien deutlich werden lassen, daß man in NATO-Stäben derartige Entwicklungen nicht bloß nach politischen, sondern nach militärischen Kriterien beurteilt. Eine kommunistische Regierungsbeteiligung oder eine mehrheitlich gewählte sozialistische Regierung in einem Mittelmeerland gelten als militärisches „Sicherheitsrisiko", das eine entsprechende Antwort verlangt. Eine kommunistische Regierungsbeteiligung wird von L. Ruehl als „Verlust Italiens" für die NATO bezeichnet, ebenso sinngemäß eine „Volksfrontregierung in Paris". Da direkte militärische Interventionen als Reaktion weitgehend ausscheiden, sucht man nach Ersatzlösungen zur äußeren Beeinflussung von innenpolitischen Entwicklungen. „Die westeuropäische Politik hat nur wenige Mittel, um dem (gemeint sind ausschließlich Linksentwicklungen; Rückfälle in militaristisch-reaktionäre Systeme zu erwägen, hält Ruehl nicht für erforderlich; d. Verf.) vorzubeugen. Immerhin verfügt sie über konstruktive Möglichkeiten: 1. Die rasche Eingliederung Spaniens, Portugals und Griechenlands in die EG plus ein großzügiges Assoziierungsverhältnis zur Türkei, das sicherheitspolitisch für Europa ungleich wichtiger ist als die zahlreichen Abkommen mit ehemaligen europäischen Kolonien. 2. Der Ausbau der EG durch Erweiterung der außenpolitischen Zusammenarbeit und weitere ökonomische Integration, um die Interessen der Volkswirtschaften aller beteiligten Länder noch enger miteinander zu verflechten. Schließlich kann 3. die Di-

Kritik unterzogen. Das „freie Spiel der Marktkräfte" begünstige die Starken und nicht die Beitrittsländer. In diesen sei eine Rückkehr zu autoritären Regierungsformen wahrscheinlicher als eine Demokratisierung. Die Vermengung der NATO-Mitgliedschaft Spaniens und Griechenlands mit deren EG-Beitritt stelle für die Länder des Warschauer Pakts eine Bedrohung dar. Vgl. „Frankfurter Rundschau" v. 14. 6. 1980.

rektwahl eines Europäischen Parlaments dann helfen, wenn von diesem Parlament eine politische Integrationswirkung auf die demokratischen Parteien und die Wählerschaften der Nationen ausginge."[22]) Bezüglich der letzten Bedingung ist daran gedacht, daß es Parteien wie der SPD z.B. gelingen möge, einen stärkeren Einfluß auf die griechischen Sozialisten zu gewinnen, um damit den „Antiamerikanismus" und die ablehnende Haltung gegenüber EG und NATO abzubauen sowie den antikapitalistischen Gehalt politischer Forderungen zu mindern. Hinter einer derartigen Verdichtung der politischen Kooperation auch zwischen konservativen, liberalen und sonstigen bürgerlichen Kräften steht die Strategie der ökonomischen Anbindung: In dem Maße, in dem sich die Beitrittsländer wirtschaftlich auf die Kern-EG-Länder ausrichten, erwartet man, daß sich auch die ökonomisch-politischen Wahlmöglichkeiten auf „marktwirtschaftliche" Lösungen einengen. Je dichter die wirtschaftliche Verflechtung zwischen den Ländern der Neuner-EG und den Mittelmeerländern ist, für desto wirksamer hält man Interventionen der übrigen EG-Länder gegen unliebsame politische Entwicklungen in einzelnen Mitgliedsländern.

Gegenüber Griechenland stehen der EG dabei u.a. folgende Möglichkeiten zur Intervention zur Verfügung: Die EG-Länder könnten griechische Exporte boykottieren, was in dem Maße an Bedeutung gewinnt, wie sich die griechische Wirtschaft noch weiter auf die Gemeinschaftsländer orientiert. Ebenso könnte eine von außen initiierte, von den Tochterniederlassungen ausländischer Unternehmen forcierte Kapitalflucht die griechische Wirtschaft destabilisieren. Als EG-Mitglied ist Griechenland einer permanenten Form von Intervention ausgesetzt: dem Verbot protektionistischer Maßnahmen. Sollte eine Regierung Import- oder Kapitalverkehrskontrollen zur Förderung der griechischen Wirtschaftsentwicklung für erforderlich halten, ist ihr dieser Weg aufgrund der EG-Mitgliedschaft versperrt. Gerade für wenig entwickelte Länder ist aber der Schutz vor überlegener ausländischer Konkurrenz von entscheidender Bedeutung. Einer Regierung, die nicht auf das Wohlwollen der EG-Länder trifft, wie dies bei einer sozialistischen Regierung der Fall wäre, bliebe nichts anderes als eine Verletzung des EG-Vertrags übrig – einschließlich der damit verbundenen Risiken. Eine Öffnung griechischer Grenzen für ausländisches und besonders westeuropäisches Kapital, die Durchdringung der griechischen Wirtschaft mit Auslandskapital hat zur Folge, daß maßgebliche Zweige der Industrie zu einem entscheidenden Störfaktor werden können, wenn sie sich gegen die Regierung stellen. Was die Regierungschefs von Frankreich, Großbritannien, der Bundesrepublik und der USA 1976 in Puerto Rico entschieden haben, daß nämlich im Falle einer Regierungsbeteiligung von Kommunisten Italien keine Finanzhilfen und Kredite mehr gewährt werden, könnte auch bei einer fortschrittlichen Regierung in Griechenland passieren. Im Rahmen der EG können die Zahlungen im Agrar- oder Regionalbereich zu solchen Pressionen herausfordern. Sie träfen z.B. mit der griechi-

22) L. Ruehl, Die Atlantische Allianz . . ., a.a.O., S. 45.

schen Landwirtschaft einen entscheidenden wirtschaftlichen Faktor Griechenlands. In diesem Zusammenhang bekommt die oft geforderte Einführung eines Mehrheitsstimmrechts, das die Regel einstimmiger Entscheidung im EG-Rat ablösen soll, eine besondere Bedeutung. Wenn das Mehrheitsstimmrecht in der EG eingeführt würde, könnten z. B. die Vertreter der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Belgiens alle übrigen fünf Mitgliedsländer überstimmen und ihnen ihren Willen in EG-Angelegenheiten aufzwingen. Hofft die gegenwärtige Regierung in Griechenland offensichtlich auch darauf, daß dem Land verstärkt Kredite zufließen, so machen vielfache Beispiele die politischen Konditionen solcher Kreditvergaben deutlich. Einschneidende wirtschaftspolitische und sonstige politische Auflagen werden vom Kreditgeber dem Kreditnehmer erteilt. Von der sich für wenig entwickelte Länder oftmals verheerend auswirkenden Doktrin des weltwirtschaftlichen Liberalismus angeleitet hat z. B. die Türkei vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank eine Reihe von Krediten mit folgenden Auflagen erhalten: Die türkische Regierung mußte die Währung drastisch abwerten, die Hindernisse für ausländische Kapitalanlagen beseitigen, Ausgaben der Öffentlichen Hand wesentlich beschränken, die Masseneinkommen begrenzen und wurde angehalten, die Handelsbeziehungen zur Sowjetunion zu verringern[23]). Nun bedeutet die Tatsache, daß die Regierungen der EG-Länder in der Lage sind, mit diesen und anderen Mitteln auf politische Entwicklungen in Griechenland Einfluß zu nehmen, nicht, daß damit jegliche innenpolitische Alternative verhindert werden könnte. Entscheidend ist jedoch zweierlei: *Erstens* bietet sich für die konservativen und rechten Kräfte hier eine wirksame äußere „Hilfe" an, die sie einer innenpolitischen Infragestellung ihrer Macht allemal vorziehen dürften. Dies scheint für eine Regierung von besonderer Bedeutung zu sein, die wie die griechische sich einer wachsenden Opposition im eigenen Lande ausgesetzt sieht und die in vielen Ämtern und Positionen Verantwortliche aus der Obristenzeit belassen hat. „Doch der Preis einer totalen Säuberung, einer ‚Katharsis' (von denjenigen, die während der sieben Jahre der Junta an verantwortlicher Stelle mit ihr zusammengearbeitet haben; d. Verf.), wäre ein funktionsunfähiger Staatsapparat gewesen. Daß längst nicht alle Schuld aus der Obristen-Zeit gesühnt wurde, weiß jeder Grieche."[24]) *Zweitens* bedeutet die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit äußerer Interventionen nicht, daß eine fortschrittliche Regierung keine politische Überlebenschance hätte. Dies hängt vielmehr von vielen Faktoren ab, von denen die sich aus der Notwendigkeit außenwirtschaftlicher Verflechtung ergebenden Risiken – ist doch nationale wirtschaftliche Autarkie nicht realisierbar – nur ein Moment darstellen.

23) Vgl. ausführlicher H.-J. Axt, Politische Stabilisierung durch ökonomische Verflechtung – Die Europäische Gemeinschaft und die Mittelmeerländer. Und Ders., Greece and the European Community. Beitrag zum International Scientific Colloquium „Transition to Socialism. The Dimensions of Structural Change", Athen, 30. 6.–3. 7. 1980. (Beide Arbeiten im Erscheinen).

24) Vgl. G. Höhler, Griechenland macht mit. Die politische Szenerie, in: „EG-Magazin", 1/1981, S. 16–18, hier S. 18.

Die Mitgliedschaft Griechenlands in der EG – von der Regierung als Schritt zur Stabilisierung ihrer innenpolitischen Position intendiert – kann allerdings auch ganz andere Folgen zeitigen, als Karamanlis, Rallis und andere sich dies erhoffen. Wenn nämlich deutlich werden wird, daß die EG-Mitgliedschaft keineswegs jene Versprechungen Wirklichkeit werden läßt, wie sie von konservativen Politikern immer wieder prophezeit wurden. Dann könnte die jetzt schon sehr kritische Haltung vieler Griechen gegenüber der EG sich weiter radikalisieren und in vermehrte Zustimmung für die Opposition in Griechenland umschlagen. Neben Vertretern der Klein- und Mittelindustrien haben sich die Sozialisten und Kommunisten gegen die Mitgliedschaft Griechenlands in der EG ausgesprochen. Die „Panhellenische Sozialistische Bewegung" (PASOK), die sich in ihrem Selbstverständnis von den westeuropäischen sozialdemokratisch-sozialistischen Parteien abhebt, weil diese nicht entschieden genug auf eine Überwindung kapitalistischer Strukturen aus seien, lehnte den Beitritt zur EG ab. Es sei eine falsche Sichtweise, als Alternative zur EG-Mitgliedschaft lediglich die Isolation zu sehen, erklärte 1977 A. Papandreou, Vorsitzender der PASOK. Weil eine Mitgliedschaft in der EG die autonome Entwicklung Griechenlands einschränke, und ökonomische wie politische Abhängigkeiten verfestige, trat die PASOK lange Zeit für ein spezielles Handels- und Kooperationsabkommen mit der EG ein, wie es etwa zwischen der EG und Jugoslawien vereinbart wurde. Nachdem der Beitritt Griechenlands zur EG nicht mehr zu verhindern war, betonten Vertreter der PASOK, bei einem Wahlsieg wolle die Partei die weitere EG-Mitgliedschaft vom Ausgang eines eigens dazu initiierten Volksentscheides abhängig machen. Kürzlich erklärte A. Papandreou, eine PASOK-Regierung werde zwar nicht die EG-Mitgliedschaft aufkündigen, wohl aber bewußt alle Bestimmungen des EG-Vertrags verletzen, die die eigenen ökonomischen Interessen beeinträchtigten, so wie das heute ja auch Italien oder Großbritannien täten[25]).

Nach Auffassung der griechischen Kommunisten wird der Beitritt zur EG zur Verstärkung der Abhängigkeit Griechenlands von den höher entwickelten westeuropäischen Ländern führen, ohne jedoch die Abhängigkeiten von den USA zu mindern. Dazu hätte die griechische Regierung die US-Militärbasen im Land kündigen müssen und hätte nicht den vollen Wiedereintritt in die NATO betreiben dürfen. So aber werde die EG-Mitgliedschaft, die den multinationalen Unternehmen günstigere Expansionsmöglichkeiten in Griechenland biete, gemeinsam mit der Unterordnung unter die USA und die NATO verwirklicht. Innerhalb der westeuropäischen Arbeiterbewegung sprechen sich viele Parteien gegen die Süderweiterung aus. Die Gründe für die ableh-

25) Vgl. A. Papandreou, Common Market. Interview to the »Economicos Tachydromos«, Athen 1978. PASOK (Hrsg.), Griechenland und Gemeinsamer Markt – eine Antwort, Athen 1978 (in griechisch). Zur Position der griechischen Kommunisten – von denen sich die „KP-Inland" abgespalten hat, die den EG-Anschluß für unvermeidbar hält – vgl. Communist Party of Greece, Central Committee, Information-Bulletin, Athen, April 1979. Deutsche Übersetzungen von Teilen dieser Dokumente finden sich in: H.-J. Axt, „Gegen ein Europa der Konzerne und der Konfrontation". Analyse und Dokumente von Gewerkschaften, Sozialisten und Kommunisten zur Europapolitik (Arbeitstitel, erscheint demnächst in der Reihe „Pahl-Rugenstein Hochschulschriften"). In diesem Band wird einleitend auch die Arbeiterbewegung in der Zehner-EG dargestellt.

nende Haltung gegenüber der EG-Erweiterung resultieren dabei weniger aus der Befürchtung, die Beitrittsländer könnten den einheimischen Produzenten vor allem im Agrarbereich aufgrund einer günstigeren Produktionsstruktur und größerer Produktionsreserven Schwierigkeiten bereiten. Zwar spielt z. B. bei den französischen Kommunisten (und z. T. auch bei den Sozialisten) durchaus die Überlegung eine Rolle, daß französische Weinbauern und Landwirte von der spanischen Konkurrenz Nachteile zu befürchten haben. Allerdings betonen die Kommunisten, daß eine Erweiterung der EG mit militärischen Ambitionen der westeuropäischen Länder und mit den Bemühungen verbunden ist, innerhalb der EG eine Führungsgruppe der mächtigen EG-Staaten herauszubilden, die mit der Bundesrepublik an der Spitze die anderen Gemeinschaftsländer in größere Abhängigkeiten zwänge. Zwar stehen die sozialdemokratisch-sozialistischen Parteien der EG-Länder einer Erweiterung überwiegend positiv gegenüber, doch finden sich eben auch solche Positionen wie die der englischen Labour Party, die in der EG-Erweiterung die Chance sieht, daß sich die gesamte EG destabilisiere, daß sie ein bloß lokkerer Verbund werde, daß dann die nationale Souveränität besser zu wahren sei, und die deshalb für die Erweiterung eintritt. Parteien wie die italienischen oder spanischen Kommunisten befürworten im Unterschied zur Mehrheit der westeuropäischen kommunistischen Parteien den Beitritt der Mittelmeerländer zur EG. So gehen Vertreter der spanischen Kommunisten davon aus, daß der Beitritt Spaniens zur EG ein Konsolidierungsfaktor der spanischen Demokratie sei, und daß eine Opposition gegen einen EG-Beitritt nur denen nutze, die sich die Vergangenheit zurücksehnten[26]). Von seiten der mit ähnlichen Argumenten für die EG-Erweiterung eintretenden italienischen Kommunisten wird allerdings auch darauf hingewiesen, daß Bemühungen, aus der EG einen „dritten Militärblock" zu formen, der entsprechende Bündnisse mit den USA eingehe, scharf abzulehnen seien[27]). Die EG müsse vielmehr dazu beitragen, in Europa und damit auch im Mittelmeerraum eine Zone der Sicherheit, der Abrüstung und der Entspannung zu schaffen. Bestrebungen, mit der Erweiterung der EG eine neue Blockbildung vorzunehmen und Ausgangsbedingungen für expansive militärisch-strategische Ambitionen zu schaffen, werden abgelehnt. Daß die EG-Erweiterung jedoch immer mehr in den Dienst derartiger Intentionen gestellt wird, läßt sich vor dem Hintergrund jüngster Entwicklungen vor allem der amerikanischen Außenpolitik kaum noch leugnen.

---

26) Vgl. M. Azcarate/F. Claudin, L'Europe de l'Atlantique à l'Oural, Paris 1979, bes. S. 27 f.

27) Vgl. u. a. G. Amendola, Die italienischen Kommunisten und die Direktwahl des Europäischen Parlaments. Bericht vor dem Zentralkomitee der Italienischen Kommunistischen Partei v. 4.–6. 12. 1978. In: Sekretariat der Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden des Europäischen Parlaments in Luxemburg (Hrsg.), Beilage zu „I Comunisti Italiani e l'Europa", o.O.o.J., S. 28 ff. Auch diese Stellungnahme ist in der in Fußnote 25 erwähnten Dokumentation (H.-J. Axt, „Gegen ein Europa . . .") abgedruckt.

Ketzerisches zum Preußenjahr

Eine Tradition, aus der manches zu lernen ist

Von Helmut Wolfgang Kahn

Je näher die Westberliner Preußen-Ausstellung rückt, desto mehr befaßt sich eine artifizielle Renaissance in den westdeutschen Medien mit allerlei Aspekten des versunkenen Staates – außer mit einem: Die freundschaftlichen Beziehungen, die einstmals zwischen Preußen (Deutschland) und Rußland (Sowjetunion) zu beiderseitigem Vorteil bestanden haben, werden weitgehend verschwiegen. Nicht von ungefähr. Denn dieses ängstliche Schweigen resultiert zweifellos aus dem schlechten Gewissen darüber, daß die Degeneration dieser preußisch/deutschen Tradition – zuerst im wilhelminischen, dann im nazistischen und schließlich im bundesrepublikanischen Deutschland – ihm nur Unheil gebracht hat, ja daß die weitere Fortsetzung irrationaler Feindseligkeit nach Osten hin (aktuell durch die Verwandlung der Bundesrepublik in eine amerikanische Atomrampe gegen die Sowjetunion) zur „Endlösung der Deutschenfrage" führen kann.

Weil Gefahr im Verzuge ist, wird in diesem ketzerischen Beitrag zum Preußenjahr eine historische Tradition in Erinnerung gerufen, aus der heute noch etwas zu lernen ist. Dabei wird von der unveränderlichen Mittellage Preußen-Deutschlands zwischen West und Ost ausgegangen und über den sozioökonomischen Hintergrund ehemaliger Potentaten kein Wort verschwendet.

Die ersten Preußenkönige und Rußland

Der erste Hohenzollern-Kurfürst von Brandenburg, der sich (1701 in Königsberg) als Friedrich I. zum ersten König *in* Preußen krönte, war zugleich der erste, der gern ein Bündnis mit Rußland gehabt hätte, denn von einem Sieg Rußlands unter dem Zaren Peter I., dem Großen, über das Schweden Karls XII. versprach er sich den Erwerb schwedisch-besetzter Gebiete an der deutschen Ostseeküse. Aber da er ein Verschwender und seine Staatskasse leer war, hätte Rußland ihm Subsidien für seine Truppen zahlen müssen, was es ablehnte [1]). 1709 schlug Peter der Große auch ohne preußische Hilfe Karl XII. bei Poltawa in der Ukraine vernichtend.

Der zweite Preußenkönig, der sparsame „Soldatenkönig" Friedrich-Wilhelm I., schloß sich Peter an und erbrachte eine Leistung, indem er 1715 die Schweden bei Stralsund bekämpfte. Aus diesem Bündnis gewann er für Preußen mit dem bisher schwedischen Stettin den ersten tauglichen Seehafen sowie Vorpommern bis zum Fluß Peene und die Inseln Usedom und Wollin. In seinem Testament von 1722 riet Friedrich-Wilhelm I. seinem „Sukzessor" folglich: „Mit dem russischen Kaiser müßt Ihr eine enge Freundschaft und Alliance machen und suchen, sie zu kultivieren, daß sie beständigst von Dauer ist." [2])

1) Walter Henry Nelson, Die Hohenzollern, München-Wien-Zürich 1972, S. 46 f.
2) Georg Küntzel/Martin Hass (Hrsg.), Die politischen Testamente der Hohenzollern, Leipzig-Berlin 1911, Bd. I, S. 90.

Das „Mirakel des Hauses Brandenburg"

Sein Sohn, Friedrich II., mußte seine eigenen Erfahrungen sammeln. Begierig auf den Titel „der Große", stürzte er sich gleich nach seiner Thronbesteigung 1740 in einen Eroberungskrieg gegen Österreich um Schlesien, während er Peters des Großen Tochter, die Zarin Elisabeth, durch lose Reden über das „sinnliche Weib" und „Soldatenliebchen" unnötig gegen sich aufbrachte. Gleichwohl schrieb er in seinem Testament von 1752: „Rußland darf nicht unter die Zahl unserer wirklichen Feinde gerechnet werden. Zwischen ihm und Preußen gibt es keine Streitfragen. Nur der Zufall macht es zu unserem Feinde."[3]) In demselben Dokument meinte er noch geringschätzig, „daß Rußland im Kriege kein Glück haben würde, weil es kein Geld und keine guten Offiziere hat"[4]).

Im Siebenjährigen Krieg ab 1756 erfuhr Friedrich II. dann, was es hieß, Rußland zum Gegner zu haben und für England den „Festlandsdegen" zu machen: Englands finanzielle Unterstützung genoß er nur solange, bis er ihm „Kanada in Schlesien gewonnen" hatte; sie bewahrte sein Heer nicht vor der nahezu völligen Vernichtung durch Russen und Österreicher bei Kunersdorf 1759 und seine Hauptstadt Berlin nicht vor ihrer ersten Besetzung durch russische Truppen im Jahr darauf. Lediglich der Tod der Zarin, deren Nachfolger 1762 den Krieg gegen Preußen einstellte – ohne einen Gewinn für Rußland zu fordern, obwohl es Ostpreußen besetzt hatte – rettete Friedrich II. vor dem sicheren Untergang. Nicht zuletzt diesem „Mirakel des Hauses Brandenburg" verdankte Preußen es, daß es sich als zweite Großmacht in Deutschland behauptete und die fünfte in Europa wurde.

Einsichten Friedrichs II.

Nachdem es Friedrich 1764 gelungen war, mit dem Rußland der Zarin Katharina II. ein Bündnis zu schließen, erkannte er in seinem Testament von 1768 an, daß Rußland in dem vergangenen Krieg „den Ausschlag für die Partei gab, für die es sich jeweilig erklärte. Heute ist es das größte Reich der Welt"[5]). Dort schrieb er ferner: „England hatte uns nicht nur im Stich gelassen, sondern verraten" und: „Unser dauerndes Interesse erfordert, daß wir an unserem Bündnis mit Rußland festhalten, ja es noch enger knüpfen"[6]).

In einem Exposé von 1776 begründete er dies: „Eines der Hauptprinzipien der Politik ist zu versuchen, sich mit demjenigen seiner Nachbarn zu verbünden, der dem Staat die gefährlichsten Schläge versetzen kann. Aus diesem Grunde befinden wir uns im Bündnis mit Rußland, da es uns den Rücken frei hält . . . Die Zeiten mögen sich ändern, und die Launen der Konjunktionen können dazu zwingen, andere Verpflichtungen einzugehen; aber niemals wird man bei den anderen Mächten jene Vorteile finden, die man bei Rußland findet."

3) Friedrich der Große, Die politischen Testamente, Berlin 1922, S. 46.
4) Ebd., S. 78.
5) Ebd., S. 206.
6) Ebd., S. 220.

Hinsichtlich der „Westmächte" fügte er hinzu, daß die Franzosen ihre Verbündeten nur schwach unterstützen, während „die Engländer, gemacht, um Subsidien zu zahlen, ihre Verbündeten dem Frieden opfern"[7]). Dagegen: „Wenn ich mit Rußland einig bleibe, läßt mich die ganze Welt in Ruhe und ich bewahre den Frieden."[8]) Seinen Erben riet er eindringlich, „die Freundschaft dieser Barbaren zu kultivieren"[9]).

Im großen ganzen sollte Friedrichs rußlandpolitisches Vermächtnis in den hundert Jahren nach seinem Tode (1786) die Grundmaxime der preußischen Außenpolitik bleiben. Eine gewisse Gefahr für das Verhältnis zu Rußland ging stets von dem westlichen Zivilisationsdünkel aus, der auch aus Friedrichs Wort „Barbaren" sprach; der sich vorzugsweise französisch ausdrükkende „aufgeklärte Monarch" hielt freilich auch seine eigenen Untertanen für solche, wenn nicht für „Canaille". Eine größere Gefahr, sich selbst und die eigene militärische Tüchtigkeit zu überschätzen, resultierte aus dem Anschein – wenn man das „Mirakel" von 1762 vergaß –, daß Friedrich II. sich gegen eine Vielzahl größerer Feinde schließlich doch behauptet hatte: Daraus erwuchsen späteres törichtes Gerede von „viel Feind, viel Ehr" und, als die Dinge schief gingen, verbissenes „Durchhalten" in der wahnwitzigen Hoffnung auf eine Wiederholung des „Mirakels" (wie bei Goebbels noch im Frühjahr 1945)[10]).

Tauroggen

Aus der Zusammenarbeit mit Rußland hatte Friedrich II. bei der 1. Teilung Polens im Jahre 1772 Westpreußen gewonnen. Sein Neffe und Nachfolger Friedrich-Wilhelm II. nahm sich bei der 2. Teilung 1793 die Provinz Posen und machte bei der 3. und vollständigen Aufteilung Polens 1795 sogar Warschau zu einer Provinzstadt Preußens, das nun direkt an Rußland grenzte. Polen war nicht ohne eigene Schuld an seinem Schicksal, besonders gegenüber Rußland, das es beraubt hatte, als dieses schwach gewesen war; danach war es immer mehr in eine Anarchie versunken, die ausländische Einmischung herausforderte.

Aus seiner unmäßigen Aufblähung im Osten gewann Preußen keine echte Stärke. Als es 1806, bloß zwanzig Jahre nach dem Tode Friedrichs II., von Napoleon vernichtend geschlagen wurde, verdankte Preußen es nur dem Einspruch des russischen Zaren Alexander I., daß es nicht völlig aufgelöst wurde und seine nichtpolnischen Gebiete östlich der Elbe behalten durfte. Eingeklemmt zwischen zwei Kreationen Napoleons, dem „Rheinbund" (einem Vorläufer der Bundesrepublik) und dem „Großherzogtum Warschau", war es jedoch Frankreichs Vasall geworden. Als Napoleon am 24. Juni 1812 ohne Kriegserklärung in Rußland einfiel, mußte König Friedrich-Wilhelm III., dem

7) Küntzel/Hass, Bd. II, S. 94 f.
8) Zit. nach: Otto-Ernst Schüddekopf, Linke Leute von rechts, Stuttgart 1960, S. 29.
9) Edward Hallett Carr, German-Soviet Relations Between the Two World Wars, 1919–1939, Baltimore 1951, S. 1.
10) Joseph Goebbels, Tagebücher 1945, Hamburg 1977, S. 370.

Napoleon das Baltikum versprochen hatte, ein preußisches Korps mit der „Grande armée" (der ersten „Europaarmee" der Geschichte) marschieren lassen. Aber wie bis dahin bereits die Deutschritter, die Schweden und die Polen erlitt auch Napoleon seine „Rußlandkatastrophe". „Daß ein Reich großer Dimensionen nicht zu erobern ist, hätte man füglich vorher wissen können", schrieb der in russische Dienste getretene Preuße Carl von Clausewitz später in seinem Werk „Vom Kriege"[11]) – aber die Unbelehrbaren starben nicht aus.

Unabhängig von seinem König handelnd, schloß der Kommandeur des preußischen Korps, General Yorck, Ende 1812 mit dem russischen Befehlshaber Diebitsch, der von Carl von Clausewitz beraten wurde, die Neutralitätskonvention von Tauroggen ab, die Preußen davor bewahrte, als Feindesland behandelt zu werden. Daraufhin erst setzte sich der zaudernde Friedrich-Wilhelm III. zusammen mit dem Zaren an die Spitze des Befreiungskampfes, der die Franzosen aus Deutschland vertrieb. (Die „Tradition von Tauroggen" sollte mehr als ein Jahrhundert später in der Kooperation des Reichswehrchefs Seeckt mit der Roten Armee noch einmal aufleben. Im allgemeinen jedoch ersetzte in der deutschen Bündnispolitik eine selbstmörderische „Nibelungentreue" die Kunst des rechtzeitigen rettenden Seitenwechsels.)

Auf dem Wiener Kongreß von 1815 wurde Preußen für den Verlust seiner polnischen Gebiete (außer Posen) im Westen Deutschlands mit der Rheinprovinz entschädigt. Wegen seiner polnischen Untertanen in Posen, deren anarchisch-romantische Landsleute im benachbarten russischen „Kongreßpolen" die Wiederherstellung eines unabhängigen Polens in seiner größten Ausdehnung forderten, arbeitete Preußen mit Rußland 1830 und noch 1863 bei der Niederhaltung der Polen zusammen – die man im Westen anfeuerte, ohne ihnen zu helfen.

Preußische Neutralität im Krimkrieg

An der Seite der christenverfolgenden Türkei, aber im Namen der „Zivilisation" griffen die Westmächte England, Frankreich und Sardinien im Krimkrieg von 1853 bis 1856 Rußland an, das sich zum Schutzherrn der orthodoxen Christen auf dem Balkan erklärt hatte, und brachten ihm Niederlagen bei. Auch in Preußen verlangte damals eine „liberale" Partei, daß Preußen im Bunde mit England und als „Vorkämpfer Europas" die „Zerstückelung Rußlands" herbeiführen solle: Das Baltikum mit Einschluß der russischen Hauptstadt Petersburg sollte an Preußen und Schweden fallen, Polen in seiner größten Ausdehnung wiederhergestellt werden und der Rest durch die Trennung von Groß- und Kleinrussen „zersetzt" werden. Der preußische Gesandte am Frankfurter Bundestag, Otto von Bismarck, wandte sich jedoch mit Erfolg gegen diese „windigen", „kindischen Utopien", wobei er dem damaligen Prinzen Wilhelm (dem nachmaligen preußischen König und Deutschen Kaiser Wilhelm I.) vor Augen hielt, „daß wir absolut keinen eigenen Kriegsgrund gegen Rußland hätten und kein Interesse an der orientalischen Frage, das einen

11) Carl v. Clausewitz, Vom Kriege, 18. Aufl. Bonn 1972, S. 412.

Krieg mit Rußland oder auch nur das Opfer unserer langjährigen guten Beziehungen zu Rußland rechtfertigen könnte . . . Wir würden die Rolle eines indischen Vasallenfürsten übernehmen, der im englischen Patronat englische Kriege zu führen hat."[12])

Bismarck argumentierte ferner: „Unsere eigene Lage kann leicht sehr unbehaglich werden, wenn eine Annäherung zwischen Rußland und Frankreich stattfindet, was für den Kaiser von Rußland allerdings der natürliche Ausweg sein würde, wenn wir ihm die Hölle zu heiß machen . . . England allein kann uns zu Lande nicht gegen Übermacht schützen."[13]) Wie recht er damit hatte, zeigte das Beispiel der anderen „Macht der Mitte", Österreich, das die durch seine Mittellage gebotene Neutralität verriet, als es im Dezember 1854 ein Bündnis mit den Westmächten einging: Es erntete die Feindschaft Rußlands und machte alsbald mit westlichem Verrat Bekanntschaft, als Frankreich sich nach dem Krimkrieg mit Rußland verständigte und 1859 die österreichische Herrschaft in Italien angriff und zurückdrängte. (Es war weder der erste noch der letzte Fall, in dem der Westen einen leichtsinnigen „Vorkämpfer" verriet[14]).) Preußen dagegen verhielt sich im Krimkrieg neutral und erwarb sich dadurch ein moralisches Anrecht auf Rußlands Dank, der im folgenden Jahrzehnt abgestattet werden sollte.

Deutsche Einheit nur dank russischer Rückendeckung

Rußlands wohlwollende Neutralität war die außenpolitische Grundbedingung für den Erfolg der preußisch-deutschen Waffen in den drei „Einigungskriegen" Bismarcks, der 1862 preußischer Ministerpräsident geworden war: 1864 (zusammen mit Österreich) gegen Dänemark, 1866 gegen Österreich, 1870/71 gegen Frankreich. 1870 hielt russischer Druck Österreich davon ab, an der Seite Frankreichs „Rache für Sadowa" (für seine Niederlage bei Königgrätz 1866) zu nehmen: Drei Tage vor der französischen Kriegserklärung hatte Zar Alexander II. den preußischen König Wilhelm (seinen Onkel) wissen lassen, er werde mit 300000 Russen an der galizischen Grenze aufmarschieren, wenn Österreich sich gegen Preußen feindselig verhielte[15]). 1871, nach der Gründung des zweiten Deutschen Reiches durch Bismarck, bestätigte Kaiser Wilhelm I. diesen Sachverhalt in einem Telegramm an Alexander II.: „Nie wird Preußen vergessen, daß es Ihnen verdankt, daß der Krieg nicht äußerste Dimensionen angenommen hat."[16]) 1876 bezog er seine Dankbarkeit auf die *ganze* Periode der Einigungskriege: „Die Erinnerung an Ihre Haltung mir und meinem Lande gegenüber von 1864 bis 1870/71 wird, was auch kommen mag, meine Politik Rußland gegenüber leiten."[17])

12) Otto v. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen (GE), hrsg. von Reinhard Jaspert, Berlin (West) o.J., S. 78–80.
13) Leonhard von Muralt, Bismarcks Verantwortlichkeit, Göttingen 1955, S. 170.
14) Helmut Wolfgang Kahn, Kleine Chronik der Fallengelassenen, in: „Blätter", 8 u. 9/1980, S. 941 ff., 1061 ff.
15) Muralt, S. 29.
16) F.A. Krummacher/H.Lange, Krieg und Frieden, Von Brest-Litowsk zum Unternehmen Barbarossa, München 1970, S. 18.
17) Hans Hallmann (Hrsg.), Zur Geschichte und Problematik des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages von 1887, Darmstadt 1968, S. 456.

Die deutsche Einheit, wie sie unter Bismarck zustande kam, verdankte also ihre Gründung und Existenz nicht zuletzt der russischen Rückendeckung; wurde diese verspielt, war auch die Reichseinheit in höchster Gefahr. (In Feindschaft zu Rußland gar, dafür im Verein mit den Westmächten, die ihr nur Lippenbekenntnisse zollten, würde eine Wiederherstellung der deutschen Einheit vollends unmöglich sein – wie die Geschichte der Bundesrepublik erweisen sollte.)

Doch Preußen-Deutschlands Erinnerung und die Dankbarkeit, die Wilhelm I. versprochen hatte, waren kurzlebig. Unter dem vordergründigen Eindruck einer Reihe glänzender Siege, die sie in kurzer Zeit errungen hatten (die aber ihre letzten bleiben sollten), setzte sich in den Deutschen die Meinung fest, die Reichseinheit nur eigener militärischer Tüchtigkeit und sonst niemandem zu verdanken, am allerwenigsten einem Rußland, auf das man als rückständig hinabzublicken beliebte. Selbst Reichskanzler Bismarck sprach gelegentlich, wenn er über russische Dankbarkeitsansprüche verstimmt war, von einem bloßen „Gegendienst", den Rußland 1870 aus eigenem Interesse geleistet habe[18]), und den er schon 1871 vergolten habe, als er Rußland half, das Recht auf freie Fahrt durch die türkischen Meerengen, das ihm die Westmächte im Krimkrieg genommen hatten, wiederzuerlangen[19]) – eine kaum kommensurable Leistung. Wilhelm I. freilich flüsterte noch auf seinem Sterbebett, im Glauben, er habe seinen Enkel, den späteren Wilhelm II., vor sich, Bismarck zu: „Mit dem russischen Kaiser mußt Du immer Fühlung halten, da ist kein Streit notwendig."[20]) Nicht nur sowjetische Staatsmänner pflegten später zu sagen, Deutschen und Russen sei es immer gut gegangen, besonders wirtschaftlich, wenn sie sich freundschaftlich begegneten – auch der britische Historiker Edward Hallett Carr stellte mit Bezug auf Wilhelms I. Vermächtnis fest: „Diese Maxime wurde 1914 von Wilhelm II. und 1941 von Adolf Hitler vernachlässigt – in beiden Fällen mit katastrophalen Folgen für Deutschland."[21])

Bismarcks Friedenspolitik mit Rußland

In Bismarcks Augen war das „kleindeutsche" Reich eine saturierte Macht; das weitgehend deutschbesiedelte Baltikum oder Deutsch-Österreich wollte er nicht einmal geschenkt haben[22]). Wegen Deutschlands prekärer Mittellage hielt er über den „Draht nach Petersburg" freundschaftliche Beziehungen zu Rußland aufrecht und scheute jede Verwicklung in balkanisch-„orientalische" Händel, die ihm „nicht die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert" waren[23]) (wieviel weniger Afghanistan oder der Per-

18) Bismarck zum österreichischen Botschafter Graf Széchényi Ende Januar 1879, in: Bismarck Gespräche, Basel o.J., Bd. II, S. 262.
19) Bismarck zu dem Schriftsteller Dr. Moritz Busch am 27. 2. 1879, in: ebd., S. 489.
20) Bismarck GE, S. 341.
21) Carr, S. 1.
22) Bismarck Gespräche, Bd. II, S. 41, 94, 201.
23) Bismarck-Rede vom 5. 12. 1876, zit. in: Robert Ingrim (Hrsg.), Bismarck selbst, Stuttgart 1950, S. 126.

sische Golf?). Bismarck lehnte es stets ab, für England oder Österreich den „Hetzhund" gegen Rußland zu spielen[24]), und warnte vor angelsächsischer Heuchelei: „Menschlichkeit, Friede und Freiheit ist immer ihr Vorwand . . ."[25])

Nach dem Berliner Kongreß von 1878, auf dem Bismarck zwischen England/Österreich und Rußland in einer Balkankrise um Bulgarien vermittelt hatte, fühlten sich russische Panslawisten zurückgesetzt und plädierten zum ersten Mal für eine Entente mit Frankreich statt dem stets vorgezogenen Preußen-Deutschland. Durch den 1879 mit Österreich geschlossenen „Zweibund", der jedoch in Bismarcks Augen „keine Erwerbs-, sondern eine Versicherungsgesellschaft" war[26]) und schon gar kein „Nibelungenbündnis" sein sollte, weil „das Festhalten der freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland" zu Bismarcks Programm gehörte[27]), wurde Rußland zum Einlenken bewogen. 1881 wurde der deutsch-russisch-österreichische „Dreikaiserbund" erneuert, der Neutralität beim Angriff einer vierten Macht vorsah, und 1884 wurde er noch einmal verlängert. Aber 1887 wollte sich Rußland mit Österreich, das ihm auf dem Balkan wieder Schwierigkeiten bereitete, nicht mehr assoziieren.

Bismarck schloß daraufhin am 18. Juni 1887, noch unter dem alten Kaiser Wilhelm I., seinen berühmten geheimen „Rückversicherungsvertrag" mit Rußland ab. In diesem zunächst auf drei Jahre befristeten Vertrag versprachen sich die beiden Reiche gegenseitige wohlwollende Neutralität im Falle des Angriffs einer dritten Macht gegen eine von ihnen; außerdem erkannte Bismarck Rußlands Einfluß in Bulgarien und das Recht des Zaren, am Bosporus den „Schlüssel zu seinem Reich" zu betätigen, an, das er „moralisch und diplomatisch zu unterstützen" versprach[28]). Deutschland hatte so im Osten den Rücken frei, falls Frankreich „Revanche" für den Verlust Elsaß-Lothringens suchen sollte; die Gefahr einer russisch-französischen Allianz war gebannt oder wenigstens hinausgeschoben. Umgekehrt hatte Rußland von Deutschland nichts zu befürchten, falls dessen Verbündeter Österreich (oder England) es wegen irgendwelcher Konflikte auf dem Balkan (oder in Asien) angriff; einen Verschluß des Mittelmeers durch England, falls Rußland „sein Haus" am Bosporus verschloß, nahm Bismarck in Kauf. Seine Verträge dienten nicht der Kriegsvorbereitung, sondern der Kriegsverhütung: Sie sollten bei Kriegsgefahr einander blockieren.

Eine „Weltpolitik" des Deutschen Reichs lehnte Bismarck im Reichstag am 6. Februar 1888 mit folgenden Worten ab (die Bonner Epigonen, die ihre Nasen „weltpolitisch" in Krisen von Angola bis Afghanistan stecken, beherzigen sollten): „Jede Großmacht, die außerhalb ihrer Interessensphäre auf die Poli-

24) Bismarck GE, S. 335.
25) Bismarck zu Busch am 7. 4. 1888, in: Bismarck Gespräche, Bd. II, S. 489.
26) Bismarck zu dem österreichischen Diplomaten von Aehrenthal am 12. 5. 1888, in: ebd., S. 495.
27) Bismarck zum österreichischen Botschafter in Petersburg, Graf Kálnoky, am 9. 2. 1880, in: ebd., S. 293.
28) Wortlaut u.a. in: Richard Frankenberg, Die Nichterneuerung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages im Jahre 1890, Berlin 1927.

tik der anderen Länder zu drücken und einzuwirken und die Dinge zu leiten sucht, die periklitiert außerhalb des Gebietes, welches Gott ihr angewiesen hat, die treibt Machtpolitik und nicht Interessenpolitik, die wirtschaftet auf Prestige hin. Wir werden das nicht tun."[29]) Das altmodische Fremdwort „periklitieren" bedeutet: sich in Gefahr begeben.

Warnung vor einem Krieg gegen Rußland

Als der preußische Generalstabschef Graf Moltke und der Generalquartiermeister Graf Waldersee 1887, just als der Rückversicherungsvertrag ausgehandelt wurde, einen Präventivkrieg gegen Rußland forderten (natürlich unter dem heute auch für die NATO typischen Hinweis auf eine „Bedrohung aus dem Osten"), wahrte Bismarck den Primat der Politik und sagte: „Sie wollen mich in den Krieg drängen, und ich will den Frieden; einen Krieg vom Zaun brechen wäre frivol; wir sind kein Raubstaat, der Krieg führt, nur weil es eben einigen konveniert."[30]) Zu diesen „einigen" gehörte auch der in Petersburg akkreditierte Diplomat Bernhard v. Bülow (von 1900 bis 1909 Reichskanzler), der 1887 in einem Memorandum eine deutsche Ostgrenze am Dnjepr (!) forderte und eine Politik der „verbrannten Erde" empfahl: „Wir müßten die wirtschaftlichen Hilfsquellen Rußlands für lange hinaus durch Verwüstung seiner Schwarzerde-Gouvernements, Bombardierung seiner Küstenstädte, möglichste Zerstörung seiner Industrie und seines Handels zuschütten."[31])

Die schon weit fortgeschrittene Degeneration der preußischen politischen Vernunft kam insbesondere in dem neuen Kaiser Wilhelm II. zum Ausdruck, der am 15. Juni 1888 den Thron bestieg. Als Kronprinz hatte er es gutgeheißen, daß die Generalstäbe in Wien und Berlin im Herbst 1887 auf die „günstige militärische Gelegenheit" für einen Präventivkrieg aufmerksam gemacht hatten[32]), um „die russische Macht zu zertrümmern, noch ehe sie gefährlich wurde". Bismarck dagegen hatte zu den Worten „zu zertrümmern" bemerkt: „Das ist so leicht nicht! Ein Sieg über Rußland ist keine Zertrümmerung, sondern nur die Herstellung eines revanchebedürftigen Nachbarn im Osten."[33]) In einem Erlaß an den deutschen Botschafter in Wien vom 3. Mai 1888 ging Bismarck noch einmal auf das „Zertrümmern" ein: „Ein derartiges Ergebnis liegt aber auch nach den glänzendsten Siegen außerhalb aller Wahrscheinlichkeit . . . Dieses unzerstörbare Reich russischer Nation, stark durch sein Klima, seine Wüsten und seine Bedürfnislosigkeit . . ., würde nach seiner Niederlage unser geborener und revanchebedürftiger Gegner bleiben, genau wie das heutige Frankreich es im Westen ist."[34]) Dazu machte wieder Wilhelm Randbemerkungen, aus denen *sein* Glaube hervorging, Rußland so

29) Bismarck GE, S. 478.
30) Bismarck zu Kronprinz Rudolf von Österreich am 17. 3. 1887, in: Bismarck Gespräche, Bd. II, S. 448.
31) Karl-Heinz Janßen, Zwei Völker verstrickt in Haß und Liebe, in: „Zeit-Magazin" v. 5. 5. 1972, S. 16.
32) Bismarck GE, S. 596.
33) Hallmann, S. 512 f.
34) Ebd., S. 513.

schlagen zu können, daß es „nicht in der Lage" sein würde, Revanche zu nehmen[35])

Der junge Kaiser hielt Bismarcks Politik für zu „russenfreundlich"[36]) und sollte nicht zuletzt deshalb mit ihm brechen. Bezugnehmend auf alarmistische Berichte des deutschen Konsuls in Kiew und „Gegenmaßregeln" verlangend, warf er Bismarck am 17. März 1890 – drei Tage, bevor er ihn entließ – vor: „Die Berichte lassen auf das Klarste erkennen, daß die Russen im vollsten strategischen Aufmarsch sind, um zum Kriege zu schreiten . . . Sie hätten mich schon längst auf die furchtbar drohende Gefahr aufmerksam machen können!"[37]) Aber trotz der „Die Russen kommen!"-Panik des Kaisers und anderer sollte an der deutsch-russischen Grenze noch fast ein Vierteljahrhundert lang völlige Ruhe herrschen.

Bismarck war sich auch nach seiner Entlassung sicher: „Wenn man die Russen nicht reizt, kriegen wir keinen Krieg, dafür will ich meinen Kopf verwetten."[38]) In seinen „Gedanken und Erinnerungen" bekräftigte er, „daß die Truppenaufstellung im russischen Westen auf keine direkt aggressive Tendenz gegen Deutschland berechnet ist, sondern nur auf die Verteidigung im Fall, daß Rußlands Vorgehen gegen die Türkei die westlichen Mächte zur Repression bestimmten sollte."[39]).

Eindringlich, aber vergebens mahnte Bismarck die Deutschen: „Jedenfalls wird auch in der Zukunft nicht bloß kriegerische Rüstung, sondern auch ein richtiger politischer Blick dazu gehören, das deutsche Staatsschiff durch die Strömungen der Koalitionen zu steuern, denen wir nach unserer geographischen Lage und unserer Vorgeschichte ausgesetzt sind. Durch Liebenswürdigkeiten und wirtschaftliche Trinkgelder für befreundete Mächte werden wir den Gefahren, die im Schoß der Zukunft liegen, nicht vorbeugen, sondern die Begehrlichkeit unserer einstweiligen Freunde und ihre Rechnung auf unser Gefühl sorgenvoller Bedürftigkeit steigern . . . Unser Ansehen und unsere Sicherheit werden sich um so nachhaltiger entwickeln, je mehr wir uns bei Streitigkeiten, die uns nicht unmittelbar berühren, in der Reserve halten und unempfindlich werden gegen jeden Versuch, unsere Eitelkeit zu reizen und auszubeuten."[40])

Bismarcks Nachfolger – ausgenommen nur die Weimarer Staatsmänner (ohne Papen) von 1922 bis 1933 – sollten gegen alle diese Gebote verstoßen: Sie suchten ihr Heil in überschätzter militärischer Stärke, sei es allein, sei es in verwickelnden Allianzen; sie suchten sich „Freunde" zu kaufen, die aber nur „einstweilige" waren; sie „periklitierten" außerhalb ihrer Interessensphäre; und stets kitzelte das angelsächsische Kommando „The Germans to the front" die deutsche Eitelkeit.

35) Ebd., S. 514.
36) Bismarck GE, S. 597.
37) Ebd., S. 562.
38) Bismarck zu Bonner Professoren am 27. 5. 1893, in: Bismarck Gespräche, Bd. III, S. 324.
39) Bismarck GE, S. 333.
40) Ebd., S. 336.

Vom Bruch mit Rußland zum Sturz der Hohenzollern

Der Wilhelminismus, der die Dekadenz preußischer Vernunft repräsentierte, schritt von einem irrationalen Akt zum nächsten: Auf die Entlassung des weisen Bismarck folgte noch 1890 die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland, das seine Verlängerung um zunächst sechs Jahre gewünscht hatte, mit der Absicht, die Abmachung zu einer dauernden zu machen[41]). Die Vertreter des „neuen Kurses" in Berlin übernahmen die Meinung relativ subalterner Diplomaten, daß der Vertrag unvereinbar sei mit Deutschlands Verpflichtungen gegenüber Österreich, Italien und Rumänien (die beiden letzteren sollten 1915/16 Feindmächte werden), und zogen diese der Freundschaft Rußlands vor, das mehr als ein Jahrhundert lang Preußen-Deutschland den Rücken gedeckt hatte. Sie stießen Rußland zurück und in die Arme Frankreichs, und ließen mit dem Bündnis von „Zar und Republik" (1892—94), das sie für unmöglich gehalten hatten, Bismarcks „Alpdruck der Koalitionen" und des Zweifrontenkriegs Wirklichkeit werden.

Der russischen Rückendeckung hätte der wilhelminische Imperialismus um so mehr bedurft, je mehr er sich, begleitet von einer „alldeutschen" Flottenbau-, Kolonial- und Annexionspropaganda, auf der Suche nach Absatz- und Rohstoffmärkten in „weltpolitische" Händel mit den älteren Imperien Frankreichs und Englands verwickelte. Diese konnten nicht überzeugend den artgleichen deutschen Imperalismus anklagen, stempelten deshalb den „preußischen Militarismus" zum Bösewicht der Neuzeit und bildeten 1904 die „Entente cordiale". 1907 einigte sich England auch mit Rußland – was Berlin ebenfalls für undenkbar gehalten hatte – über Einflußbegrenzungen in Persien, Afghanistan und Tibet, und das wilhelminische Reich sah sich einer Tripel-Entente gegenüber. Verbündet war es mit dem moribunden Österreich-Ungarn, dem Reichskanzler Bülow 1909 „Nibelungentreue" versprach – das hieß, wie der Schweizer Historiker Leonhardt von Muralt schrieb, „die tödliche Gefahr im Osten suchen und in altgermanischem Heroismus in den Untergang schreiten"[42]). Im Dezember 1912 sprach Wilhelm II. bereits von dem kommenden „Endkampf der Slaven und Germanen", der „die Angelsachsen auf seiten der Slaven und Gallier" finden werde; den „Kampf der Germanen gegen Russo-Gallien" sah er als ein neues Kapitel der „Völkerwanderung" und „eine Rassenfrage"[43]) – womit er den Rassisten Hitler antizipierte.

Nachdem Wilhelm II. am 1. August 1914 Rußland den Krieg erklärt hatte, drang die russische Armee in Ostpreußen ein und bescherte Frankreich den Sieg an der Marne, der den deutschen Vormarsch zum Stehen brachte. Während die Westfront erstarrte, erlitt Rußland große Verluste, die zum Sturz des Zarismus im Februar/März 1917 führten. In Berlin erwachte darauf wieder die Hoffnung auf einen Sonderfrieden im Osten, der es ihm ermöglichen würde,

41) Staatssekretär Graf Herbert v. Bismarck an Wilhelm II. am 20. 3. 1890, in: Die große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914, Berlin 1922, Bd. 7, S. 3; Hallmann, S. 95.
42) Muralt, S. 210.
43) Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, 3. Aufl. Düsseldorf 1964, S. 40f.

mit den dort freiwerdenden deutschen Soldaten die Entscheidung im Westen zu erkämpfen, bevor frische amerikanische Truppen in großer Zahl in Frankreich landen konnten.

Doch als dies nach der bolschewistischen Oktoberrevolution möglich wurde, verdrängte die Gier des geschichtlich zuspätgekommenen deutschen Imperialismus nach Territorium und Ausbeutung völlig den eigentlichen Sinn des Friedensschlusses: die Gewinnung der Rückenfreiheit im Sinne der alten preußischen Politik. Bei den Verhandlungen, die am 22. Dezember 1917 in Brest-Litowsk begannen, ließ der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen, Richard von Kühlmann, den Russen „nur eine Wahl – nämlich mit welcher Sauce sie verschlungen werden wollen"[44]). Auch nach dem von den sowjetischen Delegierten am 3. März 1918 unter Protest unterschriebenen Diktat von Brest-Litowsk – für den vorschnellen Kaiser einer der „größten Erfolge der Weltgeschichte, dessen Bedeutung erst die Enkel richtig würdigen werden"[45]) – setzte die deutsche Armee ihre Operationen tief nach Südrußland hinein fort: Deutschland verbiß sich mit den Truppen, die es an die Westfront hatte werfen wollen, in den Weiten Rußlands, um seinen Raub zu sichern. Da es daraufhin an der Westfront geschlagen wurde, ist es nicht abwegig zu sagen, daß es sich schon im Ersten wie später im Zweiten Weltkrieg durch imperialistische Raubpolitik sein Grab in Rußland grub. Im November 1918 stürzte die Hohenzollern-Dynastie und das Reich wurde Republik.

Wiederentdeckung Bismarcks in der Weimarer Republik

Durch sein Schwergewicht als größter Gliedstaat der ersten deutschen Republik war das republikanische Preußen noch der Garant der Reichseinheit: Es verklammerte Deutschland von der West- bis zur Ostgrenze, wo es Westpreußen und Posen an das wiedererstandene Polen verlor (das auch nach Osten hin prompt wieder Eroberungen machte). Dieses Preußen war einem rechtskatholischen Rheinländer, der schon damals Deutschland einseitig nach Westen orientieren wollte, ein Dorn im Auge: Am 1. Februar 1919 erklärte der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer „eine Teilung Preußens" für „unbedingt nötig", wobei er sich auf die Propaganda der siegreichen Westmächte bezog: „In der Auffassung unserer Gegner ist Preußen der böse Geist Europas . . . Würde Preußen geteilt werden, die westlichen Teile Deutschlands zu einem Bundesstaat der ‚Westdeutschen Republik' zusammengeschlossen, so würde dadurch die Beherrschung Deutschlands durch ein vom Geiste des Ostens, vom Militarismus beherrschtes Preußen unmöglich gemacht."[46]) Der jüdische Preuße Walther Rathenau bemerkte dazu im März 1919: „Zieht Preußen von Deutschland ab und es bleibt der Rheinbund."[47]) Erst 30 Jahre später,

44) Krummacher/Lange, S. 39.
45) Fischer, S. 665.
46) Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 44 f.
47) Walther Rathenau, Der neue Staat, Berlin 1919, S. 24.

nach dem Zweiten Weltkrieg, sollte Adenauer seinen „Rheinbund", seine „Westdeutsche Republik" bekommen.

Die neue Republik hatte sich zunächst den Westmächten als „antibolschewistisches Bollwerk" angedient; sie hatte die Aufnahme von Beziehungen zu Sowjetrußland abgelehnt und rechte „Freikorps" nicht nur im Inneren, sondern auch im Baltikum den Kommunismus bekämpfen lassen – während die Westmächte in Rußland mit Waffengewalt intervenierten. Erst nachdem die Westmächte die deutsche Demutshaltung mit dem harten Versailler Friedensvertrag vergolten hatten (für den Deutschland freilich in Brest-Litowsk einen Präzedenzfall geliefert hatte), wandte sich die Weimarer Republik wieder Rußland zu. Erste Kontakte wurden 1919/20 mit dem unter Aufsicht des Reichswehrministeriums in milder Schutzhaft gehaltenen Sowjetdelegierten Karl Radek geknüpft.

Der erste Preuße, der Bismarck wiederentdeckte, war der Reichswehrchef Hans v. Seeckt, der schon im Februar 1920 für „festen Anschluß an ein Groß-Rußland" plädierte und erklärte: „Ob uns das heutige Rußland in seinem inneren Aufbau gefällt oder nicht, das spielt keine Rolle", denn: „Wir haben keinen anderen Weg offen."[48]) Am 26. Juli 1920 schrieb Seeckt in einer prosowjetischen Stellungnahme: „Rußland hat die Zukunft für sich. Es kann nicht untergehen, weil es auf seinem gewaltigen Landbesitz immer wieder neue Kräfte gebiert . . . Es braucht Deutschland als Industrieland, als Lieferanten von Intelligenz und Organisation. Deutschland und Rußland sind also aufeinander angewiesen, wie sie es vor dem Kriege waren."[49]) Schon 1921 bahnte Seeckt die geheime Kooperation Reichwehr – Rote Armee an, die in der ganzen Weimarer Zeit, über alle Berliner Regierungswechsel hinweg, eine tragende Säule der deutsch-sowjetischen Beziehungen blieb.

Am 21. Januar 1921 kündigte Reichsaußenminister Simons eine Linie der wohlwollenden Neutralität an: „Der deutsche Boden darf kein Aufmarschgebiet von Gewaltmaßregeln irgendwelcher Art gegen die russische Regierung sein, sie sei auch wie sie sei."[50]) Am 6. Mai 1921 wurde ein Handelsabkommen geschlossen, in dem die Reichsregierung versprach, ausschließlich mit der Sowjetregierung zu verkehren und keine Beziehungen zu irgendwelchen „weißen" Emigrantenorganisationen zu unterhalten[51]). Im Sinne der preußischen Staatsvernunft schlossen dann der aus Baden stammende, aber als ehemaliger Mathematikprofessor mit Logik begabte Reichskanzler Joseph Wirth, der mecklenburgische Diplomat Ago v. Maltzan und Außenminister Rathenau mit dem sowjetischen Außenkommissar Tschitscherin den Rapallo-Vertrag vom 16. April 1922 ab, der die sofortige Aufnahme diplomatischer Beziehungen, den gegenseitigen Verzicht auf Reparationen und wirtschaftliche Zusammenarbeit nach dem Prinzip der Meistbegünstigung vorsah.

48) Krummacher/Lange, S. 92.
49) Ebd., S. 92 f.
49) Ebd., S. 92 f.
50) Ebd., S. 112, 471.
51) Carr, S. 51.

Der Westen verteufelte den harmlosen Vertrag als Komplott, doch für deutsche Patrioten wie russische Bolschewiki war er Ausdruck einer „Schicksalsgemeinschaft" angesichts der auftrumpfenden westlichen Siegermächte. Für Deutschland bedeutete er wieder Rückenfreiheit im Osten (die sich schon 1923 bewährte, als Polen sich während der französischen Ruhrokkupation ruhig verhielt), für Rußland die Beendigung der politischen Isolation. Im November 1922 erklärte Karl Radek vor der Komintern: „Die Politik der Erdrosselung Deutschlands schließt in der Tat die Zerstörung Rußlands als einer Großmacht ein. Denn, wer auch Rußland regiert, es ist immer in seinem Interesse, daß Deutschland besteht."[52])

Die „Schicksalsgemeinschaft" betonte auch der holsteinische Graf Ulrich v. Brockdorff-Rantzau, der im November 1922 der erste Botschafter der Weimarer Republik in Moskau wurde, in seinem Beglaubigungsschreiben: „Der Vertrag von Rapallo hat einen Strich gemacht unter die Vergangenheit, aber nur soweit sie traurig war. Es hat eine Zeit gegeben, in der das deutsche Volk und das russische Volk sich verstanden haben; zum Schaden beider Völker haben sich ihre Wege getrennt, aber in der schweren Prüfung, die das Schicksal uns auferlegt hat, haben wir uns wiedergefunden zun gemeinsamer Arbeit."[53]) Das sowjetische „Diplomatische Wörterbuch" würdigte diesen Aristokraten noch 1960: „Brockdorff-Rantzau war ein nüchterner Realist in der Politik, der die nationalen Interessen seines Landes erkannte. Obwohl er der Sowjetregierung keine Sympathien entgegenbrachte, begann er sich beharrlich für die Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen sowie für die Entwicklung von Handels- und Wirtschaftsverbindungen zwischen beiden Ländern einzusetzen."[54])

Stresemann und der Berliner Neutralitätsvertrag

Der Berliner Gustav Stresemann, Vorsitzender der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei, verkörperte als Reichsaußenminister von 1923 bis 1929 die Neutralität Deutschlands zwischen Ost und West – für seinen Gegner Adenauer war dies „Schaukelpolitik". Nachdem Stresemann den Rapallovertrag eifrig begrüßt hatte, wandte er sich zunächst wieder dem Westen zu, indem er den Beitritt zum Völkerbund und einen Garantiepakt für die deutsche Westgrenze anstrebte. Die Sowjets, von westlicher bewaffneter Intervention gebrannte Kinder, betrachteten den von den Westmächten gegründeten Völkerbund als ein gegen sie gerichtetes kapitalistisches Bündnis und befürchteten insbesondere, daß Deutschlands Beitritt es nach Artikel 16, der alle Mitglieder zu Sanktionen gegen einen „Angreifer" verpflichtete, für einen Durchmarsch westlicher Heere gegen die Sowjetunion öffnen würde. Deshalb schlugen sie schon Ende 1924 gegenüber Brockdorff-Rantzau einen Neutralitätsvertrag vor. Stresemann suchte Tschitscherin zu beruhigen: Als künftiges Mitglied werde Deutschland darüber wachen, „daß der Völkerbund sich nicht zu ei-

52) Ebd., S. 65.
53) Deutsches Zentral-Archiv Potsdam, Deutsche Botschaft Moskau, Nr. 213, Bl. 69–70.
54) Diplomatitscheskij Slowarj, Moskau 1960, Bd. I, S. 218.

nem Instrument auswächst, das den Krieg gegen Rußland auf seine Fahne schreibt"[55]). In Locarno, wo er im Oktober 1925 den Grenzpakt mit den Westmächten abschloß, erklärte er vor der Presse: „Für uns gibt es keine Option zwischen Ost- oder Westpolitik. Wir wollen nach beiden Seiten gute Beziehungen unterhalten!"[56])

Auf Brockdorff-Rantzaus Drängen griff Stresemann im Dezember 1925 den ein Jahr alten sowjetischen Neutralitätsvorschlag auf. Der eigentliche Kernpunkt des schließlich am 24. April 1926 auf zunächst fünf Jahre geschlossenen „Berliner Vertrags" über Freundschaft und Neutralität zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich „war das beiderseitige Versprechen der Neutralität für den Fall, daß ‚einer der vertragsschließenden Teile trotz friedlichen Verhaltens angegriffen' würde. Falls ‚zwischen dritten Mächten' (gemeint waren die Westmächte) ‚eine Koalition zu dem Zweck geschlossen werden sollte, gegen einen der vertragschließenden Teile' (gemeint war die Sowjetunion) ‚einen wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott zu verhängen, so wird sich der andere vertragschließende Teil' (gemeint war Deutschland) ‚einer solchen Koalition nicht anschließen'."[57]) Gleichzeitig versicherte Stresemann in einer Note an den sowjetischen Botschafter Krestinski, daß eine „etwa von anderen Mächten gegen die UdSSR erhobene, nach deutscher Ansicht nicht berechtigte Beschuldigung Deutschland nicht zwingen würde, an irgendwelchen auf Grund des Artikels 16 eingeleiteten Maßnahmen teilzunehmen"[58]). Als es nach der Ermordung des sowjetischen Gesandten in Warschau zu sowjetisch-polnischen Spannungen kam und der britische Außenminister Sir Austen Chamberlain anfragte, ob Deutschland den Transport britischer und französischer Truppen durch sein Gebiet nach Polen erlauben würde, erklärte Stresemann am 15. Juni 1927 in der Völkerbundstadt Genf: „Jede Idee eines Kreuzzuges gegen Rußland halte ich für töricht und unsinnig. Er würde Rußland zusammenschmelzen und Europa nur schwächen."[59])

Im Lauf der Jahre entstand eine mehr nüchterne „Zweckgemeinschaft" aus der emotionalen „Schicksalsgemeinschaft" von Rapallo, zumal deren „Väter" nach und nach abtraten: Seeckt wurde 1926 als Reichswehrchef entlassen, Maltzan kam 1927 bei einem Flugzeugunglück ums Leben, Brockdorff- Rantzau starb 1928, Tschitscherin kränkelte und gab Ende 1928 seine Funktionen an seinen Vertreter Litwinow ab. Stresemann, der 1929 starb, hatte wenige Monate vorher dem Reichstagspräsidenten Löbe geschrieben: „Ich schätze unser Verhältnis zu Sowjetrußland nicht zu hoch ein, aber es ist immerhin ein Atout in unserem Spiel."[60])

---

55) Stresemann zu Tschitscherin am 30. 9. 1925, in: Diether Posser, Die deutsch-sowjetischen Beziehungen seit 1917, Darmstadt o.J., S. 60, Anm. 18.
56) Krummacher/Lange, S. 175.
57) Ebd., S. 183 (Wortlaut auf S. 498 f.).
58) Wolf Schenke, Der Berliner Vertrag von 1926, in: „Neue Politik", Hamburg, 15. 3. 1977, S. 7 f.
59) Krummacher/Lange, S. 199 f.
60) H.W. Gatzke, Von Rapallo nach Berlin, in: „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte", Stuttgart 1956, 1. Heft, S. 27.

In den folgenden Jahren der (westlichen) Weltwirtschaftskrise war die Sowjetunion darüberhinaus ein wirtschaftlicher Notanker für Deutschland: Von 1928 bis 1932 stieg der deutsche Export nach Rußland von 3,3 auf 10,9 % der Gesamtausfuhr, und die großen „Russenaufträge" erhielten (wie heute wieder) schätzungsweise 500000 deutsche Arbeiter in Lohn und Brot. Und die Sowjetunion war Deutschland wohlgesonnen: Als Stalin im Februar 1931 die Notwendigkeit der Industrialisierung mit dem Hinweis darauf begründete, daß ein rückständiges Rußland immer wieder von Fremden geschlagen worden sei – von Tatarenkhans, türkischen Beys, schwedischen Adeligen, polnisch-litauischen Pans, französischen und englischen Kapitalisten und japanischen Baronen[61]) –, da fehlten in dieser Aufzählung die Deutschen, etwa die „preußischen Junker und Militaristen" oder „der Kaiser". In einem Emil Ludwig 1931 gewährten Interview versicherte Stalin vielmehr Deutschland der besonderen Sympathie der Russen[62]).

Von Indifferenz über Feindschaft zum Untergang

Der im Frühjahr 1930 Reichskanzler gewordene Münsteraner Zentrumspolitiker Heinrich Brüning erwiderte dagegen diese Sympathie nicht, sondern legte die deutsch-sowjetischen Beziehungen auf Eis: Weil er bei der von ihm erstrebten Gesamtrevision des Versailler Vertrags dem Westen gegebenenfalls Deutschlands besonderes Verhältnis zu Rußland opfern wollte, lehnte er eine Verlängerung des Berliner Vertrags um fünf Jahre ab und brachte das am 24. Juni 1931 paraphierte Protokoll über eine zweijährige Verlängerung nicht im Reichstag zur Ratifikation. Brüning hatte auch die sich zuspitzende Lage im Fernen Osten im Auge und meinte, daß eine die Sowjetunion einkreisende Annäherung Frankreich-Polen-Japan „die russische Karte entwerten" könne[63]).

War schon Brüning gegenüber dem sowjetischen Partner indifferent gewesen, so suchte sein gleichfalls westfälischer und rechtskatholischer Nachfolger seit dem 1. Juni 1932, Franz von Papen, ganz unverblümt ein deutsch-französisches Militärbündnis *gegen* die Sowjetunion, was auf den Bruch des seit 1922 bestehenden Einvernehmens hinauslief. Damit stieß er jedoch bei der Reichswehr auf Widerstand und führte nur eine französisch-sowjetische Annäherung herbei, die mit der Ratifikation eines Nichtangriffspaktes am 29. November 1932 gekrönt wurde.

Nach Papens mißglückter Westeskapade reagierte Moskau mit Erleichterung, als der preußische General und Reichswehrminister Kurt v.Schleicher am 2. Dezember 1932 Reichskanzler wurde und das deutsch-sowjetische Einvernehmen noch einmal herstellte. Doch Schleicher war nur eine knapp zweimonatige Regierungszeit beschieden, in der er mit dem Versuch scheiterte, die Nazipartei zu spalten und die Unterstützung der Sozialdemokratie zu gewin-

61) Isaac Deutscher, Stalin. Eine politische Biographie, Stuttgart 1962, S. 351; Wortlaut in: Krummacher/Lange, S. 512–514.
62) Louis Fischer, Russia's Way From Peace to War. Soviet Foreign Relations 1917–1941, New York 1969, S. 210.
63) Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 295 f.

nen, während sein Bemühen, sich als „sozialer General" der Landreform und der Arbeitsbeschaffung mit Hilfe der Gewerkschaften zuzuwenden, ihm den erbitterten Haß der Großagrarier und Großindustriellen eintrug, die ihn mit Papens Hilfe am 31. Januar 1933 durch den Österreicher Hitler ersetzten, der sich den Raub von „Grund und Boden . . . auf Kosten Rußlands" zum Ziel gesetzt hatte[64]).

Als 1933 die nazistische Nacht über Deutschland hereinbrach, veröffentlichte Seeckt eine Schrift „Deutschland zwischen West und Ost" mit den prophetischen Worten: „Wollen wir noch einmal zwischen zwei Feinde genommen werden? . . . Soll Polen bis zur Oder vordringen? Solche Möglichkeiten gewinnen greifbare Gestalt, schalten wir Rußland aus unserer Rechnung aus."[65])

Aber es gab kaum noch Preußen, in denen preußische außenpolitische Vernunft lebendig war. Im Nazireich stammten von den 500 ranghöchsten Nazi-führern allenfalls 17, also nur 3,4 % aus Preußen, das statistisch 328 hätte stellen müssen, während Bayern und Österreich weit überrepräsentiert waren[66]). Selbst in der konservativen Fronde gegen Hitler trat nur ein einziger Preuße, der ehemalige Moskau-Botschafter Friedrich-Werner von der Schulenburg, für einen Ostfrieden ein, für den bis zur Teheran-Konferenz vom Herbst 1943 nicht unbeträchtliche Chancen bestanden, während Goerdeler und die anderen als „Festlandsdegen" Englands noch die polnische Ostgrenze halten wollten. Auch der hinter russischem Stacheldraht zum Sturz Hitlers aufrufende General Walther v. Seydlitz-Kurzbach (einer seiner Vorfahren, Florian v. Seydlitz, war bei Tauroggen Yorcks Adjudant gewesen) blieb bei seinen Wehrmachtskameraden ohne Echo und Verständnis, so daß die ihm gemachte sowjetische Zusage, für ein Deutschland in den Grenzen von 1937 einzutreten, hinfällig wurde. Es kam, wie es kommen mußte: Das Deutsche Reich wurde geschlagen und verschwand, allen Bundesverfassungsrichtern zum Trotz, aus der Geschichte. Deutschland verfiel der Teilung, Polen drang zur Oder vor, aus der preußischen Krönungsstadt Königsberg wurde das sowjetische Kaliningrad, und das längst abgestorbene Preußen wurde 1947 auch formal abgeschafft.

DDR und Bundesrepublik im „Preußen-Test"

Sofern preußische Traditionen heute noch (oder wieder) leben, tun sie es allein in der DDR: Sie hat sich „preußisch" großgehungert, nachdem ein amerikanischer Entscheid in Potsdam 1945 der Sowjetzone auferlegt hatte, die Reparationen für die von Nazi-Deutschland überfallene und verwüstete Sojetunion praktisch allein aufzubringen. Sie pflegt seit langem die Tradition der preußisch-russischen Waffenbrüderschaft gegen den westlichen Imperator Napoleon, und der „Alte Fritz", der sich ebenfalls bereits eines russischen Bündnisses erfreute, reitet heute wieder Unter den Linden. Auch des Preußen,

64) Adolf Hitler, Mein Kampf, 220–234. Aufl. München 1936, S. 154, 757, 742.
65) Hans v. Seeckt, Deutschland zwischen West und Ost, Hamburg 1933, S. 45.
66) Bernt Engelmann, Preußen. Land der unbegrenzten Möglichkeiten, München 1979, S. 414 f.

der dank russischer Rückendeckung Deutschland einigte, wird sie sich eines Tages erinnern – freilich als „Bismarx": Wenn die Bundesrepublik sich sozialistisch umgestaltet, „dann steht die Frage der Vereinigung beider deutscher Staaten vollkommen neu. Wie wir uns dann entscheiden, daran dürfte wohl kein Zweifel bestehen", sagte Honecker unlängst[67]).

Dagegen ist die Bundesrepublik, wie ihr Vorläufer, der Rheinbund, eine Kreation des Westens und von Anbeginn an nicht nur unpreußisch, sondern ebenso antipreußisch wie antirussisch; für Adenauer begann hinter Braunschweig „die Steppe"[68]), war Berlin eine „heidnische Stadt"[69]) und ein Preuße „ein Slawe, der vergessen hat, wer sein Großvater war"[70]). In Feindschaft zur Sowjetunion, der einzigen Macht, die ein geeintes Deutschland „verkraften" kann, dafür im Verein mit Westmächten, die dies nicht können, konnte die Bundesrepublik natürlich ihren „Verfassungsauftrag" (ihre Lebenslüge), „die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes zu vollenden", nicht erfüllen – weder als mit Marshallplan-Geldern gepäppelter „Magnet" noch mit einer „Politik der Stärke", die nur die von Moskau bis Anfang 1955 gebotenen Chancen für ein blockfreies Gesamtdeutschland zerstörte.

Heute steht nur noch eine Neutralität der Bundesrepublik zur Debatte[71]). Besäße die Bundesrepublik Bismarcks „richtigen politischen Blick", so müßte sie sich schleunigst abkoppeln von einem Amerika, in dem das organisierte Verbrechen auf Platz zwei der umsatzstärksten Wirtschaftsbranchen steht[72]), wo ein Mordanschlag auf den Präsidenten sofort einen machtgierigen Diadochen auf den Plan ruft, dessen Währung die Hälfte ihres Wertes verloren hat, wo Privatprofit und Inflation einen Großteil der Rüstungsausgaben unwirksam machen[73]) und das – weit davon entfernt, „Schutzmacht" zu sein – den Atomkrieg in Europa führen will, u.a. von der Bundesrepublik aus mit seinen Erstschlagwaffen „Pershing II", die die „Endlösung der Deutschenfrage" herbeiführen können.

Wenn die Bundesrepublik sich aus der tödlichen „Schicksalsgemeinschaft" mit Amerika befreit, wird das Preußen-Jahr nicht nur eitel Schau und Rummel gewesen sein.

---

67) „Die Welt" v. 17. 2. 1981.

68) Fritz Sänger, Verborgene Fäden. Erinnerungen und Bemerkungen eines Journalisten, Bonn 1978, S. 35. Sänger vernahm dies von Adenauer Anfang 1927.

69) Helmut Lindemann, Konrad Adenauer, München-Bern-Wien 1965, S. 29. Adenauer in der Kölner Universität 1946.

70) Terence Prittie, Adenauer, Stuttgart 1971, S. 314.

71) Vgl. Harold Rasch, Warum nicht neutral? Plädoyer für eine neue Außenpolitik, in: „Blätter", 3/1981, S. 301 ff.

72) James Cook, The Invisible Enterprise, in: „Forbes", New York, 29. 9. 1980, S. 60 ff. Danach steht das organisierte Verbrechen – Mafia & Co. – mit Jahreseinkünften von über 150 Mrd. Dollar an zweiter Stelle hinter der Erdölindustrie (365 Mrd.) und vor der Chemischen Industrie (149 Mrd.) und der Autoindustrie (125 Mrd.). Springers „Welt" vom 17. 9. 1980 versteckte einen AP-Bericht über die Feststellungen des Kapitalmagazins „Forbes" auf ihrer Buntem und Vermischtem vorbehaltenen Seite „Aus aller Welt" (S. 30).

73) Vgl. Helmut Wolfgang Kahn, Kann der Westen einen neuen Rüstungswettlauf gewinnen?, in: „Blätter", 6/1980, S. 656 ff.

Das UNO-Konzept der „Finanziellen Abrüstung"

Von Lutz Köllner

Der faktische Zusammenbruch der Ost-West-Rüstungsbegrenzungsverhandlungen seit dem NATO-„Nachrüstungsbeschluß" und der Abkehr der USA vom SALT-II-Vertrag gefährdet die Ergebnisse langjähriger rüstungskontrollpolitischer Arbeit – auch auf der Ebene der UNO. Der Autor des nachstehenden Beitrags, Wissenschaftlicher Direktor am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in München, ist Experte für Militärausgaben und seit 1976 consulting expert der UNO für Abrüstungsfragen. Sein Artikel gibt Einblick in die Detailarbeit, die in Zusammenhang mit den UNO-Vorschlägen zur Reduzierung der Rüstungshaushalte bereits geleistet worden ist. D. Red.

Da in der Bundesrepublik Deutschland das Konzept der Finanziellen Abrüstung – von den Vereinten Nationen seit mehr als 10 Jahren verfolgt – weitgehend unbekannt geblieben ist und die Bedeutung des Brüsseler Nachrüstungsbeschlusses, und die NATO-Entscheidung von 1977, die jährlichen Verteidigungs- sprich: Militärausgaben um 3% zu erhöhen, für die Struktur der Militärbudgets bisher kaum erörtert wurde, sollen im Folgenden drei Fragen diskutiert werden:

1. Was ist Finanzielle Abrüstung und wie müssen die derzeitigen Bemühungen der UNO um dieses Konzept beurteilt werden?

2. Welche Beziehungen bestehen zwischen der Finanziellen und der „physischen" Abrüstung, wie sie international in den Verhandlungen über MBFR sowie SALT I-III verhandelt bzw. vordiskutiert werden oder wurden?

3. Wie müssen beide Konzepte zusammen beurteilt werden; insbesondere: welche Rolle fällt ihnen im internationalen Rüstungswettlauf zu?

Die angekündigte Erhöhung der US-Militärausgaben bis auf 240-280 Milliarden US-Dollar, sowie die inzwischen auch einer breiteren deutschen Öffentlichkeiten bekanntgewordenen Finanzierungsschwierigkeiten des westdeutschen Verteidigungshaushaltes verleihen unserem Thema zusätzliche aktuelle Bedeutung und lassen in die internationalen Beziehungen der Rüstung und Abrüstung autonome nationale rüstungs-, wehrstrukturelle und finanzielle Probleme einfließen. In unserer Argumentation stützen wir uns in der Hauptsache auf ökonomisch/finanzielle Überlegungen, wohl wissend, daß daneben und darüber hinausführend wichtige militär- und sicherheitspolitische Momente ihre Bedeutung besitzen und dem Thema andere Färbungen verleihen als diese Skizze.

Zu 1) Der Gedanke der Finanziellen Abrüstung ist alt und stammt – abgesehen von eher pazifistischen Forderungen aus den 20er Jahren etwa eines

Ludwig Quidde oder eines Grafen Coudenhove-Calergi – von der Weltwirtschaftskonferenz von Genua im Jahre 1956. Damals hatte Frankreich vorgeschlagen, international Rüstungsausgaben einzusparen und in Entwicklungshilfe umzuformen. Dies war auch ein Ausdruck der damaligen Algerien-Politik Frankreichs. Der Grundgedanke wurde Ende der 60er Jahre von der Sowjet-Union in der Vollversammlung wiederholt aufgegriffen und bis in die Mitte der siebziger Jahre hinein dort auch weiter verfolgt, bis 1976, im Zusammenhang mit der Erstellung eines Expertengutachtens über „Measurement and International Reporting of Military Expenditures", klar wurde, welche neue Formen der Transparenz von Militärausgaben erforderlich sind, um dem UN-Konzept der „Finanziellen Abrüstung" (auch Reduction of Military Budgets genannt) zum Erfolg zu verhelfen. Seit 1969 jedenfalls gibt es in der UNO Resolutionen über das Konzept der Finanziellen Abrüstung, wobei bisher überwiegend eine Reduktion der Militärausgaben von 10 % jährlich gemeint ist. Diese Diskussion in der UNO entwicklelte sich auf zwei Ebenen: der politischen wie der politikwissenschaftlich beratenden. Beide Ebenen haben sich insofern gelegentlich berührt, als die vom Generalsekretär Dr. Waldheim in Auftrag gegebenen Expertenberichte über Rüstungswettlauf, Reduktion von Militärausgaben und Konversion von Militärausgaben in Entwicklungshilfe einmal im Zusammenarbeit mit dem UN-Abrüstungs- sowie dem UN-Entwicklungsausschuß auf der einen Seite und der in Genf tagenden Konferenz des Abrüstungskomitees auf der anderen Seite (CCD = Conference of the Committee of Disarmament) entstanden. Zum anderen wurde über die Expertenberichte, die in Genf bzw. in New York erarbeitet wurden (an denen seit 1976 erstmals auch die Bundesrepublik Deutschland beteiligt wurde) in der UNO – Vollversammlung abgestimmt. So stimmten im Herbst 1977 nicht weniger als 102 Mitgliedsländer der UNO für die Annahme und für die Weiterführung des wissenschaftlichen Reports über die Messung und die internationale Berichterstattung über Militärausgaben, während sich nur zwölf Länder der Stimme enthielten und nur 2 Länder mit Nein stimmten, Albanien und China.

Auf der politischen Ebene, auf den verschiedenen Plattformen der UNO, erlangte die Resolution 3463 (XXX) eine herausragende Bedeutung insofern, als der Generalsekretär aufgefordert wurde, nach Konsultation der angesprochenen Mitgliederstaaten eine Expertengruppe einzusetzen, die „in concrete terms" eine Definition von Militärausgaben und ihrer (statistischen) Messung ausarbeiten sollte. Aus diesem Auftrag heraus entstand der UN-Report von 1976. Er bedeutete insofern eine Wende in der Abrüstungsdebatte der UN, als die Diskussion nun nicht mehr hinter die von der Vollversammlung gebilligten Äußerungen der Experten zurückfallen kann. Bekanntlich hatten in den 50er Jahren die UN-Abrüstungsdebatten unter der ständigen Wiederholung gleicher oder ähnlicher Deklamationen und gegenseitiger Anschuldigungen der Großmächte gelitten. Davon kann seit Jahren in der UNO nicht mehr die Rede sein: die Debatten haben an Substanz, aber auch an Deutlichkeit gewonnen. Eine Sonderentwicklung nimmt die Stellung der Länder der soge-

nannten Dritten Welt in diesen Auseinandersetzungen ein. Einerseits haben die Entwicklungsländer verständlicherweise den Gedanken der Überführung von Geldern, die aus Finanzieller Abrüstung freiwerden in Entwicklungshilfe, stets gern aufgegriffen, andererseits hat das SIPRI-Institut seit 1974 in seinen Jahresberichten mehrfach zu Recht festgestellt, daß der Anteil der Entwicklungsländer an den Weltrüstungsausgaben ziemlich stetig steigt und derzeit bei etwa 14 % liegt.[1])

Die Resolution 3463 (XXX) vom 11. Dezember 1975 fußte auf der Resolution der 29. Vollversammlung der UNO Nr. 3254 aus dem Jahre 1974. In ihr war die allgemeine Problematik der Reduktion von Militärhaushalten angesprochen worden. Festzuhalten ist, daß die Vollversammlung – und nicht nur die Ausschußarbeit – seitdem die Finanzielle Abrüstung nicht mehr aus den Augen gelassen hat, wovon eine Reihe weiterer Resolutionen der 31. bis 34. Vollversammlung zeugen. Und schließlich wurde die Thematik Abrüstung als so wichtig angesehen, daß 1978 eine Sondervollversammlung einberufen wurde, auf der sowohl Fragen der physischen wie der Finanziellen Abrüstung gleichrangig, wenn auch mit unterschiedlichem Argumentationsgewicht behandelt wurden. Es darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß die CCD in Genf in der gleichen Zeit den Meeresbodenvertrag ausarbeitete und daß es viele Aktivitäten der Vereinten Nationen gab, den SALT I und II-Vertrag zu unterstützen. Fast unbemerkt blieb in der Bundesrepublik die „Konvention über das Verbot umweltverändernder Techniken zu militärischen Zwecken." (ENMOD = Environmental Modification Techniques) Die internationale Politik wird von den Vereinten Nationen viel stärker vorgeprägt als es gemeinhin in der Bundesrepublik wahrgenommen wird. Die Tätigkeit der UNO wird hierzulande nur zu gern und allzuschnell mit der herabsetzenden Frage quittiert, wieviel Divisionen denn die UN habe.

Auf der Ebene der wissenschaftlichen Politikberatung begannen die Vereinten Nationen Ende der 60er Jahre zu agieren. Durch insgesamt bisher sieben, auch veröffentlichte, Expertengutachten hat sich die Vollversammlung beraten lassen. Bis 1965 hatten sich die Vereinten Nationen auf die Herausgabe von Bibliographien zur Abrüstungsfrage und zum Rüstungswettlauf beschränkt. Das änderte sich, als der Nobelpreisträger für Ökonomie W. Leontieff, und das Ehepaar Mydral aus Schweden zu einem ersten Bericht über „arms race" herangezogen wurden. Das war 1969. Drei Jahre später, 1972, erschien das noch in recht allgemein gehaltenen Wendungen verfaßte Gutachten über „Disarmament and Development". Hier wurden erstmals Zahlen und Zusammenhänge genannt, die bis dahin nur einem kleinen Kreis von Politikwissenschaftlern und Ökonomen bekannt waren. Diese Gutachten brachten

1) Dabei muß freilich berücksichtigt werden, daß nur wenige Entwicklungsländer über eine Tiefenrüstung verfügen, sondern in der Hauptsache Rüstungsgüter einführen und zwar häufig veraltetes, in den Altindustrieländern bereits ausgemustertes Gerät. Blickt man auf Israel oder auf einige Nahoststaaten, so wird deutlich, daß der Begriff Entwicklungsländer genauer definiert werden muß. Monokulturen verfügen schon auf Grund ihrer insgesamt günstiger gewordenen terms of trade über bessere Importchancen als Länder, die insgesamt und in allen ökonomischen Bereichen auf einem niedrigen Niveau leben müssen.

insofern eine entscheidende Sprachregelung mit sich, als von nun an unter Abrüstung auch gebremste jährliche Zuwachsraten von Rüstung, in realen oder in finanziellen Termini ausgedrückt, verstanden wurde. Das entsprach zwar einerseits wachstumstheoretischen Usancen, bedeutet aber auch, daß von absoluter Abrüstung von nun an nur noch in Ausnahmefällen die Rede war. 1972 erschien ein weiterer wissenschaftlicher Expertenberichte: „Economic and Social Consequences of the Arms Race and of Military Expenditures" (wirtschaftliche und soziale Folgen des Rüstungswettlaufs und militärischer Ausgaben). Der Initiator dieses Gutachtens war noch der inzwischen verstorbene UN-Generalsekretär U Thant. Im Mittelpunkt dieser Expertise stand die Mechanik des Rüstungswettlaufes, die in der Bundesrepublik bereits von Dieter Senghaas und später von Hans Rattinger ausführlich dargestellt worden ist.[2]) 1974 gab es einen großen Schritt nach vorn mit dem Bericht „Reduction of Military Budgets of States being permanent members of the Security Council by 10 per cent and utilization of part of the funds thus saved to provide assistance to developing countries" (Reduzierung der Militärhaushalte von ständigen Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrates um 10 % und Verwendung eines Teils der eingesparten Mittel für die Unterstützung von Entwicklungsländern). Dieser, wie auch der zwei Jahre später unter dem Vorsitz des Peruaners Encinas del Pando von der Universität Lima entstandene Bericht ging wesentlich tiefer in Einzelheiten hinein als die zuvor angefertigten Expertisen. Er beschäftigte sich mit der Frage, was finanzwirtschaftlich und ökonomietheoretisch die Verminderung von Militärausgaben überhaupt sei, wie man Militärausgaben messen kann, was unter Verminderung von Militärausgaben als zunächst flankierend gedachte Abrüstungsmaßnahmen zu verstehen sei und wie eingesparte Militärausgaben in Entwicklungshilfe transformiert werden können. Diese im Grunde einfachen, aber elementar wichtigen Fragen haben die Debatte sowohl in der Vollversammlung als auch in den zuständigen Ausschüssen strukturiert. Wie schon aus der Überschrift des Berichtes von 1974 ersichtlich, war zunächst nur daran gedacht, die Länder, die ständig im Weltsicherheitsrat sind, zu beteiligen und jedenfalls eine Transformation in Entwicklungshilfe anzustreben. Beide Elemente dieses Programmes wurden später aufgegeben: alle wichtigen Länder, die mit den „großen" Militärmächten vergleichbare Militärkörper unterhalten, waren angesprochen und das Junktim einer Transformation in Entwicklungshilfe wurde zwischenzeitlich fallengelassen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Fragen der internationalen Vergleichbarkeit von Militärausgaben sich als so schwierig herausstellten, daß ihnen für zwei bis drei Jahre ein Hauptaugenmerk gewidmet werden mußte.

Beim Vergleich von Militärausgaben in Ländern mit unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung tauchte schnell die Problematik der statistisch-methodischen, aber auch der sachlichen Vergleichbarkeit auf. Gemeinsame Begriffe, gemeinsame Definitionen und gemeinsame oder doch

2) Dieter Senghaas, Aufrüstung durch Rüstungskontrolle, Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1972

ähnliche statistische Meßverfahren zur Darstellung von Militärausgaben mußten entwickelt werden. Das war ein anspruchsvolles Programm, bedeutete es doch nicht weniger als die stillschweigende Annahme, als könne das unterschiedliche Niveau der statistischen Praxis in strukturell verschiedenartigen Staaten auf einen Nenner gebracht werden. Die Schwierigkeiten häufen sich auch deshalb, weil schon allein die Geschichte der statistischen Institutionen und Apparate, die derartige Messungen vornehmen können etwa in der Bundesrepublik gegenüber Frankreich oder beiden gegenüber Ländern wie Indien, China oder Nigeria zunächst unvergleichbar ist. Der 1977 in New York veröffentlichte Bericht über Messung und internationale Information von Militärausgaben versuchte, vier besonders wichtige Fragen zu beantworten: 1. wie können Militärausgaben definiert werden (dabei kamen die Experten zu dem Ergebnis, daß es sinnvoller sei, von einem militärischen Sektor statt von einem budgetgebundenen Begriff der Militärausgaben auszugehen). 2. Wie können militärische Ressourcen definiert und gemessen werden (die Experten kamen zu dem Ergebnis, daß es sinnvoll sei, zwischen aktuellen und potentiellen Ressourcen zu unterscheiden). 3. Wie können (inflationär) steigende Preise für militärische Güter preisindexiert, d.h. deflationiert werden? (Die Experten äußerten sich in diesem Punkt allgemein zu den Schwierigkeiten der Preisindexierung für militärische Güter) Und 4. Wie können international Militärausgaben verglichen werden (wobei die Experten dem sogenannten Kaufkraftparitätenvergleich vor der Umrechnung nach ausgewählten Wechselkursen den Vorzug gaben).

In diesem Bericht wurde eine schon früher von Schweden ins Spiel gebrachte Matrix verfeinert, die wir ihrer allgemeinen Bedeutung wegen an dieser Stelle (umseitig) erstmals in der Bundesrepublik veröffentlichen.[3]) Die hier nicht näher zu erläuternde, nicht mit statistischen Zahlen angefüllte Matrix besitzt vor allem in Punkt II eine enge Beziehung zu unserem Thema, als die Untergliederung von Beschaffung (und Beschaffungsvorhaben) (procurement) naturgemäß auch Auskünfte über die physische Rüstung eines Staates enthält[4]). Wichtig ist es, zu erkennen, daß die Matrix ihren eigentlichen Sinn erst erhält, indem die waagerechten und die senkrechten Spalten zusammen gelesen werden. So tauchen z.B. Militärpersonen, die unter I 1 (a) oder I 1 (b) bei den strategischen Streitkräften fortgelassen (oder verschwiegen) werden, unter Waagerecht (8) oder (9) wieder auf. Ähnlich ist es bei anderen Positionen: die Matrix ist so angelegt, daß kein wesentlicher Posten verborgen bleiben kann, was – theoretisch – zu einer nahezu vollständigen Erfassung des

3) Wir verweisen ausdrücklich darauf, daß die Gruppierung der Matrix fast in keinem Punkt mit der Gliederung des Einzelplanes 14 des Bundeshaushaltes (Verteidigung) vergleichbar ist.

4) Anmerkung zur Übersetzung: operating costs können am ehesten als laufende Betriebsausgaben verstanden werden und zwar als Personalausgaben (für Zivilpersonen, Wehrpflichtige – conscripts – und andere Militärpersonen), als Kosten der Unterhaltung (maintenance) (laufende Unterhaltung und Reparaturkosten), in Reisekosten usw., sowie Pensionszahlungen (die seit jeher beim Militär eine große Rolle spielen). Punkt II ist untergliedert in Kosten der Beschaffung und in „Konstruktionskosten", die im Deutschen nur zum Teil mit Kosten für militärische Bauwerke identisch sind. Hierzu werden in der Matrix z. B. auch die Kosten der medizinischen Versorgung (medical fascilities) und die Kosten eletronischer Kommunikation gezählt (electronics etc.) – Im ganzen weist die Matrix eine angelsächsisch geprägte Struktur auf.

Empfohlenes Schema für eine internationale Berichtserstattung über Militärausgaben*)

Kostenarten \ Streitkräftegruppen	Strategische Streitkräfte	Streitkräfte für allgemeine Aufgaben[c]			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)

I. Laufende Betriebskosten
   1. Personalkosten
      a) Ziviles Personal
      b) Wehrpflichtige
      c) andere Militärs (d.h. Berufs- und Zeitsoldaten)
   2. Laufende Betriebs- und Wartungskosten
      a) Material zum laufenden Gebrauch (Ankauf von Nahrungsmitteln, Bekleidung, Öl-Produktion, Ausbildungsmaterial, Arzneimittel, Belieferung von Behördendienststellen und ähnliches)
      b) Wartungs- und Reparaturkosten
         i) Leistungsverträge für Reparaturdienste und zur Unterhaltung von Ausrüstungsgegenständen sowie für militärische Anlagen
         ii) Ankauf von Teilen, Material und Werkzeug zur Reparatur und Instandsetzung von Ausrüstung und Anlagen (Zubehör)
      c) Reisekosten, Postgebühren, Druckkosten und Zahlungen für andere laufende Dienste
      d) Pacht- und Mietausgaben für Grund und Boden

II. Beschaffung und Bauten
   1. Beschaffung[a]
      a) Flugzeuge und Flugmaschinen
      b) Raketen, einschließlich konventioneller Sprengköpfe
      c) Nuklearsprengköpfe und Bomben
      d) Schiffe und kleine Schiffseinheiten
      e) Panzer, bewaffnete Personenfarzeuge und andere bewaffnete Fahrzeuge
      f) Artillerie
      g) Andere elementare Waffensysteme
      h) Feldzeug und Munition[b]
      i) Elektronik und Kommunikationssysteme
      j) Fahrzeuge
      k) Sonstiges
   2. Bauten
      a) Flugplätze und Flugstützpunkte
      b) Raketenbasen
      c) Marinebasen und Marineeinrichtungen
      d) Elektronik, Kommunikations- und Verbindungssysteme, dazugehörige Strukturen und Einrichtungen
      e) Personalbezogene Einrichtungen
      f) Medizinische und Sanitätseinrichtungen
      g) Lagerhäuser, Depots, Reparatur- und Wartungseinrichtungen
      h) Kommando- und Verwaltungseinrichtungen
      i) Festungen und befestigte Stützpunkte
      j) Bunker
      k) Sonstiges

III. Forschungs- und Entwicklungsausgaben
   1 Grundlagenforschung und Zweckforschung
   2 Kosten der Entwicklung, Erprobung und Überprüfung

Zentrale Dienste, Verwaltung und Kommandos (-behörden)[d] (6) (7)	Paramilitärische Verbände (8)	Zivilverteidigung (9)	Militärische Unterstützung[e] (10) (11)

*) Übersetzung vom Verf.

a) Einheimisch erzeugte Güter und Leistungen im Verhältnis zu eingeführten Gütern und Leistungen – Zuteilung an die Streitkräfte im Verhältnis zur Vorratshaltung.

b) Ausschließlich der in b) und c) oben enthaltenen Posten.

c) Untergliederung der Streitkräfte für allgemeine Aufgaben
(2) Landstreitkräfte
(3) Seestreitkräfte
(4) Luftstreitkräfte
(5) Andere bewaffnete Streitkräfte

d) Untergliederung der Zentralen Dienste, Verwaltung und Kommandos (-behörden)
(6) Zentrale Dienste (Lieferungen, Unterhaltung, Bauten, Ausbildung, medizinische Versorgung usw.)
(7) Zentrale Verwaltung und Kommandos, einschließlich Nachrichtendienste und Kommunikationssysteme

e) Untergliederung der militärischen Unterstützung
(10) Beiträge für verbündete Streitkräfte und Infrastrukturen
(11) Militärische Unterstützung für Alliierte und Nicht-Alliierte

„militärischen Sektors" führen muß. Insofern haben die Experten ganze Arbeit geleistet. Ob und inwieweit das Schema auch tatsächlich nachprüfbar (verifikationsfähig) ausgefüllt wird, entzieht sich freilich dem Einfluß der wissenschaftlichen Berater der UNO. Ohne den Überlegungen, die wir noch anstellen wollen, vorgreifen zu wollen, können wir feststellen, daß die Verheimlichung oder die Verschiebung von Militärausgaben, wie sie in traditionellen Militärhaushalten üblich und stets vergleichsweise leicht möglich ist, durch die Matrix erheblich erschwert wird. Das Schema bedeutet zweifellos einen großen Schritt nach vorn in Richtung erhöhte Transparenz von Militärausgaben. Reparaturausgaben, die in Wahrheit neue Waffensysteme darstellen, sind leichter zu erkennen, weil vom jeweiligen Stück- oder Systempreis her Rückschlüsse auf die absolute Zahl der Waffen gezogen werden können. Verschiebungen von Militärausgaben in andere Kapitel oder Ressorts haben vor dem Schema keine rechte Chance mehr.

Abgesehen von einer mehr programmatischen Schrift („Progress towards Peace") aus dem Jahre 1974 erstellten im August 1977 Haushaltsexperten ein ergänzendes Gutachten. Ebenfalls 1977 erschien eine weitere Schrift der Vereinten Nationen, die sich wieder betont den Folgen des Rüstungswettlaufs zuwandte. 1978 haben dann die Vereinten Nationen ein neues, großes Gutachten in Auftrag gegeben, das den Titel der ersten Studie wieder aufgreift („Disarmament and Development"). An diesem Gutachten arbeiten z. Zt. etwa 30 Länder mit mindestens 50 Expertisen mit. Um die weite Anlage dieses Berichtes zu charakterisieren, sei darauf verwiesen, daß ein deutscher Beitrag z. B. sich mit den Zusammenhängen zwischen Finanzieller Abrüstung und der Neuordnung des internationalen Währungssystems beschäftigt. (Disarmament and the Stability of the World Monetary System) Gleichzeitig sollen Fragen in diesem vorläufig letzten und umfassendsten Gutachten behandelt werden, die inzwischen unter dem Titel „Konversionsforschung" auch Eingang in die wissenschaftliche Diskussion der Ökonomen, Finanzwissenschaftler und Politologen fanden. (Umformung und Verwendung von militärischen Ressourcen in zivile, nicht-militärische Verwendung)

Neben der Vorstrukturierung internationaler Politik haben diese Gutachten die Diskussion über den Rüstungswettlauf und seine Beschränkung auf der UN-Ebene verankert. Der komplizierte Beschlußmechanismus der UNO hat bisher die offene Konfrontation zwischen dem Beschluß der NATO, die Rüstungsausgaben jährlich um 3% zu steigern, und der von der UNO betriebenen Absicht, die Rüstungsausgaben in den Hauptmilitärstaaten um 10% zu senken, verhindert. Offenbar hat die deutsche UN-Vertretung Anweisung, sich bei der weiteren Beschlußbildung über die Finanzielle Abrüstung zurückzuhalten. Der schwelende Konflikt kann jedoch offen zu Tage treten, wenn sich eine Mehrheit für das Programm der finanziellen Abrüstung in der UNO findet, ohne daß der Weltsicherheitsrat sein dauerhaftes Veto einlegt.

Bisher litten die UN-Vorstellungen daran, daß nicht klar gesagt wurde, in welchem Zeitraum die 10%-Kürzung vorgenommen werden soll, ob sie ein-

malig, laufend, auf welcher statistischen Basis und in welchen Tranchen sie auf mehere Jahre verteilt werden soll. Da eine einmalige 10%-Kürzung in einem Jahr unrealistisch ist (es sei denn, man nimmt ein Jahr, in dem aufgeblähte Militärbudgets ohnehin von nationalen Sparprogrammen betroffen sind) wird es sich wahrscheinlich um eine auf mehrere Jahre verteilte Kürzung handeln müssen, deren quantitatives Gewicht dann sinkt, wenn auf der Basis eines Ausgangsjahres die nationalen und allianzgebundenen Militärausgaben jährlich zunehmen, womöglich mehr als bisher. So gesehen birgt der Brüsseler Beschluß den Verdacht in sich, daß wenigstens ein Teil späterer Kürzungen auf Grund künftiger UN-Entscheidungen vorweggenommen werden soll.

Die Anteile der Militärausgaben in der Welt am jeweiligen Bruttosozialprodukt sind ungleich hoch. Sie reichen, nimmt man repräsentative Jahresdurchschnitte, von 2% (Haiti) bis über 40% (Israel). Mit vielen Einschränkungen gegenüber der Statistik wird man sagen dürfen, daß die Bundesrepublik im Durchschnitt der Jahre 1976/1980 mit etwa 3,6% Militärausgaben am Bruttosozialprodukt gegenüber 7–8% in den USA und wahrscheinlich 9–12% in der Sowjet-Union einen vergleichsweise geringen Platz einnimmt; (Angaben leicht korrigiert nach SIPRI – Jahrbüchern 1977–1980, Stockholm) dies ist nicht zuletzt die Folge der Pariser Verträge von 1954, die eine Vollrüstung für die Bundesrepublik nicht zulassen; es ist aber auch eine Folge des Verzichtes der Bundesregierung auf ABC-Waffen und eine Folge der Tatsache, daß die Bundesrepublik und die Bundeswehr keine Ausgaben für „Nuclear Forces" kennt. Selbst die im Bundeshaushalt ausgewiesenen Ausgaben für gemeinsame NATO-Infrastrukturen sind kaum als Investitionen für nukleare Streitkräfte und Waffen anzusehen. So würde jede Finanzielle Abrüstung, die die UN verbindlich beschließt, in der Bundesrepublik auf eine meist als konventionell bezeichnete Waffenstruktur treffen. Eine Ausnahme bilden diejenigen Kampfeinheiten, wie etwa Tornado oder Alpha-Jet, die atomare Sprengköpfe tragen können.

Welche Zusammenhänge gibt es zwischen der physischen und der Finanziellen Abrüstung?

Offenbar können die Maßnahmen der Finanziellen Abrüstung einmal der Vereinbarungen über physische Rüstungsbegrenzung flankieren, als ergänzende Bestimmung etwa dergestalt, daß Höchstbeträge für einzelne Kampfsysteme angesetzt werden während die darüberhinaus ausgegebenen Gelder zum Sparpotential gehören. Der versuchten Rückübertragung von Kosten für besonders teure Waffensysteme auf deren Entwicklungs- oder Wartungskosten kann vorgebeugt werden, indem das Sparprogramm strukturiert den Werdegang eines Waffen*systems* trifft: von der Forschung und Entwicklung über die Beschaffung, die Produktion, die Auslieferung an die Truppe und die laufende Wartung. Geschieht dies nicht, so sind selbst innerhalb der durchstrukturierten UNO-Matrix Verschiebungen möglich, da selbst eine funktio-

nierende Überprüfung (Verifikation)[5]) der von der UNO beschlossenen Sparprogramme wohl die Ausgaben, nicht aber die Kosten für Rüstung betreffen kann.

Damit Einsparungen nicht in militärisch und rüstungswirtschaftlich weniger wichtigen Bereichen vorgenommen werden, bei den Kampfsystemen aber nicht oder nur insoweit, als sie eigenen Umstrukturierungsbedürfnissen entgegenkommen (bei aussonderungsreifem militärischem Großgerät kann leicht „gespart" werden) bedarf die Finanzielle Abrüstung noch genauerer Bestimmungen und Zusätze. Im Kern kann sie linear oder nicht linear vorgenommen werden, d.h. die Einsparungen senken sich in jedem Lande um den gleichen Prozentsatz auf die vorliegende Struktur des Militärkörpers nieder, was die Fachleute eine homogen-lineare Finanzielle Abrüstung nennen. Erfolgt die Finanzielle Abrüstung nicht-linear, so bedeutet dies, daß nicht alle Ausgabengruppen gleichmäßig von der Finanziellen Abrüstung getroffen werden. So kann man sich vorstellen, daß Ausgaben für „Strategic Forces" einem anderen Abrüstungssatz unterliegen als etwa die Zivilverteidigung. Geschieht dies aber in allen beteiligten Ländern gleichförmig, so sprechen wir noch von einer homogenen, aber nicht linearen Finanziellen Abrüstung. Logischerweise sind auch die beiden Gegenfälle der insgesamt 4 Möglichkeiten gegeben: die Finanzielle Abrüstung erfolgt ungleich bei einzelnen Ausgabenposten (die man zuvor nach der UN-Matrix geordnet hat), also nicht-linear, wohl aber homogen in allen beteiligten Staaten, also überall nach dem gleichen Muster. Oder – der letzte Fall – die Finanzielle Abrüstung erfolgt wiederum linear aber nicht in allen Ländern um den gleichen Satz, also inhomogen. Diese 4 möglichen Denkfälle müssen im Rahmen der wissenschaftlichen Beratung für die UNO in Zukunft noch näher durchdacht werden.

Die Wirkungen auf die Weltrüstungsstrukturen und damit auch auf die Weltsicherheitslage sind unterschiedlich, abhängig vom gewählten Verfahren: die linear-homogene Finanzielle Abrüstung bringt – wie alle anderen Verfahren auch – zwar Ersparnisse, kann eine bestehende Ungleichgewichtslage aber auch festschreiben. Die nicht lineare, also in den nationalen Etats ungleichgewichtige Einsparung kann als weltweiter homogener Prozeß aber gerade geeignet sein, ein bestehendes Ungleichgewicht mindestens tendenziell in ein Gleichgewicht zu verwandeln und zwar auf niedrigerem finanziellen Niveau. Eine in den nationalen Militärhaushalten zwar linear, aber nicht überall in der Welt gleichförmig vorgenommene Finanzielle Abrüstung (also inhomogen) berücksichtigt geographisch-regionale Unterschiede in der Weltrüstungsstruktur. Die Kombination nicht linear – nicht homogen enthält die weitesten Möglichkeiten, weil damit bisherige Unterschiede in den Ausgabenhöhen nationaler Wehrbudgets ausgeglichen und regionale Unterschiede geglättet werden können. Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß diese Möglichkeiten auch mißbraucht werden kann, dann nämlich, wenn

5) Der Begriff Verifikation bedeutet hier abgewandelt zum Begriff der Verifizierung in der empirischen Sozialwissenschaft statistische oder physische Nachprüfbarkeit, z.B. auch durch Satelliten.

die ungleichgewichtige Kürzung von nationalen Militärausgaben schon vorhandene Ausgabenpositionen im internationalen Vergleich noch verstärkt. Eine fast schon klassische Umgehung derartiger Maßnahmen liegt darin, daß z.B. Fürsorgeleistungen oder Militärpensionen drastisch gekürzt werden, auch indem sie in andere Ressorts oder Einzelpläne übertragen werden. Das hat z.B. die Bundesrepublik schon vor 10 Jahren getan, als sie einen Einzelplan (33) für Militärpensionen im Bundeshaushalt einrichtete und den aktuellen Verteidigungshaushalt entlastete. Man sieht, wie wichtig es ist, sich bei der Finanziellen Abrüstung auf das gemeinsame, in sich geschlossene Matrix-System der UNO zu beziehen, das keine Rücksicht auf nationale Budgetierung nimmt.

Nach allem ist Finanzielle Abrüstung in der Lage, einen Beitrag zur gleichgewichtigen Abrüstung zu leisten, wenn sie mit hinreichenden Zusatzbestimmungen versehen wird, die die vorgegebene Rüstungsstruktur in der Welt zum Ausgang nimmt.

Die NATO, die im Sinne der UN-Vorstellungen nur *ein* Militärbündnis unter mehreren ist, hat zwei weittragende Beschlüsse nebeneinander gefaßt: einmal die jährlichen Rüstungsausgaben um 3% zu steigern und – im Zuge der physischen Rüstung – Mittelstreckenraketen in Europa zu installieren. Wir verzichten an dieser Stelle auf die militärpolitischen und geostrategischen Aspekte des zuletzt genannten Beschlusses, zumal diese in dieser Zeitschrift bereits erörtert werden. Eine jährliche Mehrausgabe von 3% steht einer gleichzeitigen Senkung von Militärausgaben entgegen, gleichgültig, in wieviele Tranchen sie zerlegt wird. Je später die Finanzielle Abrüstung einsetzt, um so höher werden die jährlichen Militärausgaben in Zukunft bereits gestiegen sein, d.h. die absoluten Beträge der Finanziellen Abrüstung werden sinken, wenn sie sich auf ein unverändertes Basisjahr beziehen (etwa 1980 oder 1981).

Überdies besteht die Gefahr, daß selbst eine nicht-lineare Abrüstung, also ungleichgewichtige Sparmaßnahmen, in den nationalen Budgets zwar bestehende Overkill-Kapazitäten abbaut, neue, in ihrer Bedeutung für eine mögliche Kampf- und Gefechtsführung noch nicht hinreichend bekannte oder erkannte Waffensysteme aber unberührt läßt. *Das heißt, es gibt auch unter den Bedingungen einer sorgfältig geplanten internationalen Finanziellen Abrüstung keine automatische Garantie für eine Begrenzung des qualitativen Rüstungswettlaufes.* Eine solche annähernde Garantie kann nur geschaffen werden, indem der für die Waffenentwicklung wichtigste Posten, nämlich die Forschung- und Entwicklungsausgaben (Research and Development, R and D) betont und sorgfältig einbezogen wird. Sowohl die statistische wie die praktische Verifikation dieser Ausgabengruppe ist besonders schwierig. Allerdings wird es angesichts der massenvernichtenden Wirkung von Waffen immer schwieriger werden, die Behauptung aufrechtzuerhalten, sie besäßen auch einen zivilen Nutzen. Zum Sprengen von Bergen, für Ölbohrungen oder für das Auswerfen von Deichanlagen genügt eben herkömmlicher Sprengstoff und es bedarf dazu keiner atomaren Mehrfachsprengköpfe.

Nicht nur im Nuklear-Bereich freilich kann eine Entsprechung hergestellt werden zwischen physischer und Finanzieller Abrüstung. Werden z. B. finanzielle Höchstgrenzen für Raketenwaffen festgelegt, so kann diese Schwelle unterhalb der im Zuge „physischer" Abrüstungsverhandlungen festgelegten Zahl der strategischen oder taktischen Trägersysteme liegen. Gibt es eine strenge Verifikation und gibt es Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Verstößen gegen physische und finanzielle Abrüstungsbeschlüsse, so werden Staaten, deren physische Rüstung den zugestandenen finanziellen Rahmen übersteigt, in andere Waffensysteme ausweichen. So, aber auch nur so, gesehen könnte eine Situation eintreten, in der die Maßnahmen zur Finanziellen Abrüstung die physische Rüstung zu strukturieren beginnen. Man muß jedoch erkennen, daß hier schon eine zweite Stufe der Finanziellen Abrüstung vorliegt, die derzeit in der UNO nicht offiziell behandelt wird: der Übergang von Sparmaßnahmen an bestehenden Militärhaushalten zu Beschlüssen über finanzielle Höchstgrenzen für Streitkräfte insgesamt und/oder für Waffensysteme im einzelnen.

Wie soll die Finanzielle Abrüstung – unsere letzte Frage – ansichts der bestehenden Verhältnisse beurteilt werden? Im Rahmen der internationalen Abrüstungsbemühungen ist sie zweifellos über ihren ursprünglichen Standort einer zunächst nur flankierend gedachten Maßnahme hinausgewachsen. Als Konzept bietet sie einen eigenen Einstieg in die Abrüstungsproblematik und Chancen, annäherndes Rüstungsgleichgewicht herzustellen, sind vorhanden. Dennoch kann sie nicht mehr leisten als, eine *Kanalisierung des Rüstungswettlaufes* zu fördern. Besonders großer Erfolg wäre ihr beschieden, wenn es gelänge, eine überzeugende und technisch durchführbare Verifikation von Forschungs- und Entwicklungsausgaben einzurichten. Jede in Zukunft installierte Abrüstungsbehörde oder -instanz wird diesem Punkt besondere Aufmerksamkeit widmen müssen, da hier der Keim für den wehrtechnischen „Fortschritt" liegt, der hauptsächlich rüstungs- und militärpolitische Ungleichgewichte schafft und der die kaum noch verborgene Brennzelle des Rüstungswettlaufs ist. Nachgewiesenermaßen ist die Geschwindigkeit des technischen „Fortschrittes" gerade im Rüstungsbereich seit 1945 besonders hoch, höher als in früheren Jahrzehnten der uns bekannten Wirtschafts- und Militärgeschichte, als es noch lange Jahre gleichbleibender Rüstungsstrukturen gab, die nur gelegentlich, wie etwa durch das Großkampfschiff zu See (Dreadnought) eine heftige qualitative Veränderung erfuhr. In den ersten zwanzig Jahren ihres Bestehens gab es im Kern kaum Veränderungen an den Flugzeugen, und selbst der Panzer hat eine „nur" abgestufte technische Entwicklung durchlaufen ehe er zu einer fahrbaren Kampfelektronik wurde.

Abgesehen von politischen Absichten innerhalb der Vereinten Nationen, das Konzept der Finanziellen Abrüstung möglicherweise zu verzögern oder zu verwässern werden diejenigen Staaten, die sich dem Konzept politisch anschließen, vermutlich einige Ausweichstrategien entwickeln, um ihre nationale und bündnisgebundene Militärpolitik weiterhin betreiben zu können. Zu diesen Ausweichstrategien gehört zunächst die Intention, die eigenen Mi-

litärausgaben vor einer Finanziellen Abrüstung gebührend zu erhöhen. Eine sublimere Praxis ist es, eine Struktur von Militärausgaben auszuweisen, deren waffenstruktureller Kern bei Finanzieller Abrüstung trotz Einsparungen erhalten bleibt. Das läuft darauf hinaus, daß die Einsparung überhöhte oder überfällige Posten der nationalen Militärhaushalte kürzt, was mit den nationalen Interessen in Einklang stehen kann. Schließlich kann durch politischen Entschluß auf UN-Ebene eine finanzielle Abrüstungsstruktur geschaffen werden, die nicht-linear und nicht-homogen (s. o.) unter dem Tarnmantel der Finanziellen Abrüstung ungleiche Kampf- und Gefechtsstärken taktisch und strategisch fördert. In diesem Falle wäre zwar der Sparprozeß gelungen, die Finanzielle Abrüstung aber nicht.

Eine ohnehin uneinheitliche Haltung innerhalb der NATO gegenüber Nachrüstung und beschlossener Steigerung der Militärausgaben kann für die Finanzielle Abrüstung, sollte sie Wirklichkeit werden, zwei zusätzliche Konsequenzen haben: einmal mehr werden einzelne NATO-Staaten auf die gegenüber anderen Ländern des Bündnisses ungleiche Struktur ihrer Streitkräfte und deren Bewaffnung hinweisen, mithin in der NATO für eine inhomogene Finanzielle Abrüstung plädieren, die die Besonderheiten einzelner Länder beachtet. Zum anderen kann eine künftige ungleiche Lastenverteilung innerhalb des NATO-Bündnisses dazu führen, daß z. B. die Bundesrepublik nicht nur absolut ungleich höhere Militärlasten trägt als andere Mitgliedsländer der Allianz. Eine spätere mögliche Finanzielle Abrüstung würde also eine relativ überhöhte Militärfinanzstruktur lediglich abbauen, die zuvor aus der Bündnissituation heraus erst geschaffen wurde. Wir betonen, daß dies nicht nur eine Problematik der NATO-Allianz ist.

Die Problematik einer paralysierten Finanziellen Abrüstung stellt sich auch dann, wenn der amerikanische Kongreß unter Präsident Reagan schon im Jahre 1981 durch einen Nachtragshaushalt zu den bereits bewilligten 160 Milliarden US-Dollar für das Militär weitere 7% mehr an Militärausgaben aufwenden wird. Tatsächlich könnte in der bis in die zweite Hälfte der 80er Jahre programmierten Steigerung des US-Militärhaushaltes auf 240–260 Milliarden US-Dollar ein Polster für optisch wirksame spätere Rücknahmen von zunächst bewilligten Ausgaben liegen. Freilich stellt das strenge amerikanische Bewilligungsrecht eine Bremse in einem derartigen Mechanismus dar. In der Sowjet-Union können ebenfalls nach außen hin Militärausgaben überhöht ausgewiesen werden, war freilich in Widerstreit mit der anderen Absicht der Sowjet-Union gerät, sich vor der Dritten Welt als Land mit vergleichsweise niedrigen Militärlasten darzustellen. Auf diese Weise soll die eigene friedensbetonte Außenpolitik unterstrichen werden. Einen besonderen Akzent erhält das Programm der Finanziellen Abrüstung der Vereinten Nationen gegenwärtig dadurch, daß Außenminister Haig möglicherweise bereit sein könnte, eine neue Militärdoktrin für die NATO zu entwickeln. Eine erweiterte, geomilitärische Aufgabenstellung der NATO, wie sie Haig offensichtlich auf Grund einer Studie des Philadelphia Foreign Policy Research Institute erwägt, hätte zweifellos auch eine andere Bewaffnungsstruktur und

damit auch eine andere Kostenstruktur innerhalb der Militärbudgets zur Folge. Im Klima anziehender Rüstungsspiralen besteht die Gefahr, daß die Finanzielle Abrüstung auf weniger wichtige Teile der Militärbudgets abgeschoben wird. Man erkennt in diesem Zusammenhang einmal mehr, wie wichtig es ist, Finanzielle Abrüstung immer im Zusammenhang mit den sich ändernden Militärstrukturen zu denken und dementsprechend keine starren finanziellen Abrüstungssätze festzulegen.

Es ist zu erwarten, daß vor dem Hintergrund einer auf UNO-Ebene erörterten Finanziellen Abrüstung Militärbündnisse dazu übergehen werden, ihre militärische Arbeitsteilung neu zu ordnen und zwar auch mit Blick auf spätere internationale Sparmaßnahmen, sollten sie tatsächlich beschlossen werden. Die bisherige Rüstungskooperation in der NATO hatte vornehmlich den Zweck, die „Effektivität" des militärischen Apparates zu erhöhen und – oft unausgesprochen – technisches Wissen zu streuen. Eine seit etwa einem Jahr angestrebte intensivierte NATO-Rüstungskooperation könnte sich auch zum Ziel setzen, die Rüstungsproduktion sowie die Beschaffung militärischen Großgerätes so zu organisieren, daß eine gleichmäßige, also lineare Finanzielle Abrüstung bei national bewußt ungleich gehaltenen Rüstungs- und Beschaffungsstrukturen weitgehend verpufft: zuvor geschaffene Rüstungsschwerpunkte werden nur relativ wenig getroffen. Sollte international eine nicht-lineare Finanzielle Abrüstung beschlossen werden, so werden alle großen Militärbündnisse darauf dringen, daß die Struktur der Sparmaßnahmen so auf ihre Rüstungsstrukturen gelegt werden, daß sie die geringste Minderung militärischer „Effizienz" im Sinne herrschender Militärdoktrinen darstellen. *Dies wäre die gelungenste Ausweichstrategie gegenüber dem Konzept der Finanziellen Abrüstung.*

Allerdings gibt es noch einen Grund, der zu der Hoffnung veranlaßt, die Finanzielle Abrüstung könne neben Verhandlungen über „physische" Abrüstung bzw. Rüstungsbegrenzung und trotz der eingeleiteten 3% Steigerung von Militärausgaben in der NATO einen begrenzten Erfolg bringen: bei der derzeitigen politischen Prioritätenstruktur ökonomischer und gesellschaftlicher Ziele in den älteren Industriestaaten, zu denen auch die UdSSR gehört, können nicht mehr alle wehrtechnisch möglichen Waffensysteme auf einmal finanziert werden. Dies ist ein Phänomen, das nicht nur die industrie-kapitalistisch organisierten Staaten kennen. Die Sicherung des erreichten Wohlstandes – auch in sozialistischen oder staatskapitalistischen Ländern – zwingt zu einem neuen, sorgfältigen Abwägen der Beträge, die man für das Militär auszugeben bereit ist. Von dorther besteht eine, wenn auch derzeit noch recht allgemeine Interessengleichheit zwischen den nationalen Budgetplanern und dem Konzept der Finanziellen Abrüstung der Vereinten Nationen. Eine weitere Sondervollversammlung über Abrüstung planen die Vereinten Nationen für 1982. Auf dieser Versammlung werden sicher der derzeit in Arbeit befindliche Bericht über „Disarmament and Development" und auch einige der hier vorgetragenen Gedanken diskutiert werden.

Direktinvestitionen in Entwicklungsländern

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Die Zunahme der Direktinvestitionen der Industrieländer im Ausland ist ein wichtiges Merkmal einer neuen Stufe des Internationalisierungsprozesses der Wirtschaft. Ende der 70er Jahre belief sich der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen in der Welt auf etwa 400 Mrd. Dollar, wobei etwa 300 Mrd. auf Anlagen in Industrieländern, etwa 100 Mrd. auf Anlagen in Entwicklungsländern entfielen. Der Anteil der Entwicklungsländer nimmt dabei in der Tendenz leicht zu. Etwa 90% des Bestandes stammen aus den elf wichtigsten kapitalistischen Industrieländern. Die Direktinvestitionen nehmen deutlich rascher zu als die Industrieproduktion, so daß 1978 schon 30% der Industrieproduktion dieser Länder Auslandsproduktion war. Für 1990 wird ein Anteil von 40% erwartet.

Die Bundesrepublik liegt im Vergleich mit den anderen großen kapitalistischen Ländern auf dem Gebiet der Direktinvestitionen und der Auslandsproduktion noch stark zurück. So ist die Auslandsproduktion der US-Konzerne viermal so groß wie die US-Exporte, bei der Bundesrepublik erreicht die Auslandsproduktion erst etwa ein Drittel des Exportvolumens. Allerdings ist die Bundesrepublik seit Mitte der 60er Jahre dabei, diesen Rückstand zu verringern, 1980 wurde mit Direktinvestitionen in Höhe von 8,2 Mrd. DM ein neuer Rekord erzielt. Die Krisen von 1966/67, 1974/75 und nun von 1980/81 waren jedesmal mit einer kräftigen Erhöhung der Auslandsinvestitionen verbunden.

Tabelle 1

Direktinvestitionen der Bundesrepublik im Ausland[1])

	Jährliche Zunahme	*Bestand*
1965	*1,1*	*8,3*
1970	*3,5*	*21,1*
1975	*5,2*	*42,0*
1980	*8,2*	*74,2*

1) Mrd. DM.
Quelle: „Ifo-Schnelldienst" Nr. 20/1978, S. 9; Bundeswirtschaftsministerium lt. Presseberichten.

Zu berücksichtigen ist, daß in der Statistik des Bundeswirtschaftsministeriums nur die Transaktionen über die Grenzen, nicht aber die Reinvestitionen von Gewinnen erfaßt werden. Der Bestand wird aus den kumulierten jährlichen Transaktionen errechnet.

Im internationalen Vergleich zeigt sich, daß die USA noch immer an die 50% aller internationalen Direktinvestitionen auf sich vereinigen.

Tabelle 2

Bestand an Direktinvestitionen

	1968		1979	
	Mrd. Dollar	Anteil in %	Mrd. Dollar	Anteil in %
Bundesrepublik	3,6	4,4	36,0	12,0
USA	62,0	76,6	192,6	58,1
Großbritannien	13,4	16,5	39,5	13,2
Japan	2,0	2,5	31,8	10,6

Quelle: „Ifo-Schnelldienst" Nr. 6/1981, S. 15.

Der Anteil der Entwicklungsländer an den Direktinvestitionen liegt in den meisten Ländern zwischen 25 und 30%, lediglich Japan macht eine Ausnahme.

Tabelle 3

Direktinvestitionen in Entwicklungsländern[1])

	1968	1979
Bundesrepublik	29,2	27,4
USA	28,2	26,7
Großbritannien	30,4	23,8
Japan	56,5	56,1

1) Anteile an den jeweiligen Direktinvestionen in Prozent, Bestandswerte.
Quelle: ebd.

Trotz ihrer quantitativ vergleichsweise geringen und z. T. sogar noch sinkenden Bedeutung spielen die Direktinvestitionen der Industrieländer in den Entwicklungsländern in der öffentlichen Diskussion eine wichtige Rolle. Dies ist insofern berechtigt, als die Bedeutung der Direktinvestitionen für die Struktur der Entwicklungsländer ungleich größer ist als für die der Industrieländer. Außerdem ist zu beachten, daß es sich bei den Investitionen in Entwicklungsländern in zunehmendem Maße um die Auslagerung arbeitsintensiver Produktionen handelt, d. h. die Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation relativ größer sind als bei den Anlagen in Industrieländern.

Die regionalen Schwerpunkte der Direktinvestitionen in Entwicklungsländern sind entsprechend den geographischen und historischen Gegebenheiten der Industrieländer verschieden.

Bei den USA liegt das Übergewicht bei Investitionen in Lateinamerika, bei Japan gehen die Mittel vor allem nach Asien. Großbritannien ist in erster Linie auf Afrika und Asien orientiert, während die Bundesrepublik ihre Schwerpunkte in Lateinamerika und Europa hat. Etwa 60% der westdeutschen Auslandsanlagen in der „Dritten Welt" entfallen auf nur fünf Länder.

In sektoraler Hinsicht unterscheiden sich die Investitionsschwerpunkte ebenfalls, wobei der Rückgang des Anteils der primären Sektoren, vor allem beim Bergbau, ins Auge fällt. Dies ist aber zu einem erheblichen Teil der Verstaatlichung im Energiesektor zu verdanken. Ansteigend sind die Anteile in der Industrie und im Dienstleistungsbereich.

Tabelle 4

Direktinvestitionen in Entwicklungsländern nach Sektoren[1])

	BRD		USA		Großbritan.		Japan	
	1971	1979	1971	1979	1971	1979	1971	1979
Landwirtschaft	0,2	0,6	–	–	17,8	10,8	3,9	3,0
Bergbau und Erdöl/Erdgas	9,3	7,6	44,2	17,0	7,0[2])	3,3[2])	42,1	25,0
Industrie	73,5	64,4	29,8	36,3	40,8	47,6	36,0	43,7
Dienstleistungen	16,1	26,7	26,0	46,7	34,4	38,3	16,2	27,4

1) Anteile in Prozent.
2) Angaben über die britischen Erdölinvestitionen fehlen, so daß die Anteile von Bergbau/Erdöl zu niedrig, die anderen Sektoren zu hoch ausgewiesen werden.
Quelle: „Ifo-Schnelldienst", Nr. 6/1981, S. 20.

Die Stärke der Bundesrepublik liegt in ihrer Konzentration auf die verarbeitende Industrie, während sie ihm Rohstoffbereich aus historischen Gründen einen Rückstand hat. Bedeutend sind die industriellen Auslandsinvestitionen vor allem in der chemischen Industrie, auf die 17% der Direktinvestitionen in Entwicklungsländern entfallen. Auffallend ist der niedrige Anteil in der Textil- und Bekleidungsindustrie von nur 1,4%. Hier ist aber zu beachten, daß die Auslagerung von arbeitsintensiven Fertigungen oft auch die Form des Veredelungsverkehrs annimmt. So bestehen z. B. etwa 15% der Einfuhren von Bekleidungserzeugnissen aus passivem Veredelungsverkehr, d. h. aus der Verlagerung bestimmter Arbeitsstufen ins Ausland, ohne daß die ausländischen Veredelungsbetriebe in der Statistik der Direktinvestitionen auftauchen.

Problematisch ist die rasche Zunahme der Direktinvestitionen der Bundesrepublik gegenwärtig nicht nur, weil die Dynamik des inländischen Investitionsprozesses verlangsamt und in bestimmten arbeitsintensiven Branchen Arbeitsplätze vernichtet werden. Immerhin wurde dadurch die inländische Investitionsnachfrage 1980 rein rechnerisch um netto 4–5% gemindert. Auch vor dem Hintergrund des allseits beklagten Defizits bei der Leistungsbilanz ist die rasche Expansion der Direktinvestitionen mit Besorgnis zu beobachten. Denn ebenso wie dieses Defizit sind sie mit Devisenabflüssen verbunden, die die Bundesbank durch hohe Zinsen für Geldkapital, also durch die Anregung von Geldkapitalimport, zu stoppen bemüht ist. Damit soll nicht bestritten werden, daß Direktinvestitionen auch positive Effekte für den Außenhandel besitzen können. Gefährlich ist jedoch, daß die Entscheidungen darüber in das einzelwirtschaftliche, lediglich am privaten Gewinn orientierte Kalkül von Konzernen gestellt bleiben, ohne daß die damit verbundenen negativen Folgen für die Gesamtwirtschaft in die Überlegungen einbezogen werden. So mag es für ein einzelnes Unternehmen rentabel sein, bestimmte Produktionen im Ausland fertigen zu lassen. Würden die damit verbundenen gesellschaftlichen Kosten – Arbeitslosigkeit in bestimmten Regionen, Zahlungsbilanzfragen usw. – in die Überlegung einbezogen, dann könnte die Rentabilitätsrechnung einer solchen Maßnahme ganz anders aussehen.

Jörg Goldberg

Medienkritik

EXIL

Montag-Abend-Fernsehserie „Exil", zweiter Teil, Schlußszene: In einer kleinen Wohnung in Paris treffen abends nach und nach Gäste ein, Brote und Getränke werden angeboten. Die meisten kennen sich aus der Arbeit an der antifaschistischen Exilzeitung „Pariser Nachrichten", einige sind neu in der Gruppe und kommen zögernd und mißtrauisch zur Tür herein. Erst nach einer Weile merkt der Zuschauer, wozu man sich zusammengefunden hat: im reichsdeutschen Rundfunk bekennt sich ein Schriftsteller zum Nationalsozialismus, wendet sich scharf und polemisch gegen seine im Exil lebenden Kollegen.

In einfacher Parallelmontage sieht man einmal den routinierten Redner, mit Zetteln in der Hand vorm Mikrophon sitzend, dann hört man nur noch seine Stimme aus dem Empfänger, und im Bild erscheint die stumme Betroffenheit der angegriffenen Zuhörer. Denn keine lächerlichen rassistischen Parolen sind zu hören, sondern in einem geschliffen und intelligent formulierten Vortrag erfolgt die Attacke aus der Souveränität der offenen Parteilichkeit für den Faschismus. Am Ende reagieren einige Zuhörer mit unbeherrschter Wut, halten sich die Ohren zu und schreien, ohne dabei Worte formulieren zu können, so sehr erregt sie die Macht dieses aus dem Engagement gespeisten Zynismus.

Die Szene ist lang ausgespielt, der Nationalsozialist kann seine Argumente breit entfalten, und es ist bedrückend, zu erleben, wie sich unter den antifaschistischen Intellektuellen das Schweigen zum ohnmächtigen Wutausbruch entfaltet. Die Eindringlichkeit dieser Konfrontation wird durch keine nachfolgende Auflösung aufgehoben, und ihre Dramaturgie ist von klischeehafter Verniedlichung der gängigen Film-Nazitypen ebensoweit entfernt wie von der Heroisierung des unpolitischen verfolgten Künstlers. Kompromißlos und konkret zeigt sie das Leiden unter dem Grundwiderspruch des Exils. Schockiert über den Anspruch des NS-Staates, seine Ideologie zu verbreiten, flohen viele in fremde Länder, waren aber nicht bereit, sich mit den antifaschistischen gesellschaftlichen Kräften zu identifizieren. Erst allmählich und unter dem Erkenntnisdruck von Szenen wie der erwähnten entschlossen sie sich, vom distanzierten Betrachten zum Eingreifen überzugehen.

„Exil", 1940 erschienen, ist der letzte von drei zeitkritischen Romanen Lion Feuchtwangers aus der Zeit des aufkommenden und herrschenden Faschismus. Im Mittelpunkt der Handlung stehen seine Gegner, meist Schriftsteller, Künstler oder Journalisten, die zu der Erkenntnis kommen, daß Vernunft und Kunst nur dann verändernd wirken können, wenn sie sich mit den weltverändernden gesellschaftlichen Kräften verbünden. Wie Feuchtwanger selbst machen seine literarischen Figuren meist eine Entwicklung durch. Waren die Fragen des gesellschaftlichen Engagements im ersten Roman („Erfolg", 1930) noch vorwiegend Gegenstand von Gesprächen in Intellektuellenkreisen, so ist der Held des zweiten („Die Geschwister Oppenheim", 1933) durch sein antifaschistisches Engagement in der Gefahr, den Bezug zur Kunst zu verlieren. In „Exil" findet der Komponist Trautwein im politischen Kampf auch zu einer neuen Qualität der künstlerischen Produktion.

Die Bearbeitung des Romans zur siebenteiligen Fernsehserie übernimmt die Grundthematik und konzentriert die darin enthaltene Kritik und Selbstkritik gelegentlich in meisterhaften Bildmontagen. Sie läßt sich nicht auf die im Roman stärker ausgeprägte biographische Struktur ein, sondern hebt wechselnde Personengruppen heraus. Dadurch werden die einzelnen Teile zu auch stilistisch differenzierten, eigenständigen Charakterstudien. Als formale Klammer fungiert die Geschichte eines internationalen Justizskandals, die Entführung und der Kampf um die Befreiung des Journalisten Fritz Benjamin aus der NS-Haft. Trotz klarer Fronten werden die gesellschaftlichen Kräfte nur selten durch Repräsentanten dargestellt, sondern man erlebt mit, wie sie durch und auf sehr anschaulich, präzise und lebendig gezeichnete Individuen wirken. In dieser Anlage ist auch ein Grund zu suchen für die durchweg hervorragenden schauspielerischen Leistungen.

DDR-Regisseur Egon Günther hat für den WDR ein historisches Fernsehspiel geliefert, das als beispielhaft gelten kann. Im Vergleich mit seiner analytischen und künstlerischen Reife ist im Rückblick Faßbinders vielgerühmte Döblin-Serie historiographischer Analphabetismus.

Günter Giesenfeld

Dokumente zum Zeitgeschehen

Memorandum '81
Demokratische Wirtschaftspolitik gegen Marktmacht und Sparmaßnahmen

(Wortlaut)

Wie in den vergangenen Jahren legte auch zum diesjährigen 1. Mai die Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik" („Memorandum-Gruppe") aus Wirtschaftswissenschaftlern und Gewerkschaftern wiederum ein wirtschaftspolitisches Alternativgutachten vor. (Die bisher erschienenen Memoranden sind im jeweiligen Maiheft der „Blätter" dokumentiert.) Nachstehnd veröffentlichen wir den Wortlaut der „Kurzfassung" des diesjährigen Alternativgutachtens, die als das eigentliche „Memorandum" von den im Anschluß aufgeführten Wissenschaftlern und Gewerkschaftern unterzeichnet worden ist, sowie die Einleitung und den Alternativen-Teil der sog. „Langfassung", die im Sommer als Buch erscheinen soll. Sonderdrucke des Memorandums sind lieferbar. D. Red.

1. Die Lage: Mehr Arbeitslosigkeit und mehr soziale Lasten

Die ökonomische und soziale Lage in der BRD ist im Frühjahr 1981 erneut durch eine Krise gekennzeichnet, in deren Verlauf die Produktion von Gütern und Dienstleistungen zum zweitenmal in der Geschichte der BRD zurückgeht. Auf dem „Sockel" von fast einer Million Arbeitslosen, der während des Konjunkturaufschwungs von 1976—1979 kaum abgebaut worden ist, setzt eine neue Welle von Arbeitsplatzvernichtungen durch Unternehmenszusammenbrüche, Produktionseinschränkungen sowie Rationalisierungs- und staatliche Sparpolitik ein. 1981 wird die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt mit rd. 1,2 Mio. höher liegen als in der bislang einschneidendsten Wirtschaftkrise im Jahre 1975. Rechnet man die „Stille Reserve" (ca. 1 Mio.) hinzu, so wird erstmals seit den 50er Jahren die 2-Millionen-Grenze überschritten. Wirtschaftswissenschaftliche Prognosen, die vor Jahren 1,5 bis 4 Millionen Arbeitslose für die 80er Jahre vorausgesagt und kaum Beachtung gefunden hatten, gewinnen damit schon jetzt bedrückende Aktualität.

Der in der Öffentlichkeit zunehmend zu beobachtenden Tendenz, sich an Massenarbeitslosigkeit als Normalzustand der Gesellschaft zu gewöhnen und Arbeitslose als nicht leistungsfähige Randgruppen gesellschaftlich auszugrenzen oder gar als Asoziale zu diffamieren, muß immer wieder entgegengetreten und entgegengehalten werden:

– *Erstens* stellt Arbeitslosigkeit eine massive Beeinträchtigung der Lebenschancen für die von Arbeitslosigkeit Betroffenen dar: die drastische Verminderung ihrer Einkommen (weniger als zwei Drittel der Arbeitslosen erhalten überhaupt nur Arbeitslosenunterstützung), die Ausgliederung aus dem sozialen Zusammenhang des Arbeitsprozesses, die Dequalifizierung und Zerstörung des eigenen Arbeitsvermögens – diese Faktoren zerbrechen auf die Dauer die individuelle und soziale Stabilität der Betroffenen. Die lebenszerstörenden Folgen von Arbeitslosigkeit wirken besonders bei Gruppen, deren Vermittlungschancen aufgrund der Personalpolitik der Unternehmen besonders schlecht sind.

Als besonders bedrückend muß auch die hohe Jugendarbeitslosigkeit angesehen werden: Sie nimmt jungen Menschen ohne ihr Verschulden die Möglichkeit, einen sinnvolle Arbeit und soziale Stabilität sichernden Beruf auszuüben.

– *Zweitens* ist Arbeitslosigkeit mit hohen Kosten und Verlusten für die Gesellschaft verbunden: Einerseits findet mögliche gesellschaftliche Produktion und Versorgung mit Gütern und Diensten im Umfang brachliegender Arbeit nicht statt; dieser Ausfall entspricht bei ca. 1,2 Mill. Arbeitslosen einem Betrag von 40 Mrd.DM. Andererseits muß die Gesellschaft große Summen zur Finanzierung des Existenzminimums von Arbeitslosen – sei es als Arbeitslosenunterstützung, sei es als Sozialhilfe – aufwenden; 1981 werden das erheblich über 20 Mrd.DM sein, die dadurch der Erfüllung dringend erforderlicher öffentlicher Aufgaben in Ausbildung, Verkehr und Gesundheit entzogen werden.

– *Drittens* schließlich resultiert aus Arbeitslosigkeit für die noch Beschäftigten Druck auf ihre Einkommen, wie die diesjährigen Tarifverhandlungen deutlich zeigen. Damit einher geht die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sowie des allgemeinen gesellschaftspolitischen Klimas.

2. Die Ursachen: Nicht steigende Ölpreise sondern fehlende Nachfrage

Die seit Monaten in der Öffentlichkeit vorgetragenen Behauptungen, die Krise sei vor allem Resultat der Ölpreissteigerungen und der Gewinneinbußen der Unternehmen, hält einer Überprüfung nicht stand. Erstens sind die Ölpreissteigerungen auf die Verbraucher überwälzt worden, die unternehmerischen Gewinne haben sich nachweislich in den letzten Jahren erhöht; zweitens brauchen Realtransfers in andere Länder kein Grund für Einschränkungen der Produktion und des Lebensstandards zu sein, solange menschliche und sachliche Produktionskapazitäten noch ungenutzt sind. Zu ihrer Mobilisierung und Nutzung bedarf es lediglich einer ausreichenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Das Fehlen ausreichender Nachfrage ist auch gegenwärtig der Hauptgrund der Wirtschaftskrise.

3. Die Politik der Bundesregierung: Sozialabbau nach innen – Expansion nach außen

Die wirtschaftspolitischen Instanzen sind nicht bereit, dem Tatbestand unzureichender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage durch eine energische Steigerung der öffentlichen Ausgaben sowie eine Lockerung der restriktiven Geldpolitik Rechnung zu tragen. Trotz der unübersehbaren wirtschaftlichen Krisensituation sieht die Bundesregierung keinen konjunkturpolitischen Handlungsbedarf. Im Gegenteil: Flankierend zum massiven Lohndruck von Seiten der Unternehmen betreiben die staatlichen Instanzen eine Politik des Sparens und zielen damit auf einen Sozialabbau in Dimensionen ab, die bislang einmalig in der Geschichte der BRD sind und deren völlige Verwirklichung erhebliche Einschränkungen des mühsam erkämpften sozialen Besitzstandes mit sich bringen würde.

Das Ziel dieser harten Austeritätspolitik nach innen ist die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für private Investitionen. Dazu gehört zum einen eine nachhaltige Umstrukturierung des Sozialproduktes, um die Rentabilitätsbedingungen zu verbessern. Dazu gehört zum zweiten die Beseitigung von „Investitionshemmnissen", wie sie von der Industrie z.B. in den Bürgerinitiativen gegen hemmnungslose Umweltzerstörung durch industrielle Großprojekte gesehen werden. In diesem Zusammenhang steht auch die Tendenz zur Einschränkung demokratischer Freiheiten und Mitwirkungsmöglichkeiten durch massive Demonstration staatlicher Macht und die beabsichtigte Liquidierung der Montanmitbestimmung. Zur Schaffung günstiger Investitionsbedingungen gehört drittens aber auch die Sicherung wirtschaftlicher Einflußgebiete im Ausland, um Rohstoffquellen, Absatzmärkte oder Anlagefelder zu sichern oder zu erschließen. Neben der Modernisierungspolitik zur Stärkung der Konkurrenzposition bundesdeutscher Unternehmen – ohne Rücksicht auf die Folgen für die Arbeitnehmer in der BRD- nimmt bei den Strategien wirtschaftlicher Außenexpansion in jüngster Zeit das Gewicht militärischer und rüstungswirtschaftlicher Orientierung in beängstigendem Maße zu: Die Integration der BRD - als zahlender und aufrüstender Partner – in die Strategie der USA, die die Sicherung wirtschaftlicher Interessengebiete in allen Teilen der Welt notfalls auch mit militärischer Gewalt beabsichtigt, sowie der zunehmende Drang zur Ausweitung der Waffenexporte zielen in diese Richtung. Statt die Rohstoffversorgung der BRD zu sichern, gefährden solche Strategien auf Dauer den Frieden in der Welt und damit auch die Möglichkeiten wirtschaftlicher Entwicklung.

4. Die Alternativen: Beschäftigungsprogramm und Strukturreformen

Die Politik des Abbaus sozialer Sicherung, der Einkommen sowie der Demokratie bringt für die große Mehrheit der Menschen in der BRD mehr Arbeitslosigkeit, größere Unsicherheit ihrer Arbeitsplätze, sinkenden Lebensstandard und Einschränkung ihrer demokratischen Freiheiten. Die verstärkte Expansion nach außen bewirkt überdies zunehmende Instabilität und Gefährdung des Friedens in der Welt. Die Richtschnur dieser Politik ist auf die Rentabilitätssicherung des marktbeherrschenden Privatkapitals ausgerichtet. Wirtschaftspolitische Alternativen müssen daher an

dieser Ausrichtung ansetzen. Grundsätzlich müssen sie mehr demokratische Wirtschaftsentscheidungen gegen die systembedingte ökonomische Fehlsteuerung, die aus den Entscheidungen privater Wirtschaftsmacht resultiert, fordern. Alternative Wirtschaftspolitik zielt darauf ab, durch konsequente gesellschaftliche Strukturreformen die Bedingungen für Vollbeschäftigung zu schaffen und die Steigerung einer sinnvollen Versorgung mit Gütern und Diensten bei breiter demokratischer Beteiligung an den Planungen und Entscheidungen zu sichern. Die schrittweise Verwirklichung dieser Politik erfordert mit hoher Priorität ein kurzfristig einsetzbares Beschäftigungsprogramm; gleichzeitig müssen langfristig realisierbare demokratische Strukturreformen in verschiedenen Bereichen begonnen werden.

4.1. Beschäftigungspolitisches Sofortprogramm

Als dringendste Maßnahme alternativer Wirtschaftspolitik fordern wir ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm. Es soll folgende Elemente umfassen:

– *Unverzügliche Realisierung einer expansiven Haushaltspolitik.* Das bedeutet zum einen die Rücknahme der von den Gebietskörperschaften in den letzten Monaten im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung beschlossenen Sparmaßnahmen. Zurückzunehmen sind vor allem die Kürzung der Ausgaben für Gemeinschaftsaufgaben, der Abbau der Förderung im sozialen Wohnungsbau, die Streichung der Zuschüsse zur Rentenversicherung sowie die Sperrung von Stellen im Öffentlichen Dienst. Expansive Haushaltspolitik erfordert zum anderen die Verwirklichung eines „Zukunftsprogramms für die 80er Jahre"; es soll ein Volumen von ca. 200 Mrd.DM umfassen, von denen 20 Mrd. noch in diesem Jahr zu verausgaben sind. Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms von 1977 (ZIP) liegen noch Projekte bzw. Anschlußprojekte vor, die sofort realisiert werden könnten. In der Gesamtausrichtung sollte das Zukunftsprogramm für die 80er Jahre vor allem in folgende gesellschaftliche Mangelbereiche gelenkt werden:
– Rationelle und umweltfreundliche Energieverwendung
– Entwicklung neuer Energiequellen
– Ausbau der Fernwärmeversorgung
– Verbesserung der Umweltsituation
– Maßnahmen der beruflichen Bildung (z.B. Berufsbildungsprogramm für Jugendliche in benachteiligten Regionen durch die Schaffung vollqualifizierender Ausbildungsstätten; allgemeine und berufliche Bildungsförderung junger Ausländer; Weiterbildungs- und Umschulungsprogramm).

– *Auflagen und Erfolgskontrollen bei Vergabe öffentlicher Mittel.* Öffentliche Mittel, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen als Staatsaufträge oder Subventionen vergeben werden, sollten auch diesen Zwecken entsprechend verwendet werden. Die Erfahrung zeigt, daß dies keineswegs immer der Fall und insbesondere bei Subventionen eher die Ausnahme als die Regel ist. Daher sind strenge Auflagen und Kontrollen erforderlich. Bei Nichterfüllung der Vergabezwecke sind die Mittel zurückzufordern und Konventionalstrafen zu entrichten.

– *Beendigung der restriktiven Geldpolitik.* Die aktuelle Geldpolitik der Bundesbank belastet die zinsabhängigen Investitionen erheblich. Dies trifft insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen. Daher verstärkt sie die Tendenz zur Unternehmenskonzentration und treibt die kreditmarktabhängigen kleinen und mittleren Unternehmen in den Konkurs. Dadurch werden Krise und Arbeitslosigkeit weiter verschärft. Angesichts der hohen Währungsreserven können außenwirtschaftliche Argumente zur Rechtfertigung der Hochzinspolitik nicht überzeugen, zumal ein internationaler Vergleich der Inflationsraten die Erwartung rechtfertigt, daß der Abwertungsdruck auf die DM nicht von Dauer ist.

– *Ausweitung der Masseneinkommen.* Der private Verbrauch ist der gewichtigste Bestandteil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Da er zum größten Teil aus Löhnen und Gehältern gespeist wird, ist zur Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage eine Anhebung der realen Lohn- und Gehaltseinkommen erforderlich. Wenn die Forderung der Unternehmerverbände und einer Reihe von Wirtschaftswissenschaftlern nach einer „Lohnpause" verwirklicht würde, hätte das katastrophale Folgen: die Krise würde verschärft, die Arbeitslosigkeit weiter erhöht. Eine kräftige Lohn- und Gehaltserhöhung gleicht daher nicht nur die Preissteigerungen aus; sie ist zugleich ein konjunkturbelebender Faktor.

– *Verkürzung der Arbeitszeit.* Die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich ist nach wie vor einer der wichtigsten Hebel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wenn die auch in den 80er Jahren zu erwartende Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht in weiter steigende Arbeitslosigkeit pervertiert werden soll, wird es notwendig sein, die Arbeitszeit im ganzen kräftig zu senken. Neben verschiedenen Einzelregelungen bietet sich hierfür vor allem die Verkürzung der Wochenarbeitszeit an. Die Einführung der 35-Stunden-Woche wird dabei in den 80er Jahren eine zentrale Bedeutung erhalten.

4.2. Demokratische Strukturreformen

Parallel zu dem beschäftigungspolitischen Sofortprogramm sollten konkrete Strukturreformen begonnen werden, die auf eine stärkere Durchsetzung demokratischer Willensbildung bei wirtschaftlichen Entscheidungen zielen. Forderungen in diese Richtung betreffen beispielsweise
– die Einrichtung überbetrieblicher Wirtschafts- und Sozialräte
– die Durchsetzung einer verbindlichen Regional- und Strukturplanung
– die finanzielle und rechtliche Stärkung der Gemeinden
– die Stärkung der Selbstverwaltung bei der Bundesanstalt für Arbeit
– die stärkere Übernahme des Wohnungsbaus durch öffentliche und gemeinnützige Träger
– eine grundlegende Reform des Systems der Geldversorgung.

Prinzipiell ist auf vielen Gebieten eine stärkere „Vergesellschaftung" im Sinne von mehr demokratischer Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen an der Steuerung und Regulierung wirtschaftlicher Angelegenheiten überfällig und möglich. Wir greifen einige Beispiele heraus:

– *Reform der Finanzierung von mehr Staatsausgaben.* Als fällige „Vergesellschaftung" betrachten wir auch verschiedene Möglichkeiten, die erforderlichen Ausweitungen öffentlicher Ausgaben durch staatliche Abschöpfung des Geldes zu finanzieren, das von den Unternehmen nicht nachfragewirksam in den volkswirtschaftlichen Kreislauf zurückgeschleust wird. Eine Verknüpfung der Geldversorgung durch die Notenbank mit der Kreditaufnahme des Staates sowie eine Verpflichtung des Geschäftsbankensektors, eine bestimmte Menge von Staatsschuldtiteln zu niedrigen Zinsen zu halten, könnte die Staatsverschuldung ohne kontraktive Wirkungen für den ökonomischen Gesamtprozeß wesentlich senken bzw. verbilligen.

– *Stärkung der Selbstverwaltung bei der Bundesanstalt für Arbeit.* Die Stärkung der Selbstverwaltung bietet die Möglichkeit, die Arbeitsmarktpolitik zu effektivieren. In diesem Zusammenhang käme es darauf an,
– daß der Einfluß der Arbeitgeber in den Arbeitsämtern zurückgedrängt wird, – in Angelegenheiten der Arbeitslosen-Versicherung sollten – wie in Schweden – nur die Gewerkschaften vertreten sein;
– daß die Finanzspielräume der Bundesanstalt für Arbeit, dabei insbesondere der lokalen Arbeitsämter erweitert werden;
– daß die Entscheidungsrechte der Selbstverwaltung, die Zusammenarbeit mit dem betrieblichen Bereich erweitert und die Initiativ- und Kontrollrechte der Betriebs- und Personalräte gestärkt werden.

– *Umwelt- und Energiepolitik ohne faule Kompromisse.* Unter dem Druck mächtiger Interessen der Industrie, die Umweltschutz oft als Investitionshemmnis abqualifiziert, hat die Bundesregierung dem Umweltschutz bislang kein angemessenes Gewicht in ihrer Politik eingeräumt. Eine wirksame Umweltpolitik müßte zum einen darauf hinauslaufen, durch eine energische Auflagen- und Verbotspolitik die Verwendung besonders schädlicher Stoffe zu beenden (evtl. mit Übergangsfristen und staatlichen Subventionen für die Entwicklung von Alternativen); wirksame Umweltpolitik dürfte zum anderen den technologischen Stand nicht einfach im Nachhinein konstatieren, sondern müßte die technologische Entwicklung in Richtung auf umweltfreundliche Verfahren und Produkte lenken.

Ähnliches gilt für die Energiepolitik: Appelle und Subventionen reichen, wie sich gezeigt hat, nicht aus, das große Potential zur Energieeinsparung zu erschließen. Für eine wirksame Einsparungspolitik sind vielmehr Auflagen erforderlich, z.B. Energiekennzahlen als mindestens einzuhaltende Vorgaben für bestimmte Gebäudetypen oder Höchstwerte für den Energieverbrauch bei

PKW's oder elektrischen Großgeräten. Eine sichere und vernünftige Energieversorgung bedarf allerdings einer darüberhinausgehenden durchgängigen politisch-gesellschaftlichen Steuerung, die sich nicht in erster Linie an privatwirtschaftlichen Rentabilitätskriterien ausrichten kann.

– *Abrüstung, Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion, Entwicklungshilfe.* Die steigenden Rüstungsausgaben gefährden die politische Stabilität und den Frieden. Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nehmen sie Arbeitskräfte, Energie, Rohstoffe und Produktionsmittel in Anspruch, die der gesellschaftlichen Versorgung entzogen werden. Abrüstung und schrittweise Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion wären daher Mittel zur Sicherung des Friedens und Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstandes zugleich. Die Verwendung eines Teils der durch Abrüstung freiwerdenden staatlichen Mittel zur Aufstockung der Entwicklungshilfe ist überdies auch unter dem Aspekt der Sicherung wirtschaftlicher Kooperationsbeziehungen und Rohstoffversorgung ohne Zweifel außerordentlich nützlich.

– *Soziale Wohnungsbaupolitik.* Sozialstaatliche Verantwortung für die Wohnungsversorgung darf diese Aufgabe nicht privatwirtschaftlichem Gewinninteresse auf dem Wohnungsmarkt überlassen. Es ist vielmehr eine einschneidende politische Kontrolle bei der Produktion und der Preisgestaltung im Wohnungsbereich erforderlich. Der Vorschlag, den wir zur Diskussion stellen, fordert zum einen eine Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden für die Wohnungsbauförderung (höherer Anteil an der Einkommenssteuer, Sondersteuer auf Wertsteigerungen u.a.m.). Mit dieser Finanzmasse sind kommunale Baufonds zu speisen, bei deren Verwaltung und Prioritätenfestlegung Mieterräte wesentlich zu beteiligen sind. Kurzfristig schlagen wir ferner ein kreditfinanziertes Sofortprogramm in Höhe von etwa 10 Mrd.DM vor, mit dem der Bau von 100 000 Wohneinheiten subventioniert werden kann.

– *Vergesellschaftung der Stahlindustrie.* Als konkrete Strukturreform stellen wir schließlich auch Überlegungen zur Überführung der Stahlindustrie als eines wirtschaftlichen Schlüsselsektors in gesellschaftliches Eigentum und zur Einführung demokratischer Steuerungsformen in diesem Bereich zur Diskussion. Die Vergesellschaftung erscheint deshalb dringend geboten, weil erstens die Stahlindustrie in einer tiefen Krise steckt, zweitens die privatwirtschaftliche ebenso wie die Steuerung über die EG versagt. Dies hat zu massiver Arbeitsplatzvernichtung geführt. Drittens sind in den nächsten Monaten weitere Stillegungen geplant, in deren Gefolge ganze Regionen verelenden würden. Viertens soll nach dem Willen der Stahlindustrie die Montanmitbestimmung als gewerkschaftliche Möglichkeit, wenigstens die schlimmsten sozialen Folgen für die Betroffenen abzufedern, liquidiert werden. Mit der Überführung der Stahlindustrie in gesellschaftliches Eigentum müssen auch die Planungs- und Steuerungsprozesse so gestaltet werden, daß bei weitgehender Beteiligung auch der denzentralen und regionalen Teilbereiche die Versorgung der Wirtschaft mit Stahl sowie die Berücksichtigung beschäftigungs- und regionalpolitischer (einschließlich umweltpolitischer) Erfordernisse gewährleistet werden.

Dieses Memorandum unterzeichneten bis Anfang Mai 1981:

Achten, Udo, GS, (Gewerkschaftssekretär), Sprockhövel – Ahrens, Helmut, GS, Düsseldorf – Ahrweiler, Jutta, Dipl.Volksw., Oberhausen – Altvater, Albers, Detlev, Prof.Dr., Universität Bremen – Albrecht, Ulrich, Prof.Dr., Berlin – Elmar, Prof.Dr., FU Berlin – Anthes, Jochen, Dr., Wiss.Ass., Bochum – Backes, Siegfried, Dipl.Volksw., Wiss.Mit., Berlin – Bäcker, Gerhard, Wiss.Ref., Düsseldorf – Balder, Manfred, GS, Wiesbaden – Balke, Holger, GS, Stuttgart – Balzer, Berthold, GS, Frankfurt – Bamberg, Hans-Dieter, Prof. Dr., Berlin – Barfuß, Karl Marten, Prof., HfW Bremen – Basten, Susanne, GS, Frankfurt – Baumann, Willy, GS, München – Bayer, Herbert, GS, Frankfurt – Becker-Töpfer, Elisabeth, GS, Düsseldorf – Bernath, Ulrich, Dipl.Ök., Wiss.Ang., Oldenburg – Bischoff, Joachim, Dr., Hamburg – Bispinck, Reiner, Wiss.Ref., Düsseldorf – Bittger, Gert, Dipl.Volksw., Köln – Bömer, Hermann, Dr., Akad.Rat, Dortmund – Bordanowicz, Uwe, GS, Ludwigsburg – Bosch, Gerhard, Dr., Wiss.Ref., Düsseldorf – Brands, Klaus, GS, Düsseldorf – Breier, Detlev, GS, München – Briefs, Ulrich, Wiss.Ref., Roermond – Brosius, Gerhard, Dr., Wiss.Ang., HWP Hamburg – Bruns, Ursula, Dipl.Volksw., Detmold – Buck, Helmut, GS, Reutlingen – Brenner, Peter, GS, Hannover – Burkert, Helga, Dipl.Volksw., Wiss.Ang., FU Berlin – Busch, Klaus, GS, Hannover – Buschmann, Rudolf, GS, Düsseldorf – Büssow, Anne, GS, Düsseldorf – Butterwegge, Christoph, Dr., Bremen – Christensen, Uwe, GS, Nienburg – Conert, Hansgeorg, Prof.Dr., Bremen – Dombois, Rainer, Dr., Bremen – Dammann, Klaus, Prof.Dr., Bielelfeld – Danckwerts, Dankwart, Prof.Dr., Duisburg – Degen, Manfred, GS, Osnabrück – Demele, Ottwald, Dr., Wiss.Ass., FU Berlin – Deppe, Frank, Prof.Dr., Marburg –

Diedrich, Hans-Jürgen, GS, Ansbach – Dorner, K., Prof.Dr., RWTH Aachen – Dörr, Manfred, Prof.Dr., Universität Gießen – Drechsler, Albert, GS, München – Duda, Wolfgang, GS, Hannover – Düwel, Ulrike, GS, Sprockhövel – Ebenhöck, Brigitte, Wiss.Ang., Gießen – Eckert, Horst, Wiss. Ang., Gießen – Edelmann, Peter, GS, Ludwigsburg – Ehrig, Detlev, Dipl.Volksw., Universität Bremen – Eisbach, Joachim, Dipl.Volksw., Wiss.Ass., Bielefeld – Eißel, Dieter, Dr., Wiss.Mit., Gießen – Elsner, Wolfram, Dr., Wiss.Ass., Bielefeld – Erb, Gottfried, Prof.Dr., Universität Gießen – Erhardt, Alexander, GS, Nürnberg – Ernst-Pröksen, Michael, Dipl.Volksw., Wiss.Ass., TU Berlin – Eßbauer, Walter, GS, Regensburg – Euringer, Willi, GS, München – Faltin, Günter, Prof.Dr., FU Berlin – Fahrenholt, Dieter, GS, Stuttgart – Fangmann, Helmut, Dr., HWP Hamburg – Feldhoff, Detlef, GS, Düsseldorf – Fiedler, Angela, Dipl.Volksw., Wiss.Mit., FU Berlin – Finke, Günter, Dipl.Soz., Wiss.Ang., Köln – Fleischhut, Jens, Dr., Wiss.Mit., Berlin – Franielczyk, Peter, GS, Münster – Franzen, Norbert, GS, Mönchengladbach – Freimann, Jürgen, Dr., Wiss.Ang., GHS Kassel Frerichs, Joke, Köln – Frerichs, Petra, Dr., Köln – Friess, Thomas, Dipl.Soz., Köln – Fritzsche, Klaus, Prof.Dr., Universität Gießen – Fuchs, Dieter, GS, Celle – Felsberg, Ulrich, Dipl.Kfm., Dipl.Volksw., LA, Berlin – Gassner, Michael, GS, Hamburg – Gensior, Sabine, Dr., Wiss.Mit., Berlin – Gerlach, Gerhard, GS, Düsseldorf – Giese, Prof. Dr.G., Bielefeld – Glasbrenner, Peter, GS, München – Glassmann, Norbert, GS, Hamm – Glaßer, Dietmar, GS, Hochheim – Glaubitz, Jürgen, GS, Düsseldorf – Görs, Dieter, Dr., Wiss.Mit., Düsseldorf – Goldschmidt, Werner, Dr., Dozent, Hamburg – Gotthard, Gabriele, Wiss.Mit., Gießen – Granados, Gilberto, Dr., Aachen – Grosspietsch, Edith, GS, Sprockhövel – Grünewald, Klaus, GS, München – Hagelstange, Thomas, Dr., Wiss.Ass., Duisburg – Hagenberg, Klaus, Jugendbildungsreferent, Hannover – Hagner, Klaus-Dieter, GS, Wiesbaden – Hartenstein, Willi, GS, Essen – Hamm, Andreas, GS, Münster – Haucke, Rolf, GS, Landshut – Hauschild, Peter, Dr., GS, Hamburg – Heckel, Jürgen, GS, München – Heckmann, Friedrich, Dr., Nürnberg – Heiking, Jürgen, GS, Frankfurt – Heimberg, Norbert, GS, Bremerhaven – Heinsohn, Thorsten, GS, München – Hellmich, Andrea, Wiss.Mit. – Henke, Harold, GS, Jüchen-Spenrath – Hensche, Detlev, Dr., GS, Stuttgart – Heseler, Heiner, Dr., Wiss.Mit., Bremen – Hickel, Rudolf, Prof. Dr., Bremen – Hiesinger, Karlheinz, GS, Augsburg – Hild, Paul, Dipl.Volksw., Wiss.Ang., Köln – Hillenbrand, Werner, GS, Bietigheim-Bissingen – Himmelstoss, Uwe, GS, Peine – Hintloglou, Nikolaus, GS, Düsseldorf – Hinz, Lieselotte, Wiss.Mit., Dortmund – Hohmann, Rolf, Wiss.Mit., Berlin – Hofemann, Klaus, Dr., Köln – Hoffmann, Jürgen, Dr., z.Zt. Marburg – Hofmann, Johannes, Wiss.Mit., Berlin – Höper, Dietrich, Päd.Mit., Springe – Holzmann, Karl, GS, Stuttgart – Horstmann, Axel, Wiss.Mit., Bielefeld – Hosfeld-Guber, Jutta, Wiss.Mit., Berlin – Hoss, Manfred, Päd.Mit., Augustdorf – Huffschmid, Jörg, Prof.Dr., Bremen – Hoyer, Jürgen, GS, Hamburg – Hendriksen, Werner, GS, Hamburg – Humml, Klaus, GS, Meerbusch Hundt-Meyer, Sönke, Prof.Dr., HfW Bremen – Huster, Dr.Ernst-Ulrich, Wiss.Mit., Gießen – Huttenlocher, Ulrich, GS, Oberursel – Ipsen, Dirk, Prof.Dr., Darmstadt Sackstetter, Werner, Prof., Pforzheim – Jäger, Konrad, GS, Lahn-D. – Jäger, Erich, GS, Duisburg – Jäkel, H.Rainer, GS, Düsseldorf – Josefowiez, Marianne, Päd.Mit., GS, Bochum – Judisch, Michaela, GS, Landshut – Jünemann, Fritz, Päd.Mit., GS, Bochum, Jürgens, Jürgen, GS, Düsseldorf – Kaminsky, Ulrich, Dipl.Kfm., Berlin – Kammler, Jörg, Prof.Dr., Kassel – Katzenstein, Robert, Dr., Berlin – Keinert, Siegfried, GS, Gießen – Kern, Ulrich, GS, Münster – Kersjes, Franz, GS, Köln – Keuchel, Gerhard, GS, Düsseldorf – Kessler, Gisela, GS, Stuttgart – Kiehn, Christa, GS, Düsseldorf – Kiewel, Angelica, Dipl.Volksw., Wiss.Ang., Köln – Kirch, Henry, GS, Ahlfeld – Kisker, Klaus-Peter, Prof.Dr., Berlin – Klinker, Hans, GS, Lohr – Klose, Alfred, GS, Hannover – Kiel, Reinhard, GS, Frankfurt – Klemens, Uwe, GS, Speyer – Knauf, Tassilo, Dr., Bielefeld – Knoch, Helmut, GS, Solingen – Koch, Dieter, Dr., Wiss.Mit., Hamburg – Köcher, Wolfgang, MA, GS, Hannover – Koenen, Jürgen, GS, Bochum – Koesling, Norbert, GS, Essen – Köppen, Dietrich-W., Prof.Dr., Universität Essen – König, Otto, GS, Hattingen – Kohl, Heribert, Radakteur, Düsseldorf – Kopetzki, Christian, Prof.Dr., GHS Kassel – Kröger, Hans Jürgen, Abt. Wirtschaft, Bremen – Krätke, Michael, Wiss.Ass., Universität Bielefeld – Krahn, Karl, Prof.Dr., Universität Bielefeld – Krauth-Bromm, Erika, GS, Sprockhövel – Krohn, Wolfgang, GS, Hannover – Krüger, Heinrich, Dipl.Volksw., Berlin – Krüger, Stephan, Wiss.Ass., TU Berlin – Krumbein, Wolfgang, Wiss.Mit., Universität Göttingen – Krusewitz, Knut, Wiss.Ass., TU Berlin – Krupke, Siegfried, GS, Sprockhövel – Krysmanski, H.J., Prof.Dr., Universität Münster – Kubitzka, Werner, GS, Lahnstedt – Küller, Hans-Detlev, GS, Düsseldorf – Kugler, Marianne, GS, Heilbronn – Kühn, Hagen, Dr., Wiss.Ang., Wissenschaftszentrum Berlin – Küther, Gerhard, GS, Philippsburg – Kuhls, Hinrich, Universität Köln – Kuffler, Alfred, GS, Weisenheim/Sand – Kunkel, Detlef, GS, Stadthagen – Kurz-Scherf, Ingrid, Wiss.Ref., Düsseldorf – Lamb, Horst, Soz.Sekr., Essen – Lauenstein, Richard, GS, Hannover – Lebien-Schachner, Gilberte, GS, Peiting – Leibig, Frank, GS, Regensburg – Leithäuser, Gerhard, Prof.Dr., Universität Bremen – Leittretter, Siegfried, Dipl.Volksw., Düsseldorf – Liebau, Eberhard, Prof.Dr., Berlin – Lindner, Peter, GS, Celle – Lison, Rüdiger, Dr., Wiss.Ass., Universität Duisburg – Lobodda, Gerd, GS, Nürnberg – Löchte, Walter, GS, Herdecke – Lotz, Heidrun, Referentin im BfW, Düsseldorf – Ludewig, Günter, Prof., FHW Berlin – Maier, Friederike, Dipl.Volksw., Wissenschaftszentrum Berlin – Maier, Fritz, GS, München – Maier, Karl, GS, Aalen-Unterkochen – Maier, Karl, GS, Heidenheim/Brenz – Malcherek, Peter, GS, Göttingen – Marx, Gerhard, GS, Braunschweig – Mathes, Christel, Angestellte, Offenbach – Mathes, Horst, GS, Dortmund – Mattfeld, Harald, Prof.Dr., HWP Hamburg – Mayer, Udo, Dr., HWP Hamburg – Maylandt, Horst, GS, Sprockhövel – Mazurek, Wolfgang, GS, Frankfurt – Meier, Erwin, Dipl.Volksw., Berlin – Meitz, Siegfried, päd.Mit., Heim-VHS Hustedt – Meixner, Horst, Dr., Wiss.Ass., Universität Frankfurt – Mendius, Hans Gerhard, Dipl.Soz., Wiss.Ass., München – Menzel, Helmut, GS, München – Menze, Holger, IfAB in HVHS Lage-Hröste – Meyer-Fries, Thomas, GS, Eichenau – Mertes, Ulrike, Wiss.Ref., Düsseldorf – Missoni, Bruno, Dipl.-Volksw., Wiss.Mit., TU Berlin – Mohr, Annegret, Dipl.Volksw., Wiss.Ref., Bonn – Moll, Hans, GS, Willich – Möller-Lücking, Norbert, GS, Düsseldorf – Molz, Manfred, GS, Stuttgart – Mönig, Margret, GS, Düsseldorf – Mühlberger, Gisela, GS, Frankfurt –

Müller, Gottfried, GS, Duisburg – Müller, Winfried, GS, Osterode – Müller, Manfred, GS, Berlin – Müller, Hans-Erich, Dipl.Kfm., Wiss.Ass., Berlin – Muster, Manfred, GS, Frankfurt – Naegele, Gerhard, Dr., Köln – Nagel, Bernhard, Prof.Dr., Universität Kassel – Neumann, Franz, Prof.Dr., Universität Gießen – Nickel, Gerd, GS, Fürth – Nover, Ludger, GS, München – Novy, Klaus, Dr., Universität Wuppertal – Nowak, Jürgen, Prof.Dr., FHSS Berlin – Neugebauer, Werner, GS, Landshut – Oehlke, Paul, Dr., Wiss.Mit., Kassel – Ohl, Kai, GS, Frankfurt – Oppolzer, Alfred, Prof.Dr., Kassel – Ott, Erich, Dr., Wiss.Ang., Bielefeld – Ott, Peter, Wiss.Mit., Bielefeld – Oxford, Rainer, GS, Stuttgart – Paul, Heinz, GS, Nürnberg – Paetow, Holger, Wiss.Mit., Hamburg – Papendorf, Jürgen, GS, Braunschweig – Paulke, Joachim, GS, Ratingen – Perner, Detlef, Wiss.Ref., Düsseldorf – Petri, Berndt, GS, Hagen – Petzinger, Renate, Wiss.Mit., Kassel – Pfennig, Werner, GS, Stuttgart – Pfundner, Lutz, GS, Düsseldorf – Pinck, Axel, Wiss.Mit., Hamburg – Pleithner, Lothar, GS, Stuttgart – Pohl, Sigrid, Wiss.Mit., Berlin – Polzmacher, Richard, GS, München – Polny, Friedhelm, GS, Oberhausen – Pommerenke, Siegfried, GS, Hildesheim – Priewe, Jan, Wiss.Mit., Bielefeld – Puchert, Michael, GS, Regensburg – Puschnerus, Heinz, GS, Dortmund – Rabmann, Bernd, Prof.Dr., Paderborn – Rademacher, Lilo, GS, Mainz – Raane, Peter, GS, Düsseldorf – Raser, Bruno, GS, Braunschweig – Raske, Winfried, Prof., Berlin – Rauch, Josef, GS, München – Reiners, Hartmut, Wiss.Mit., Dortmund – Richter, Ernst, GS, Gießen – Richter, Horst, GS, Frankfurt – Röder, Wolf-Jürgen, GS, Reutlingen – Roth, Bernhard, Wiss.Mit., Marburg – Roth, Horst, GS, Nauheim – Roth, Karin, GS, Nauheim – Rösch, Johann, GS, Nürnberg – Röver, Joachim, GS, Mülheim – Rzaza, Jochen, GS, Düsseldorf – Rabe, Günter, GS, Hamburg – Rosenbrock, Rolf, Dr., Wiss.Mit., Berlin – Rupp, Rudi, Wiss.Ass., Berlin – Sackstetter, Hans, Prof.Dr., GHS Kassel – Salewski, Klaus-Dieter, GS, Lüneburg – Sanner, Monika, GS, Dortmund – Sawicki, Dr.Czeslaw, Wiss.Mit., Bielefeld – Seebohm, Kurt P., Wiss.Mit., Köln – Seiler, Reinhard, Päd.Mit., Detmold – Singer, Otto, Dipl.Volksw., Wiss.Mit. – Söhnlein, Gert, GS, Ansbach – Späth, Ernst, GS, München – Spieker, Dr. Reinhold, Hamburg – Spoo, Eckart, Journalist, Hamburg – Spörckmann, Wolfgang, GS, Düsseldorf – Szell, György, Prof.Dr., Osnabrück – Schachner, Günther, GS, Peiting – Schardt, Stephan, GS, Essen – Schau, Albert, Prof.Dr., PH Eßlingen – Schau, Albrecht, Prof.Dr., Eßlingen – Schirner, Henning, Dr., Wiss., Nürnberg – Schneider, Gerhard, GS, Aalen – Schneider, Gottfried, GS, Nürnberg – Schneider, Gerhard, GS, Wiss.Ref., Düsseldorf – Schlemmer, Gisbert, GS, Düsseldorf – Schlüter, Thomas, Dipl.Pol., Wiss.Mit., Berlin – Schmidt, Detlef, GS, Düsseldorf – Schmidt, Rainer, GS, Gelsenkirchen – Schmidt, Thomas, GS, Düsseldorf – Schmitthenner, Horst, GS, Sprockhövel – Schmitthenner-Hundertmark, Christa, GS, Sprockhövel – Schmalzbauer, Fritz, GS, Lauf – Schneidereit, Monika, Dipl.Volkw., Wiss.Mit., Hagen – Schrader, Hans-Dieter, GS, Hildesheim – Schreiber, Günter, GS, Wuppertal – Schröder, Oskar, GS, Maintal – Schröter, Lutz, Dr., Wiss.Mit., Dortmund – Schui, Herbert, Prof.Dr., Hamburg – Schulz, Hartmut, GS, Hannover – Schuermann, Josef, GS, Sprockhövel – Schumacher, Hans Jürgen, GS, Dortmund – Schumacher, Arne, GS, Essen – Schumacher, Jürgen, GS, Haßloch – Schöll, Wolfgang, GS, Lohr – Schunter-Kleemann, Susanne, Prof.Dr., Bremen – Schumm-Garling, Prof.Dr., Frankfurt – Schwarz, Michael, Dipl.Soz., Wiss.Ang., Köln – Schwitzer, Reinhard, GS, Hannover – Stahn-Willig, Brigitte, Wiss.Ref., Düsseldorf – Stamm, Sybille, GS, Stuttgart – Stamm, Jürgen, GS, München – Steffen, Johannes, Dipl.Volksw., Wiss.Mit., Köln – Stephan, Fridolin, GS, München – Stegerer, Rudolf, GS, Regensburg – Stinton, Hartmut, Dipl.Volksw., Wiss.Mit., Klagenfurt – Stöber, Joachim, GS, Köln – Stöckigt, Heinz, GS, München – Stöver, Bernd, GS, Frankfurt – Stoll, Edgar, Dipl.Kfm., Wiss.Ass. – Strauss-Fehlberg, Gerlinde, Dr., GS, Frankfurt – Tesic, Dusan, Dipl.Volksw., Berlin – Teske, Jürgen, GS, Mönchengladbach – Tewes, Antje, GS, Sprockhövel – Tilch, Barbara, GS, Nürnberg – Thiel, Helmut, GS, Bremen – Thomasberger, Claus, Dipl.Volksw., Wiss.Ass., Berlin – Thurm, Mathias, Dipl.Soz., Wiss.Mit., Berlin – Timmermann, Prof.Dr., HfW Bremen – Tofaute, Hartmut, Wiss.Ref., Düsseldorf – Tolksdorf, Guido, Dipl.Soz., Wiss.Mit., Bielefeld – Trautwein-Kalms, Gudrun, Wiss.Ref., Düsseldorf – Troost, Axel, Dipl.Volksw., Wiss.Mit., Marburg – Ulber, Cornelia, Dipl.Soz., Wiss.Mit., Köln – Ullrich, Manfred, GS, Dortmund – Unterhinnighofen, Hermann, GS, Frankfurt – Urban, Ernst, GS, Düsseldorf – Voegele, Alexander, Dr., LA, FHW Berlin – Vogt, Ingrid, GS, Hattingen – Vogt, Walter, GS, Hattingen – Vogt, Willi, GS, Bielefeld – Volkmann, Gert, Wiss.Ref., Düsseldorf – Volkmann, Rainer, Prof., HWP Hamburg – Wächter, Hartmut, Prof.Dr., Universität Trier – Warner, Wilhelm, Päd.Mit., Hannover – Waschkuhn, Günther, GS, Berlin – Weber, Ulrich, Dr., Wiss.Mit., Dortmund – Weller, Walter, GS, Dortmund – Welzmüller, Rudolf, Wiss.Ref., Düsseldorf – Wagner, Rolf, GS, Hannover – Wagner, Joachim, Dipl.Ök., Wiss.Mit., Hannover – Weg, Marianne, Dipl.Ök., Köln – Wendt, Klaus, GS – Wendeling-Schröder, Ulrike, Wiss.Ref., Düsseldorf – Wiegand, Rainer, GS, Hannover – Wiethold, Franziska, GS, Düsseldorf – Wilser, Axel, MA, GS, Hannover – Winter, Tilmann, Prof.Dr., Wiesbaden – Wolf, Peter, GS, Leer – Wolf, Frieder, O., Dr., Dozent, Berlin – Wolff, Rüdiger, Dipl.Volksw., GS, Hamburg – Wolter, Henner, Dr., GS, Stuttgart – Wulf, Herbert, Dr., Wiss.Mit., Hamburg – Wuppermann, Beatrix, Dipl.Volksw., Wiss.Mit., Berlin – Zachert, Ulrich, Dr. HWP Hamburg – Zameck-Glyscinski, Axel von, Dipl.Volksw., Wiss.Mit., Berlin – Zechlin, Lothar, Prof.Dr., HWP Hamburg – Zerdick, Axel, Prof.Dr., FU Berlin – Zielinksi, Heinz, Dr., Wiss.Ang., Gießen – Zinn, Karl-Georg, Prof.Dr., RWTH Aachen – Zmuda-Schamper, Erna, GS, Erkrath – Zmuda, Werner, GS, Erkrath – Zwickel, Klaus, GS, Heilbronn – Zwingmann, Bruno, Wiss.Ref., Düsseldorf. – Jetter, Christoph, Gewerkschafter, Darmstadt – Hunkeler, Werner, Gewerkschafter, Darmstadt – Heil, Gottfried, GS, Flörsheim – Hooge, Dieter, GS, Frankfurt/M. – Fischer, Verena, Gewerkschafterin, Frankfurt/M. – Reincke, Jürgen, Gewerkschafter, Kassel – Rübsam, Hajo, Gewerkschafter, Gelnhausen – Köhler, Paul, Bildungsreferent, Butzbach – Hoffmann, Walter, Gewerkschafter, Bad Nauheim – Kaiser, Kurt, Gewerkschafter, Kassel. – Weiterhin hat eine große Anzahl ehrenamtlicher Gewerkschaftsfunktionäre unterschrieben.

Kontaktadresse: Prof. Dr. Rudolf Hickel, Postfach 330440, Universität Bremen, 2800 Bremen

Anhang: Auszüge aus der „Langfassung"

Einleitung:
Zur wirtschaftlichen und politischen Lage. Grundlinien politisch-ökonomischer Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung und die verfolgten politischen Strategien in der Bundesrepublik beginnen, eine unheilvolle Verbindung einzugehen: Arbeitslosigkeit, der Ruf nach Lohnsenkungen und mehr Rüstung vereinen sich mit sozialer Demontage und der Gefährdung demokratischer Rechte. Was sich anbahnt, weist weit über den engen wirtschaftlichen Bereich hinaus.

– *Erstens* hat nach fünf Jahren mäßiger konjunktureller Erholung, in deren Verlauf die Massenarbeitslosigkeit kaum beseitigt wurde, seit Mitte 1980 eine neue zyklische Krise begonnen. Bei einem Sockel von fast einer Million registrierter Arbeitsloser beginnt die Produktion erneut zu sinken, werden Arbeitsplätze wegrationalisiert und brechen Unternehmen zusammen. Die öffentlichen Ausgaben werden gesenkt. Die Arbeitslosigkeit wird in Kürze den Stand des Krisenjahres 1975 erheblich übertreffen. Die soziale Absicherung wird mehr und mehr aufgeweicht. Lebensstandard und soziale Lage verschlechtern sich einschneidend.

– *Zweitens* werden in diesen Monaten die Eckpfeiler einer wirtschaftspolitischen Strategie gesetzt, die die längerfristige Sanierung der BRD-Wirtschaft durch strikte Austeritätspolitik nach innen und rücksichtslose Expansionspolitik nach außen sichern will. Das Konzept, das wir im Memorandum 1980 als „konservative Formierung" analysiert und kritisiert haben und vor dem wir im Sondermemorandum vom Dezember 1980 angesichts der Koalitionsvereinbarungen erneut gewarnt haben, wird jetzt in die Tat umgesetzt. Obgleich in diesem Jahr alle vier wirtschaftspolitischen Ziele des Stabilitätsgesetzes mit Sicherheit weit verfehlt werden, verneint die Bundesreigerung jeden konjunktur- und beschäftigungspolitischen Handlungsbedarf, um die Lage derer zu verbessern, die auf Einkommen aus unselbständiger Arbeit angewiesen sind. Im Gegenteil: Der Lohndruck von seiten der Unternehmer und der Sozialabbau von seiten des Staates sind intensiver als je zuvor in der Geschichte der BRD.
Die Bundesregierung richtet ihre politischen Anstrengungen und ihre wirtschaftlichen Ressourcen auf eine Beseitigung von „Innovations- und Investionshemmnissen" aus, die in den 70er Jahren durch eine angeblich übermäßige Last auf den privatwirtschaftlichen Erträgen und auf der unternehmerischen Bewegungsfreiheit aufgebaut worden seien: Projekte staatlicher Wirtschaftspolitik sind nun, den Bau von Kernkraftwerken verstärkt zu fördern, das Privatfernsehen durch „Verkabeln" ganzer Gebiete vorzubereiten und den Wohnungsbau durch „Liberalisierung der Mietbestimmungen" (d.h. Mietsteigerungen) zu beleben. Wie einträglich diese Maßnahmen für eine Privatwirtschaft sind, ist ebenso klar, wie ihr wirtschaftlicher und sozialer Nutzen fraglich ist. Eine solche Politik eignet sich nicht dazu, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen, an denen gegenwärtig die kapitalistischen Industrieländer kranken, sondern diese Politik wird die Lage vielmehr verschärfen; das Beispiel Englands belegt dies.

– *Drittens* wird verstärkt versucht, soziale Konflikte zu verhindern oder niederzuhalten, indem staatliche Macht entfaltet und demokratische Rechte eingeschränkt werden. Die Gewerkschaften sollen durch massiven publizistischen und ideologischen Druck dazu gebracht werden, eine Politik der Sozialpartnerschaft zu praktizieren, die mehr hergibt, als sie empfängt – während gleichzeitig nach einer Übergangsfrist durch Koalitionsvereinbarung die Montanmitbestimmung liquidiert werden soll. In anderen Bereichen sozialer Auseinandersetzungen – Kernkraftwerke, Wohnungsnot, Flughafenausbau – reagieren staatliche Stellen auf Widerspruch und Protest zunehmend mit der Demonstration von Macht und der Entfaltung von Militanz. Der Aufwand an Polizei und paramilitärischen Verbänden bei Demonstrationen ist oft genug höher, als dies ein bloßer Objektschutz verlangen würde. Er muß provozierend wirken. Es entsteht der Eindruck, als ob es den jeweiligen Landesregierungen um mehr geht, nämlich um die prinzipielle Durchsetzung eines neuen Grundkonzeptes: Ziel ist nicht mehr, Artikulationsfreiheiten zu gewährleisten, sondern die Bürger zu disziplinieren und zu reglementieren. Dies aber ist das unvermeidbare Gegenstück zum ordnungspolitischen Grundkonzept in der Wirtschaftspolitik, dessen Ziel ja darin besteht, die durch staatliche und gesellschaftliche Normen angeblich eingeschränkte Freiheit der Privatwirtschaft wiederherzustellen.

– *Viertens* schließlich macht die besondere Akzentuierung der Militär- und Rüstungspolitik die Lage noch um einiges bedrohlicher: Die Einbindung der BRD in die amerikanische globale Interventionspolitik, um wirtschaftliche Einflußzonen zu sichern, steigert die Kriegsgefahr in vielen Teilen der Welt und in Europa. Der Versuch, mit steigenden Waffenexporten ökonomische Einflußzonen für die BRD zu gewinnen oder zu halten, verstärkt die Spannungen in den Ländern der Dritten Welt. Weiterhin kann dies die Präsenz westdeutscher Truppen – als technische und Militärberater – in Ländern außerhalb der NATO einleiten. Der steigende Haushaltsanteil für Waffenkäufe muß schließlich notwendige staatliche Ausgaben in anderen Bereichen einschränken. Längerfristig untergräbt eine solche Priorität der Militärausgaben im Staatshaushalt die materiellen Grundlagen für die nationale wirtschaftliche Entwicklung – und stärkt damit die Kräfte, die die ökonomische Sanierung auf Kosten des Auslandes, und sei es mit militärischen Mitteln, erreichen wollen. Die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft und Politik ist hierfür ein warnendes Beispiel.

. . .

IV. Stabilisierung durch Demokratisierung – Die Alternativen

1. Demokratische Wirtschaftsentscheidung gegen Defizite privater Marktsteuerung

Der Charakter der vorherrschend propagierten und praktisch betriebenen Wirtschafts- und Sozialpolitik läßt sich gut erkennen an der Art, wie die 1974 wiederaufgetauchte Massenarbeitslosigkeit ideologisch verarbeitet und mit welchen Konzepten ihr politisch begegnet wurde. Die zentrale Reaktion auf die Massenarbeitslosigkeit bestand und besteht in dem Ruf nach einem Zurückdrängen staatlicher beschäftigungspolitischer Aktivitäten und massivem Druck auf gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten; Vollbeschäftigung soll durch mehr Freiheit für die Marktkräfte erreicht werden. Tatsächlich – und wir haben hierauf bereits in mehreren früheren Memoranden hingewiesen – wurde damit das Ziel verfolgt, die Situation hoher Arbeitslosigkeit, die die Handlungsmöglichkeiten der abhängig Beschäftigten schwächt, für eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen zugunsten der Unternehmer auszunutzen. Inzwischen ist mehrfach praktisch deutlich geworden, was bereits von Anfang an theoretisch einsehbar war, daß nämlich die mit der Parole „mehr private Marktwirtschaft" versprochene Lösung der Beschäftigungsprobleme nicht erfolgt ist. Im Gegenteil ist die Arbeitslosigkeit gegenwärtig auf den höchsten Stand seit 1955 gestiegen. Bei unveränderter Wirtschaftspolitik ist auch für die 80er Jahre mit Sicherheit vorauszusagen, daß die Beschäftigungsprobleme noch an Schärfe gewinnen werden.

Das auffälligste ökonomische Defizit der gegenwärtigen Situation besteht darin, daß es der auf dem Rentabilitätskalkül basierenden Wirtschaftssteuerung immer weniger gelingt, die verfügbaren Ressourcen den gesellschaftlichen Bedürfnissen zuzuführen. Nicht Ressourcenknappheit, wie dies mit dem falschen Schlagwort von der ölschockbedingten Krise zu suggerieren versucht wird, sondern die Unfähigkeit, bestehende Kapazitäten auszulasten, vorhandene Fonds als Ergebnisse vorangegangener Wertschöpfung dem Reproduktionsprozeß verfügbar zu machen, beschäftigungssuchenden Menschen sinnvolle Arbeitsplätze bereitzustellen, sind Ursachen und sich verfestigende Folgen der anhaltenden Krise.

Mit der Dauer der Krise macht sich in zunehmendem Maße eine Perspektivlosigkeit bemerkbar, unter der nicht nur die unmittelbar betroffenen Arbeitslosen leiden, sondern auch diejenigen, die sie antizipieren, sei es in der Form offener Arbeitslosigkeit, sei es in der Form unterwertiger Beschäftigungsmöglichkeiten. Verfestigt hat sich auch die Disziplinierungsfunktion der Arbeitslosigkeit, nicht nur direkt am Arbeitsplatz, sondern auch im politischen Bereich. Weil die von den Unternehmen angebotenen Arbeitsplätze knapp gehalten werden, gewinnt das Argument, Arbeitsplätze seien bedroht oder würden durch diese oder jene Maßnahme geschaffen, politische Gewalt. Die gesellschaftlichen Wahlmöglichkeiten in bezug auf die Palette zu produzierender Güter (Rüstungsexporte, Asbestproduktion), angewandte Technologien (Kernkraftwerke) oder das Verhältnis Arbeitszeit – Freizeit (Lambsdorff: zur Sicherung von Export und Arbeitsplätzen muß mehr und nicht weniger gearbeitet werden) werden immer mehr auf die eine Wahlmöglichkeit, die der Unternehmen, reduziert.

Alle diese Erscheinungen sind jedoch nicht Folgen eines Zuviels an staatlichen Eingriffen in den Wirtschaftsablauf, sondern Defizite einer allein auf dem Profitmaximierungskalkül basierenden Marktsteuerung. Allerdings sind diese Defizite inzwischen so groß, daß sie durch globalsteuernde Maßnahmen allein nicht mehr ausgeglichen werden können. Für eine an Arbeitnehmerinteressen orientierte Wirtschaftspolitik kann die Konsequenz deshalb nicht darin bestehen, gar keine Prozeßpolitik mehr zu betreiben.

Prozeßpolitik muß vielmehr so ausgebaut werden, daß sie wirksam wird. Dies bedeutet insbesondere, daß nicht mehr allein auf eine Politik von Profitanreizen gesetzt wird. Erforderlich ist in zunehmendem Maße eine direkte demokratische Einflußnahme auf Unternehmensentscheidungen, die die Quantität und Qualität von Arbeitsplätzen berühren.

Die Notwendigkeit wesentlich verstärkter demokratischer Einflußnahme auf Wirtschaftsentscheidungen gilt für kurzfristig zu ergreifende beschäftigungspolitische Maßnahmen wie auch für mittel- und langfristig wirksame Entscheidungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es ist allerdings entscheidend, daß auch die kurzfristig zu ergreifenden beschäftigungspolitischen Maßnahmen in den Rahmen einer stetig betriebenen Politik der Strukturreform eingebettet werden. Diese muß darauf abzielen, beschäftigungspolitische und bedarfsorientierte Zielsetzungen nicht nur indirekt über Nachfrageimpulse zu erreichen, sondern auch durch ein Bündel direkt wirksamer, von demokratischen Instanzen kontrollierbarer Maßnahmen, wie z.B. eine Umgestaltung der Finanzierungsmethoden und -kompetenzen öffentlicher Ausgaben, Einführung wirksamer Subventionskontrollen, die Bindung öffentlicher Aufträge an preis- und beschäftigungspolitische Auflagen, eine Stärkung der Selbstverwaltung in der Arbeitsmarktpolitik, ein Mehr an öffentlich produzierten und verteilten Gütern, eine auch gegen Marktkräfte durchzusetzende Energie- und Umweltpolitik, eine Stärkung einer Politik des sozialen Wohnungsbaus im umfassenden Sinne des Wortes, eine Umstellung von Rüstungs- auf Friedensproduktion, verbunden mit einer verstärkten Hilfe für Entwicklungsländer.

Die eingeschränkte Wirkung der an der Nachfrageseite ansetzenden staatlichen Konjunkturpolitik der vergangenen Jahre ist nach unserer Einschätzung nämlich gerade darauf zurückzuführen, daß diese nicht mit solchen Strukturreformen verbunden worden sind.

Die Durchsetzung demokratischer Strukturreformen in der Wirtschaftspolitik wird nicht ohne soziale Auseinandersetzungen möglich sein. Die sozialen Kosten einer solchen Auseinandersetzung erscheinen aber gering im Vergleich zu den sozialen Kosten, die bei einem Verzicht auf solche Strukturreformen entstehen: Ohne eine entschlossene demokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik verschärfen sich, was bereits heute deutlich sichtbar ist, die Versorgungs- und Verteilungsprobleme im weitesten Sinne in vielen Bereichen der Gesellschaft immer mehr. Auch die sozialen Kosten zur Durchsetzung privatwirtschaftlicher Unternehmensentscheidungen dürften in immer weiteren Bereichen ansteigen; bereits in den letzten Jahren sind sie, wie sich am Beispiel der Kernkraftwerke zeigt, enorm gewachsen.

2. Beschäftigungspolitische Sofortmaßnahmen

Obwohl eine auf dauerhafte Beschäftigungssicherung abzielende Politik im Rahmen eines Programms von Strukturreformen, deren Durchsetzung Zeit in Anspruch nimmt, betrieben werden muß, sind wegen des außerordentlich hohen Niveaus der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit auch Maßnahmen erforderlich, deren Wirkung unmittelbar einsetzt. Dabei sollte von vornherein darauf geachtet werden, daß die Politik zur Krisenbekämpfung nicht mehr in Form antizyklischer Konjunkturspritzen betrieben wird.

Expansive Ausgabenprogramme sollten so massiv und mittelfristig angelegt sein, daß damit der gesellschaftliche Bedarf, der von der privaten Marktwirtschaft systematisch nicht befriedigt wird, gedeckt wird.

a) Expansives Haushaltsprogramm

Eine wesentliche beschäftigungspolitische Wirkung kann bereits erreicht werden, wenn die von den Gebietskörperschaften in den letzten Monaten beschlossenen Sparmaßnahmen rückgängig

gemacht werden. Es handelt sich hierbei vor allem um Ausgabekürzungen, die, wie die Durchführung der Gemeinschaftsaufgaben, Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich, besonders arbeitsintensiv und vom Sozialbedarf her geboten sind, so daß die Rücknahme solcher Kürzungen vergleichsweise starke Beschäftigungswirkungen haben würde.

Als weiteren zentralen Vorschlag wiederholen wir, was wir bereits im Sondermemorandum vom Dezember 1980 empfohlen haben. Als Teil eines auf 10 Jahre bemessenen Zukunftsprogramms für die 80er Jahre, dessen Volumen nach gegenwärtigen Schätzungen ungefähr 200 Milliarden D-Mark betragen muß, sind für 1981 unverzüglich zusätzliche Staatsausgaben in Höhe von 20 Milliarden D-Mark zu tätigen. Das Zukunftsprogramm für die 80er Jahre soll der Schaffung stabiler zukunftsorientierter Arbeitsplätze und der Befriedigung vorwiegend solchen gesellschaftlichen Bedarfs dienen, der durch privatwirtschaftliche Produktion nicht oder unzureichend abgedeckt wird.

Nicht alle der von uns für das Zukunftsprogramm vorgeschlagenen Projekte lassen sich in vollem Umfang sofort realisieren. In fast allen Fällen ist jedoch eine unmittelbare Inangriffnahme möglich, zumal aus dem „Zukunftsinvestitionsprogramm" (ZIP) noch eine Reihe von beschäftigungswirksamen und zur Deckung gesellschaftlichen Bedarfs notwendigen Projekten, für die bereits ausreichende Planungsvorgaben existieren, nicht durchgeführt worden sind.

Neben Projekten zur Verdichtung und qualitativen Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs, zur Übernahme und Förderung des sozialen Wohnungsbaus und Verbesserung der Wohnumwelt (vgl. hierzu ausführlich unten), zur wasserwirtschaftlichen Zukunftsvorsorge, zur Verbesserung von Krankenhäusern, zum Ausbau von Jugendzentren, Einrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe, zur Beseitigung von Unfallschwerpunkten sollte sich das Zukunftsprogramm für die 80er Jahre vor allem auf folgende Kernbereiche beziehen:

– Rationelle und umweltfreundliche Energieverwendung und Entwicklung alternativer Energiequellen. Hier kann kurz- und mittelfristig ein Programm zur umfassenden wärmetechnischen Sanierung öffentlicher Gebäude eingeleitet werden, wie es im Mehrheitsvotum der Enquete-Kommission des Bundestages vorgeschlagen wurde. Außerdem sollte möglichst rasch der weitere Ausbau der Fernwärmeversorgung, aber auch die Einrichtung von dezentralen Systemen der Wärme-Kraft-Kopplung (Blockheizkraftwerke etc.) im kommunalen und regionalen Bereich in Angriff genommen werden. Neben einer verstärkten Förderung von Forschung und Entwicklung bei alternativen Energiequellen kann die Markteinführung von solaren Brauchwasseranlagen durch ein Programm zur Umrüstung in den geeigneten öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen beschleunigt werden.

– Verbesserung der Umweltsituation. Erforderlich ist ein verstärkter Ausbau von Anlagen zur Abfallbereitung und -wiederverwertung. Die Oberflächengewässer müssen, insbesondere durch Errichtung von Anlagen zur Abwasserbehandlung, saniert werden.

Ein weiterer Schwerpunkt des Sofortprogramms muß bei Maßnahmen zur beruflichen Bildung liegen. Hierfür sprechen bildungspolitische sowie kurz- und mittelfristige beschäftigungspolitische Aspekte. Erforderlich ist vor allem die Inangriffnahme dreier Projekte:

– Berufsbildungsförderungsprogramm für Jugendliche in benachteiligten, meist ländlichen Regionen zur Deckung des Ausbildungsplatzdefizits durch die Schaffung *vollqualifizierender* außerbetrieblicher Ausbildungsstätten. Gegenwärtig bleiben in benachteiligten Regionen über 30 % der Jugendlichen eines Schulentlaßjahrgangs unversorgt.

– Programm zur allgemeinen und beruflichen Bildungsförderung junger Ausländer (rd. 80 000 ohne Zugang zu Bildungs-/Ausbildungsangeboten). Dies würde regional vorwiegend in Großstädten anzusiedeln sein.

– Systematisches und umfassendes Weiterbildungs-/Umschulungsprogramm zum Ausgleich von Fehl- und Mangelqualifikationen, die das ökonomische System in den letzten Jahren hervorgebracht hat und die sich mit als Beschäftigungs- und Wachstumshemmnis erweisen.

Diese Programme sind kurzfristig möglich und notwendig. Sie sind eine wichtige Bedingung zur

Sicherung dauerhafter Beschäftigungsperspektiven für benachteiligte Gruppen von abhängig Beschäftigten.

b) Beendigung der restriktiven Geldpolitik

Die Bundesbank ist trotz des schweren Konjunktureinbruchs bis heute nicht von ihrem Kurs der restriktiven Geldpolitik abgewichen. Die Folge ist, daß das Geldmengenwachstum unterhalb der ohnehin gering bemessenen, von der Bundesbank vorgegebenen Rate liegt. Die hohen Kapitalmarktzinsen, keineswegs eine Folge der Kreditaufnahme durch die öffentliche Hand, sondern vielmehr Ergebnis der hohen Diskontsätze und des engen Refinanzierungsspielraums, steigen seit Anfang dieses Jahres noch weiter an. Dies wirkt sich vor allem auf die Investitionsbereitschaft kleinerer und mittlerer Unternehmen sowie auf den Wohnungsbau negativ aus. Diese Bereiche sind besonders von Kreditfinanzierungen abhängig. Neben der konzentrationsfördernden Wirkung solcher Hochzinspolitik kommt es damit zu krisenverschärfenden Folgen. Es ist daher dringend geboten, den Kurs der restriktiven Geldpolitik zu beenden.

c) Lohnerhöhung als Stabilisierungsfaktor

Eine der wesentlichsten Ursachen für das geringe Volumen arbeitsplatzschaffender kapazitätserweiternder Investitionen der vergangenen Jahre liegt darin, daß vom privaten Verbrauch zu geringe Impulse für die Vornahme von Erweiterungsinvenstitionen ausgegangen sind. Die deutliche Abschwächung der Entwicklung des privaten Verbrauchs ist auf die nur schwache reale Lohnsteigerung der vergangenen Jahre zurückzuführen. Für eine bessere Auslastung vorhandener Produktionskapazitäten ist ein Anwachsen der konsumtiven Endnachfrage Voraussetzung. Diese muß durch eine aktive Lohnpolitik gesichert werden.

Von Unternehmerseite und dieser nahestehenden Wirtschaftswissenschaftlern wird gerade in der gegenwärtigen Zeit der verschärften Krise verstärkt realer und ideologischer Druck auf die Lohnentwicklung ausgeübt. Die von dieser Seite gemachten Vorschläge für eine Lohnpause, für eine produktivitätsorientierte bzw. kostenniveauneutrale Lohnpolitik im „strengen Sinne", für eine absolute und relative Senkung der unteren Lohneinkommen zur „Entzerrung" einer angeblich inadäquaten Lohnstruktur hätten im Falle ihrer Verwirklichung sozial unverantwortliche beschäftigungspolitische Folgen. Sie laufen alle darauf hinaus, die für ein hohes Beschäftigungsniveau entscheidende Endnachfrage der Lohneinkommensbezieher weiter zu schwächen. Die negative Verteilungswirkung einer Lohnpause braucht nicht weiter begründet zu werden. Beim Vorschlag einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik im strengen Sinne wird versucht, die Einkommensumverteilung durch manipulative Wortwahl zu kaschieren: Wenn die Löhne nur im Ausmaß der gesamtwirtschaftlich durchschnittlichen Produktivität, nicht aber auch im Ausmaß der Steigerungsrate des Preisniveaus steigen – letzteres beinhaltet der Vorschlag –, so erfolgt tatsächlich eine vollständige Abkopplung der Löhne von der Produktivitätsentwicklung, verbunden mit einer Umverteilung zuungunsten der Lohneinkommensbezieher. Der wesentliche Inhalt des Angriffs auf die Lohn*struktur* – erst jüngst vom wissenschaftlichen Beirat beim BMWi gefordert – bedeutet ebenfalls eine nach unten gerichtete Korrektur des Lohn*niveaus*: Die tarifliche (in anderen Ländern häufig auch gesetzliche) Sicherung minimaler Lohnstandards hat sich, dies zeigt die Erfahrung, im allgemeinen auch als Sicherung höherer Lohn- und Gehaltsgruppen erwiesen. Eine Absenkung des Mindestlohneinkommens führt in aller Regel zu einem Nachziehen der höheren Lohn- und Gehaltseinkommen in dieselbe Richtung.

Im übrigen sprächen beschäftigungspolitische Gründe, in deren Namen Änderungen der Lohnstruktur vorgeschlagen werden, gerade für eine Nivellierung statt für eine weitere Konzentration der Lohneinkommen: Internationale und historische Vergleiche zeigen, daß Länder mit den größten Beschäftigungsproblemen gleichzeitig die stärksten Unterschiede in den Einkommen, auch in den Lohneinkommen, aufweisen. Auch kreislaufmäßig spricht unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten alles für eine verstärkte Anhebung der unteren Einkommen, weil diese, anders als die höheren Einkommen, fast vollständig zu unmittelbar nachfragewirksamen Konsumausgaben verwendet werden (müssen).

Die letztlich durchschlagende Begründung dafür, Angriffe auf Lohnniveau und Lohnstruktur abzuwehren, ist sozialpolitischer Art; denn es handelt sich dabei um Versuche, den Lebensstandard

der abhängig Berufstätigen zu senken, obwohl sie die Wertschöpfung durch qualifizierte Arbeit schaffen.

d) Arbeitszeitverkürzung

Von 1969 bis 1973 – also in Jahren mit sehr niedriger Arbeitslosigkeit – betrug die Abnahme der tariflichen Arbeitszeit, und zwar der wöchentlichen Arbeitszeit und des Jahresurlaubes zusammengerechnet, im Durchschnitt etwa 1 %. Seit 1974 ist diese Rate auf 1/2 % im Jahresdurchschnitt gesunken. Unter dem Druck der Krise wurde die tarifpolitische Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzung schwieriger. Dieses wichtige arbeitsmarktpolitische Instrument hat damit an Bedeutung verloren. Anstelle einer Reduzierung wäre beschäftigungspolitisch aber eine Erhöhung des Tempos der Arbeitszeitverkürzung notwendig gewesen.

Der Rückgang betrifft nicht alle Formen der Arbeitszeitverkürzung gleichermaßen: Zwischen 1974 und 1979 stieg der durchschnittliche Jahresurlaub von 23,67 Tagen auf 27,3 Tagen. Es bestehen gute Chancen in den nächsten Jahren, in Stufenplänen den 6-Wochen-Urlaub für alle durchzusetzen. Ebenso können zusätzlichen Freischichten für Nachtschichtarbeiter Erfolgschancen eingeräumt werden. Die Unternehmen hoffen, auf diese Weise zusätzliche Nachtschichtarbeit unter anderem auch im Angestellenbereich durchzusetzen und spezifische Arbeitskräfte-Engpässe bei Schichtarbeitern zu beseitigen. Die Wochenarbeitszeit ist in den letzten Jahren hingegen weitgehend konstant geblieben. Sie sank durch die Anpassung einzelner Tarifverträge an die 40-Stunden-Woche von 1974 bis 1979 lediglich von 40,75 auf 40,13 Stunden.

Der Tempoverlust der Arbeitszeitverkürzung ist also wesentlich durch die Festschreibung der 40-Stunden-Woche verursacht, die in den tarifpolitisch zentralen Tarifverträgen der Stahl- und Metallindustrie bis 1983 gilt. Gruppenspezifischen Regelungen der Arbeitszeitverkürzung, wie Freischichten für Schichtarbeiter, Teilzeitarbeit für Ältere usw., kommt aus sozialpolitischen Gründen eine hohe Bedeutung zu, da durch sie differenziert bestimmte Belastungen ausgeglichen werden könnten. Viele solcher Einzelregelungen ergeben addiert auch bemerkenswert globale arbeitsmarktpolitische Effekte.

Die sozial- und beschäftigungspolitischen Probleme der nächsten Jahre erfordern allerdings Formen der Arbeitszeitverkürzung, die alle Gruppen der Beschäftigten betreffen und damit globalere Auswirkungen haben. Die zentrale Bedeutung kommt dabei der Einführung der 35-Stunden-Woche zu:

1. Durch expansive Beschäftigungsprogramme allein können nicht ausreichende Wachstumsraten zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung erzielt werden. Durch die Einführung der 35-Stunden-Woche würden nach Berechnung des IAB und IFO – die Effekte aller Rationalisierungsmaßnahmen in Reaktion auf diese Arbeitszeitverkürzung eingerechnet – mindestens 1 Million zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Eine solche auf die gesamte Arbeitsmarktsituation durchschlagende Wirkung hat keine andere Form der Arbeitszeitverkürzung.

2. Infolge gestiegener Belastungen in der Arbeit, längerer Anfahrtswege zur Arbeit und höherer Anforderungen an Weiterbildung hat sich ein zunehmendes Mißverhältnis zwischen täglicher Berufszeit und Freizeit ergeben. Die notwendige Zeit zur Regeneration und zur langfristigen Entwicklung der Qualifikation sowie zur Bereicherung familiärer und sozialer Beziehungen erfordert einschneidende Verkürzungen der Wochenarbeitszeit.

Die Behauptung, daß durch die Umkehrung der demographisch bedingten Erhöhung der Erwerbsbevölkerung Ende der 80er Jahre große Arbeitskräfteknappheiten zu befürchten und aufgrund der Unumkehrbarkeit der Arbeitszeitverkürzung Produktionsverluste zu erwarten seien, ist nicht stichhaltig: Nach allen Prognosen stehen auch Ende der 80er Jahre genügend Arbeitskräfte zur Verfügung. Offensichtlich wird nur gewünscht, dauerhaft ein Reservoir von Arbeitslosen zu erhalten, um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage der abhängig Beschäftigten zu verschlechtern. Wenn in den 80er Jahren durch eine lang angelegte Qualifizierungspolitik die berufliche Flexibilität der Belegschaften systematisch erhöht wird und durch eine Humanisierung der Arbeit der Verschleiß der Arbeitskraft und die Ausgliederung von Hunderttausenden von Frühinvaliden verringert wird, können die Arbeitsanforderungen der 90er Jahre ohne weiteres bewältigt werden.

Aus beschäftigungs- und sozialpolitischen Gründen ist daher die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche in den 80er Jahren unabweisbar. Auf sie müssen sich die Kräfte in den nächsten Jahren konzentrieren. Die 35-Stunden-Woche könnte in mehreren Stufen eingeführt werden.

In solche Stufenpläne können durchaus gruppenspezifische Regelungen eingebaut werden, die z.B. die vorzeitige Einführung der 35-Stunden-Woche für Ältere oder Beschäftigte an gesundheitsgefährdenden Arbeitsplätzen beinhalten. Angesichts der enorm steigenden Produktivität der nächsten Jahre ist ein voller Lohnausgleich finanzierbar und durchzusetzen.

e) Auflagen und Erfolgskontrollen bei Vergabe öffentlicher Mittel

Monetäre Kreislaufimpulse, die von öffentlichen Haushalten ausgehen, haben nicht in allen Fällen die beabsichtigte Beschäftigungswirkung, weil Mitnehmereffekte oder konterkarierende Reaktionen bei den Unternehmen auftreten können. Diese Einwände treffen weniger für ein expansives Programm zu, das durch vermehrte Aufträge und Personaleinstellungen getragen wird. In diesem Falle sind Sickerverluste verhältnismäßig gering, bei vermehrten Personaleinstellungen sind sie gleich Null. Auch vermehrte Staatsaufträge haben im allgemeinen eine unmittelbare positive Beschäftigungwirkung, weil sie unmittelbar zu mehr Produktion führen. Dies ist auch einer der Gründe, aus denen wir für ein expansives *Ausgaben*- statt für ein Steuerentlastungsprogramm eintreten. In manchen Fällen kann jedoch die beschäftigungspolitische Wirkung zusätzlicher Aufträge durch die Unternehmen unterlaufen werden, indem sie z.B. eine Politik der Streckung von Aufträgen betreiben oder, vor allem in Engpaßbereichen, mit Preissteigerungen reagieren. Eine geringe unmittelbare Beschäftigungszunahme ist auch dann zu erwarten, wenn Aufträge an kapitalintensive (meist große) Unternehmen gehen, weil bei diesen ein überdurchschnittlich großer Teil der Wertschöpfung in Form von Gewinnen anfällt, die allenfalls mittelbar über nachfolgende Investitionen beschäftigungswirksam werden. Aus diesen Gründen ist es erforderlich, die Vergabe öffentlicher Aufträge mit Beschäftigungs-, Preis- und/oder Investitionsauflagen zu versehen und Kontrollen für die Einhaltung dieser Auflagen einzurichten. Möglichkeit und Notwendigkeit solcher Auflagen und Kontrollen, an denen Betriebsräte und gewerkschaftliche Gremien zu beteiligen sind, haben sich an der Vergabe- und Kontrollpraxis bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gezeigt, für deren relativ hohe Beschäftigungswirksamkeit erwiesenermaßen die Beteiligung von Betriebs- und Personalräten bei Beantragung und Kontrolle in hohem Maße mitverantwortlich ist.

Im Gegensatz zu öffentlichen Personal- und Sachausgaben sind positive Beschäftigungswirkungen von Subventionen, insbesondere in der Form steuerlicher Belastungen, äußerst fragwürdig. Dabei handelt es sich bei den Unternehmen gewährten Subventionen um eine quantitativ bedeutsame Größe: Nach Berechnungen des RWI flossen den Unternehmen (ohne Verkehrs- und Wohnungsunternehmen) bereits 1976 36 Mrd. DM zu, heute dürften es weit über 40 Mrd. DM sein, was mehr ist als die gesamten kommunalen Investitionsausgaben in der BRD. Bei diesen Berechnungen handelt es sich im übrigen nur um einen Teil des gesamten Subventionsvolumens, weil dabei verschiedene indirekte Finanzhilfen öffentlicher Unternehmen und Maßnahmen kommunaler Wirtschaftsförderung nicht erfaßt wurden.

Zahlreiche Untersuchungen haben gezeigt, daß mit Hilfe der den Unternehmen gewährten Subventionen die damit beabsichtigten Effekte auf die ökonomische Entwicklung mangels hinreichender Kontrolle und wegen vielfacher Mitnehmereffekte nicht eingetreten sind; insbesondere blieben beschäftigungspolitische Erfolge aus. Was aber als wesentlicher Effekt von Subventionen stets bleibt, ist die wachsende Belastung der öffentlichen Haushalte.

Die Einführung einer wirksamen Subventionskontrolle ist daher dringend geboten. Eine solche Kontrolle hat dabei zu beachten, daß

- Durchsichtigkeit über die Vielfalt der Finanzhilfen herbeigeführt wird;
- klare Ziele und Maßstäbe für eine Erfolgskontrolle angegeben werden;
- Auflagen, vor allem über Quantität und Qualität zu schaffender Arbeitsplätze sowie zur Erhaltung und Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt, erteilt werden, ohne deren Einhaltung Subventionen nicht in Anspruch genommen werden dürfen bzw. im Falle nachträglich festgestellter zweckfremder Verwendung zurückgezahlt werden müssen;

– Subventionen prinzipiell zu befristen sind, um unkontrollierte automatische Verlängerungen zu verhindern;
– wo immer es geht, Subventionen, die in Form von Steuervergünstigungen gewährt werden, in offene Zuschüsse umgewandelt werden, um Transparenz und parlamentarische Kontrolle zu verbessern;
– in Fällen stark und dauerhaft subventionierter Sektoren, häufig verbunden mit hoher Unternehmenskonzentration, Wirtschaftshilfen in Form staatlicher Kapitalbeteiligung erfolgen. Hierdurch wird ein wesentlich größerer Einfluß auf die Verwendung der gewährten Mittel möglich, als dies bei anderen Formen der Subventionierung der Fall ist.

Im übrigen erscheint die Vergabe von Subventionen auch bei bester Kontrolle kaum sinnvoll, wenn sie nicht eingebettet ist in Zielvorstellungen, die sich aus regionalen, sektoralen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsplänen ergeben.

3. *Generelle Strukturreformen*

a) Die Stoßrichtung

Strukturreformen verlangen neben dem politischen Willen dazu auch institutionelle und rechtliche Änderungen, deren Durchsetzung Zeit beansprucht. Auf die Notwendigkeit grundlegender Strukturreformen haben wir bereits in früheren Memoranden hingewiesen. Wir haben dort auch zu den dringlichsten Aufgaben Vorschläge unterbreitet. Gerade wegen der mit der Durchsetzung verbundenen Zeit erscheint es wichtig, daß mit der Inangriffnahme solcher Reformen unmittelbar begonnen wird. Dem Gegenstand nach weisen die folgenden konkreten Vorschläge zumeist in die Richtung eines erhöhten gesellschaftlichen Konsums und vermehrter öffentlicher Investitionen. Die Notwendigkeit dazu ergibt sich zum einen, weil die privaten Unternehmen, vor allem im monopolisierten Sektor, sich als immer weniger in der Lage erweisen, die nicht privat konsumierten Teile der Wertschöpfung in arbeitsplatzschaffende Investitionen zu transformieren. Gleichzeitig – z.T. als Folge dieser Tatsache – sind in den letzten Jahren große Felder gesellschaftlichen Bedarfs entstanden, deren Befriedigung nur unzureichend oder gar nicht durch rein private Produktion und Verteilung möglich ist.

In der Form zielen die Strukturreformen auf eine stärkere Durchsetzung demokratischer Willensbildung im Bereich wirtschaftlicher Entscheidungen. Dies verlangt eine Reihe von institutionellen Änderungen, wie z.B.

– Die Einrichtung überbetrieblicher *Wirtschafts- und Sozialräte* mit entscheidendem Stimmrecht der Arbeitnehmervertreter;
– die Inangriffnahme einer Regional- und Strukturplanung;
– eine finanzielle und rechtliche Stärkung der Kommunen als den wichtigsten Trägern bürgernaher Infrastrukturversorgung;
– eine Stärkung der Selbstverwaltung bei der Bundesanstalt für Arbeit;
– eine stärkere Übernahme des Wohnungsbaus in öffentliche und gemeinnützige Träger;
– nicht zuletzt auch eine grundlegende Reform des Systems der Geldversorgung durch die Bundesbank und die Geschäftsbanken.

Anstelle eines umfassenden und allgemeinen Konzepts zur Demokratisierung der Wirtschaft greifen wir einige wichtige Bereiche auf, in denen die Defizite besonders stark sind, weil systematisch bestehender gesellschaftlicher Bedarf nach Gütern und Leistungen sowie nach qualitativ befriedigenden Arbeitsplätzen über den Markt nicht oder unzureichend abgedeckt wurde. Es handelt sich dabei gleichzeitig um Bereiche, deren „Vergesellschaftung" unmittelbar notwendig und möglich ist. Die von uns vorgeschlangenen Reformen zeigen, daß es vielfältige Abstufungen und Formen der Vergesellschaftung gibt. In vielen Fällen erscheint es möglich, demokratische Einflußnahme auf wirtschaftliche Entscheidungen zu nehmen, ohne daß Eigentumsrechte geändert werden müssen. In anderen Fällen ist allerdings eine wirksame Durchsetzung der Ergebnisse demokratischer Willensbildungsprozesse nur auf der Basis unmittelbar vergesellschafteter Produktionsmittel, also durch öffentliches Eigentum an Produktionsmitteln, möglich. Die Vielfalt möglicher Vergesellschaftungsformen zeigt jedenfalls, daß Hinweise auf mangelnde Durchsetz-

barkeit von Verstaatlichungen privater Produktionsmittel ungeeignet sind, als Belege für die Unmöglichkeit von mehr Produktion und Verteilung in unmittelbar vergesellschafteter Form zu gelten.

b) Finanzierung von mehr Staatsausgaben

Aus dem Unvermögen der Privatwirtschaft, die gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse aus Löhnen und Gewinnen im notwendigen Umfang und in der gesellschaftlich gewünschten Struktur für reale Investitionen zu verwenden, ergibt sich die Notwendigkeit, brachliegende Ersparnisse durch den Staat zu absorbieren, sie nachfragewirksam zu verausgaben.

Eine Form solcher Absorption stellt dabei die gegenwärtige Form der staatlichen Kreditaufnahme auf den nationalen Kapitalmärkten dar.

Die Finanzierung der von uns vorgeschlagenen beschäftigungspolitischen Maßnahmen sollte kurzfristig zunächst durch eine Ausweitung der öffentlichen Kreditaufnahme erfolgen.

Angesichts der zu geringen Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch die privaten Investoren ist eine Verdrängung der privaten Unternehmensinvestitionen durch eine Erhöhung der Staatsverschuldung gegenwärtig mit Sicherheit auszuschließen. Auch wäre ein möglicher Anstieg der Inflationsraten angesichts der Unterauslastung der Produktionskapazitäten nicht ursächlich auf die ansteigende Staatsverschuldung zurückzuführen. Eine Ausweitung der öffentlichen Kreditaufnahme zur Finanzierung der expansiven Ausgabenprogramme führt auf absehbare Zeit auch nicht zu einer Überschuldung des Staates: die Bundesrepublik liegt nach wie vor im internationalen Vergleich mit einem Anteil von ca. 30 % der Gesamtverschuldung am Bruttosozialprodukt am unteren Ende der entwickelten kapitalistschen Industrieländer.

Die Finanzierung öffentlicher Ausgaben durch eine unveränderte, marktmäßige Verschuldung insbesondere bei den Geschäftsbanken entspricht aber auf Dauer keiner Ideallösung. Sie ist insbesondere deswegen problematisch, weil sie die Verteilungsverhältnisse reproduziert, die zur Notwendigkeit verstärkter öffentlicher Expansionsprogramme geführt haben. Die jetzige Form der Staatsverschuldung erhöht die Gewinne der Banken und führt (über das Bankensystem vermittelt) zu höheren Zinseinnahmen bei den Finanzkapital haltenden Großunternehmen und den Beziehern hoher Einkommen, die über ein größeres Geldvermögen verfügen. Die von der Verteilung begünstigten Gruppen werden durch die staatlichen Zinszahlungen weiterhin begünstigt, da insbesondere ihnen rentierliche Anlagemöglichkeiten geboten werden, die ohne die Staatsverschuldung nicht in diesem Ausmaß existierten.

Finanziert wird diese Einkommensumverteilung letztlich aus den allgemeinen Steuereinnahmen und damit von der Masse der Beschäftigten. Unter Kreislaufgesichtspunkten bedeutet dies außerdem, daß mit ansteigender Staatsschuld ein wachsender Teil der Staatsausgaben in Form von Zinszahlungen nachfrageunwirksam festgelegt ist, da gerade die Hauptempfänger dieser Zinsausgaben diese nicht für zusätzliche Realinvestitionen oder zusätzlichen Konsum verwenden.

Zum anderen führt die steigende Staatsverschuldung sowie das augenblicklich hohe Zinsniveau zu einer Erhöhung der Zinsbelastungen, die die künftigen öffentlichen Haushalte zusätzlich vorbelasten.

Die Finanzierung der beschäftigungspolitischen Maßnahmen und zusätzlichen Staatsausgaben muß daher in Zukunft wesentlich kostengünstiger erfolgen und die negativen Verteilungswirkungen der jetzigen Form der Kreditaufnahme vermeiden.

Dies sollte auf dreierlei Weise erfolgen:

Erstens ist aus verteilungspolitischen und kreislaufökonomischen Gründen eine Änderung bei der Form der Staatsverschuldung notwendig. Ohne die ausführliche Darstellung dieser Überlegungen im Teil B des Memorandums 1980 nochmals in vollem Umfang zu wiederholen, bedeutet dies insbesondere:

– Eine Verknüpfung des Geldschöpfungsprozesses durch die Notenbank und der Kreditaufnahme des Staates ist vorzusehen. Durch geeignete Festsetzung der Mindestreservesätze für den

Geschäftsbankensektor kann dabei sichergestellt werden, daß die Geldmenge nicht in stärkerem Ausmaß ausgeweitet wird, als dies in einer Situation ohne Notenbankverschuldung geschehen würde. Der Vorschlag ist also nicht mit einer geldmengenpolitisch zu begründenden Inflationsgefahr verbunden.
– Der Geschäftsbankensektor muß dazu verpflichtet werden, in einer bestimmten Relation zu seinem Einlagevolumen niedrigverzinsliche Staatsschuldtitel zu halten.
– Staatsschuldtitel müssen in verstärktem Ausmaß bei kleinen Anlegern, die bisher das Kontensparen bevorzugten, untergebracht werden; dies bedeutet insbesondere das Aufbrechen des Vertriebsmonopols der Kreditinstitute für Anleihen und Bundesschatzbriefe.

Zweitens ist eine grundlegende Veränderung der Steuer- und sonstigen Einnahmepolitik erforderlich:

– Es ist auf Dauer nicht sinnvoll, die brachliegenden Ersparnisse ausschließlich durch die staatliche Kreditaufnahme zu absorbieren. Die öffentlichen Haushalte sollten durch eine geeignete Steuerpolitik vielmehr dafür sorgen, daß die nicht nachfragewirksamen Finanzierungsüberschüsse der privaten Sektoren erst garnicht in diesem Ausmaße entstehen. Wenn das Sparen insbesondere der oberen Einkommensbezieher vor allem aber die Geldvermögensbildung des Unternehmenssektors weiterhin nicht durch die privaten Unternehmen in Realinvestitionen transformiert wird, so ist eine steuerliche Abschöpfung der nicht-produktiv verwendeten Profite volkswirtschaftlich sinnvoll. Es ist daher notwendig, Formen zu finden, mit denen die nicht investierten Gewinne der Großunternehmen erfaßt und besteuert werden.
– Die steuerliche Entlastung des Unternehmenssektors und der oberen Einkommensbezieher hat in den letzten Jahren enorme Ausmaße angenommen. Bei der Körperschaftssteuer haben insbesondere die veränderten Abschreibungsmöglichkeiten von Investitionen von 1976 bis 1979 zu einer Halbierung der Steuerlastquote geführt: Für 1979 ergibt dies allein einen Einnahmeverlust von über 20 Mrd. DM für den Staat. Die Lohn- und Einkommenssteuerreform 1981 führt nach Schätzungen des DIW dazu, daß über 70 % der Steuerentlastungen auf die Einkommensbezieher mit Jahresbruttoeinkommen von 50000 DM und mehr entfallen. Allein die Bezieher von Einkommen über 100000 DM erhalten durch diese Steuerreform Steuergeschenke von über 1,3 Mrd.DM. Die verteilungsmäßig unsozialen Steuer„reformen" der letzten Jahre müssen wieder rückgängig gemacht werden.
– Die enormen Gewinnsteigerungen der Mineralölkonzerne müssen drastisch besteuert werden. Auch in anderen westeuropäischen Ländern werden diese Profite abgeschöpft und für gezielte arbeitsbeschaffende Maßnahmen eingesetzt.
– Allein durch die Eintreibung der Steuerrückstände, der Verhinderung der Steuerflucht sowie der Transferierung der Gewinne der Konzerne ins Ausland und der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität wäre eine Finanzierung der vorgeschlagenen beschäftigungspolitischen Maßnahmen gesichert.

Drittens muß eine Umorientierung der Ausgabenpolitik erfolgen. Der weiteren Umverteilung der Haushaltsmittel zugunsten der Rüstungsausgaben und der Unternehmenssubventionen muß Einhalt geboten werden. Eine konsequente Abrüstungspolitik und ein Abbau der lediglich gewinnsteigernden Subventionen setzt die Mittel für beschäftigungspolitische Ausgabenprogramme frei.

Auch wenn eine Finanzierung des vorgeschlagenen expansiven Ausgabenprogramms durch eine zusätzliche Staatsverschuldung in der aktuellen Situation möglich und weitgehend unbedenklich ist, bedarf eine demokratische Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Zukunft struktureller Reformen in der Form der Staatsverschuldung, der steuerlichen Belastung der Großunternehmen und oberen Einkommensbezieher sowie einer grundlegenden Umorientierung der staatlichen Ausgabenpolitik.

c) Stärkung der Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit

Öffentliche Beschäftigungsprogramme werden in ihrer Wirksamkeit vielfach in Frage gestellt, da Unternehmen auf Nachfrageerhöhungen mit Preiserhöhungen und nicht mit einer realen Ausdehnung der Produktion und der Beschäftigung reagieren. Auch spezielle Arbeitsmarktinstrumente können von Unternehmern zur ausschließlichen Profitvermehrung genutzt werden, so daß

die gewünschten Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt nicht oder nur unzureichend eintreten. Einarbeitungs- und Eingliederungszuschüsse werden häufig dazu benutzt, mit Hilfe öffentlicher Mittel neue Beschäftigte einzustellen und dafür andere Beschäftigte zu entlassen; Qualifizierungszuschüsse werden zur Finanzierung ohnehin geplanter Weiterbildungsmaßnahmen benutzt; Kurzarbeitergeld dient teilweise zur Finanzierung von Stillstandzeiten bei Modellwechsel usw.. Diese „Mitnahmeeffekte" drücken aus, wie öffentliche Programme durch private Interessen konterkariert werden können.

Eine Effektivierung der Beschäftitgungspolitik und eine Verringerung solcher Mitnahmeeffekte erfordert eine Stärkung inner- und außerbetrieblicher Kontrollinstanzen. Wichtige Ansatzpunkte dafür wurden in den letzten Jahren im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit entwickelt. Auf Initiative der Gewerkschaften wurde der Einfluß der Selbstverwaltung gegenüber der Verwaltung gestärkt. Betriebs- und Personalräte erhielten ein stärkeres Mitspracherecht bei der Beantragung und Kontrolle von AB-Maßnahmen. Gewerkschaftliche Vorstellungen laufen auf einen Ausbau dieser Mitspracherechte bei anderen Instrumenten des Arbeitsförderungsgesetzes hinaus. Gleichzeitig wurde auch der Entscheidungspielraum der Verwaltungsausschüsse der lokalen Arbeitsämter erweitert. Dadurch entsteht die Möglichkeit, daß durch die Abstimmung von Betriebs- und Personalräten und den gewerkschaftlichen Mitgliedern in der Selbstverwaltung die Arbeitsmarktpolitik besser kontrolliert und effektiviert werden kann.

Der Aktivierung der Selbstverwaltung sind allerdings erhebliche Grenzen gesetzt: Durch eine Aushöhlung des Finanzspielraums der Bundesanstalt für Arbeit wurde der Aktionsradius der Selbstverwaltung eingeengt. Die Arbeitgeber sind neben den Gewerkschaften und der öffentlichen Hand zu einem Drittel in der Selbstverwaltung vertreten und können eine langfristig vorausschauende Arbeitsmarktpolitik blockieren. Hinzu kommt, daß vor allem auf regionaler und lokaler Ebene die Entscheidungsspielräume der Selbstverwaltung durch die zentralisierte, autoritäre Struktur der Bundesanstalt für Arbeit sehr eingeschränkt bleiben und damit einer Kontrolle aller betrieblichen Maßnahmen enge Grenzen gesetzt sind. Die vorwiegenden positiven Ansätze einer Beteiligung der Betriebsräte und einer Aktivierung der Selbstverwaltung müssen forciert werden. Hierfür ist es notwendig, daß

– in der Selbstverwaltung der Arbeitsämter künftig nur noch die Gewerkschaften vertreten sind und der Einfluß privater Arbeitgeber in den Arbeitsämtern zurückgedrängt wird; in den Angelegenheiten der Arbeitslosen-Versicherung sollten – wie in Schweden – nur die Gewerkschaften entscheidungsbefugt sein;
– der Finanzspielraum der Bundesanstalt für Arbeit, dabei insbesondere der lokalen Arbeitsämter, für eine aktive Arbeitsmarktpolitik durch einen erhöhten Bundeszuschuß und eine Arbeitsmarktabgabe aller Erwerbstätigen erweitert wird;
– die Entscheidungsrechte der Selbstverwaltung gegenüber der Arbeitslosenverwaltung ausgedehnt werden, z.B. auf dem Gebiet der Personalentscheidungen und der Festlegung lokaler und regionaler Arbeitsmarktinitiativen;
– die Initiativ- und Kontrollrechte von Betriebs- und Personalräten bei allen wesentlichen beschäftigungspolitischen Maßnahmen gestärkt werden.

Diese Ansätze können nicht auf den Bereich der Bundesanstalt für Arbeit – also die Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne – beschränkt bleiben. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen mit strukturpolitischen Ausgabeprogrammen abgestimmt werden. Auch hier können z.B. Beschäftigungsauflagen nur durch Abstimmung von Betriebs- und Personalräten mit Gewerkschaftsvertretern in regionalen Strukturbeiräten sinnvoll kontrolliert werden.

d) Umwelt- und Energiepolitik ohne faule Kompromisse

Die Umwelt- und Energiepolitik in der Bundesrepublik ist nach wie vor durch ein erhebliches Vollzugsdefizit bei vorhandenen Regelungen sowie durch ein ständiges Zurückweichen vor mächtigen ökonomischen Interessen bei der Durchsetzung von seit langem als notwendig erkannten Maßnahmen gekennzeichnet. Gerade in jüngster Zeit ist als generelle Tendenz zu beobachten, daß unter dem schönfärberischen Titel „Beseitigung von Investitionshemmnissen" und unter Hinweis auf die infolge von „umwelt- und energiepolitischen Restriktionen" angeblich

schwindende internationale Konkurrenzfähigkeit der Versuch unternommen wird, eine konstruktive Weiterentwicklung der Umweltpolitik zu verhindern und vorhandene Regelungen zu lockern.

Solchen Strategien mit Entschiedenheit entgegengetreten werden. Anstatt einer Zurücknahme ist ein zügiger Ausbau und eine Intensivierung der Umweltpolitik erforderlich, da sonst eine dramatische Verschlechterung der Umweltsituation unausweichlich wird.

Dabei kommt es vor allem darauf an, anstatt allgemeiner Rezepte Maßnahmen zu entwickeln, die auf die Struktur der unterschiedlich gelagerten Einzelprobleme zugeschnitten sind und die über das vielfach praktizierte Festschreiben des „Standes der Technik" hinausgehen und die technologische Entwicklung gezielt in Richtung umweltfreundlicher Verfahren und Produkte lenken. Wirksame Maßnahmen als „nicht marktkonform" abzustempeln, um sie zu tabuisieren, stellt keine Lösung der drängenden Probleme dar und trägt nur dazu bei, wirklich effiziente Programme zu blockieren. Notwendiger Bestandteil einer wirksamen Umweltpolitik muß deshalb eine konsequente Auflagenpolitik sein, die von ihrer Ausgestaltung her durchgreifende Verbesserungen der Umweltsituation zu erzielen vermag und die unter sozialen Gesichtspunkten akzeptabel ist.

Ein potentieller Anwendungsbereich solcher Maßnahmen ist beispielsweise die Asbestverarbeitung, deren Gefährlichkeit (Krebs, Asbestose) gerade in jüngster Zeit wieder Gegenstand öffentlicher Diskussion geworden ist, sowie die Produktion und Verwendung anderer Mineralfasern, die ebenfalls mit einem hohen Krebsrisiko behaftet sind.

Das Verbot einzelner, besonders gefährlicher Methoden der Verarbeitung, wie es bei Asbest seit kurzem in der Bundesrepublik praktiziert wird, und die in der neuen Arbeitsstoffverordnung vorgenommene Einstufung von Asbest in die Gruppe der „stark gefährdenden krebserzeugenden Arbeitsstoffe" sowie die Festlegung von maximalen Arbeitsplatzkonzentrationen (MAK-Werte), deren Einhaltung nur schlecht überwacht wird, stellen hier keine wirklich durchgreifende Lösung dar. Nach dem Vorbild anderer Länder müßte vielmehr ein generelles Verwendungsverbot Platz greifen. Solche Auflagen ließen sich nach Verwendungsbereichen und in zeitlicher Hinsicht staffeln, um den unterschiedlichen Möglichkeiten zur Umstellung auf alternative Materialien Rechnung zu tragen. Verhindert werden muß allerdings, daß sich unter dem Druck der betroffenen Branchen dauerhafte „Ausnahmebereiche" etablieren. Auflagen dieser Art, die einen festen Zeithorizont für den Ersatz von bestimmten Materialien vorgeben, können mit Subventionen gekoppelt werden, die Forschung und Entwicklung bei Alternativen beschleunigen.

Wirksame Regelungen dürfen sich nicht nur auf einige besonders gefährliche Stoffe beschränken; notwendig ist vielmehr eine umfassende ökologische Planung, die mit einer Reform des institutionellen Rahmens und der Verfahrensweisen des gesamten technischen Verordnungs- und Normenwesens verbunden sein muß. Erst dadurch kann eine vorausschauende, gesellschaftliche Steuerung der Technologieentwicklung unter Umweltgesichtspunkten eingeleitet werden, die auch weniger spektakuläre, aber darum nicht weniger wichtige Bereiche umfaßt.

Eine konsequentere Auflagenpolitik ist nicht nur für den Umweltbereich zu fordern, sondern auch in der Energiepolitik. Hier wird zwar von allen Seiten die Notwendigkeit von einsparungspolitischen Maßnahmen betont, aber wenn es um konkrete Strategien geht, die über die bisherigen Programme hinausweisen und die sich nicht nur auf unverbindliche Appelle und Subventionen stützen, erweist sich die Übereinstimmung rasch als Scheinkonsens. Das ist vor allem in der Debatte um die von der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik" mehrheitlich vorgeschlagenen Maßnahmen deutlich geworden. Die Front der Stellungnahmen, die zur Begründung der Ablehnung einer intensivierten Einsparungspolitik „ordnungspolitische Bedenken" ins Feld führen, um gleichzeitig – hier nun ohne alle Bedenken – für einen forcierten Ausbau der Kernenergie zu plädieren, reicht von der CDU/CSU über Vertreter der Energiewirtschaft und den BDI bis zum Sachverständigenrat.

Die Ablehnung einer wirksamen Einsparungspolitik mit diffusen ordnungspolitischen Formeln läuft darauf hinaus, die Entwicklung von Alternativstrategien schon im Ansatz zu verhindern. In Anbetracht der hohen Priorität, die dem Einsparungsziel zuzumessen ist, darf sich rationale Ener-

giepolitik aber nicht auf solche Verhinderungsstrategien einlassen. Allerdings sind in einigen Bereichen, in denen sehr große Einsparungen ohne Komfortverlust möglich sind, die von Gegnern einer Einsparungspolitik beschworenen Anreizmechanismen des Marktes nicht oder nur eingeschränkt wirksam. Dies gilt z.B. für den Bereich der Gebäude- und Heizungstechnologie, denn bekanntlich ist unter Einsparungsgesichtspunkten die derzeitige Gestaltung des Mieter/Vermieterverhältnisses problematisch, weil als Investoren vorwiegend die Eigentümer von Gebäuden in Frage kommen, während der Ertrag von heizenergiesparenden Investitionen beim Mieter anfällt. Wenn eine einsparungsfreundliche Neuordnung des Mietrechts nicht praktikabel ist und Subventionen unzureichend bleiben bzw. aus Finanzierungsgründen für nicht vertretbar gehalten werden, so müssen hier Auflagen – eventuell in Kombination mit flankierenden Regelungen – für eine Erschließung des Einsparungspotentials sorgen. Sinnvollerweise wird eine Auflagenpolitik dabei so auszugestalten sein, daß nicht bestimmte Technologien zwingend vorgeschrieben werden, sondern daß es dem Investor überlassen bleibt, mit welchen Verfahren die Anforderungen erfüllt werden (z.B. Energiekennzahlen als einzuhaltende Mindestwerte für bestimmte Gebäudetypen).

Weitere Bereiche für energiesparende Auflagen sind z.B. Personenkraftwagen oder elektrische Großgeräte. Hier erscheint eine nach Leistung der jeweiligen Geräte gestaffelte Vorgabe von Höchstwerten für den Ernegiebedarf, der durch ein normiertes Verfahren zur Verbrauchsmessung festgelegt werden kann, sinnvoll. Solche Standards müssen keineswegs nur auf den gegenwärtigen Stand der Technik bezogen sein, sondern können bei hinreichender Zeitvorgabe auch dazu dienen, energetische Verbesserungsinnovationen durchzusetzen, wobei auch hier die Wahl der Technik nicht im einzelnen reguliert werden muß.

So notwendig eine konsequente Auflagenpolitik als Bestandteil der Umwelt- und Energiepolitik aktuell ist, so bleibt sie doch letztlich isoliertes Stückwerk, wenn sie nur dazu dient, der privatwirtschaftlichen Rationalität an einigen Stellen Grenzen zu setzen, weil diese besondere Gefahrensituationen für die Gesundheit produziert oder weil sich die Probleme – wie im Energiebereich – kumulieren. Dies ist aber bei weitem nicht ausreichend, wenn es langfristig gesehen darum geht, eine ökonomische Gesamtentwicklung zu gewährleisten, die im Hinblick auf die natürlichen Reproduktionsgrundlagen *und* in sozialer Hinsicht befriedigend ist. Dazu ist es erforderlich, privatwirtschaftlichen Aktivitäten nicht nur Grenzen zu ziehen, sondern die Technologie- und Strukturentwicklung im Rahmen einer integrierten Konzeption, die auf konsensfähigen Zielen beruht, zu steuern.

e) Abrüstung, Umstellung auf Friedensproduktion, Entwicklungshilfe

Im Zusammenhang mit der Kritik der Wirtschaftspolitik und der Entwicklung von Alternativvorschlägen müssen auch die Fragen von Rüstung und Abrüstung immer mehr Gewicht gewinnen: Zum einen erfolgt der verstärkte Ausbau des militärischen Potentials in der BRD ebenso wie die Forcierung der Waffenexporte an rohstofffliefernde Länder vornehmlich vor dem Hintergrund der Versuche, sich wirtschaftliche Einflußzonen auch durch den Aufbau militärischer Drohpotentiale oder durch enge militärische Kooperation zu sichern. Hierdurch wird aber die Kriegsgefahr in Europa und in den Ländern der Dritten Welt gesteigert; zudem besteht die Gefahr, daß einige Länder der Dritten Welt eine solche Politik als Bedrohung empfinden und daß dies den Aufbau kooperativer statt konfrontativer Beziehungen zu ihnen erschwert. Zum anderen ist die verstärkte Aufrüstung aber auch einer der maßgeblichen Treibsätze für den allenthalben zu beobachtenden Sozialabbau: Die Beschaffung der 2. Waffengeneration für die Bundeswehr sowie verstärkte Militärhilfe an Länder wie die Türkei nehmen in immer stärkerem Maße sachliche und finanzielle Mittel sowie menschliche Arbeitskräfte in Anspruch, die ohne Einbuße an militärischer Sicherheit besser zur Deckung akuter gesellschaftlicher Bedürfnisse eingesetzt werden könnten. Der Nachtragshaushalt 1980 und die Beschaffung zusätzlicher Finanzmittel in beträchtlicher Höhe für das Kampfflugzeug MRCA Tornado auf Kosten anderer, ziviler Haushaltsposten sind eindrucksvolle Beispiele für Haushaltsumschichtungen zugunsten der Militär- und zu Lasten anderer, z.T. Sozialausgaben. Wenn die Pläne zur Waffenbeschaffung und zur Steigerung der Rüstungsausgaben um jährlich real 3 % im kommenden Jahrzehnt beibehalten würden, wäre dies angesichts der längerfristig zu erwartenden allgemeinen Wachstumsschwierigkeiten und der

schwierigen Haushaltslage nur auf Kosten anderer, dringend erforderlicher Haushaltsausgaben möglich. Dies aber bedeutet eine Untergrabung der gesellschaftlichen Reproduktion, deren Dimensionen noch gar nicht absehbar sind. Die zur Unterstützung von Rüstungsproduktion und Waffenexport in letzter Zeit wieder häufiger vorgetragene Behauptung, diese Produktion sei erforderlich, um Arbeitsplätze zu sichern, ist weder theoretisch plausibel noch empirisch haltbar: Es ist theoretisch nicht ersichtlich, weshalb nicht durch Staatsausgaben in anderen Bereichen auch und evtl. mehr Arbeitsplätze gesichert werden könnten; und es ist auch für die BRD empirisch festgestellt worden – durch das DIW –, daß staatliche Ausgaben in bestimmter Höhe in keinem Bereich so wenige Arbeitskräfte binden wie im Verteidigungsbereich. Durch eine schrittweise Abrüstung – die entweder vertraglich vereinbart auf beiden Seiten gleichzeitig oder aber bei der vorhandenen Overkill-Kapazität ohne Beeinträchtigung der Sicherheit auch einseitig vorgenommen werden könnte – würde also nicht nur der Schaffung zunehmender Spannungen, Angst und Unsicherheit sowie der Militarisierung in der BRD entgegengewirkt; gleichzeitig würden damit Mittel freigesetzt, die zur Hebung von Versorgung, Produktion und Beschäftigung eingesetzt werden können:

– eine schrittweise Verringerung der Zahl der Soldaten und des zivilen Personals im Bereich des Verteidigungsministeriums – etwa durch Ausnutzung der natürlichen Fluktuation, die durch Pensionierungen oder durch Beendigung der Verträge für Soldaten auf Zeit entsteht – würde die Mittel freisetzen, mit denen eine entsprechende Zahl von Personen statt im Militärapparat beispielsweise im Gesundheits- oder Sozialdienst ausgebildet und beschäftigt werden könnte. Ein solches Verfahren wäre arbeitsplatz- und finanzierungsneutral, würde allerdings die gesellschaftliche Versorgung im öffentlichen Dienst gerade von der Personalseite her entschieden verbessern können.
– Eine schrittweise Verringerung der Waffenproduktion bei gleichzeitiger Steigerung der öffentlichen Aufträge für technologisch anspruchsvolle Produkte in gesellschaftlichen Defizitbereichen – Umwelt- und Meerestechnologie, Energiegewinnung und -einsparung, bessere Verkehrssysteme usw. – wäre bei sortfältiger Vorbereitung und Planung ohne besondere Schwierigkeiten durchführbar. Durch die Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion würden die Arbeitsplätze erhalten und sicherer gemacht (im Vergleich zu den schubweisen Auftragswellen bei der Entwicklung und Produktion von Waffensystemen); gleichzeitig stiege auch hier die Versorgung mit strategisch wichtigen Produktions- und Reproduktionsgrundlagen.
– Die durch Abrüstung freigesetzten Mittel könnten z.T. für entwicklungspolitische Maßnahmen verwendet werden. Eine solche Verwendung hätte – so zeigen Untersuchungen des DIW – positive beschäftigungspolitische Wirkungen. Der Beschäftigungseffekt der unmittelbaren Aufträge aus bilateraler deutscher Entwicklungshilfe beträgt nämlich gut 1200 Erwerbstätige je 100 Mio.DM Auszahlungen.
Entwicklungshilfe – wie kritisch sie in ihrer praktischen Ausprägung auch immer gesehen werden muß – darf aber nicht nur unter kurzfristig beschäftigungspolitischen Aspekten betrachtet werden. Vielmehr sind die Beziehungen der BRD zu den Entwicklungsländern von vorrangig langfristiger Relevanz. Es muß in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß entwicklungspolitische Maßnahmen unter demokratischen gesellschaftlichen Verhältnissen auf seiten der Industrieländer wie auch der Entwicklungsländer – d.h. vor allem auch unter Ausschluß der international agierenden Unternehmen – weit positivere Konsequenzen für die abhängig Beschäftigten der BRD und die Mehrheit der Bevölkerung in den Entwicklungsländern beinhalten als unter den gegebenen Bedingungen. Trotzdem muß eine Verstärkung der Entwicklungshilfe auch heute gefordert werden. Transfers an die unterentwickelten Länder sollten ohne Auflagen erfolgen. Gleichzeitig müßten jedoch Waffenexporte der BRD in Entwicklungsländer unterbunden werden. Denn zum einen absorbieren die Rüstungsausgaben dieser Länder einen hohen Anteil ihrer Kaufkraft, welche sinnvoller in andere Bereiche wie Infrastruktur, Technologieentwicklung usw. eingebracht werden könnte, womit auch zusätzlich andere beschäftigungswirksamere Aufträge für die BRD induziert würden. Zum anderen richtet sich die Aufrüstung in diesen Staaten wie in den Industrieländern langfristig gegen die Interessen der abhängig Beschäftigten hier wie dort.

3. Zwei Beispiele gesellschaftlicher Strukturreform

a) Soziale Wohnungsbaupolitik

Entgegen einer Liberalisierung des Wohnungsbaus, d.h. seiner völligen Auslieferung an die Rentabilitätsinteressen privater Haus- und Grundbesitzer, muß eine – im Rahmen sozial abgestimmter staatlicher Infrastrukturvorhaben angelegte – Politik des kommunalen sozialen Wohnungsbaus die erheblichen Mängel in der Versorgung mit preiswerten sozialen Mietwohnungen beseitigen. Keinesfalls darf dabei der gegenwärtig beobachtbare Abbau von Wohnungsqualität, vor allem hinsichtlich der Wohnungsgröße pro Person, hingenommen werden.

Mit den klassischen Instrumenten der staatlich-reaktiven Wohnungsbaupolitik lassen sich die Versorgungsprobleme in den Städten dabei nicht lösen. Zur Sicherung eines quantitativ und qualitativ zureichenden sozialen Mietwohnungsbaus bedarf es vielmehr öffentlicher Eingriffe in die Produktions- und Preisgestaltung des Bausektors.

Materielle Voraussetzung für eine durchgreifende und stetige Bautätigkeit zugunsten des Mietwohnungsbaus in den betroffenen Regionen ist eine ausreichende und beständige Finanzkraft der Kommunen, die im Rahmen eines bundesweit abgestimmten Programmes in ihrem Bereich Schwerpunkte zugunsten des sozialen Wohnungsbaus setzen. Zur Mittelaufbringung sind sowohl höhere Anteile der Gemeinden an der Einkommenssteuer notwendig als auch die Wiederherstellung höherer Steuerabgaben der örtlichen Unternehmen im Rahmen der Gewerbesteuersätze, die der Bund durch fortlaufende Steuervergünstigungen zu Lasten der kommunalen Haushalte abgebaut hatte. Zur langfristigen Deckung von kommunalen Ausgaben für Wohnungsbau und Stadtentwicklung sind darüberhinaus objekt-bezogene, d.h. für diese Zwecke gebundene Sondersteuern auf die – ohne Leistung zustande gekommenen – Wertsteigerungen von Grundstücken und eine Hausbesitzerabgabe auf Mieteinnahmen zu erheben. Mit Hilfe höherer Hebesätze auf unbebaute, aber baureife Grundstücke kann dabei zugleich ein Verkaufsdruck ausgeübt werden. Nach Untersuchungen des Bundesbauministeriums sind immerhin 10–15 % Baulükken in den Städten vorhanden, die als Bauland zusätzlich gewonnen werden könnten. Sozial gestaffelte Freigrenzen, die sich an Einkommen und Häufung von Boden- und Hausbesitz orientieren, können sicherstellen, daß der häufig zitierten „armen Witwe mit nur einem Grundstück" keine unzumutbaren Einkommenseinbußen entstehen.

Diese objektbezogenen Steuereinnahmen, inklusive einer niedrig zu verzinsenden Zwangsabgabe von Realkreditinstituten und Versicherungen, sind in einen kommunalen Baufonds einzuspeisen. Bei der Verwaltung und Festlegung von Zweckbindung und Prioritäten dieser Fondsmittel sind Mieterräte wirksam zu beteiligen. Vordringliche Verwendung gilt der erhaltenden Stadterneuerung und dem Neubau von sozialen Mietwohnungen. Zur Sicherung des langfristig erforderlichen Finanzbedarfs im sozialen Mietwohnungsbau ist nicht zuletzt eine kontinuierliche Umgruppierung der öffentlichen Ausgabenstruktur, besonders im Bereich der Subventionen, dringlich. Im engeren Bereich der Wohnungsbausubventionen müssen dabei folgende Richtlinien gelten:

– Abbau von Steuervergünstigungen, die überproportional die höheren Einkommensbezieher privilegieren, zugunsten der direkten Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus:
– Umschichtung von der Eigentums- zu einer Mietwohnungsförderung, die zugleich den regional unterschiedlichen Engpässen entspricht;
– anstelle globaler, nach dem Gießkannenprinzip verfahrender Subventionspraxis selektive Mittelverwendung in den städtischen Problembereichen.

Mit Hilfe eines im Turnus zu überprüfenden und fortzuschreibenden Schwerpunktprogrammes des Bundes lassen sich so langfristig regionale Verzerrungen in der Versorgung mit ausreichendem Wohnraum aufheben und die gebotene Angleichung der Lebensbedingungen in der Bundesrepublik realisieren.

Kurzfristig ist zugunsten des Abbaus dringendster Versorgungslücken in den Städten ein kreditfinanziertes Sofortprogramm von Bund, Ländern und Gemeinden aufzulegen, das z.B. bei einem Umfang von 10 Mrd. DM den Bau von rund 100000 Wohneinheiten subventioniert. Zur Sicherung

der Effizienz dieses Programmes zugunsten des sozialen Mietwohnungsbaus sind allerdings scharfe Preisauflagen bei den Bauleitungen ebenso nötig wie das rückdatierte „Einfrieren" von Preisen für Grundstücke, z.B. auf das Jahr 1971. Eine Gleichbehandlung der Grundstücksgewinne der so betroffenen Besitzer mit vergangenen Profiten in diesem Spekulationsgeschäft kann durch spätere Anrechnung auf die erwähnte Sondersteuer erreicht werden.

Mit Hilfe der kommunalen Baufonds, die sich über die genannten Abgaben laufend refinanzieren, können die Gemeinden nicht nur Kreditbedingungen für die gemeinnützigen Träger des sozialen Wohnungsbaus und Mietervereinigungen gewähren, die von den Leitzinsen der Bundesbank abgekoppelt sind und somit entscheidend dem prozyklischen Effekt der Hochzinspolitik durch niedrige Hypothekenzinsen entgegensteuern. Die Mittel können zugleich langfristig finanzielle Basis zur Etablierung kommunaler Beteiligungen und/oder Eigenbetriebe im Baugewerbe sein (ähnlich den Bauhütten in der Weimarer Republik).

Die sozialstaatliche Verantwortung zur Sicherheit der unverzichtbaren Wohnungsversorgung für die einkommensschwächere Bevölkerung darf diese Aufgabe nicht den privaten Gewinninteressen auf dem Wohnungsmarkt überlassen, für die Sozialpflichtigkeit des Eigentums und Sicherung der Entfaltung der Persönlichkeit nur leere Phrasen sind. Zugleich trägt die durch öffentliche Unternehmen hergestellte Konkurrenz zum Abbau preistreibender Kartellbildungen auf den überschaubaren regionalen Märkten bei und ist geeignet, Kostenfaktoren transparent zu machen. Verstetigte und zunächst wachsende Baunachfragen im Rahmen langfristig angelegter Bauprogramme wirken sich ohnehin kostendämpfend aus, weil die Produktionskapazitäten kontinuierlich ausgelastet werden können. Die damit einhergehende Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe ist nicht nur sozial erforderlich, sondern wirkt sich zugleich fiskalpolitisch günstig für die öffentlichen Kassen aus.

Die Beteiligung von Mieterräten und Gewerkschaften bei der Gestaltung sozialer, planender Infrastrukturpolitik im Bereich erhaltender Stadterneuerung und des Wohnungsbaus bildet gleichzeitig ein notwendiges Gegengewicht gegen den bisher dominierenden Einfluß von Einzelinteressen der Grund- und Hausbesitzer, der Unternehmerlobby und der finanzstarken Spekulanten auf kommunaler Ebene und wirkt so dem häufig beobachtbaren Filz von Kapital und Rathaus entgegen. Zur Sicherung ausreichender Wirksamkeit der planerischen und gestaltenden kommunalen Eingriffe in Stadtentwicklung und Wohnungsbau müssen im Gegensatz zur bisher vorherrschenden Praxis vor allem die schon jetzt bestehenden Rechte der Gemeinde (Baugebot, Vorkaufsrecht, Verbot von Zweckentfremdung, Milieuschutz in Stadtgebieten sowie das Recht zur Enteignung) zu einem effizienten Instrumentenkatalog ausgebaut werden. Entschädigungsvorschriften sind hierbei so zu gestalten, daß unlautere Wertzuwächse bei Grundstücken keine Berücksichtigung finden. Bürokratische Hemmnisse in den Genehmigungsverfahren sind abzubauen und Vorschriften zu vereinfachen.

Die Verteilungspraxis staatlicher Mittel ist so zu erweitern, daß auch Mietervereinigungen die Hilfen in Anspruch nehmen können. Eine ausreichende institutionelle Beratung ist hierbei notwendig. Bezogen auf die Feststellung von Sozialansprüchen bei der Zuteilung von Wohnraum und Mietzuschuß ist – ähnlich anderen Bereichen des Sozialleistungssystems – rechtlich zu regeln, daß die nominalen Einkommensgrenzen der realen Kaufkraftentwicklung dynamisch angepaßt werden. Die Zahlung von Wohngeld auf turnusmäßigen Antrag (alle zwei Jahre), gestaffelt nach sozialen Kriterien (Einkommen), ist dabei der von der Regierung anvisierten Fehlbelegungsabgabe vorzuziehen. Unter den hier genannten Bedingungen der Beeinflussung der Kostenentwicklung im Wohnungsbau werden jedoch – im Gegensatz zu der beabsichtigten Aufhebung von Mietpreisbindungen durch eine „Staffelmiete" – die Mieten ohnehin auf einem niedrigen Niveau gehalten werden können. Die bestehenden Verzerrungen der Mieten im sozialen Wohnungsbau sind jedoch allmählich aufzuheben.
(Eine ausführliche Fassung s. Teil B des Memorandums '80).

b) Vergesellschaftung der Eisen- und Stahlindustrie

Die Überführung wichtiger Schlüsselindustrien in gesellschaftliches Eigentum und die demokratische Steuerung der Produktion und Investitionen in diesen Bereichen nach Kriterien der Sicherung von wirtschaftlicher Versorgung und sinnvoller Beschäftigung gehört zu den grundlegen-

den Forderungen der Arbeiterbewegung. Sie erhält dann besondere Aktualität, wenn die Steuerung durch private Unternehmen nach Kriterien der maximalen Unternehmensrentabilität zu chaotischen Verhältnissen, Überkapazitäten, Krisen und massenhafter Vernichtung von Arbeitsplätzen führt.

Ein Bereich, wo dies seit Jahren in exemplarischer Weise der Fall ist, ist die Eisen- und Stahlindustrie: Die Investitionspolitik der sieben großen Konzerne, die über 95 % des gesamten Rohstahls in der BRD herstellen, hat in den Jahren der guten Stahlkonjunktur zu Kapazitäten geführt, die sich im nachhinein als weit überhöht erwiesen haben – und deren Nichtauslastung damit zur Wirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre beigetragen hat. Der Zwang, verstärkt auf den Exportmarkt zu drängen, ist nur eine abgeleitete Folge dieser Fehlinvestitionen der Konzerne. Zudem sind Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen schon seit Beginn der 60er Jahre so durchgeführt worden, daß in hohem und in den 70er Jahren steigendem Maße Arbeitsplätze vernichtet wurden: Von 1960 bis 1980 hat die Zahl der Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie um 125 000 oder 30 %, die der Arbeiter sogar um 131 000 oder 37 % abgenommen. Allein 15 % der Arbeitsplätze sind von Ende 1974 bis Ende 1979 vernichtet worden. Die Eisen- und Stahlindustrie ist ferner der Bereich, in dem am häufigsten Kurzarbeit durchgeführt worden ist.

Auch die Integration der bundesdeutschen Stahlindustrie in die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl hat diesen Prozeß nicht aufgehalten; seine Fortsetzung und Beschleunigung wird vielmehr auch von der europäischen Stahlbehörde programmiert.

Sowohl die privatwirtschaftliche als auch die supranationale Steuerung der Stahlindustrie haben also in der BRD versagt – was die Gewährleistung einer eigenen am Bedarf orientierten Eisen- und Stahlproduktion und einer an sozialen Gesichtspunkten orientierten Beschäftigungspolitik angeht. Die hiermit verbundene Verschwendung und Zerstörung sachlicher und menschlicher Produktivkräfte ist weder unter Effizienz- noch unter sozialen Gesichtspunkten akzeptabel – auch wenn die härtesten sozialen Auswirkungen des Belegschaftsabbaus für die Betroffenen auf der Grundlage der Montanmitbestimmung in einer Reihe von Fällen durch Sozialpläne abgefedert werden konnten.

Für die nahe Zukunft stehen den Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie sowie den betroffenen Regionen aber weitere Verschlechterungen bevor: Einerseits droht die Politik einer Reihe von Stahlkonzernen – vor allem in Dortmund, in Sulzbach-Rosenberg und im Saargebiet – erneut zu einer Welle von Arbeitsplatzvernichtungen zu führen; zum anderen soll die Montanmitbestimmung liquidiert werden und damit eine bescheidene Möglichkeit für die Gewerkschaften, auf die Entwicklung Einfluß zu nehmen, aus der Welt geschafft werden.

Angesichts der zentralen Bedeutung der Eisen- und Stahlindustrie und der krassen Steuerungsdefizite und der damit verbundenen unsozialen Folgen für Zehntausende von Stahlarbeitern rückt die Frage der Vergesellschaftung dieser Schlüsselindustrie wieder mehr in den Vordergrund der gewerkschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Diskussion. Als Beitrag zu dieser Diskussion legen wir im Anhang *) zu diesem Memorandum Überlegungen über die Möglichkeiten und Probleme einer Vergesellschaftung auf dem Wege der Errichtung einer Stahl-Einheitsgesellschaft in Bundes- und Länderbesitz vor.

Bei diesen Überlegungen spielt zum einen die Frage nach Umfang und Form der Enteignung – Vermögensübertragung des Eisen- und Stahlbereichs oder Überführung der sieben Konzerne in Gemeineigentum – und Entschädigung eine Rolle. Nicht weniger wichtig ist aber zweitens die Frage, wie die demokratische Steuerung einer Stahl AG unter Beteiligung der betroffenen gesellschaftlichen Gruppen sowie unter Berücksichtigung versorgungspolitischer, beschäftigungspolitischer und regional(einschließlich umwelt-)politischer Zielsetzungen gewährleistet werden kann. Dies berührt drittens auch die Frage, wie die Gestaltung eines vergesellschafteten Schlüsselbereiches Eisen- und Stahlindustrie in die Gesamtwirtschaft eingebettet und wie sie im Rahmen der EG funktionieren kann. Zu diesen drei Bereichen haben wir Überlegungen angestellt, deren Zwischenergebnisse im folgenden Teil vorgelegt werden*).

*) Erscheint in der für den Sommer geplanten Buchausgabe; d.Red.

Aufruf des „Hamburger Forums" vom 24./25. April 1981

(Wortlaut)

Am 24. und 25. April 1981 fand in Hamburg unter dem Motto „Der Atomtod bedroht uns alle, keine neuen Atomraketen in die Bundesrepublik Deutschland" auf Einladung von 148 Initiatoren, darunter auch 23 SPD-Bürgerschaftsabgeordneten das „Hamburger Forum" statt. An den 15 Arbeitskreisen und Werkstätten sowie der Plenarveranstaltung nahmen über 4 000 Hamburger teil. Es sprachen u. a. die Mitinitiatoren des „Krefelder Appells" Gösta von Uexküll und Oberst a. D. Josef Weber, der katholische Religionspädagoge Professor Missalla, Roland Vogt vom BBU-Bundesvorstand, Horst Meyer, Hamburger HBV-Vorsitzender, Gerhard Weber, Klaus Thüsing, MdB, Pastor H. J. Benedict und Professor Fried aus den USA, Völkerrechtssachverständiger der UNO und juristischer Konsultant der Nürnberger US-Militärtribunale.

Das „Hamburger Forum" richtete den nachstehend dokumentierten „Aufruf an die Hamburger Bevölkerung". D. Red.

Die geplante Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa erhöht die Kriegsgefahr.

Wir sind entsetzt, wenn US-Außenminister Haig sagt: Es gäbe Schlimmeres als Krieg und Wichtigeres als den Frieden.

Auf dem Boden der Bundesrepublik sollen atomare US-Raketen, „Pershing-II" und „Cruise Missile", stationiert werden. Damit würde die gesamt militärstrategische Situation dramatisch verändert. Ein Atomkrieg erscheint manchen US-Strategen jetzt auf Europa begrenzbar und auch gewinnbar. Unser Land würde mit der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen, die bis weit in die UdSSR hineinreichen, zur Abschußrampe – und damit auch zur Zielscheibe atomarer Gegenschläge. Der frühere Stellvertreter des NATO-Oberkommandierenden in Europa für Kernwaffen, General a. D. Nino Pasti, sprach es offen aus: Die Vernichtung Europas ist der Preis für die Verteidigung der Vereinigten Staaten.

Der sogenannte Nachrüstungsbeschluß vom Dezember 1979 forciert das Wettrüsten, bewirkt die Militarisierung weiter Lebensbereiche und die zunehmende Verschleuderung immer größerer Summen für Rüstungszwecke, obwohl die sozialen Gegensätze zwischen Europa und der Dritten Welt wachsen und auch in der Bundesrepublik Unsicherheit und Arbeitslosigkeit zunehmen. Der Abbau sozialer Leistungen schreitet rapide fort.

Wir erklären: Wir fühlen uns bedroht, für uns gibt es nichts Wichtigeres als den Frieden, nichts Schlimmeres als den Krieg!

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, ihre Zustimmung zum Nato „Nach"-Rüstungsbeschluß und zur Stationierung neuer Atomraketen auf dem Boden der Bundesrepublik zurückzuziehen.

Gerade aufgrund der deutschen Verantwortung für zwei Weltkriege muß die Bundesregierung verstärkt dazu beitragen, durch konsequente Verfolgung der Entspannungspolitik und durch konstruktive Beiträge zu internationalen Verhandlungen, den Frieden zu sichern.

Alle Bürger, ob jung ob alt, müssen in die Diskussion und Entscheidung über diese lebenswichtige Frage einbezogen werden.

Laßt uns dieses Forum als einen Schritt begreifen, das Trennende zurückzustellen, das begonnene Gespräch zu vertiefen, gemeinsam alles zu tun, um die Stationierung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern.

Wir rufen die Hamburger Bevölkerung auf:
– Macht die Frage des Friedens zu Euerer eigenen Sache

– Tragt die Idee dieses Forums, tragt die Diskussion über die Probleme von Frieden und Abrüstung in die Kirchen und Gemeinden, in die Gewerkschaften, in die Schulen und Hochschulen, in die Parteien, Jugend- und Sportverbände, in Familien und in die Nachbarschaft.
– Unterstützt die Unterschriftenkampagnen, die Aktionen und Initiativen, die überall entstehen, um darauf hinzuarbeiten, daß um den 1. September, den Antikriegstag, die vielfältigen Initiativen zu einer großen gemeinsamen Manifestation ihres Willens kommen:

Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen!
Keine neuen Atomraketen in die Bundesrepublik Deutschland!
Nie wieder Krieg!

Dringender Appell der Weltversammlung von Kirchen- und Religionsvertretern für nukleare und allgemeine Abrüstung in Tokio an die Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz vom 24. April 1981

(Wortlaut)

Vom 22. bis 24. April 1981 fand auf Initiative der Buddhistischen Friedensbewegung Japans in Tokio die erste „Weltversammlung von Kirchen- und Religionsvertretern für nukleare und allgemeine Abrüstung" statt. 568 Vertreter aus 58 Ländern nahmen an der Beratung und ihren drei Arbeitskreisen teil. Der Arbeitskreis zur Frage der atomaren Abrüstung richtete den „dringenden Appell" an die Vorsitzenden der beiden großen Kirchen in der Bundesrepublik, Bischof Lohse und Kardinal Höffner, klar und öffentlich gegen die Stationierung neuer Atomwaffen in der Bundesrepublik Stellung zu nehmen. Nachstehend der Wortlaut des Appells. D. Red.

Wir, die Unterzeichner, Kirchen- und Religionsvertreter aus aller Welt, in Tokio versammelt, um die Möglichkeit nuklearer und allgemeiner Abrüstung zu diskutieren,

davon ausgehend, daß als Konsequenz des NATO-Beschlusses vom Dezember 1979 die Stationierung nuklearer Waffen (Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles) in West-Deutschland im Jahre 1983 immer wahrscheinlicher wird, insbesondere, weil es seit der NATO-Entscheidung keine substantiellen Verhandlungen mehr zwischen den USA und der UdSSR gibt,

in dem Bewußtsein, daß durch die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles nicht nur die Zahl der bereits jetzt in ihrem Lande gelagerten Waffen zunehmen würde, sondern das Wettrüsten eine neue Qualität bekäme, weil

a) zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg das Territorium der UdSSR mit atomaren Waffen *von deutschem Boden aus* bedroht würde,

b) das Risiko der Selbstvernichtung der USA durch Nuklearwaffen vermindert und auf diese Weise ein *„begrenzter Atomkrieg" in Mitteleuropa denkbar und möglich würde,*

ausgehend davon, daß es in Ihrem Lande eine wachsende Friedensbewegung gibt und ebenso in Ihren Kirchen, die fordert, die neuen Waffen nicht zu stationieren,

davon ausgehend, daß die Regierung Ihres Landes aufmerksam und sensibel auf das hört und reagiert, was die Kirchen sagen,

appellieren wir mit Nachdruck an Sie als die Vorsitzenden Ihrer Kirchen, sich deutlich und öffentlich gegen die Stationierung der neuen nuklearen Waffen in Ihrem Lande auszusprechen, bevor es zu spät ist.

Schreiben von Generalmajor a.D. Gert Bastian an SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz vom 11. April 1981

(Wortlaut)

Im Namen der Initiatoren des Krefelder Appells hat General a.D. Bastian an den Bundesgeschäftsführer der SPD, Glotz, einen Brief gerichtet, in dem eindringlich Abrüstungsverhandlungen gefordert werden. Im Mittelpunkt des Schreibens steht die Zurückweisung von Verdächtigungen der Motive der Initiatoren. Glotz hatte in einem Brief an führende Parteifunktionäre dazu aufgefordert, daß sich SPD-Mitglieder von dieser Aktion zurückziehen sollten. Nachstehend der Wortlaut des Schreibens von General a.D. Bastian an den SPD-Bundesgeschäftsführer. D. Red.

Für den 7. 4. 1981 hatten Sie mehrere Kritiker der „Nachrüstung", darunter auch mich, zu einem Gespräch ins Erich Ollenhauer-Haus eingeladen, an dem von ihrer Partei u. a. Herr Bahr und Herr Voigt teilgenommen haben. Sinn des Gesprächs sollte, Ihren Worten zufolge, der offene Dialog mit besorgten Staatsbürgern und eine vertrauensbildende Diskussion der kontroversen Meinungen sein. Tatsächlich bin ich mit dem Eindruck nach Hause gefahren, daß dieser Gedankenaustausch ein besseres Verständnis der jeweils anderen Standpunkte erleichert haben mochte.

Umso unangenehmer überrascht war ich deshalb am nächsten Tag vom Inhalt Ihrer am 8. 4. 1981 an die gesamte Parteiorganisation gerichteten Warnung vor dem ‚Krefelder Appell'. In erster Linie befremdet mich, daß mit dieser Warnung der unzutreffende Eindruck erweckt werden soll, die Krefelder Initiative sei in Wahrheit ein Instrument der DKP und ihr nahestehender Organisationen, mit dem ganz andere Ziele verfolgt würden, als es die veröffentlichten Aufrufe erkennen ließen.

Darüber hinaus ist mir unverständlich, weshalb Sie am 7. 4. 1981 Ihre Gesprächspartner über diese Meinung im Unklaren gelassen haben, obwohl doch die meisten von ihnen den Krefelder Appell unterzeichnet hatten und ich selbst zu den Initiatoren dieser Meinungssammlung gehöre, was Ihnen bekannt gewesen sein muß.

Ich glaube nicht, daß mit dieser Taktik, dem von Ihnen angeregten „offenen" Dialog gedient ist. Wichtiger ist allerdings, daß Ihr Schreiben vom 8. 4. 1981 als einer jener Diffamierungsversuche gewertet werden muß, die bisher der Rechtspresse vorbehalten waren, und daß es sie in peinliche Nähe zu Herrn Löwenthal bringt, der am selben Tag im ZDF-Magazin ähnlich Unzutreffendes verkündet hat.

Über die in dieser Sendung üblichen Verzerrungen kann man hinwegsehen. Gegenüber dem Bundesgeschäftsführer einer Partei, deren Mitglieder und Unterorganisationen den Krefelder Appell in besonderem Maß unterstützen, muß jedoch im Namen aller Initiatoren dieses Aufrufs und sicher auch mit Zustimmung des Großteils der vielen hunderttausend Unterzeichner unmißverständlich klargestellt werden:

1. Der Krefelder Appell ist ohne Anstoß durch eine der von Ihnen genannten Parteien und Organisationen einzig und allein von Bürgern ins Leben gerufen worden, die in erster Linie vom Engagement unseres inzwischen verstorbenen Vorkämpfers Professor Karl Bechert, der Mitglied Ihrer Partei gewesen ist, zum gemeinsamen Handeln angeregt worden sind.

2. Auch in der Folge hat keine dieser Parteien und Organisationen eine Möglichkeit gehabt, die Krefelder Initiative zu „vereinnahmen", Ihre Entwicklung zu steuern, oder auf die veröffentlichten Aufrufe Einfluß zu nehmen.

3. Die Initiatoren des Krefelder Appells verfolgen keine anderen Ziele, als die in den einzelnen Aufrufen eindeutig und für jedermann verständlich mitgeteilten.

4. Sie verurteilten selbstverständlich auch die sowjetische SS 20-Aufstellung, sehen in ihr jedoch – wie führende Sozialdemokraten auch – keine überzeugende Begründung für die Stationierung

eines nur zum Erstschlag geeigneten Nuklearpotentials der NATO in Europa, zumal das Bündnis dem sowjetischen Mittelstreckenpotential auch ohne landgestützte Systeme Gleichwertiges entgegensetzen kann.

5. Sie wenden sich allein an die Bundesregierung, weil deren Haltung für den Beschluß zur ‚Nachrüstung' entscheidend gewesen ist und weil vor der eigenen Regierung am ehesten Verständnis dafür erhofft werden kann, daß es unserer Sicherheit nicht dient, wenn auf das törichte Rüstungsverhalten des Ostens in noch bedenklicherer Weise geantwortet wird.

Bei dieser Sachlage wäre zu wünschen, daß die SPD-Führung im Krefelder Appell nicht länger eine „Kriegserklärung", sondern eine Unterstützung ihrer eigenen Bemühungen erblicken würde, die in der Bevölkerung vorherrschende Meinung noch besser einzuschätzen und den USA die Dringlichkeit von Abrüstungsverhandlungen im Hinblick auf die offenkundige Abneigung der Deutschen gegen jede Art nuklearer Überrüstung noch nachdrücklicher vor Augen zu führen.

Offener Brief von Ingeborg Drewitz, Bernt Engelmann, Helmut Gollwitzer, Walter Jens, Dieter Lattmann und den Initiatoren des „Bielefelder Appells" an den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt vom 30. April 1981

(Wortlaut)

Sehr geehrter Willy Brandt,

seit einigen Monaten wird in der Bundesrepublik eine intensive und immer weitere Kreise der Bevölkerung einbeziehende Diskussion über die sog. Nachrüstung geführt. In christlichen Kreisen beispielsweise hat diese Frage ein bisher kaum gekanntes Gewicht bekommen. Einige Gewerkschaftstage des vergangenen Jahres haben dazu eindeutig ablehnende Beschlüsse gefaßt. In allen politischen Parteien, insbesondere in der SPD, wächst die Zahl derjenigen, die die Stationierung der neuartigen amerikanischen Mittelstreckenraketen ablehnen.

Leider ist aber festzustellen, daß die Kritiker der Brüsseler NATO-Entscheidung dabei zunehmend einer Kampagne von Unterstellungen, Beschimpfungen und Verleumdungen seitens bestimmter Kreise der „Nachrüstungs"-Befürworter und diesen nahestehender Medien ausgesetzt sind.

Einen vorläufigen, unrühmlichen Höhepunkt in dieser Auseinandersetzung schuf zu unserem großen Bedauern der Bundesgeschäftsführer der SPD, Herr Peter Glotz, mit einem Schreiben vom 8. April 1981 an alle SPD-Landesverbände, Bezirke und Unterbezirke, in dem er vor der Unterzeichnung des „Krefelder Appells" warnt. Die von Herrn Glotz in diesem Schreiben aufgestellten Behauptungen entsprechen nicht den Tatsachen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf den Brief des Generalmajor a. D. Gert Bastian vom 11. April 1981 an Herrn Glotz, in dem dessen Behauptungen zurückgewiesen und richtiggestellt werden.

Immer mehr Bürger unseres Landes sehen in der Stationierung weiterer amerikanischer Atomraketen eine lebensbedrohende Gefahr. Wir halten es für absolut legitim, wenn sich Menschen dieser Überzeugung, unabhängig von Partei- und Konfessionszugehörigkeit zusammenfinden, um „Demokratie zu wagen", d. h. eine Unterschriftensammlung zu beschließen, die von der Bundesregierung die Rücknahme ihrer Zustimmung zum NATO-Beschluß fordert.

Wir empfinden es als sehr bedenklich, wenn die Wahrnehmung eines demokratischen Rechts, nicht zuletzt durch das Vorgehen des Bundesgeschäftsführers der SPD, tatsächlich zu einem Wagnis wird, indem Menschen, die sich dieser Forderung anschließen, unterstellt wird, sie würden „vielleicht mit bester Absicht – politischen Schaden" anrichten.

Wir wenden uns an Sie, weil wir erwarten, daß Sie Ihren Einfluß als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geltend machen, um den politischen Schaden, den Herr Glotz durch seinen Brief angerichtet hat, durch eine öffentliche Richtigstellung seiner Behauptungen wiedergutzumachen. Die Diskussion über eine Existenzfrage unseres Landes darf weder innerhalb noch außerhalb der SPD durch die Verbreitung von Unwahrheiten unzumutbar belastet werden.

Wir gehen davon aus, daß Sie mit uns der Meinung sind, daß sich Menschen, trotz aller Verdienste der SPD um die Friedens- und Entspannungspolitik, auch außerhalb der SPD zusammenfinden können, um ihren Beitrag zum Erhalt dieser Politik ohne Mißachtung ihres Engagements zu leisten.

Mit freundlichen Grüßen

Ingeborg Drewitz
Bernt Engelmann
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Prof. Dr. Walter Jens
Dieter Lattmann
Dieter Begemann
Peter Pahmeyer

Neun Thesen des Westberliner Wissenschaftssenators und früheren Ständigen Vertreters der Bundesrepublik in der DDR, Günter Gaus, zu „deutschen Fragen"

(Wortlaut)

Auf einem Wahlkongreß der Jungsozialisten am 25. April 1981 in Westberlin (Thema: „Berlin im Jahre 2001") äußerte Günter Gaus die nachstehend dokumentierten Thesen, die eine Reihe Bonner Tabus in Frage stellen und entsprechendes Aufsehen erregten. D. Red.

1. Die erste Bemerkung zu der Situation, in der wir uns befinden, und aus der wir sehen müssen, möglichst unbeschädigt bis ins Jahr 2001 zu kommen: Die Kriegsgefahr ist erheblich größer geworden in den letzten fünf Jahren. Wenn ich vor zehn Jahren ein Szenario hätte aufschreiben sollen, ob in Europa ein Krieg möglich ist, dann hätte ich diese Möglichkeit wahrscheinlich erwähnt. Vor fünf Jahren hätte ich sie an den Schluß des Papiers geschrieben. Heute habe ich Angst, daß die Kriegsgefahr gewachsen ist und nicht kleiner wird in den nächsten Jahren. Europa hat sicherlich die schwierigsten Jahre seit 1945 nicht hinter sich, sondern noch vor sich.

2. Wir haben als Teil eines geteilten Volkes vor zehn, zwölf Jahren einen Anlauf gemacht, neue Anstöße im Denken und Handeln für einen anderen Umgang mit dem anderen deutschen Staat zu entwickeln. Wir sind damit ziemlich weit gekommen.
Wir sind jedoch seit einiger Zeit in der von mir heftig beklagten Gefahr, daß wir erneut in eine Erstarrung zurückfallen, wie wir sie vor 15 Jahren hatten, als wir sterile Diskussionen führten, ob man das „Phänomen" DDR anerkennen könne. Heute liegt die Gefahr der Erstarrung in einer sehr sterilen, juristischen Auslegungs-Definition über bestimmte Probleme, die wir mit dem anderen deutschen Staat haben.
Diese Bemerkung ist kein leichtfertiger Umgang mit notwendigen juristischen Absicherungen. Ich sehe nur, daß wir zunehmend die juristischen Absicherungen wichtiger nehmen als die politischen Entwicklungen, für die die Absicherungen bestimmt sind. Wir brauchen politisch bestimmte Erwägungen und Konzepte, für die die juristische Absicherung dann ein Rahmen ist und keine Fessel.

3. Ich bin der Meinung, daß wir unsere Europa-Politik abstimmen müssen auf die Tatsache, daß wir ein geteiltes Land sind und ein geteiltes Volk. Ich halte sehr wenig von nicht zu Ende gedachten Behauptungen in allen Parteien, die Europa-Politik sei der Weg, über den man zur Lösung von deutschen Fragen kommen könnte. Dies mag durchaus sein. Aber die primitive, grobschlächtige Art, in der dies allzu oft und allzu schnell ohne jede Differenzierung behauptet wird, ist sicherlich nicht der Weg, der uns zu Antworten auf deutsche Fragen führt.

4. Ich bin der Meinung, daß wir unsere Einstellung zur DDR verändern müssen.
Wir müssen aufhören zuzulassen, daß jeder Versuch, einmal nachzudenken über unbeantwortete deutsche Fragen – ich ziehe es vor, davon im Plural statt im Singular zu sprechen – abgewehrt wird mit dem Hinweis, daß man damit die uns unsympathischen Realitäten der DDR aus dem Auge verliert.
Zu den Realitäten der DDR gehört nicht nur das uns unsympathische System, zu den Realitäten der DDR gehört nicht nur der Funktionärsapparate, der so ist, wie Funktionärsapparate quer durch alle Parteien sind. Die Realitäten der DDR bestehen eben auch darin, daß es Landsleute sind, die dort leben. Und dieses sollten wie nicht aus dem Auge verlieren.

5. Wir haben einen schier unerträglichen Dünkel gegenüber der DDR insgesamt entwickelt, der die dort erbrachten Leistungen verkennt. Dies liegt unter anderem daran, daß wir mehr oder weniger ungeprüft und unkritisch einen ganz klar interessenbezogenen – von mir aus legitimen, von mir nicht voll geteilten – kapitalistischen Klassenstandspunkt gleichsetzen mit dem richtigen Verhalten in der nationalen Frage.
Wieso eigentlich ist die begreifliche oder nicht begreifliche, verständliche oder nicht verständliche Abneigung gegen den Kommunismus dasselbe wie die richtige Einstellung in der nationalen Frage?

6. Ich bin der Meinung, daß wir das Bündnis, zu dem wir gehören und von dem ich meine, daß wir in ihm auf unabsehbare Zeit verbleiben müssen, neu zu definieren haben. Ich bin nicht der Meinung, daß den amerikanischen Interessen durch eine Unterwerfungs-Politik der Bundesregierung gedient ist.

7. Ich bin der Meinung, daß wir die Möglichkeiten, die es bereits jetzt in den Vertrags-Instrumentarien zwischen den beiden deutschen Staaten – zum Beispiel im Grundlagenvertrag – gibt, für politische Konsultationen über Rüstungs- und Abrüstungsfragen ergreifen müssen.
Dies sollten wir dann möglichst „sticum" tun – nicht durch Herstellung von Öffentlichkeit, davon halte ich wenig.

8. Ich bin der Meinung, daß wir den Mut zum konzeptionellen Denken zurückgewinnen müssen.
Was wäre denn auch schon dabei? Vor 20 Jahren haben die Leute gesagt, daß es unmöglich ist, daß man auf einem Podium sitzt und sagt: Wir wollen die Oder-Neiße-Grenze anerkennen.
Na und? Inzwischen haben wir sie anerkannt.
Wenn wir also tatsächlich den Mut zum Konzeptionellen zurückgewinnen, dann könnten wir uns auch an längst zurückliegende, aber sehr fruchtbare Modelle wie Konföderation oder Föderation erinnern, weil dieses Vorstufen sein könnten oder Zwischenstufen, mit deren Hilfe wir herauskämen aus einer gewissen gedanklichen Sackgasse, in die wir in der Gefahr sind, hineinzumarschieren.

9. Ich mache eine abschließende Bemerkung, um Debatten zuvorzukommen, die sich gewöhnlich an öffentlichen Äußerungen von mir über deutsche Fragen anschließen:
Ich habe nicht die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft gefordert, ich habe nicht unseren Staatsbürgerschafts-Standpunkt preisgegeben, ich habe nicht noch einmal versucht, auf soviel Differenzierungsvermögen zu hoffen, daß man auch über den Begriff Nation nachdenken könnte, ohne daß man deshalb gleich als nicht mehr national gesinnt bezeichnet wird.
Ich bin für die Sozialdemokratie, die im Jahre 2001 diese Stadt gut regieren möge, weil ich glaube, daß die Sozialdemokratie am ehesten das Schwere zuwege bringt, das aber jetzt nötig ist: Nämlich den Mut zum konzeptionellen Denken zurückgewinnen und gleichzeitig sehr nüchtern und sehr konkret mit ganz kleinen Schritten in der praktischen Arbeit zwischen den beiden souveränen deutschen Staaten fortzufahren.

Autoren dieses Heftes

Barbara JENTZSCH, geb. 1942 in Kiel, seit 1974 freie Journalistin, z. Z. in Washington, USA. • • • *Dr. Walter KRECK*, geb. 1908 in Weidelbach/Hessen, Pfarrdienst und Ausbildungstätigkeit in der Bekennenden Kirche, 1941 Ausweisung und Reichsredeverbot im Kirchenkampf, 1952–1973 Professor für Systematische Theologie in Bonn; zahlreiche Buchveröffentlichungen, u. a.: Grundfragen christlicher Ethik, München 1979[2]; Kirche in der Krise der bürgerlichen Welt, München 1980. • • • *Dr. Maurice ZEITLIN*, Professor für Soziologie und Geschichtswissenschaft, lange Jahre an der University of Wisconsin in Madison, heute Inhaber eines Lehrstuhls an der University of California in Los Angeles; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, vor allem zur neuesten Sozialgeschichte der USA. • • • *Dr. Heinz-Jürgen AXT*, geb. 1946 in Dillenburg, Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der TU Berlin, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Staats-, Weltmarkt- und EG-Problematik. • • • *Roger PELTZER*, geb. 1953 in Düsseldorf, Studium der Volkswirtschaft in Münster, Diplom-Volkswirt. • • • *Josef BUDDENKOTTE*, geb. 1956 in Warendorf, Studium der Volkswirtschaft in Münster, Dilpom-Volkswirt. • • • *Helmut Wolfgang KAHN*, geb. 1922 in Mannheim, früher Tätigkeit beim „stern", danach freier Autor; veröffentlichte 1969 „Die Russen kommen nicht: Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik", bisher unveröffentlicht ist eine umfangreiche „Geschichte des Kalten Krieges". • • • *Dr. Lutz KÖLLNER*, geb. 1928, Diplom-Volkswirt, Wissenschaftlicher Direktor am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in München, seit 1976 consulting expert der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u. a. zur Geschichte und Struktur von Militärausgaben aus finanzhistorischer und finanzsoziologischer Sicht, darunter: Rüstungsfinanzierung – Dämonie und Wirklichkeit, Frankfurt/M. 1969; Beziehungen zwischen Militärausgaben und Militärstruktur in Deutschland seit 1900, München 1980. • • •

Einer Teilauflage dieses Heftes liegt ein Prospekt des Argument-Verlages, West-Berlin, bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen. D. Red.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Reinhold Billstein, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,00), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,00. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 156,–; $ 36,–; Lit 33 000,–; dkr 210,–; nkr 180,–; skr 153,–; yen 7200,–; £ 15,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 6/1981 der „Blätter" wird am 15. 6. 1981 ausgeliefert. ISSN 0006-4416